



MSG Moderne Stadtgeschichte  
Bd. 55/2 (2024)  
DOI: 10.60684/msg.v55i2

Verantwortlicher Herausgeber:  
Ralf Roth

### Themenschwerpunkt

**Die Stadt als Ort der Erinnerung an  
den Nationalsozialismus und seiner  
Verbrechen**

MSG Moderne Stadtgeschichte  
ISSN: 2941-6159 online  
<https://moderne-stadtgeschichte.de>



In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)



Mit Unterstützung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und  
Urbanisierungsforschung (GSU)



Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).  
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte  
sind gesondert abzuklären.  
© Die Autor\*innen der jeweiligen Beiträge 2024



# Moderne Stadtgeschichte

2024

2. Halbjahresband

Verlagsort: Berlin

Herausgegeben von

Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Kerstin Brückweh, Moritz Föllmer, Sebastian Haumann, Heidi Hein-Kircher, Martina Heßler, Martin Kohlrausch, Christoph Lorke, Sabine Mecking, Gisela Mettele, Susanne Rau, Christiane Reinecke, Ralf Roth, Dieter Schott, Bettina Severin-Barboutie und Clemens Zimmermann

## Themenschwerpunkt

### Die Stadt als Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und seiner Verbrechen

Verantwortlicher Herausgeber:  
Ralf Roth

Editorial..... 5

#### A U F S Ä T Z E U N D B E R I C H T E Z U M T H E M A

*Ralf Roth*

Einführung: Stadt und die Erinnerung an den Nationalsozialismus..... 7

*Christoph Bernhardt*

On Municipal Governance, Urban Housing and Construction in Nazi  
Germany..... 34

<i>Annemone Christians-Bernsee</i>	
Das EL-DE-Haus in Köln. Städtische Erinnerungsarbeit am Ort des Gestapo-Terrors .....	46
<i>Oliver von Wrochem</i>	
Hamburg als Handelsmetropole und sein Gedenken an die NS-Verbrechen.....	63
<i>Jens Binner</i>	
Der Umgang der Stadt Hannover mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.....	85
<i>Michael Lenarz</i>	
Das Jüdische Museum Frankfurt und die Erinnerung an die Vertreibung und Ermordung der Frankfurter Jüdinnen und Juden.....	101
<i>Ralf Roth</i>	
Memoria dolet. Der schwierige Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust in der Bankenstadt Frankfurt.....	115
<i>Robert Obermair</i>	
Leitrezension: Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen.....	149

## F O R U M

<i>Natalia Otrishchenko</i>	
Urban Planners Assessing Professional Autonomy during (and after) State Socialism.....	156
<i>Yevhen Rachkov</i>	
Destruction, Preservation, and Rethinking of Ukraine's Urban Cultural Heritage during the Russo-Ukrainian War. The Building of the Kharkiv Regional State Administration.....	175
<i>Martin Kohlrausch</i>	
Der „Power Broker“. 50 Jahre Robert Caros Studie über Robert Moses, New York, Infrastruktur und Macht.....	199

## **B E R I C H T E**

*Christoph Bernhardt / Christoph Strupp u. a.*

Tagungsbericht: 16. EAUH-Konferenz „Cities at the Boundaries“ in  
Ostrava, Tschechische Republik, vom 04.09. bis 07.09.2024..... 224

## Editorial

Das Jahr 2024 hat für die Moderne Stadtgeschichte viele Veränderungen mit sich gebracht. Mit Heft 1/2024 „Citizen Science. Akademische und bürgerschaftliche Stadtgeschichtsforschung“ ist die MSG erstmals Open Access und ausschließlich digital erschienen. Erste Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern ebenso wie von Autorinnen und Autoren haben unsere Erwartung bestätigt, dass dieser Schritt zur Erhöhung der Sichtbarkeit beiträgt. Die Umstellung auf das digitale Format ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber alle wesentlichen Funktionalitäten stehen inzwischen zur Verfügung, insbesondere was die Zugänglichkeit und Langzeitarchivierung der Hefte angeht. In weiteren Schritten werden wir die MSG mit den einschlägigen Bibliothekskatalogen und Datenbanken verknüpfen, sodass in Zukunft auch einzelne Beiträge leicht zu recherchieren sind. Ebenso werden wir die zurückliegenden Jahrgänge sukzessive Open Access bereitstellen.

Im Jahr 2024 haben wir in beiden Heften außerdem mit neuen Formaten experimentiert. In Heft 1/24 war die Rubrik „Citizen Science in der Praxis“ enthalten, die Raum für kürzere Projektvorstellungen geboten hat. Vor allem ist es dadurch gelungen, Beiträge von Kolleginnen und Kollegen einzubeziehen, die ganz konkret von der Durchführung von Forschungsprojekten mit Bürgerinnen und Bürgern berichten. Im vorliegenden Heft 2/24 haben wir zwei Beiträge innerhalb des Forums zu einem Schwerpunkt zur Stadtgeschichte der Ukraine zusammengefasst. Damit möchten wir gezielt Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine die Gelegenheit bieten, ihre Forschung den Leserinnen und Lesern der MSG vorzustellen. Die Anregung dazu ging wesentlich von unserer im letzten Herbst verstorbenen Kollegin Julia Obertreis aus.

In diesem Jahr hat sich schließlich auch im Team der Herausgeberinnen und Herausgeber einiges verändert. Christoph Bernhardt hat sich nach 25 Jahren aus der Geschäftsführung der MSG zurückgezogen. Er war über ein Vierteljahrhundert Taktgeber, Koordinator und immer wieder auch Autor der MSG und hat unsere Zeitschrift wie kaum ein Zweiter geprägt. Wir blicken mit großer Dankbarkeit auf Christophs langjähriges Engagement und freuen uns, dass er weiterhin dem weiteren Herausgeber\*innenkreis angehören wird.

Zugleich hat das Team der Herausgeberinnen und Herausgeber neue Verstärkung bekommen: Seit Juli sind Heidi Hein-Kircher (Herne / Bochum) und Christoph Lorke (Münster) geschäftsführende Herausgeber\*innen. Wir freuen uns, mit den beiden nicht nur ausgewiesene Expert\*innen im Bereich der Stadtgeschichte gewonnen zu haben, sondern auch zwei Kolleg\*innen, die herausgeberische Erfahrung in die Zusammenarbeit einbringen. Sie werden in Zukunft gemeinsam mit Sebastian Haumann und Moritz Föllmer die Koordination

der MSG übernehmen. In den weiteren Herausgeber\*innenkreis ist zudem Kerstin Brückweh (Erkner / Frankfurt an der Oder) hinzugekommen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Sebastian Haumann, Moritz Föllmer, Heidi Hein-Kircher und Christoph Lorke

**Ralf Roth**

## **Einführung: Stadt und die Erinnerung an den Nationalsozialismus**

*This theme issue aims to provide an overview of the current state of research on the relationship between the city and National Socialism, with a particular focus on local memories since 1945. This aspect is of considerable importance within the overall structure of remembrance of the Nazi regime. In five articles, experts on the history of Berlin, Hamburg, Hanover, Cologne, and Frankfurt analyze the respective local culture of remembrance. They reveal both parallels and peculiarities in dealing with the Nazi past. Despite all the differences, it is surprising that a culture of remembrance in the form of memorial sites and research institutions has only become possible in the late 1980s. The exceptions, namely, sites of remembrance that emerged immediately after the war or in the 1960s, confirm the rule, but are for this very reason of particular interest. The second finding is the diversity of urban remembrance's form and content, which clearly distinguishes it from how the Nazi past was commemorated in the national arena.*

Ein besonderes Merkmal der Relation von Stadt und ihrer jeweiligen Erinnerung an den Nationalsozialismus ist der quälend lange Gang der lokalen Aufarbeitung der Ereignisse, der bis heute nicht zum Abschluss gekommen ist. Der Prozess der kommunalen Erinnerungskultur berührt deshalb ebenso die Frage, warum Jahrzehnte vergehen mussten, bevor parallel zum Erinnern auf nationaler Ebene auch auf jeweils lokaler Ebene eine lokale NS-Forschung die Grundlage für eine spezifische städtische Erinnerungskultur gelegt hat, die an den meisten Orten – abgesehen von einzelnen Ausnahmen – nicht älter ist als 40 Jahre. In diesem Kontext ist es erstaunlich, wenn nach lediglich 40 Jahren schon wieder ihr Ende eingefordert wird. Die Stadt als Erinnerungsort an die Verbrechen des Nationalsozialismus wird im vorliegenden Heft der Modernen Stadtgeschichte anhand von Aufsätzen zu Berlin, Hamburg, Köln, Hannover und Frankfurt vorgestellt.

## 1. Der Gang der Forschungen zum Nationalsozialismus als Grundlage der Erinnerung

Der Nationalsozialismus gehört zu den am gründlichsten untersuchten Abschnitten der deutschen Geschichte, einschließlich einer begleitenden Komparatistik mit anderen europäischen Ländern. In den letzten acht Jahrzehnten sind zahlreiche Publikationen – Aufsätze, Untersuchungen, Grundsatzstudien – über Deutschland, den Nationalsozialismus und den Holocaust als multidimensionalen Zivilisationsbruch im Deutschen Reich und in den von Deutschland besetzten Gebieten erschienen.<sup>1</sup> Im Laufe der jahrzehntelangen Beschäftigung mit dieser Zeit wurden eine Vielzahl von Themen behandelt und Interpretationen von Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus entwickelt. Dazu gehörten die kurz-, mittel- und langfristigen Ursachen des Zerfalls der Demokratie, die Entwicklung von der Machtübernahme zu einer „modernen“ Autokratie des 20. Jahrhunderts, die theoretische Einbettung der NS-Herrschaft in übergreifende Deutungsmuster wie die des Faschismus oder des Totalitarismus sowie Ansätze, die NS-Verbrechen aus programmatisch-ideologischen Absichten zu erklären oder eher aus einer Vielfalt struktureller Faktoren.

Die frühen Studien reduzierten vielfach die Machtstruktur des Nationalsozialismus auf den Kreis um Hitler und machten diesen damit für den Rückfall Deutschlands in die Barbarei verantwortlich. Das entsprach der Zeit, in der zahlreiche Mittäter als nur wenig belastet in die neue Demokratie entlassen wurden.<sup>2</sup> Dieser Ansatz blieb nicht unwidersprochen. Abgesehen von den marxistischen Schulen, die von einer Herrschaft des Groß- beziehungsweise Finanzkapitals ausgingen,<sup>3</sup> entfaltete sich in den 1960er Jahren im Kontext des

<sup>1</sup> Generell zum Thema vgl. das Kompendium von Magnus Brechtken (Hrsg.), *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, Bonn 2021, insbesondere die Beiträge in Abschnitt IV: Historische Orte und Erinnerungspolitik, mit den Beiträgen von Florian Dierl, Alexander Schmidt und Sven Keller, S. 247-316, und Jenny Wüstenberg, *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945*, Bonn 2020 (orig. *Civil Society and Memory in Postwar Germany*, Cambridge 2017). Zu den Themen Raub und Mord siehe David Engel, *The Holocaust. The Third Reich and the Jews*, London 2021; Jonathan C. Friedman (Hrsg.), *The Routledge History of the Holocaust*, London 2010; Peter Hayes/John K. Roth (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Holocaust Studies*, Oxford 2011. Siehe weiterhin Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2005, sowie Martin Dean, *Robbing the Jews. The Confiscation of Jewish Property in the Holocaust, 1933–1945*, Cambridge 2008.

<sup>2</sup> Grundlagenwerke der sogenannten „Intentionalisten“ sind Karl Dietrich Bracher, *Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1969; Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, Stuttgart 1981.

<sup>3</sup> So das Standardwerk der DDR-Historiografie: Kurt Gossweiler, *Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932*, Berlin (Ost) 1971, und Ulrike Hörster-Philippis, *Großkapital und*

Methodenstreits über Autokratie oder Polykratie eine zweite Interpretationslinie. Es ging dabei um nichts weniger als eine Relativierung der Bedeutung der Person Adolf Hitlers, da es sich bei dem Herrschaftssystem des Nationalsozialismus weniger um eine systematische Umsetzung seiner Weltanschauung als eher um eine kumulative Radikalisierung konkurrierender Gruppen in den Machtapparaten von Staat und Gesellschaft gehandelt habe. Saul Friedländer hat das damals mit den gängigen Interpretationen konkurrierende Modell mit seinen funktionalistisch und strukturell ausgerichteten Grundannahmen so definiert: „Das nationalsozialistische Herrschaftssystem war weithin chaotisch, und wichtige Entscheidungen waren oft das Ergebnis unterschiedlichster Bestrebungen, wobei jede zentrale Planung, Vorüberlegung oder klare Befehle von oben, die die Ziele und Mittel zur Durchführung einer Politik angaben, fehlten“.<sup>4</sup> An die Stelle eines Autokraten trat, so besehen, eine Polykratie und damit ein komplexeres Elitenmodell, womit nun der Kreis der Täter auf zahlreiche beteiligte Gruppen erweitert werden konnte, und zwar lange nachdem diese ohne weitere Auflagen in die junge deutsche Demokratie entlassen worden waren.

Das prägte maßgeblich den weiteren Verlauf der Forschung, bei dem es nun zum einen um Entscheidungsprozesse, unterstützende und divergierende Faktoren, um die Komplexität der Gewaltherrschaft sowie um den Beginn, Durchführung und die Besonderheiten des Holocausts ging. Zum anderen kamen immer detailliertere Untersuchungen zum weit in die Gesellschaft hineinreichenden Einfluss des Nationalsozialismus sowie zum Verhältnis zwischen Vernichtungskrieg, nationalsozialistischer Besatzungspolitik und NS-Massenverbrechen hinzu. Der Blick wanderte von der Spitze der NSDAP auf immer weiter ge-

Faschismus 1918–1945. Wer war Hitler wirklich? Dokumente, Köln 1978.

<sup>4</sup> Saul Friedländer, *Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung: eine historiographische Studie zur nationalsozialistischen Judenpolitik und Versuch einer Interpretation*, in: Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 1987, S. 18–60, hier S. 30. Siehe auch Tim Mason, *Intention and Explanation. A Current Controversy about the Interpretation of National-Socialism*, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Der Führerstaat, Mythos und Realität*, Stuttgart 1981, S. 23–41; Hans-Ulrich Wehler, *Intentionalisten, Strukturalisten und das Theoriedefizit der Zeitgeschichte*, in: Norbert Frei/Martin Broszat (Hrsg.), *Der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus*, Göttingen 2007, S. 71–75, S. 109–111 und S. 115 f., hier S. 72, und Hans Mommsen, *Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im Dritten Reich*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9, 1983, S. 381–421; Klaus Hildebrand, *Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich*, in: Hirschfeld/Kettenacker, *Der Führerstaat*, S. 75–96. Siehe auch Martin Broszat, *Hitler und die Genesis der „Endlösung“*. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25:4, 1977, S. 739–775, und Saul Friedländer, *L'Allemagne nazie et le genocide juif*, Paris 1985.

fasste Tätergruppen wie die der Wehrmacht, der Polizeibehörden, der Justiz, der Unternehmer in der Großindustrie, der Konzerne und der Banken, der Kirchen bis hin zur Haltung der Bevölkerung im Gesamten. Dazu erschienen zahllose Detail- und Regionalstudien. Weitere Ebenen bildeten das Verhältnis zwischen NS-Herrschaft und Bevölkerungsalltag sowie die Gegenwelten des vielfältigen inneren und äußeren, aktiven und passiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus, dessen politische Ziele und Trägergruppen.<sup>5</sup> Dies wurde und ist Basis unserer Erinnerungskultur.

Was jedoch weder die meisten theoretischen Ansätze noch die quellengesättigten empirischen Studien überzeugend fassen konnten, blieb die Tiefe, mit der der Nationalsozialismus in die deutsche Gesellschaft ein-, besser: sie durchdrang. Hier setzte erst Ende der 1980er Jahre die Theorie vom „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) in der deutschen Geschichte und Teilen Europas an. Es habe sich beim Nationalsozialismus um nichts weniger als einen Abbruch der sich seit dem Zeitalter der Aufklärung entfaltenden „Moderne“ und einen Rückfall in die Zeit von Willkür und fehlenden verbrieften Menschenrechten gehandelt. Der Begriff „Zivilisationsbruch“ öffnete den Blick für größere Zusammenhänge und bietet prinzipiell die Perspektive einer umfassenden Deutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Er hat somit ein weites Feld an neuen Fragestellungen und Forschungen geöffnet, welche dann auch zunehmend den Spannungsbogen zwischen Holocaust und dem mühseligen Prozess der Erinnerung daran betrafen. Damit sind wir bei den Überlegungen zu einem Themenheft „Stadt und Erinnerung an den Nationalsozialismus“.<sup>6</sup>

## *2. Die Rolle der Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft*

Erinnerung an den Nationalsozialismus gehört seit ihrer Gründung zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland.<sup>7</sup> Wenn auch der Grundsatz gilt, dass das „Begreifen“ der damaligen Vorgänge prinzipiell erst einmal wichtiger war als die Perpetuierung des Erinnerns,<sup>8</sup> so lässt sich andererseits doch Erin-

<sup>5</sup> Vgl. Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994; Dies. (Hrsg.), *Lexikon des Widerstandes 1933–1945*, München 1994.

<sup>6</sup> Dan Diner, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt am Main 1988, S. 7–14, hier S. 8.

<sup>7</sup> Vgl. Jürgen Habermas, *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie*, in: *Die Zeit vom 7. November 1986*, <https://www.zeit.de/1986/46/vom-oeffentlichen-gebrauch-der-historie> [19.11.2024]; Jürgen Habermas, *Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik*, in: Ders., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt am Main 1987, S. 161–179.

<sup>8</sup> Vgl. Karl Jaspers, *Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands*, Heidelberg 1946 (ND München 2012), S. 89–95. *Die neueren Ergebnisse zum Begreifen*: Frank

nerung nicht einfach mit der historischen Forschung zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen gegen die Menschheit sowie den politischen und sozialen Konsequenzen, die unmittelbar daraus gezogen werden, gleichsetzen. Denn parallel zur Forschung entfaltete sich über die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hinweg die Erinnerung an den Nationalsozialismus, die natürlich mit der Erforschung seiner Entstehung und Entwicklung ihren ersten wichtigen Bezugspunkt hatte.

Erinnerung gehört darüber hinaus jedoch zum Kern des Selbstverständnisses von moderner Zivilgesellschaft, des politischen Handelns und der allgemeinen gesellschaftlichen Praxis von demokratischen Gesellschaften.<sup>9</sup> Dazu kommt, dass die praktische Erinnerung fast 100 Jahre nach den Ereignissen und immerhin 80 Jahre nach ihrem Ende längst selbst ein Gegenstand der historischen Forschung geworden ist.<sup>10</sup> Hierzu gehört mittlerweile auch die Frage nach der Bewertung und dem Vergleich mit anderen Ländern, in denen die Demokratie nach ihrem Scheitern eine Chance zu einem Neuanfang erhielt oder sich erstmals gegen autokratische und oder rassistische Regimes durchsetzen konnte.<sup>11</sup> „Haben ‚die Deutschen‘ ihre Sache gut gemacht, was die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit angeht?“, fragte vor drei Jahren die Redakteurin und Publizistin Anne Seibring in ihrem Editorial zum Themenheft „Geschichte und Erinnerung“ der APUZ.<sup>12</sup> Dies lässt sich nur im Vergleich beantworten. Naheliegen würden etwa die Länder Italien, Spanien und Russland und ihr Umgang mit der Vergangenheit.<sup>13</sup>

Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), *Ergebnisse und neue Fragen der Forschung*, Frankfurt am Main 2015, und Peter Hayes, *Warum? Eine Geschichte des Holocaust*, Frankfurt am Main/New York 2017.

<sup>9</sup> Vgl. Wüstenberg, *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik*, S. 1; Volkhard Knigge, *Jenseits der Erinnerung – Verbrechen Geschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach der Zeitgenossenschaft*, in: Ders. (Hrsg.), *Jenseits der Erinnerung. Verbrechen Geschichte begreifen*, Bonn 2022, S. 9-34.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu Martin Aust, *Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939–1945*, Bonn 2021; Natan Sznaider, *Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus*, München 2022.

<sup>11</sup> Vgl. etwa Susan Neiman, *Von den Deutschen Lernen?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71:40/41, 2021, S. 9-13.

<sup>12</sup> Vgl. Anne Seibring, *Editorial*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71:40/41, 2021, S. 3.

<sup>13</sup> Als Resultat seiner Forschungen zu den Autokratien hat dies Ernst Nolte bereits in seinem Buch „*Der Faschismus in seiner Epoche*“ nahegelegt, das 1963 erschien, als Franco noch in Spanien herrschte. Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus*, 4. Aufl., München 1971 (orig. 1963).

Insgesamt wird bezogen auf den Nationalsozialismus auch längst nicht mehr einfach von Erinnerung gesprochen, sondern, aufgrund der zahlreichen Aspekte, die damit verbunden sind, mindestens von einer „Erinnerungskultur“, die sich räumlich und zeitlich in unterschiedliche Etappen und gesellschaftliche Ebenen zusammenfassen lässt. So ist grundsätzlich zwischen einer staatlichen Ebene der Erinnerung, einer regionalen und einer städtischen oder lokalen zu unterscheiden. Ebenso folgen verschiedene Etappen mit unterschiedlichen Ausprägungen der Erinnerung und auch unterschiedlichen Formen ihrer Etablierung im Raum als Denkmäler und Gedenkstätten beziehungsweise als feste organisatorische Gehäuse in Form von Museen, Institutionen oder Dokumentationszentren.

Die Entwicklung der Erinnerungskultur beginnt in der Zeit vor der Gründung der DDR und BRD mit dem durch die Niederlage erzwungenen Ende der NS-Herrschaft. Dem Ende folgten die Eingriffe der vier Alliierten in die staatliche Unabhängigkeit Deutschlands und die juristische Verurteilung der politischen (zum Teil wirtschaftlichen) Führungsspitze des Regimes. Zweifelsohne hat die sich dann in den späten 1950er Jahren entfaltende Erinnerungskultur in den alten Bundesländern ihre Vorgeschichte in den „four Ds“ (Decentralization, Demilitarisation, Denazification, Democratisation) und damit in der Politik der siegreichen Alliierten, wie sie auf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 zusammentrat, noch von allen vier Siegermächten gemeinsam beschlossen worden war. Auch wenn es sich dabei um eine völkerrechtlich nicht bindende Willenserklärung gehandelt hatte, verfestigten die Beschlüsse die Einteilung Deutschlands in getrennte Besatzungszonen mit ganz unterschiedlichen Graden der durchgeführten Entnazifizierung, die darauf abzielte, die deutsche (und österreichische) Gesellschaft, Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik von allen Einflüssen des Nationalsozialismus zu befreien. Deutschland und Österreich sollten umfassend demokratisiert werden und dem Militarismus abschwören, wobei zu dem, was Demokratisierung sei, keine einheitliche Auffassung bestand.<sup>14</sup> Vordringliche Ziele waren in diesem Zusammenhang die Auflösung aller nationalsozialistischer Organisationen, die Einziehung ihres Vermögens und die Entfernung von Nationalsozialisten aus der öffentlichen Verwaltung.<sup>15</sup> In diesem Kontext standen in dem Zeitraum von 1945

<sup>14</sup> Vgl. Wolfgang Benz, Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung, 11. April 2005, <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/> [19.11.2024].

<sup>15</sup> Vgl. Kontrollratsdirektive Nr. 50 vom 29. April 1947, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 15 vom 31. Mai 1947, S. 275, <https://www.reichsgesetzblatt.de/D/ABLK-1947/15-haupt.htm> [19.11.2024].

bis 1949 die Nürnberger Prozesse und ihre Folgeprozesse.<sup>16</sup>

Es gab noch zwei weitere Maßnahmen, die einen großen Einfluss auf die westdeutsche Erinnerungskultur hatten. Das war zum einen die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte und die Politik der „Wiedergutmachung“. Das 1949 gegründete IfZ ist bis heute eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die die gesamte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart in ihren europäischen und globalen Bezügen erforscht. Dabei dominierte ursprünglich das Ziel, die nationalsozialistische Diktatur wissenschaftlich zu erschließen. Dem folgten Erweiterungen in Bezug auf Diktatur-, dann Demokratiegeschichte sowie Forschungsschwerpunkte in der neuesten Zeitgeschichte sowie den internationalen und transnationalen Beziehungen, in letzter Zeit der Aufbau eines internationalen Zentrums für Holocaust-Studien.<sup>17</sup>

Ganz im Zeichen der Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten stand auch die über Jahrzehnte hinweg praktizierte Politik der „Wiedergutmachung“. Dazu gehörten Maßnahmen, Verfolgte des Nationalsozialismus materiell zu entschädigen. Auch wenn mit der materiellen Entschädigung das erlittene Leid und die jahrelange Entrechtung, der Freiheitsentzug und die Gesundheitsschäden eben nicht „wiedergutmacht“ haben, hat sich der Begriff im öffentlichen Gebrauch durchgesetzt. Die „Wiedergutmachung“ umfasste die Rückerstattung der den Verfolgten durch Gewalt- und andere Unterdrückungsmaßnahmen entzogenen, noch feststellbaren Vermögensgegenstände, die Erfüllung der Geldverbindlichkeiten des Reichs und die Entschädigung in Form von Geld für Schäden als Folge der Verfolgung.<sup>18</sup> Die Politik der „Wiedergutmachung“ hatte jedoch drei grundlegende Defizite, die sie von vornherein auf eine Minorität der Opfer beschränkte: 1. Sie basierte nur in einem geringen Umfang auf einer aktiven Suche nach dem Verbleib der Opfer. Die in allen Bundesländern eingerichteten „Wiedergutmachungsämter“ arbeiteten nur auf Anfrage und nach Anträgen von Opfern oder deren Verwandten und Bekannten, obwohl

<sup>16</sup> Zum ersten Mal in der Geschichte wurde bei diesen Prozessen von den Siegermächten versucht, Kriegsverbrecher gerichtlich zu belangen. Dass dies nur unzureichend geschah, zeigen die nachfolgenden Kritiken an der überschaubaren Anzahl der angeklagten Personen und an den in vielen Fällen zu mild erscheinenden Strafmaßen. Andererseits kam der Vorwurf der Siegerjustiz auf. Dem stehen in der Bilanz die bedeutende Weiterentwicklung des Völkerrechts und die mit den Prozessen verbundene Aufklärung über die NS-Verbrechen gegenüber. Vgl. Annette Weinke, *Die Nürnberger Prozesse*, München 2006, S. 22-30. Zu den Hintergründen und der Rechtstradition siehe Kevin Jon Heller, *The Nuremberg Military Tribunals and the Origins of International Criminal Law*, Oxford 2011.

<sup>17</sup> Frank Bajohr, *Zwei Jahre Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 64, 2016, S. 138-149.

<sup>18</sup> Vgl. Hans Günter Hockerts, *Wiedergutmachung in Deutschland 1945-1990. Ein Überblick*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63:25/26, 2013, S. 15-22.

sie über umfassende Aktenbestände hinsichtlich der Enteignungen, der Repressionsmaßnahmen und der Deportationen verfügten. 2. Die antragstellenden Opfer saßen in nicht wenigen Fällen den gleichen Verwaltungsbürokraten gegenüber, von denen sie zuvor geschädigt worden waren. Mehr noch, diese waren auch noch im Besitz der Akten und Dokumente, während den Opfern auf dem langen Weg der Flucht und der Deportation meist alle Unterlagen verloren gegangen waren.<sup>19</sup> 3. Bereits 1956 wurde ein Regierungsvertrag mit der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) abgeschlossen, mit dem, auf der Grundlage einer abschließenden Zahlung, weitere Ansprüche für die Zukunft als abgegolten zu behandeln waren. Das betraf vor allem die finanziellen Vermögen und Sparguthaben, die zwischen 1938 und 1943 einer Enteignungsprozedur unterzogen worden waren.<sup>20</sup> Zum Schweigen der Täter kam der große Wunsch nach Vergessen, der dafür verantwortlich war, dass in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten nur vereinzelt, wie in unserem Sample an Städten in Hamburg, Denkmäler errichtet oder Erinnerungsorte ausgewiesen wurden.

Während die DDR den Anspruch erhob, als sichtbares Gegenbild zum Nationalsozialismus gegründet worden zu sein, was sich in der Ideologie des Antifaschismus niederschlug, setzte sich in der zur gleichen Zeit gegründeten Bundesrepublik als Flucht vor der Erinnerung paradoxerweise die weitverbreitete Haltung durch, möglichst rasch zu vergessen. Dazu trugen auch die ersten Akte der Entnazifizierung bei, indem neben der institutionellen Herrschaftsstruktur auch die Präsenz des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum beseitigt wurde. Denkmäler wurden gestürzt, Hakenkreuze und Reichsadler aus den Fassaden getilgt und die den Heroen der NS-Zeit gewidmeten Straßen erhielten ihre alten oder unverfängliche Namen. Den Abbau der Erinnerungsorte und Namen der Nationalsozialisten begleitete dabei keine Besetzung des öffentlichen Raums mit demokratischen Symbolen. Es gab diesbezüglich jedoch eine große Ausnahme: den Wiederaufbau der Paulskirche in Frankfurt im Jahre 1948 und ihre Umwidmung als Gedenkstätte an die Revolution von 1848 und die Verabschiedung der ersten deutschen Verfassung. Meist galt jedoch, dass eine Adolf-Hitler-Straße nicht durch den Namen eines Widerstandskämpfers ersetzt wurde. Dieser Etappe des Nichterinnerns, der Tilgung der Spuren und des damit verbundenen Erinnerungsvakuums folgten ab den 1960er Jahren kaskadenhafte

<sup>19</sup> Vgl. z. B. Gruppe Stadtteilerkundung Rödelheim (Hrsg.), Die Zweite Qual. Entschädigungsverfahren für Verfolgte der NS-Zeit, Frankfurt am Main 1996.

<sup>20</sup> Vgl. Arno Lustiger (Hrsg.), Jüdische Stiftungen in Frankfurt am Main. Sachteil mit der Beschreibung von Stiftungen, Organisationen, Vereinen und Schenkungen dargestellt von Gerhard Schiebler, Sigmaringen 1994, S. 410. Demnächst Ralf Roth/Sandra Sykora, Die Höchberg und Flersheimischen Stiftungen und ihr Schicksal vor, in und nach der NS-Zeit. Siehe auch Jürgen Lillteicher, Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2007.

Etappen der Rückerinnerung an die mit Gewaltexzessen, dem Genozid und dem Holocaust verbundene Herrschaft der Nationalsozialisten, die von da an in zunehmender Dichte Denkmäler, Erinnerungsorte und Einrichtungen zur institutionalisierten Erinnerung hinterließen.

Im Groben können hierbei für die alten Bundesländer folgende Einschnitte mit jeweils unterschiedlich starken städtischen Ausprägungen festgehalten werden. Das erste Erschrecken fiel faktisch mit dem Ende der Hauptstränge der Widergutmachung zusammen und war direkt an die Frankfurter Auschwitzprozesse von 1963 bis 1965 gekoppelt. Sie hatten auch aber eben nicht nur Auswirkungen auf das Gedenken in Frankfurt, sondern erschütterten eine breite Öffentlichkeit weit über die Stadt am Main hinaus. In einem der größten Prozesse der deutschen Nachkriegszeit wurde ab dem 20. Dezember 1963, nach jahrelanger Vorarbeit von Fritz Bauer, über die NS-Verbrechen von Auschwitz verhandelt. Zeitgleich debattierte die Öffentlichkeit damals über die Verjährung nationalsozialistischer Taten, was abgewehrt wurde.<sup>21</sup> Eine ähnliche Bedeutung hatte rund zehn Jahre später die APO-Bewegung und die Aufdeckung von zahlreichen Personen, die unbehelligt von ihren teilweise hohen Positionen in der NS-Zeit und der Beteiligung an den Verbrechen des Nationalsozialismus in ihren Stellungen verblieben waren oder erneut hohe Positionen in der BRD besetzen konnten. Noch mehr galt dies für die Reaktion auf die Ausstrahlung der TV-Serie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“ in den späten 1970er Jahren. Es handelte sich um eine vierteilige US-amerikanische TV-Serie über eine jüdische Arztfamilie in Berlin zur Zeit des Nationalsozialismus. Sie wurde an vier Abenden vom 22. bis zum 26. Januar 1979 in der ARD ausgestrahlt und erreichte ein großes Publikum. Nicht nur das, sie stieß 14 Jahre nach den Auschwitzprozessen erneut eine breite Diskussion über die nationalsozialistische Vergangenheit an.<sup>22</sup> Weiterhin schaffte sie es, dass der Begriff „Holocaust“ bis heute einen festen Platz im deutschen Sprachgebrauch gefunden hat.<sup>23</sup> Das aktiver werdende „Erinnern“ an die zwölf Jahre des 1000-jährigen Reichs subli-

<sup>21</sup> Vgl. Ulrike Bosse, Auschwitz-Prozess 1963: Als Leugnen nicht mehr möglich war, 20.12.2023, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Auschwitz-Prozess-1963-Als-Leugnen-nicht-mehr-moeglich-war,auschwitzprozesse102.html> [19.11.2024].

<sup>22</sup> Vgl. Jens Müller-Bauseneik, Die US-Fernsehserie „Holocaust“ im Spiegel der deutschen Presse (Januar – März 1979). Eine Dokumentation, in: Zeitgeschichte-online, März 2004, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-us-fernsehserie-holocaust-im-spiegel-der-deutschen-presse-januar-maerz-1979> [19.11.2024]. Sandra Schulz, Film und Fernsehen als Medien der gesellschaftlichen Vergegenwärtigung des Holocaust. Die deutsche Erstausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie Holocaust im Jahre 1979, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung (HSR) 32:1, 2007, S. 189-248.

<sup>23</sup> Vgl. Ralf Balke, Konfrontation mit der Vergangenheit, in: Jüdische Allgemeine vom 7. Januar 2019, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/konfrontation-mit-der-vergangenheit/> [19.11.2024].

mierte sich über die Jahrzehnte hinweg in eine immer länger werdende Kette von Erinnerungstagen. Zu den Gedenktagen mit jährlichen Feiern, öffentlichen Reden und Beiträgen in den Medien gehören der 27. Januar als Tag der Befreiung von Auschwitz im Jahre 1945, der 31. Januar als Beginn der Kanzlerschaft Adolf Hitlers im Jahre 1933, der 8. Mai als fixes Datum der Kapitulation, der 20. Juli in Erinnerung an das missglückte Attentat auf Hitler im Jahre 1944, der 1. September als Beginn des Angriffskriegs auf Polen im Jahre 1939 sowie der 9. November mit dem Pogrom an den Juden im Jahre 1938.

Erinnerung ist trotz der gemeinsamen Gedenktage dabei nicht einheitlich, sondern grundsätzlich getrennt, in die der Opfer und ihrer Nachfahren und die der Tätermehrheit und ihrer Nachkommen.<sup>24</sup> Es gibt somit bei alledem unterschiedliche Linien der Erinnerung und in diesem Zusammenhang unterschiedliche Einschätzungen der Versuche in den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik, es „wiedergutzumachen“. Dazu zwei Zitate aus jüngster Zeit, die in ihren Aussagen nicht gegensätzlicher hätten sein können: Der erste Beitrag sieht die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust als erfolgreich abgeschlossen, weil „Deutschland und seine Institutionen [...] mit der Aufarbeitung des Antisemitismus und der Zeit des Nationalsozialismus [verglichen mit anderen Ländern und ihrer autokratischen beziehungsweise rassistischen Vergangenheit] besser (d.h. schneller, konsequenter, ehrlicher/objektiver, menschlicher)“ umgegangen seien.<sup>25</sup> Demgegenüber schreibt der jüdische Autor und Herausgeber Max Czollek in seinem im letzten Jahr erschienenen Buch zum „Versöhnungstheater“: „Bei der Analyse des deutschen Versöhnungstheaters kam es mir zunehmend so vor, als ginge es gar nicht um eine Anerkennung der Realitäten, sondern darum, dass sich ein Teil der deutschen Gesellschaft einen Wunsch nach Versöhnung erfüllt [...]. Auf den zweiten Blick wird aber deutlich, dass es beim Versöhnungstheater vor allem auch um ein Aussöhnen mit der eigenen deutschen Vergangenheit geht, denn nachdem die Gewaltgeschichte einmal an Gedenkorten lokalisiert und in Gedenkritualen gebannt worden ist, ist der Platz frei für die Erfindung einer ‚guten deutschen Vergangenheit‘.“<sup>26</sup> Zwei-

<sup>24</sup> Vgl. Dan Diner, *Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust*, Göttingen 2020; Samuel Salzborn, *Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoa im deutschen Erinnern*, Berlin/Leipzig 2020; Shulamit Volkov, *Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2022. Speziell zur Opfererinnerung in Frankfurt am Main vgl. Benjamin Ortmeier (Hrsg.), *Eyewitnesses Speak Out Against Denial. Testimonials by 100 Surviving Jewish Students of Their School Days in Frankfurt on Main / Germany During the Nazi Era*, Bonn 1994.

<sup>25</sup> Aus der E-Mail eines emeritierten Ordinarius an den Autor vom 20. Februar 2022.

<sup>26</sup> Max Czollek, *Versöhnungstheater*, München 2023, S. 14. Vgl. dazu auch die Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt im Juli des Jahres 2022: *Rache. Geschichte und Fantasie. Digitale Führung durch die Ausstellung mit Max Czollek*, am 14. Juli 2022, <https://www.jmfrankfurt.de/>

felsohne sind das zwei ganz unterschiedliche Einschätzungen zur Vergangenheitsbewältigung und zur deutschen Erinnerungskultur.

Schließlich gibt es noch die Forderung nach einem Ende der Erinnerung, die mittlerweile wie ihr Pendant, die Erinnerungskultur, von einer ganz ähnlich langen Dauer ist. Bereits bei der Gründung der Bundesrepublik forderte die staatstragende FDP bei der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 ein Ende der Entnazifizierung – einen „Schlusstrich“. Seitdem begleitet diese Forderung, immer mehr ausgeweitet auf die Gesamtheit der Erinnerung an die NS-Zeit, als Basso continuo die gesamte Entwicklung der Erinnerungskultur. Vier Jahrzehnte nach der FDP sprach sich der Vorsitzende der CSU und frühere Offizier für wehrgeistige Führung, Franz Joseph Strauß, dafür aus, „aus dem Dunstkreis Adolf Hitlers heraus[z]utreten und wieder eine normale Nation [zu] werden“.<sup>27</sup> Dem schloss sich Martin Walser 1998 an, als er die Erinnerungskultur als „Routine der Beschuldigung“ denunzierte und von einer „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ sprach.<sup>28</sup>

Dieser Vorwurf wurde kurz darauf von Norman Finkelstein in einer Studie mit dem Titel „Die Holocaust-Industrie“ breit ausgeführt. Nach der Überzeugung des amerikanischen Politologen existiert ein Kartell aus Personen und Organisationen, das es sich zur Aufgabe gemacht habe, aus dem Leid des jüdischen Volkes Profit zu ziehen und zum Antisemitismus beizutragen. Sein Buch erschien mit einem großen Medienaufwand und fand nicht nur großes Interesse beim deutschen Publikum, sondern auch viel Beifall in rechtsextremen Kreisen. Im Gegensatz zu einem gleichzeitig erschienenen Beitrag von Peter Novick, der sich kritisch mit der Rolle des Holocaust in der politischen Kultur Amerikas auseinandergesetzt hatte, vergrößerte Finkelstein dessen Überlegungen zu Verschwörungstheorien, warf der „Jewish Claims Conference“ Bereicherung vor und bediente damit verbreitete antisemitische Klischees. Während die Studie in den USA mit wenigen vernichtenden Kritiken aus der öffentlichen Dis-

[w.juedischesmuseum.de/besuch/detail/max-czollek-rache/](http://w.juedischesmuseum.de/besuch/detail/max-czollek-rache/) [19.11.2024].

<sup>27</sup> Antje Langer, Jennings-Rede, in: Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3. überarb. u. erw. Aufl., Bielefeld 2015, S. 261-263, hier S. 262.

<sup>28</sup> Vgl. Stella Hindemith, Rechtspopulismus: Es begann nicht auf der Straße, in: Die Zeit vom 24. September 2018, <https://www.zeit.de/kultur/2018-09/rechtspopulismus-martin-walser-heimat-nationalsozialismus-10nach8> [19.11.2024]; Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann (Hrsg.), Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000, und Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hrsg.), Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001. Siehe zum Hintergrund Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerens, 2. Aufl., Schwalbach 2003.

kussion verschwand, machten die deutschen Medien kurz nach der Millenniumswende die Debatte unverdient zu einem größeren Ereignis.<sup>29</sup>

Schließlich lieferte vor zwei Jahren der Kolonialhistoriker Wolfgang Reinhard ebenfalls einen Beitrag zum Schlussstrich und forderte ein „Recht auf Vergessen“. Ohne Zweifel handelte es sich um Erinnerungsrelativismus, der vom Holocaust weg zur kolonialen Vergangenheit hinführen sollte.<sup>30</sup> Dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus zu einem Ende kommen solle, entspricht zwar nach jüngsten Umfragen der Meinung von rund der Hälfte der Deutschen, nichtsdestotrotz widerspricht die Annahme eines „Rechts auf Vergessen“ der Bedeutung, die dem Zivilisationsbruch beizumessen ist.<sup>31</sup> Ebenso

<sup>29</sup> Norman Finkelstein, Die Holocaust-Industrie, München 2001. Wolfgang Benz urteilte über das Buch: „On ne peut rien apprendre du livre de Finkelstein. C'est au mieux un cas intéressant pour un psychothérapeute“ (Es ist unmöglich etwas aus Finkelsteins Buch zu lernen. Im besten Fall ist es für einen Psychotherapeuten von Interesse). Wolfgang Benz, Polémique et curiosité en Allemagne, in: Le Monde vom 16. Februar 2001. Nach Aussage von Finkelstein gab die Arbeit des Historikers Peter Novick, Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord, 2. Aufl., Stuttgart/München 2001, den Ausschlag für sein eigenes Buch. Vgl. Norman G. Finkelstein, The Holocaust Industry: Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, in: Verso vom 15. April 2003. Doch Novick war eher entsetzt darüber, was Finkelstein aus seinen kritischen Bemerkungen fabriziert hatte. „Finkelstein's book is replete with false accusations, egregious misrepresentations, absurd claims and repeated mis-statements“, Peter Novick, A charge into darkness that sheds no light, in: London's The Jewish Chronicle, vom 28. Juli 2000. Siehe auch Ernst Piper (Hrsg.), Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Zürich/München 2001; Tillmann Bendikowski, Die Holocaust-Industrie Debatten um das „böse“ Buch, in: Spiegel vom 6. Februar 2001, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/die-holocaust-industrie-debatten-um-das-boese-buch-a-116076.html> [19.11.2024].

<sup>30</sup> Wolfgang Reinhard, „Vergessen, verdrängen oder vergegenwärtigen?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 2022. Über die Singularität des Holocaust wird seit einigen Jahren eine polemische Debatte geführt, die sich in einer Neuausrichtung der deutschen Erinnerungskultur niederschlagen soll, vgl. Tom Lawson/Andy Pearce (Hrsg.), The Palgrave Handbook of Britain and the Holocaust, London 2020; Michael Rothberg, Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization, Stanford 2009 (dt. Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung, Berlin 2021). Siehe auch „Colonial Paradigms of Violence: Comparative Analysis of the Holocaust, Genocide and Mass Killing“, Digitaler Workshop des Zentrums für Holocaust-Studien München in Verbindung mit dem Hugo Valentin Centre, 11.-13. November 2020, <https://www.ifz-muenchen.de/zentrum-fuer-holocaust-studien/tagungsruueckblick/veranstaltung/colonial-paradigms-of-violence-comparative-analysis-of-the-holocaust-genocide-and-mass-killing> [19.11.2024].

<sup>31</sup> Genau waren es in der Befragung vom 28. April 2020 53 Prozent, in: RP Online vom 28. April 2020, [https://rp-online.de/panorama/deutschland/geschichte-knappe-mehrheit-der-deutschen-fuer-schlussstrich-unter-ns-zeit\\_aid-50284291](https://rp-online.de/panorama/deutschland/geschichte-knappe-mehrheit-der-deutschen-fuer-schlussstrich-unter-ns-zeit_aid-50284291) [19.11.2024]. Zweieinhalb Jahre später wies eine weitere Befragung vom 3. September 2022 in die gleiche Richtung:

steht die Annahme, es sei alles gesagt, im Widerspruch zum Gang der Forschung, die immer wieder zu neuen Aspekten der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus vordringt und das Bekannte als das bloßstellt, was es ist: lediglich fragmentarisches Wissen über den Untergang einer Demokratie in die Barbarei. Was ebenfalls dagegen spricht, sind die immer noch anhaltenden Widerstände von Nachfahren der Täter, den Weg in den Genozid umfassend aufzuklären. So ist es nach wie vor ein „problem waiting to be analyzed [...] that eight decades after the Holocaust successors of former offenders still conceal or cover up their relationship to crimes against humanity that were committed by their ancestors either as members of families or as decision-makers for companies“.<sup>32</sup> Das betrifft gerade die Unternehmensgeschichte und die gegen Ende der 1990er Jahre im breiten Konsens durchgesetzte Forderung nach einem „offenen Umgang“ mit den Verbrechen auf Unternehmensseite.<sup>33</sup>

### *3. Die Verbrechen waren konkret und an Orte gebunden – die Erinnerung ist es auch*

Über die Jahrzehnte und zunehmend unabhängig von der nationalen Erinnerungskultur, aber durchaus nicht losgelöst davon, entfaltete sich in vielen Städten eine lokal geprägte Erinnerung an die NS-Zeit. Über die Forschungen zum

Kevin Kulina, in: Die Welt vom 2. September 2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article240831239/Deutschland-und-Israel-Fast-die-Haelfte-der-Deutschen-will-Schlussstrich-unter-NS-Vergangenheit.html> [19.11.2024].

<sup>32</sup> Dazu David de Jong, „They Are the Heirs of Nazi Fortunes, and They Aren’t Apologizing“, in: New York Times vom 19. April 2022. Siehe auch die Besprechung von David de Jong, Braunes Erbe, Köln 2022, in: Handelsblatt vom 5. Mai 2022, oder die Beiträge von Zachary Galant/Katharina F. Galant, Brauner Boden. Ein jüdischer Blick auf die deutsche Aufarbeitung der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2022, und Dies., Nazis all the Way Down. The Myth of the Moral Modern Germany, Frankfurt am Main 2023.

<sup>33</sup> Vgl. zur Diskussion in Frankfurt dazu vor zwei Jahren Thomas Stillbauer, Frankfurt: „Eine Märchenerzählung seit den 1950er Jahren“. Die Sparkasse in der NS-Zeit – wie groß war ihre Schuld? Historiker streiten, in: Frankfurter Rundschau vom 21. März 2022; Jürgen Dahlkamp, Unter Räubern. Die Frankfurter Sparkasse will ihr 200-jähriges Bestehen mit einer Festschrift feiern. Das Kapitel zur Enteignung von Juden in der Nazizeit hätte sie aber gern kurz und bündig. Weil ein Historiker nicht mitspielt, soll er nun ersetzt werden, in: Der Spiegel 12, 2022, S. 52-54; Ders., Verloren im Neuland. Affären: Wie viel Geld lag auf den Konten deutscher Juden, die im KZ ermordet wurden? Ein Jahr nach dem Eklat um die große Frankfurter Sparkasse zeigt sich, wie schwer sich Geldinstitute mit der Aufarbeitung ihrer braunen Vergangenheit immer noch tun, in: Der Spiegel 26, 2023, S. 50; Ders., Frankfurt am Main: Der Millionenraub der Sparkasse in der NS-Zeit – und seine schwierige Aufklärung, in: Der Spiegel Online vom 23. Juli 2023, <https://www.spiegel.de/panorama/frankfurt-am-main-der-millionenraub-der-sparkasse-in-der-ns-zeit-und-seine-schwierige-aufklaerung-a-3b29d6a2-cf4c-401f-bcc5-f103bbe98189> [10.12.2024]. Vgl. ebenso meinen Beitrag „Memoria Dolet“ in diesem Heft.

Nationalsozialismus sowie über das gemeinsame Gedenken an bestimmten Tagen hinaus ist Erinnerung an den Nationalsozialismus meist sehr konkret und damit raum- wie ortsgebunden. Insofern spielen die Städte hierfür eine wichtige Rolle. Stadt meint dabei die gesamte städtische Gesellschaft und nicht nur – wie oft in der Forschung – nur die Stadtverwaltung. Die Ortsgebundenheit gilt letztlich auch für das Denkmal für die ermordeten Juden in Europa, das vor 20 Jahren als zentrale Holocaustgedenkstätte Deutschlands in Berlin in der Nähe des Brandenburger Tors errichtet worden ist.<sup>34</sup>

Bei alledem waren die meisten Städte erst einmal Erinnerungsorte der Nationalsozialisten. Die Repräsentation ihrer Macht in den städtischen Räumen kennzeichnete bereits früh die Anstrengungen des Regimes. Die Nationalsozialisten nutzten, noch bevor sie großstädtische Aus- und Umbaupläne entwarfen, Plätze und Straßen zur Installation einer eigenen Erinnerungspolitik, indem sie ihnen neue Namen gaben und erste Denkmäler platzierten. Dies begann sofort mit dem Machtantritt 1933 und betraf am Ende fast die Hälfte aller neuen Straßennamen.. An erster Stelle stand selbstredend Adolf Hitler, dicht gefolgt von Horst Wessel, Hermann Göring und Albert Leo Schlageter.<sup>35</sup> Dies war allerdings von kurzer Dauer und wurde nach dem Krieg beseitigt, sofern die Erinnerungsorte nicht ohnehin bereits dem Bombenhagel zum Opfer gefallen waren.<sup>36</sup> Mit der Verbannung der NS-Insignien aus dem öffentlichen Raum und dem öffentlichen Leben der Stadt endete die Glorifizierung des Regimes und begann die Arbeit des Erinnerns an die Schreckenszeit. Jede größere Stadt hat diesbezüglich mittlerweile eine über Jahrzehnte gewachsene Erinnerungsgeschichte. Sie ist von Stadt zu Stadt verschieden, aber es gibt über die jeweiligen Besonderheiten hinaus auch gemeinsame Strukturen. Diese näher zu bestimmen, ist eines der Verdienste der folgenden Beiträge.

Maßgeblich wurde dabei die städtische Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus bis heute von der jeweiligen Rolle der Stadt im Nationalsozialismus bestimmt. Die Herrschaft des Nationalsozialismus zeigte sich in den Städten sehr viel direkter und in enger personaler Interaktion. Alle Einwohner\*innen und Einrichtungen hatten Namen und Adressen. Sie hatten gegensätzlichen Anteil an dem etablierten System der Herrschaft. Die einen gewannen durch ih-

<sup>34</sup> Das von Peter Eisenman entworfene Stelenfeld erinnert an die mehr als sechs Millionen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Denkmal für die ermordeten Juden in Europa, <https://www.stiftung-denkmal.de/> [19.11.2024].

<sup>35</sup> Vgl. Matthias Frese (Hrsg.), Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012.

<sup>36</sup> Zur Situation in den deutschen Städten nach 1945 vgl. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), Dokumente Deutscher Kriegsschäden. Evakuierte. Kriegssachgeschädigte. Währungsgeschädigte, Bd. 1: Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung, Bonn 1958.

re Teilhabe und die anderen verloren, litten, flohen oder kamen um. In der Stadt war der Nationalsozialismus nicht in erster Linie Idee, Symbol und politische Maßnahme, sondern bestand aus organisierten Nationalsozialisten und Bürgern, die in „Reichsbürger“ sowie in „Nichtarier\*innen“ eingeteilt wurden, lebten dabei in direkter Nachbarschaft „zusammen“. Man könnte es „Nationalsozialismus in der räumlichen Verdichtung“ nennen, geprägt von Parteihäusern, Rathäusern, Ämtern, Unternehmen, Gefängnissen, Folterkammern, Lagern, Versammlungsstätten, Plätzen für Aufmärsche, Orten des Boykotts nichtarischer Geschäfte und der Verwüstung von Synagogen, Plätzen, auf denen Bücher brannten, geschlossenen Gewerkschaftshäusern und Orten der Abfahrt von zum Kriegsdienst Einberufenen oder zur Deportation Zusammengetriebenen sowie Orten der Ankunft von Millionen von Zwangsarbeitenden. Sie waren aber auch Orte des Widerstands, der Verweigerung und des Rückzugs. Die tiefgreifende Zäsur des Nationalsozialismus spiegelt sich in den Städten in tausendfachen Variationen. Deshalb ist die Stadt auch der zentrale Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und jede deutsche Stadt hat Mahnmale, Gedenkstätten und manchmal auch institutionalisierte Erinnerungseinrichtungen aufzuweisen.<sup>37</sup>

Die Stadt war in der Zeit des Nationalsozialismus der Ort massiver Gewaltausübung gegenüber allen, die dem Regime kritisch gegenüberstanden. Insofern war sie Ort des Verschwindens von Menschen, des Wegsperrens und der Zwangsarbeit. Das repressive System in den Städten und Gemeinden betraf politisch Unliebsame, die rassistische Vertreibung und Ermordung sowie die Nutzung von massenhaft importierten Zwangsarbeiter\*innen. Aufgrund dessen war auch auf kommunaler Ebene die Ausbildung der lokalen Erinnerungskulturen von inhaltenden Widerständen begleitet, sich der Aufarbeitung der Vergangenheit zu stellen – ein Umstand, der ebenfalls bis in die Gegenwart reicht.

#### *4. Die stadtbezogene Erinnerung an den Nationalsozialismus*

Die Besonderheit der städtischen Erinnerungskultur ist ihre starke Abhängigkeit von der Rolle, die die jeweilige Stadt im Nationalsozialismus sowie für die Nationalsozialisten spielte. Insofern spiegelt sich noch in der Erinnerung die Herrschaftspraxis des Regimes – und zwar auch in diesem Heft der Modernen Stadtgeschichte. Denn in der Zeit des Nationalsozialismus gab es eine ausgeprägte Hierarchie der Städte, die im Gegensatz zu den Jahrhunderten zuvor nicht mehr in erster Linie von ihrer wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Stellung bestimmt war, sondern durch den Aufbau eines Konkurrenzsys-

<sup>37</sup> Frank Engehausen, *Tatort Heidelberg. Alltagsgeschichten von Repression und Verfolgung 1933–1945*, Frankfurt am Main/New York 2022.

tems der sogenannten Führer- und Nichtführerstädte.

In kritischer Distanz folgt der Aufbau des Heftes diesem System, wobei die Hälfte der Beispiele Nichtführerstädte bilden. Zweifellos dominierte Berlin das Städtesystem der Zeit mit der Aussicht, eines Tages die Kapitale „Germania“ für ein riesiges Reich bilden zu dürfen, samt Riesenbauten und spektakulären Eisenbahnverbindungen durch das kolonialisierte Eurasien. Aber auch schon vorher war Berlin, nachdem es von der NSDAP erobert worden war, das Zentrum der Gewaltherrschaft gewesen. Daran erinnert seit 1987 der in Berlin-Kreuzberg bestehende Informationsort „Topographie des Terrors“ zur Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Staates. Die Einrichtung umfasst eine Dauerausstellung und Sonderausstellungen im Dokumentationszentrum, das im Jahr 2010 eröffnet wurde, sowie eine schon zuvor eingerichtete Freiluftausstellung und einen Geländerundgang mit Erläuterungen zur Geschichte des historischen Ortes. Die Gedenkstätte wird von der 1992 gegründeten Stiftung Topographie des Terrors betreut, die seit 1995 vom Land Berlin und der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam getragen wird.<sup>38</sup>

Mit Berlin verbinden sich, wie bereits erwähnt, die Ausbaupläne dieser Stadt zu einer Hauptstadt „Germania“ als Zentrum des angestrebten eurasischen Imperiums mit repräsentativen Bauten, Aufmarschplätzen und Achsenstraßen. Projekte dieser Art gab es für alle deutschen Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohner\*innen.<sup>39</sup> Diese großwahn sinnigen Visionen standen in direkter Opposition zur Rolle der Stadt in der Ideologie und Siedlungspolitik der Nationalsozialisten. „Der Charakter der nationalsozialistischen Großstadtfeindschaft war“ eindeutig „ein antiurbaner, der die im 19. Jh. entstandene moderne Großstadt in ihrer Wesensart ablehnte.“ In völliger Umkehr ihrer ideologischen Selbsteinschätzung „bekannt sich die Nationalsozialisten (in der Praxis) aber zur Großstadt, die ihre Bedeutung nicht aus der Funktion als Wohn- und Lebensort bezog, sondern als architektonische Projektionsfläche von Machtansprüchen diente und administrativ in die nationalsozialistische Verwaltungsstruktur eingepasst werden musste“.<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.), Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, 16. Aufl., Berlin 2005.

<sup>39</sup> Vgl. Joachim Petsch, Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München 1976; Michael Ellenbogen, Gigantische Visionen. Architektur und Hochtechnologie im Nationalsozialismus, Graz 2006; Tilman Harlander/Wolfram Pyta (Hrsg.), NS-Architektur: Macht und Symbolpolitik, Berlin 2010. Siehe weiterhin zu Augsburg: Winfried Nerdinger (Hrsg.), Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945, München 1993; Ders. (Hrsg.), Bauten erinnern. Augsburg in der NS-Zeit, Berlin 2012.

<sup>40</sup> Joel Behne/Dörthe Gruttmann, Nationalsozialismus, Verhältnis der nationalsozialistischen Ideologie zur Stadt, 12.01.2017, <https://www.uni-muenster.de/>

Ausführlich setzt sich Robert Obermair in seiner Leitrezension mit einer Studie über „Planen und Bauen im Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen“ auseinander. Zu dem wissenschaftlichen Großprojekt samt einer Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste haben mehrere Mitglieder der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung sowie Herausgeber der *Modernen Stadtgeschichte* beigetragen. Das Projekt wirft die Frage auf, inwieweit die im „Dritten Reich“ für Planen und Bauen zuständigen Institutionen und Personen in die Verbrechen des nationalsozialistischen Staates eingebunden waren. In der Erläuterung der Buchreihe heißt es von Seiten des Verlags: „Die vierbändige Publikation untersucht nicht nur die Arbeit der Reichsbauverwaltung 1933–1945. Sie nimmt ein breites Spektrum des Bausektors in den Blick: Wohnungsbau, Wohnungswirtschaft, Städtebau, Altstadtumbau und Neustadtplanungen, aber auch Bauten für die Infrastruktur, für das Militär und für die Rüstungsindustrie“.<sup>41</sup>

Vom Bauen und Planen ist der Weg nicht weit zur Stadtverwaltung insgesamt und damit zu einem bis vor kurzem noch großen Desiderat der NS-Forschung.<sup>42</sup> Über die Verwaltungen und ihre lokale Machtausübung hinaus lassen sich am Beispiel von Stadtgesellschaften in verdichteter Form zentrale Konfliktfelder, Reibungspunkte, Brüche und Inklusionsangebote der „NS-Volksgemeinschaft“ untersuchen. Im urbanen Raum trafen verschiedene Akteursgruppen wie die Angestellten der Stadtverwaltung, die Mitarbeiter\*innen der Kir-

[Staedtegeschichte/portal/einfuehrung/geschichte/nationalsozialismus.html](https://www.staedtegeschichte.de/portal/einfuehrung/geschichte/nationalsozialismus.html)

[19.11.2024]. Siehe Klaus Bergmann, *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim 1970; Clemens Zimmermann/Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900*, Basel/Boston/Berlin 1999.

<sup>41</sup> Vgl. Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ (Hrsg.), *Planen und Bauen im Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen*, 4 Bde., München 2023. Mit Beiträgen von Christine Beese, Christoph Bernhardt, Frank Betker, Harald Bodenschatz, Claudia Büttner, André Deschan, Harald Engler, Benedikt Goebel, Michael Haben, Emanuel Hübner, Karl R. Kegler, Angelika Königseder, Christopher Kopper, Sylvia Necker, Christiane Post, Andreas Putz, Jörg Rudolph, Tanja Scheffler, Rainer Schmitz, Paul Sigel, Johanna Söhnigen, Alexa Stiller, Kerstin Thieler, Malte Thießen, Phillip Wagner, Georg Wagner-Kyora, Mario Wenzel, Clemens Zimmermann. Weitere Informationen finden sich beim Hirmer Verlag: [https://www.hirmerverlag.de/de/titel-1-1/planen\\_und\\_bauen\\_im\\_nationalsozialismus-2425/](https://www.hirmerverlag.de/de/titel-1-1/planen_und_bauen_im_nationalsozialismus-2425/) [19.11.2024].

<sup>42</sup> Stadtverwaltung, selbst mit der Erweiterung von Stadt und Gesellschaft, ist noch lange nicht die Stadt als räumlicher Ort von Gesellschaft. Der Unterschied zeigt sich in den ebenfalls in den letzten drei Jahrzehnten verstärkt entstandenen Monografien zu Städten in der NS-Zeit und auch in den entsprechenden Abschnitten in Gesamtdarstellungen zur Geschichte einer Stadt, z. B. Marie-Luise Recker, *Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ 1918 bis 1945*, in: Dies. (Hrsg.), *Tradition und Wandel. Frankfurt am Main*, 2 Bde., Göttingen 2023, S. 157–263.

chen, Mitglieder der NSDAP sowie Verbände, Vereine und überhaupt die Stadtbevölkerung aufeinander. Insofern sind hier Genese, Umsetzung und Erfolg nationalsozialistischer Politik konkret sicht- und begreifbar.<sup>43</sup> Die exzessive Gewalt, aber auch die Gewalt des bürokratischen Ablaufs und die Herrschaft via Verordnungen werden konkret. Die von der Repression betroffenen Personen treten aus der Anonymität, die Opfer erhalten Namen und Adressen. Insofern rücken die Stadtverwaltungen auch als Täter in den Fokus der Tätergeschichte. Auf diesen Punkt und auf die Folgen der am 30. Januar 1935 eingeführten Deutschen Gemeindeordnung (DGO) hatte der Stadthistoriker Christian Engeli bereits vor 50 Jahren hingewiesen. Mit ihr gab es erstmals eine einheitliche Kommunalverfassung für ganz Deutschland. Wichtiger für das Regime war jedoch, dass es mit dieser Verfassung mit wenigen Eingriffen das Prinzip der Selbstverwaltung aushebeln konnte. Denn mit der DGO zogen die Beauftragten der NSDAP in die Gemeinden ein, um den Einfluss der Partei auf der kommunalen Ebene sicherzustellen. Dies schwächte die herausgehobene Position der Bürgermeister erheblich, zumal kaum noch reguläre Wahlen stattfanden. An die Stelle der durch Wahl legitimierten Repräsentanten traten eng mit den regionalen Parteigrößen verbundene Personennetzwerke. Engeli fasste dies so zusammen: „Durch die Legalisierung von Parteieingriffen und die Integrierung der Kommunalverwaltung in die Staatsverwaltung kam es zur ‚Entleerung der kommunalen Selbstverwaltung‘.“<sup>44</sup>

In dem vorliegenden Heft haben wir diesem weitverzweigten Thema mit dem Beitrag von Christoph Bernhardt vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner Rechnung getragen. Unter dem Titel „Patterns of National Socialist Municipal Governance in German Cities (1930–1950)“ vertieft Bernhardt die Befunde von Engeli, indem er neue Forschungsbefunde zusammenträgt. Er geht dabei insbesondere der Frage nach, wie es zu stabilen nationalsozialistischen Herrschaftsbeziehungen auf kommunaler Ebene kommen konnte und hebt in diesem Zusammenhang die Anpassung der administrativen Strukturen, die Personalpolitik und die Kooperation mit dem Regime gerade

<sup>43</sup> Als kleine Auswahl von Monografien zum Thema Stadt und NS: Gerhard Flämig, Hanau im Dritten Reich, 2 Bde., Hanau 1988; Hanns Christian Lühr, Hitlers Linz. Der „Heimatgau des Führers“, Berlin 2013; Horst Matzerath, Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Köln 2009; Detlef Schmiechen-Ackermann/Steffi Kaltenborn (Hrsg.), Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und vergleichende Perspektiven, Münster 2005; Winfried Süß/Malte Thießen (Hrsg.), Städte im Nationalsozialismus. Urbane Räume und soziale Ordnungen, Göttingen 2017; Margit Szöllözi-Janze/Jost Dülffer (Hrsg.), Schlagschatten auf das „braune Köln“. Die NS-Zeit und danach, Köln 2010; Michael Wildt/Christoph Kreuzmüller (Hrsg.), Berlin 1933–1945, Berlin 2013.

<sup>44</sup> Christian Engeli/Wolfgang Haus (Hrsg.), Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht, Stuttgart 1975, S. 675.

auch in Bezug auf die gewaltsame Unterdrückung hervor. Die angesprochene Stadtplanung und Baupolitik gehörten selbstredend dazu, genauso wie die Herausbildung nationalsozialistischer Führungspersönlichkeiten. Auffallend sind dabei gerade auf der kommunalen Ebene die personellen Kontinuitäten von der Weimarer Republik bis in das Nachkriegsdeutschland hinein, was der Verfasser unter dem Stichwort „explanatory power of governance approaches“ diskutiert.

Über die Rolle der städtischen Verwaltungen in den Führerstädten der NS-Zeit kommen wir zu München als zweiter Führerstadt und „Hauptstadt der Bewegung“ mit dem „Braunen Haus“ als Sitz der Parteizentrale. Ähnlich wie Berlin hat auch München ein auf die Stadtverwaltung zentriertes großes Forschungsprojekt zur Aufarbeitung seiner Geschichte im Nationalsozialismus durchgeführt. Das Münchener Projekt lenkte dabei „den Blick auf die Stadt als Herrschaftsraum der Diktatur. Die kommunalen Ämter verfügten über bedeutende Handlungsspielräume bei der Steuerung des alltäglichen Lebens in der ‚NS-Volksgemeinschaft‘. Sie waren Dienstleister und Verfolgungsinstanzen, Agenturen sozialer Integration und Ausgrenzung, bürokratische Stützen und lokale Repräsentationen der Diktatur“.<sup>45</sup> Daraus ging zwischen 2013 und 2020 die sechsbändige Studienreihe „München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft“ hervor.<sup>46</sup> In München selbst entstand im Umfeld des Königsplatzes zwischen 1933 und 1945 ein Vorzeigeprojekt der Diktatur und ein Machtzentrum mit Sitz zahlreicher Verwaltungsstellen – das besagte Braune Haus. Es wurde im Krieg zerstört und blieb weitgehend vergessen, für Jahrzehnte eine Leerstelle im öffentlichen Raum. Erst ein halbes Jahrhundert später entstanden aus der Münchener Stadtgesellschaft heraus Initiativen, die einen offenen und kritischen Umgang mit der NS-Geschichte der Stadt einforderten. Schließlich brachten Künstler\*innen und andere engagierte Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft die Erinnerung an die historische Bedeutung des

<sup>45</sup> Aus der Verlagswerbung zur Schriftenreihe des Projekts und der Schriftenreihe: München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft, <https://www.wallstein-verlag.de/reihen/muenchen-im-nationalsozialismus.html> [19.11.2024].

<sup>46</sup> Veröffentlichungen des Projekts München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft, Band 1 bis 6: Annemone Christians, Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München, Göttingen 2013; Florian Wimmer, Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München, Göttingen 2014; Paul-Moritz Rabe, Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München, Göttingen 2017; Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.), München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der „Hauptstadt der Bewegung“, Göttingen 2017; Mathias Irlinger, Die Versorgung der „Hauptstadt der Bewegung“. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München, Göttingen 2018; Jan Neubauer, Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im „Dritten Reich“, Göttingen 2020.

Ortes mit temporären Aktionen zurück. Rund 20 Jahre später gelang es im Mai 2015, dem leeren Platz mit der Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums München eine neue Bestimmung im Rahmen der lokalen Zivilgesellschaft zu geben. Als Haus der Information und Diskussion erinnert es an die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur und setzt sich mit ihren Ursachen, Ausprägungen und Folgen bis in die Gegenwart auseinander. Zum Angebot des Zentrums zählen Ausstellungen, Kunstinterventionen, Veranstaltungen und partizipative Projekte, Onlineangebote, ein Lernforum und eine Bibliothek. Vermittlungsprogramme für unterschiedliche Zielgruppen laden ein, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und ihren Kontinuitäten bis heute zu beschäftigen.<sup>47</sup> Ähnlich verhielt es sich auch mit der dritten Führerstadt, dem altherwürdigen Nürnberg mit seiner großen Handwerkertradition, das als „Stadt der Reichsparteitage“ erhalten musste.<sup>48</sup>

So gehen wir direkt über zur vierten Führerstadt, der ehemaligen Hansestadt Hamburg mit ihrem bedeutenden Hafen, die nun den Titel „Stadt des deutschen Handels“ erhielt und alle anderen Handelsstädte damit austach. Die Hafenstadt war als zweitgrößte deutsche Stadt und zentraler Motor des Handels für das NS-Regime von großer Bedeutung.<sup>49</sup> Bald nach der Machtübernahme, erläutert der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg, Oliver von Wrochem, in seinem Beitrag „Hamburg als Handelsmetropole und sein Gedenken an die NS-Verbrechen“, setzte auch in Hamburg die Gleichschaltung der öffentlichen Verwaltung und die Verfolgung all jener gesellschaftlichen Gruppen ein, die nicht als Teil der zu formierenden „Volksgemeinschaft“ galten. Mit der Zeit entstand ein Netz an Orten der Verfolgung und Täterschaften. Die Stadt Hamburg initiierte die KZ-Zwangsarbeit im Hafen und in den Industriearealen und profitierte wesentlich von ihr. Dies fiel lange der Vergessenheit anheim, weil die lokalen Machteliten noch während der NS-Herrschaft die Spuren der Verbrechen verwischten, bevor die heranrückenden britischen Truppen Hamburg erreichten. Dazu gehörte auch das brutale Entleeren der KZ-Außenstellen, deren Insassen auf Todesmärsche in andere Lager verbracht und deren Unterlagen verbrannt wurden.

Zwar wurde wie in vielen Städten nach dem Krieg in erster Linie geschwiegen, was die Beteiligten nicht daran hinderte, den Mythos aufzubauen, Hamburg sei weniger nationalsozialistisch gewesen als andere Städte in Deutsch-

<sup>47</sup> NS-Doku München, <https://www.nsdoku.de/historischer-ort/braunes-haus> [19.11.2024].

<sup>48</sup> Nürnberg – Ort der Reichsparteitage. Inszenierung, Erlebnis und Gewalt. Museen der Stadt Nürnberg, Petersberg 2021.

<sup>49</sup> Zu Hamburg siehe Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997; Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, Hamburg 1997; Joachim Paschen, Hamburg zwischen Hindenburg und Hitler. Die nationalsozialistische Machteroberung in einer roten Festung, Bremen 2013.

land. Man könnte das auch eine gelenkte Erinnerung oder Erinnerungsumkehr nennen. Im Unterschied zu den anderen hier versammelten Beispielen kam es in Hamburg allerdings bereits in den ersten Nachkriegsjahren zur Aufstellung erster Mahnmale, die von überlebenden Opfern initiiert wurden. Das erste wurde noch während einer Gedenkveranstaltung auf dem Ohlsdorfer Friedhof Ende Oktober / Anfang November 1945 eingeweiht und kann eventuell als ältestes Monument dieser Art gelten. Es handelt sich dabei um die „Urne des Unbekannten Konzentrationärs“ aus dem Vernichtungslager Auschwitz. Diese erste Urne wurde 1949 Bestandteil des Mahnmals für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, einer Stele mit 105 Gefäßen, in denen sich die Asche von Opfern und Erde aus 25 Konzentrationslagern befindet. Frankfurt folgte mit einem vergleichbaren Denkmal erst fünfzehn Jahre später.

Dieser Prozess des Erinnerns setzte sich erst nach vier Jahrzehnten im Zuge des Generationenwechsels fort. Unter teils massiven Widerständen entstanden, meist von Vereinen getragen, bis heute 128 Gedenkstätten. Erst vor rund 40 Jahren wuchs also ähnlich wie in Berlin und München oder Nürnberg auch in Hamburg die Bereitschaft, Verantwortung für die entstehenden Gedenkstätten zu übernehmen. Von Wrochems Beitrag geht auf der Grundlage eines kurzen Überblicks über Hamburg im Nationalsozialismus der Frage nach, wie sich die NS-Verbrechen im Bewusstsein der Hamburger\*innen und in der städtischen Erinnerungskultur verankerten, woran in Hamburg erinnert wird. Er weist dabei auch darauf hin, welche Leerstellen in der Gedenkkultur noch existieren.

Neben den genannten Führerstädten gab es in der Anfangszeit mit Landsberg am Lech und Linz lediglich zwei weitere: Die erstere der „Hitlerzelle“ wegen, die andere als „Stadt der Kunst“, mit der Hitler seine gescheiterte Laufbahn als Künstler durch die Planung eines monumentalen Kunstmuseums kompensieren wollte. Mit dem Kunstzentrum wollte sich der Führer dann als Kunstförderer von europäischer Dimension präsentieren.<sup>50</sup> Später kamen zu diesen ersten Führerstädten viele Gauhauptstädte hinzu; dann erhielten den Titel auch schwer kriegszerstörte Städte oder Stadtneugründungen wie Wolfsburg.<sup>51</sup> Am Ende enthielt die Liste nicht weniger als 38 Städte, bei denen es jedoch lediglich zu 27 auch Anordnungen gab.<sup>52</sup>

<sup>50</sup> Vgl. Jost Dülffer/Jochen Thies/Josef Henke, Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln 1978. Zu Nürnberg: Ernst Eichhorn (Hrsg.), Kulissen der Gewalt. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, München 1992, und zu Linz: Fritz Mayrhofer (Hrsg.), Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008.

<sup>51</sup> Siehe Christian Schneider, Stadtgründung im Dritten Reich, München 1979, oder Marie-Luise Recker, Die Großstadt als Wohn- und Lebensbereich im Nationalsozialismus. Zur Gründung der „Stadt des KdF-Wagens“, Frankfurt am Main 1981.

<sup>52</sup> Siehe zum Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 (RGBl. I S. 1054–1055) die Ausführungen von Johann Hartl, <https://www.stadtgrenze.de/s/p3r/>

Der Rest der deutschen Städte wies jeweils mehr oder weniger signifikante Merkmale auf, die eine Mitgliedschaft in dem erlauchten Kreis der Städte des Führers verhindert hatten. Wir haben mit Köln, Hannover und Frankfurt drei davon berücksichtigt. Das katholische Köln entsprach nicht den Idealen des Regimes, wurde aber dennoch tiefgreifend von ihm geprägt. Deshalb entstand und entwickelte sich auch dort schließlich eine institutionalisierte Erinnerungskultur wie in den anderen hier betrachteten Städten. Annemone Christians-Bernsee, die stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, fokussiert ihren Beitrag „Das EL-DE-Haus in Köln. Städtische Erinnerungsarbeit am Ort des Gestapo-Terrors“ auf den windungsreichen Werdegang der Erinnerungsrückkehr, die sich darin niederschlug, dass aus dem EL-DE-Haus schließlich eine städtische Erinnerungseinrichtung am authentischen Ort des einstigen Terrors entstehen konnte. Sie kommt dabei gleich auf einen zentralen Punkt zu sprechen, der mehr oder weniger auch für die anderen Beispiele aus Hamburg, Hannover und Frankfurt zutrifft: Am Anfang standen Jahrzehnte des Schweigens und des Vergessens, in denen nach unverdächtigen neuen Funktionen für die jeweiligen belasteten Orte gesucht wurde. Erst im Kontext des Aufbruchs zu einer kritischen lokalen Zivilgesellschaft am Beginn der 1970er Jahre fanden sich einzelne Personen mit Zivilcourage, die auf das Gebäude als einen Ort vergangener Verbrechen hinwiesen und für einen Gedenkort eintraten. Dies ging mit akribischen Untersuchungen einher, in deren Kontext um die 1.800 selbstständige Inschriften oder Zeichnungen als Spuren des Leidens unter dem Gestapo-Terror gefunden und gesichert werden konnten. Das Hausgefängnis der Kölner Gestapo stellt in Deutschland eine der am besten erhalten gebliebenen Haftstätten aus der NS-Zeit dar. Es vergingen weitere Jahrzehnte, bis nach anhaltender Aufklärungsarbeit vor über 25 Jahren aus dem einstigen Schreckensort erst ein Ausstellungsort und dann das heutige NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln entstehen konnte. In einer abschließenden Betrachtung ordnet der Beitrag das gewachsene Profil des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln als Gedenkort, Lernort und Forschungsort kurz in den Kontext der (kommunalen) Erinnerungs- und Dokumentationsorte ein. Dabei wird auch ein Schlaglicht auf den aktuellen dynamischen Wandel der Rolle und Tätigkeit von NS-Gedenkstätten und Vermittlungsorten geworfen.

Für Hannover stellt schließlich der Direktor des ZeitZentrums Zivilcourage der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover, Jens Binner, den Umgang der Stadt mit ihrer NS-Vergangenheit vor. Auch hier, so zeigt es sein Beitrag „Der Umgang der Stadt Hannover mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“, war der Weg hin zu einer entfalteten Erinnerungskultur lang. Sie ist erst heute fest etabliert und wird von der Stadtgesellschaft getragen. Davon zeugen

[gnds/gnds.htm](#) [19.11.2024].

Gedenkveranstaltungen, Informationstafeln, die Ausgestaltung des ehemaligen KZ-Außenlagers zu einem Gedenk- und Informationsort und vieles mehr. Zudem gibt es zwei etablierte Einrichtungen für die historisch-politische Bildung zur Geschichte des Nationalsozialismus: die Gedenkstätte Ahlem und das Zeit-Zentrum Zivilcourage. Bis es so weit war, folgte Hannover dem allgemeinen Weg der Erinnerungskultur in Deutschland, der vom Verschweigen über das Er-kämpfen bis zur Etablierung von festen Einrichtungen führte, deren Aufgabe die Arbeit an der Erinnerung bildet. Jens Binner legt dabei großen Wert auf die stadtspezifische Ausformung der Erinnerungskultur, bei der bestimmte Themen stark im Vordergrund stehen, während andere verspätet bearbeitet wurden und bis heute wenig Beachtung finden.

Den Abschluss bilden zwei Beiträge zu Frankfurt am Main, eine Stadt, die nicht zu den Führerstädten gehörte. Das bestehende Bild Frankfurts als einer Handelsstadt mit einem entwickelten Bankensektor, mit seiner großen jüdischen Gemeinde und seiner langen Tradition als Stadt der Liberalen und Demokraten war unvereinbar mit der rassistischen und antidemokratischen Weltanschauung der neuen Machthaber.<sup>53</sup> Mehr noch, die Stadt war den Nationalsozialisten wegen dieser Spezifika verhasst und daher Zielscheibe ihrer Propaganda. Mit einer gewissen Berechtigung kann man Frankfurt als „Anti-Führerstadt“ bezeichnen. In diese Richtung zielten auch die massiven Eingriffe in Kultur und Tradition der Stadt durch die Nationalsozialisten. Einen der ersten Brüche bildete die Verleihung des Titels „Stadt des deutschen Handwerks“, der zweifellos besser auf Nürnberg oder Augsburg gepasst hätte, so aber als Maßnahme gelten kann, die Identität einer eng mit der Finanzwirtschaft verbundenen Stadt zu brechen.<sup>54</sup> Noch mehr störte die neuen Machthaber die Stellung Frankfurts als einer Stadt mit einer seit Jahrhunderten ansässigen zweitgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands, weshalb die Stadt unter den Antisemiten seit dem 19. Jahrhundert den Ehrentitel „Jerusalem am Main“ trug. Auch diese Identität wurde früh angegriffen, nicht nur mit den allgemeinen Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte, nicht nur mit der Verbrennung der Bücher von jüdischen Autoren, nicht nur mit dem Pogrom am 9. November 1938, sondern noch effizienter mit der Ansiedlung des Instituts für Erbbiologie und Rassenpflege an der maßgeblich von Juden gegründeten Frankfurter Universität. Dazu gesellte sich noch das Institut zur Erforschung der Judenfrage, womit aus dem „jüdi-

<sup>53</sup> Ralf Roth, Die Herausbildung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft. Geschichte der Stadt Frankfurt am Main 1789–1866, hrsg. von der Frankfurter Historischen Kommission, Ostfildern 2013.

<sup>54</sup> Vgl. den Artikel „Stadt des deutschen Handwerks“, <https://kultur-frankfurt.de/portal/de/design/StadtdesdeutschenHandwerks/589/1680/28342/mod876-details1/104.aspx> [19.11.2024].

schen“ Frankfurt eine Stadt wurde, deren Universität die Rassevorstellungen der Nationalsozialisten begründen sollte. Durch die Vernichtung der jüdischen Gemeinde wurde darüber hinaus ein zentraler Teil der Frankfurter Identität ausgelöscht. Stadt, Banken und Universität haben bis heute große Schwierigkeiten, diesen Identitätsbruch in seiner Tiefe auszuloten und angemessen zu beschreiben,<sup>55</sup> obwohl auf zentrale Aspekte dieser Leerstelle bereits vor 30 Jahren hingewiesen worden ist.<sup>56</sup> Denn die schwärende Wunde brach bereits vor 60 Jahren mit den Auschwitzprozessen auf und zu dieser Zeit wurde an die rund 30.000 Vertriebenen und Deportierten zum ersten Mal mit einem Denkmal erinnert. Es handelte sich dabei um das Mahnmal für die Opfer des Naziterrors von Hans Wimmer, das am 24. Oktober 1964 enthüllt worden ist. Dieses misst in der Höhe nicht weniger als fünfeinhalb Meter und fand seinen Platz inmitten der Frankfurter Öffentlichkeit an der westlichen Außenfront der Paulskirche. Die gefesselte Gestalt kniet auf einem Sockel aus Sandstein, der die 53 Namen der damals bekannten Konzentrations- und Vernichtungslager sowie die Ghettos, in denen Juden und Jüdinnen über Jahre hinweg ihr Leben fristen mussten,

<sup>55</sup> Deutliche Hinweise auf die Fehlstellen der städtischen Erinnerung und überhaupt die dafür fehlende Grundlage der Forschung liefert der neue Band der Historischen Kommission, in dem die Banken gänzlich fehlen und auch die Universität keine Erwähnung findet, genauso wenig kommen die Absichten der Nationalsozialisten bezüglich dieser Institutionen vor. Die Rolle der Banken bei der Enteignung der Juden fehlt ebenfalls und das Thema Enteignung reduziert sich auf die Versteigerung von Hausrat. Zu der unerklärlichen Frage, die vor zehn Jahren aufgeworfen wurde, warum Josef Mengele in Frankfurt promoviert worden ist, zumal dem Fritz Bauer Institut dazu Spendengelder in erheblichem Umfang zugekommen sind, siehe: Christoph Cornelißen/Sybille Steinbacher (Hrsg.), Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus. Herrschaft, Repression, Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Gedächtnis, Göttingen 2024.

<sup>56</sup> Vgl. den Beitrag von Heike Drummer, Stadt des deutschen Handwerks, in: Lothar Gall (Hrsg.), FFM 1200. Traditionen und Perspektiven einer Stadt, Sigmaringen 1994, S. 315-340. Zu den erbbiologischen Konsequenzen für Stadt und Universität siehe Benjamin Ortmeier, Jenseits des Hippokratischen Eids. Josef Mengele und die Goethe-Universität, Frankfurt am Main 2014. Siehe auch die Dokumentation um den Versuch, diesen Aspekt der Geschichte der Goethe-Universität einer wissenschaftlichen Behandlung zuzuführen: Benjamin Ortmeier, Zum Stand der Forderung nach der Einrichtung einer AG zur Geschichte der Goethe-Universität in der Nazi-Zeit. Vorlauf – Entwicklung – Stand. Information für die Mitglieder des Senats, des Hochschulrates und des AstAs. September 2014 bis März 2017, Frankfurt am Main 2017, <https://asta-frankfurt.de/angebote/downloads/reader-broschueren> [19.11.2024]. Zur Rolle des jüdischen Milieus bei der Gründung der Frankfurter Universität im Jahre 1914 siehe Ralf Roth, Wilhelm Merton. Ein Weltbürger gründet eine Universität, Frankfurt am Main 2010. Zur Rolle der von jüdischen Gelehrten dominierten Forschungskomplexe an der frühen Frankfurter Universität siehe Ralf Roth, Wilhelm Merton und die Sozialwissenschaften, in: Christoph Sachße (Hrsg.), Wilhelm Merton in seiner Stadt, Berlin/Leipzig 2023, S. 141-183.

auflistet.<sup>57</sup> Es sollte jedoch noch ein Vierteljahrhundert dauern, bis sich die Stadt ernsthafter ihrer Juden und Jüdinnen erinnerte.

Im Zuge der Ausläufer der APO und der Holocaustdiskussion sowie dem Versuch einer Theateraufführung im Jahre 1985 über „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder entlud sich der Erinnerungsstau in anhaltenden Protesten und öffentlichen Diskussionen, die zwei Jahre später noch einmal erheblich an Intensität gewannen, als bei Baumaßnahmen am ehemaligen Börneplatz Reste von 19 Häusern der alten Judengasse zutage traten. Die jüdische Gemeinde forderte, der historischen Bedeutung des Börneplatzes und seiner Umgebung für die jüdische Geschichte der Stadt durch entsprechende bauliche Maßnahmen gerecht zu werden. Sehr treffend titelte damals die Zeit: „Das Loch von Frankfurt. Der Börneplatz alias Karmeliterplatz alias Judenmarkt: ein Fall von Vergangenheitsbewältigung“, wobei es eher „fehlende Vergangenheitsbewältigung“ hätte heißen müssen.<sup>58</sup> Den Forderungen der Initiativen wurde insoweit entsprochen, als die Fläche nicht bebaut wurde. Daraus entstand bis 1996 die Gedenkstätte Neuer Börneplatz.<sup>59</sup> Insgesamt schloss Frankfurt damit zu Berlin, Hamburg, Köln oder Hannover auf.

Zwei Beiträge zu Frankfurt und seiner Erinnerungskultur als Handelsstadt wie Köln und Hamburg, aber ebenso als Stadt mit der vor dem Beginn der Herrschaft des Nationalsozialismus zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland, schließen den Band ab. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass in dieser Stadt am 9. November 1988 das erste kommunale jüdische Museum eingerichtet wurde, wobei es sich zugleich um die Wiederbegründung eines ersten 1922 gegründeten Jüdischen Museums handelt, des Museums jüdischer Altertümer. Der stellvertretende Direktor des Jüdischen Museums, Michael Lenarz, widmet sich unter der Überschrift „Das Jüdische Museum Frankfurt und die Erinnerung an die Vertreibung und Ermordung der Frankfurter Jüdinnen und Juden“ den Gründen. Zu dem eigentlichen Museum kamen im Zusammenhang mit den öffentlichen Auseinandersetzungen um den Börneplatz später noch das Museum

<sup>57</sup> Mahnmal Opfer des Naziterrors an der Paulskirche in Frankfurt von Hans Wimmer enthüllt am 24. Oktober 1964. Kunst im öffentlichen Raum in Frankfurt, <https://www.kunst-im-oeffentlichen-raum-frankfurt.de/de/page134.html?id=88> [19.11.2024].

<sup>58</sup> Vgl. Walter Boehlich, Das Loch von Frankfurt. Der Börneplatz alias Karmeliterplatz alias Judenmarkt: ein Fall von Vergangenheitsbewältigung, in: Die Zeit vom 10. Juli 1987.

<sup>59</sup> Vgl. Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.), Gedenkstätte Neuer Börneplatz Frankfurt am Main, Stuttgart 2001. Felicitas Heimann-Jelinek, Ort der Erinnerung: Von der Judengasse zum Börneplatz, in: Fritz Backhaus u. a. (Hrsg.), Die Frankfurter Judengasse. Katalog zur Dauerausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt. Geschichte, Politik, Kultur, München 2016, S. 41-61; Hans-Otto Schembs, Der Börneplatz in Frankfurt am Main. Ein Spiegelbild jüdischer Geschichte, Frankfurt am Main 1987; Dieter Bartetzko/Roswitha Nees (Hrsg.), Stationen des Vergessens: Der Börneplatz-Konflikt. Begleitbuch zur Eröffnungsausstellung, Museum Judengasse, Frankfurt am Main 1992.

Judengasse und vor rund 10 Jahren die Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle, den Ort, von dem die Massendeportationen aus Frankfurt abfuhren. Lennarz greift in seinem Beitrag über die Hürden, die es in Bezug auf die Erinnerung an die Zerstörung der Frankfurter Gemeinde gab, hinaus auch ihre Wiederbegründung und die Fortsetzung jüdischen Lebens in Frankfurt auf, die im Museum Bezugspunkte haben.

Den Abschluss liefert schließlich der Herausgeber dieses Themenhefts. Ergänzend zu dem Beitrag von Michael Lennarz geht er mit seinem Beitrag „Memoria dolet“ dem schwierigen Umgang mit einem weiteren „Loch“ in der Erinnerung an den Holocaust in der „Bankenstadt Frankfurt“ nach. Es handelt sich dabei um das große, seit acht Jahrzehnten anhaltende Schweigen über die Beteiligung zahlreicher Frankfurter Banken an der Enteignung der bei ihnen deponierten Geldvermögen, Wertpapierdepots und Sparguthaben ihrer jüdischen Kunden. Der Befund ist insofern für die weitere Forschung zum Nationalsozialismus über Frankfurt hinaus von Bedeutung, als er für die Banken in allen Städten des damaligen Reichs, also auch des heutigen Österreich, zutrifft. Das Defizit der Forschung, mehr noch, die fehlende Bereitschaft, sich der Verantwortung zu stellen, tritt jedoch in der Stadt mit der einst zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland besonders krass hervor. Das Schweigekartell zerbrach, als sich eine Frankfurter Sparkasse zu winden und wenden begann, nachdem Quellen zu ihrer Beteiligung an der Enteignung der Juden bekannt geworden waren. Im Gegensatz zu dem Gros der Unternehmen, die seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend offen mit ihrer NS-Vergangenheit umgegangen sind, war die lokale Sparkasse nicht bereit, sich dieser missliebigen Vergangenheit zu stellen.<sup>60</sup> Bei der weiteren Beschäftigung mit den Gründen dieses allen Beschwörungen eines offenen Umgangs mit den Verbrechen des Nationalsozialismus widersprechenden Verhaltens traten weitere Ungereimtheiten zutage, die verdeutlichen, dass die Herrschaftspraktiken des Nationalsozialismus noch längst nicht erschöpfend erforscht worden sind – und zwar auch deshalb, weil

<sup>60</sup> Das Manuskript wurde von dem Auftragnehmer, dem Institut für Bank- und Finanzgeschichte, umgeschrieben sowie geglättet und als das nicht akzeptiert wurde, kündigte das Institut den Vertrag des Autors auf. Die fadenscheinige Begründung lieferten vier Lehrstuhlinhaber aus dem Vorstand und dem Beirat des Instituts, die behaupteten, das Manuskript weise gravierende handwerkliche Mängel auf, was mehrere Gutachten ergeben hätten. Nachträglich konnte eine Rücknahme dieser Behauptung erreicht werden, weil sich im Verlauf der juristischen Auseinandersetzung herausstellte, dass es gar keine Gutachten gegeben hatte. Die durch die Presse in der Öffentlichkeit verbreiteten Aussagen über die „handwerklichen Mängel“ beruhten auf unbegründeten Behauptungen von vier Lehrstuhlinhabern der Universitäten Bonn, Bochum und Frankfurt. Siehe dazu auch meinen Vortrag „Frankfurter Banken und die Enteignung der Frankfurter Juden“, <https://www.youtube.com/watch?v=H3Ss6h3dqZ8> [19.11.2024].

sich Historiker\*innen der Aufklärung verweigert haben. Der Beitrag widmet sich aus diesem Grund den zahlreichen Widerständen gegen eine Aufklärung der Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der lokalen Juden, die trotz ausgezeichneter Quellenlage bis heute fortwirken.<sup>61</sup> Möge das Themenheft dazu beitragen, das Verhältnis von Stadt und Erinnerung an den Nationalsozialismus aufzuklären.

**Ralf Roth** ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Verbindung von Sozial- und Stadtgeschichte. In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche Publikationen zur Arbeiter- und Bürgertumsforschung, aber auch zur Rolle von Verkehr und Kommunikation im infrastrukturellen Ausbau der Städte. Letzte Buchveröffentlichungen: Ralf Roth / Paul van Heesvelde (eds.), *The City and the Railway in the World from the Nineteenth Century to the Present*. New York 2023, und demnächst Ralf Roth, *Das bürgerliche Heidelberg 1750–1850*. Frankfurt am Main und New York 2025, sowie Ralf Roth, *Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden*. Frankfurt am Main 2025.  
[Ra.Roth@em.uni-frankfurt.de](mailto:Ra.Roth@em.uni-frankfurt.de)

<sup>61</sup> Zu den Defiziten einer ganzen Generation von Unternehmenshistoriker\*innen demnächst Ralf Roth, *Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden*, Frankfurt am Main 2025.

**Christoph Bernhardt**

## **On Municipal Governance, Urban Housing and Construction in Nazi Germany\***

*This article takes up recent discussions of the role of “ordinary Germans” and municipal actors played in the National Socialist regime, with a particular focus on antisemitic persecution in the housing and construction sector. It first retraces how a new regime of governance was introduced at the municipal level and then discusses the interplay between popular violence and administrative and legal repression against Jewish people in different segments of urban society. Furthermore, the Nazi governance of planning and construction is discussed with special reference to some crucial legal initiatives, many of which failed. Finally, some personal continuities and ruptures in the post-war period are discussed, with particular attention to the time lag in the critical public debate on the local scale of the Nazi regime, which only emerged from the 1980s onwards.*

### *1. Introduction*

In the last two decades, research on National Socialism has considerably widened its scope beyond earlier, well-established approaches such as “polycracy” (Hans Mommsen) or “destruction of urban self-government” (Horst Matzerath).<sup>1</sup> In contrast to these mainly institutionally oriented, state-centered concepts, which were focusing on the dichotomy between a totalitarian dictatorship and the democracy that preceded it, recent studies have adopted new, complementary perspectives. On the one hand, more attention is now paid to the “self-mobilization” of socio-professional elites, the dynamics of inclusion and exclusion in the “Volksgemeinschaft,” and the activism of local party

\* This paper is based on previous research, most recently in a project I co-directed with Harald Bodenschatz from 2019 to 2023 and whose findings were published in Christoph Bernhardt and Harald Bodenschatz et. al., Städtebau und Politik: Altstadterneuerung und Bau neuer Städte, in Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ (ed.), Planen und Bauen im Nationalsozialismus: Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen, Vol. 2, Nuremberg 2023, pp. 532-651. See also Christoph Bernhardt, Wohnungspolitik und Bauwirtschaft in Berlin (1930-1950), in Michael Wildt and Christoph Kreuzmüller (eds.), Berlin 1933-1945, Berlin 2013, pp. 177-192.

<sup>1</sup> Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 11th ed., Munich 1986; Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbek 1991; Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

members and ordinary citizens.<sup>2</sup> Wolf Gruner, Bernhard Gotto, Rüdiger Fleiter, Sabine Mecking and Andreas Wirsching, Winfried Süß and Malte Thießén, and others show that local initiatives were crucial to the murderous logic of the destruction of democracy and anti-Jewish persecution.<sup>3</sup> As a result, notions of a centralized totalitarian dictatorship have been supplemented and partly revised by a new emphasis on the contribution of “ordinary Germans,” local party members, and municipal bureaucrats to the National Socialist agenda.

On the other hand, the interferences and networks of public actors across the different scales of the state administration and the NSDAP have been discussed in a related strand of research. Concepts like the “precarious state,” elaborated by Sven Reichardt and Walter Seibel,<sup>4</sup> approach the National Socialist political system as a hybrid socio-cultural type of governance in the sense of current political science.<sup>5</sup> In a similar vein, Hachtmann has coined the term “new statehood”, which intends to better understand the commonalities and differences between democratic and authoritarian regimes and to grasp the transformation from one to the other.<sup>6</sup>

This paper adopts these two recent approaches and brings them to bear on the analysis of municipal affairs, and housing and construction policies in particular. It first retraces how a new regime of governance was introduced on the municipal level and then discusses the interplay between popular violence and administrative and legal repression against Jewish people in different segments of urban society. Third, aspects of the National Socialist governance of plan-

<sup>2</sup> Oliver Werner (ed.), *Mobilisierung im Nationalsozialismus. Institutionen und Regionen in der Kriegswirtschaft und der Verwaltung des ›Dritten Reiches‹ 1936 bis 1945*, Paderborn 2013.

<sup>3</sup> Cf. Wolf Gruner, *Die Kommunen im Nationalsozialismus. Innenpolitische Akteure und ihre wirkungsmächtige Vernetzung*, in Sven Reichardt and Wolfgang Seibel (eds.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt 2011, pp. 167-212; Bernhard Gotto, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945*, Munich 2006; Rüdiger Fleiter, *Stadtverwaltung im Dritten Reich. Verfolgungspolitik auf kommunaler Ebene am Beispiel Hannovers*, Hannover 2006; Sabine Mecking and Andreas Wirsching (eds.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn 2005.

<sup>4</sup> Reichardt and Seibel, *Der prekäre Staat*.

<sup>5</sup> Gunnar Folke Schuppert (ed.), *Von Staat zu Staatlichkeit. Beiträge zu einer multi-disziplinären Staatlichkeitswissenschaft*, Baden-Baden 2019.

<sup>6</sup> Cf. Rüdiger Hachtmann, *Systemzerfall oder “Neue Staatlichkeit”?* Thesen zur Struktur des NS-Regimes, in Hachtmann and Winfried Süß (eds.), *Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur*, Göttingen 2012, pp. 89-100; see also Thomas Schaarschmidt, *Multi-Level Governance in Hitler’s Germany: Reassessing the Political Structure of the National Socialist State*, *Historical Social Research* 42 (2017), pp. 218-242.

ning and construction are treated with special reference to some crucial legal initiatives. Finally, the article, which due to space limitations focuses on the pre-war period 1933-1939 and on the case of Berlin, offers a brief outlook on some post-war trends.

## *2. Institutional Ruptures and Personal Continuities, 1933-1937*

The National Socialists seized power in 1933 through coordinated violent campaigns against left-wing municipal councilors, public and trade union companies, and Jewish citizens, which went hand in hand with authoritarian legal reform. The new urban institutional regime was triggered and executed by National Socialist cadres, some of them veterans of the party's expansion in the late 1920s. At the same time, it was accepted and supported by a majority of the employees and many leading representatives of the Weimar-era municipal administration. While some mayors of big cities, such as Konrad Adenauer (Cologne) or Karl Scharnagl (Munich), were suspended or forced to resign, others, such as Heinrich Sahn (Berlin), Carl Friedrich Goerdeler (Leipzig), and Karl Lautenschlager (Stuttgart), collaborated with the new regime. These collaborators counted nearly 100 out of 252 big-city mayors, who, according to Horst Matzerath's evaluation, remained in their position<sup>7</sup> and accepted or even supported the criminal repression against Jewish citizens and other victims of the regime. The same goes for many heads of municipal planning and construction departments, even more of whom remained in office, such as Fritz Beblo (München), Paul Wolf (Dresden), Moritz Wolf (Leipzig), and others. All in all, more than 90 % of the municipal employees continued their work: in Berlin, 95 % out of 24,000 municipal employees remained in their positions; in Münster, that was the case for more than 99 %.<sup>8</sup> Institutionally, the destruction of municipal self-government was completed by the Prussian Municipal constitutional law of December 15, 1933. Following the "leadership principle" ("Führerprinzip"), this law degraded the municipal council to an informal, non-public consultancy, whereas the mayors held uncontrolled executive power. The other

<sup>7</sup> Cf. Christoph Bernhardt, *Nationalsozialistische Machteroberung in Kommunalpolitik und Städtebau (1930-1937): Akteure und Institutionen im NS-Städtebau*, in *Unabhängige Historikerkommission, Planen und Bauen*, pp. 539-545, here p. 542; Matzerath, *Nationalsozialismus*, p. 80.

<sup>8</sup> Cf. Christian Engeli and Wolfgang Ribbe, *Berlin in der NS-Zeit*, in Wolfgang Ribbe (ed.), *Geschichte Berlins*, Vol. 2, Munich 1987, pp. 927-1024, here p. 939; Sabine Mecking, *Erstklassige Verwaltungskarrieren bei zweitklassigen Voraussetzungen. Die städtische Funktionseleite der westfälischen Gauhauptstadt Münster*, in: Detlef Schmiechen-Ackermann and Steffi Kaltenborn (eds.), *Stadtgeschichte in der NS-Zeit*, Münster 2005, pp. 66-78, here p. 71.

German federal states soon adopted this rule.<sup>37</sup>

As a result, the new National Socialist urban regime was in actual fact based on a coalition between traditional municipal elites, National socialist activists within the administration, and party officials from outside, among them so-called “old fighters” (“alte Kämpfer”), who had already been party members in the 1920s. The latter were often given key positions, from which they directed and dynamically developed the municipal governance of the city in question. Examples include the new mayors Karl Fiehler in Munich, Karl Strölin in Stuttgart, Wilhelm Hesse in Braunschweig, and Adalbert Pfeil, the head of Berlin’s construction department.<sup>9</sup>

Beyond this seizure of established political and administrative institutions, the specific “National Socialist statehood” or mode of governance was characterized by the close cooperation of these traditional municipal administrations with new institutional actors. This was especially true with regard to the large non-profit sector of construction and housing (“gemeinnützige Bau- und Wohnungswirtschaft”), whose companies were mostly incorporated into the newly created, powerful “German Labor Front” (“Deutsche Arbeitsfront,” DAF).<sup>10</sup> The DAF thereby gained a strong economic basis and, after dismissing the incorporated companies’ management and often staff, was able to provide attractive jobs for NSDAP members.

The powerful regional party leaders (“Gauleiter”) complemented and supervised the new conglomerate of public administration and party institutions. They intervened in many local plans and projects, took decisions on filling key municipal positions, and organized architectural and planning competitions. In the course of the 1930s, these new leaders increasingly accumulated formal political competencies. Furthermore, they were developing a quasi-feudal concept of regional government, which included strategies to establish regional capital cities (“Gauhauptstädte”) that were encouraged by Hitler and his circle.

### *3. Anti-Jewish Discrimination and Prosecution in the Housing and Construction Sector*

The campaigns for anti-Jewish discrimination and prosecution showed the interplay between popular violence and legal repression, which the regime intentionally instigated. These campaigns, which escalated over time, mainly unfolded in three subfields of the housing and construction sector: the discrimination of professional activities and enterprises; the repression and expropriation

<sup>9</sup> Cf. Bernhardt, *Nationalsozialistische Machteroberung*, p. 542.

<sup>10</sup> Rüdiger Hachtmann, *Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945*, Göttingen 2012.

of Jewish landowners; and the discrimination, eviction, and deportation of Jewish tenants.

The discrimination of professional activities and enterprises in the construction sector started with the eviction of public servants and staff of commercial and non-profit companies in the first period of antisemitic persecution between the “Law for the Restoration of the Professional Civil Service” (“Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums”) of April 7, 1933 and the Nuremberg Laws (“Nürnberger Gesetze”) of 1935. Similar mechanisms of discrimination and repression targeted Jewish members of the liberal professions and entrepreneurs, such as lawyers, architects, and managers of construction companies and banks. In these businesses, legal repression and market mechanisms such as competition, which were intentionally used to privilege non-Jewish actors, went hand in hand.<sup>11</sup> In Berlin, the major municipal company for housing and construction, GSW, formally excluded “non-Aryan” contractors and sub-contractors.<sup>12</sup> The wide spectrum of discriminatory regulations and actions ranged from excluding these businesses from tenders for public works through evicting Jewish members from boards of directors to the compulsory sale of shareholdings below market price.<sup>13</sup> As a result, by 1938, more than 50 % of formerly Jewish enterprises in mid-sized towns such as Göttingen or Heidelberg had been “Aryanized.” At the same time, this process of “Aryanization” was rapidly unfolding even in big cities such as Hamburg and Berlin, where Jewish businesses had, for some time, found better conditions for their own survival.<sup>14</sup> Old antisemitic stigmatizations of “land speculation” were used to transform the land development business. Former members of Berlin's high society from this economic sector, such as Herbert Gutman, Adolf Sommerfeld, Kurt Haberland, Julius Berger, and others, were evicted from their positions, expropriated, and forced to emigrate with their families or else killed in concentration or extermination camps.<sup>15</sup>

Repression and expropriation of Jewish landowners were especially far-reaching in old inner-city districts, where projects for urban renewal were used

<sup>11</sup> Cf. Sylvia Necker, *Konstanty Gutschow 1902–1978. Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten*, Hamburg 2012, pp. 164–165.

<sup>12</sup> Cf. “Vorbemerkung zur Abgabe von Angeboten an die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin mbH”, n. d., Landesarchiv Berlin, A Rep. 009, Nr. 31423.

<sup>13</sup> Cf. Christoph Bernhardt and Kerstin Thiel, *Neuorganisation des Städtebaus im Zeichen von Aufrüstung und Krieg (1937–1942)*, in *Unabhängige Historikerkommission, Planen und Bauen*, Vol. 2, pp. 545–551, here p. 550.

<sup>14</sup> Cf. Frank Bajohr, *Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg*, in *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg* (ed.), *Hamburg im »Dritten Reich«*, Göttingen 2005, pp. 69–121.

<sup>15</sup> Cf. Bernhardt, *Wohnungspolitik*, p. 182.

to trigger land transactions. In the center of Berlin, in the small strip of land between the Berlin Castle and Alexanderplatz alone, more than 225 properties were robbed from their Jewish owners.<sup>16</sup> In 1938, a series of legal regulations was set up to exclude Jewish entrepreneurs from land property trading and to extensively register Jewish ownership. Again, a wide range of specific actions was used to implement this strategy, such as compensation below market price in cases of expropriation and a public pre-emption right to buy Jewish land. These were executed by extended networks of tax officers, land registry offices, notaries, lawyers, and municipal bureaucrats. Legal and administrative persecution went hand in hand with police raids and antisemitic riots, which grew in 1937 and 1938.

The regime's strategy to take up and instigate popular antisemitism on an everyday level and combine it with administrative repression and legal persecution clearly transpires from the discrimination, eviction, and deportation of Jewish tenants. Right from the start, this strategy was used to counteract the critical housing shortage. Jewish tenants' apartments were regarded as a reserve and increasingly appropriated by the regime, especially in Berlin. As early as 1933 and 1934, the Berlin municipal administration cast its eye on numerous new small flats, which had been gained by separating large apartments. Probably, the vacant large apartments had been taken over from Jewish émigrés, but this has so far been overlooked in the lively scholarly debate on Berlin's housing problems during the early 1930s.<sup>17</sup>

These small-scale, everyday antisemitic strategies become very obvious in various bureaucratic documents. From 1935 onwards, the public housing companies asked every applicant for an apartment about their "Aryan descent." At the same time, any rental arrears of Jewish tenants or other insinuations were carefully registered. They were taken as pretexts to target the tenants concerned and get rid of as many of them as possible, as Adalbert Pfeil, the head of the municipal construction department, was reporting to State Commissioner Julius Lippert.<sup>18</sup> Direct intervention from public companies against their tenants worked better than rigid legal rules, he argued, because they allowed for a more flexible policy of repression. The GSW company highly appreciated the social pressure of the collective of National Socialist neighbors, which, according to all experience, effectively motivated Jewish tenants to leave their flats.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Cf. Franziska Nentwig and Stadtmuseum Berlin (eds.), *Geraubte Mitte. Die »Arisierung« des jüdischen Grundeigentums im Berliner Stadtkern 1933–1945*, Ausst.-Kat., Berlin 2013, p. 7.

<sup>17</sup> Cf. Bernhardt, *Wohnungspolitik*, p. 182 f.

<sup>18</sup> Cf. *ibid.*, p. 185.

<sup>19</sup> Cf. *ibid.*, p. 186.

These internal conversations clearly show the intentional division of labor in antisemitic campaigns between popular aggression and administrative repression.

In the following years, these campaigns were escalated as “Aryan” tenants increasingly found their Jewish neighbors objectionable, a view for which they received support from landlords and the courts. In early 1939, major public housing companies in Berlin proudly reported to have terminated nearly all rental contracts with Jewish tenants. A few months later, the “Law Concerning Jewish Tenants” (“Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden”) of April 30, 1939 legally codified and generalized this policy of violent displacement and set the start for the final step, namely, the compulsory concentration and deportation of the German Jews. The creation of so-called “Jew Apartments” (“Judenwohnungen”) or “Jew Houses” (“Judenhäuser”) in Berlin as well as the campaigns of Speer's “General Building Inspection” (“Generalbauinspektion”), which in 1941/42 organized the deportation of the last Jewish people from Berlin in order to distribute their flats to “Aryan tenants,” have been documented in all their horrifying and tragic detail in earlier studies.<sup>20</sup> Since 2023, a digital exhibition, a large accompanying program, and a comprehensive book have elucidated the living conditions in the “Forced Homes” (“Zwangsräume”) and the fates of their inhabitants.<sup>21</sup>

#### *4. Destructing the Rule of Law in Planning and Construction*

The specifically National Socialist mode of governance (“nationalsozialistische Staatlichkeit”) in municipal affairs, housing, and construction also had a more formal side. Some of the legal changes that the Nazi regime introduced or attempted to introduce can illustrate this. Several failed legislative initiatives demonstrate that the regime was strongly hostile to rule-based policies and was incapable of pursuing them itself. The new general municipal law (“Deutsche Gemeindeordnung”), which was introduced on January 30, 1935, was the only relatively solid and coherent reform in this field, as it was developed with the help of the remaining conservative legal experts from the Weimar period. In the crucial political question of reconfiguring power rela-

<sup>20</sup> Johann Friedrich Geist and Klaus Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1862-1945*, Munich 1984; Susanne Willems, *Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau*, Berlin 2002; See also Bernhardt, *Wohnungspolitik*.

<sup>21</sup> Cf. *Forced Homes. Antisemitic Housing Policy in Berlin 1939-1945*, <https://zwangs-raeume.berlin/en> [November 11, 2024]; Akim Jah and Christoph Kreutzmüller (eds.), *Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939-1945*, Berlin 2024, [https://metropol-verlag.de/wp-content/uploads/2024/10/jah\\_kreutzmueller\\_zwangs-raeume\\_ebook\\_offen.pdf](https://metropol-verlag.de/wp-content/uploads/2024/10/jah_kreutzmueller_zwangs-raeume_ebook_offen.pdf) [November 11, 2024].

tions, it gave the National Socialist state an unlimited right of supervision (“Aufsichtsrecht”) in municipal affairs and granted the NSDAP the mandate to intervene in any personal and political decision taken by municipal bodies.<sup>22</sup>

The next legislative initiatives in the field of planning and construction that the regime launched clearly showed its inability to achieve comprehensive legal regulation. The first initiative, which was started in 1935, was a draft law called “Reich Law for Measures to Cure Ills through Urban Planning” (“Reichsgesetz für städtebauliche Gesundheitsmaßnahmen”), which was meant to regulate the field of urban renewal and, especially, to solve the critical question of financial compensation for the expropriation of landowners. The draft was first elaborated and published by the German Academy for Urban, Regional, and National Planning (Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung), but was then very controversially discussed amongst experts and receded to the background over the following two years.<sup>23</sup> Instead, the strong inclination to subordinate legal principles to the party’s short-term political interests and to privilege Hitler’s favorite planners, such as Albert Speer in Berlin, Hermann Giesler in Munich, and Konstanty Gutschow in Hamburg, became obvious in a law passed on January 30, 1937. This seemingly small but far-reaching new rule created the “General Building Inspector” (“Generalbauinspektor”) agency for Berlin and gave its head Speer unlimited authority. Complicated legal problems concerning the cooperation between municipal and state actors or the legal principles for expropriation were simply suspended by establishing Speer’s agency as a commanding office to all other institutional actors.<sup>24</sup> A second law, the so-called “Law on Redesigning German Cities” (“Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte”) of October 4, 1937, completed the institutional transformation of rule by law into an arbitrary personal system, as it gave Hitler the right to declare urban areas in 23 major cities special zones with low standards for expropriation. In practical terms, this meant that securing the “Führer”’s support became decisive for local and regional actors who wanted to realize major urban development projects.<sup>25</sup>

Another of the regime’s legislative initiatives, which was intended to regulate monument protection (“Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale”), was discussed between 1935 and 1938 but halted after intra-administrative struggles, thereby continuing the series of failed legal initiatives that proved too complex

<sup>22</sup> Cf. Matzerath, *Nationalsozialismus*.

<sup>23</sup> Cf. Bernhardt, *Nationalsozialistische Machteroberung*, p. 543 f.

<sup>24</sup> Cf. Erlaß über einen Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt, in *Reichsgesetzblatt* 13:1, 1937, p. 103; see Bernhardt and Thieler, *Neuorganisation*, p. 546.

<sup>25</sup> Cf. Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte. Vom 4. Oktober 1937, in *Reichsgesetzblatt* 109:1, 1937, p. 1054 f.; see Bernhardt and Thieler, *Neuorganisation*, p. 546.

for the regime to pursue. The project of a comprehensive national construction law (“Baugesetz”), which had been drafted in 1940 by the National Ministry of Labor, was suspended for similar reasons in the summer of 1941.<sup>26</sup> The decline and destruction of the state order in the field of planning and construction was completed in October 1942 by the hostile takeover of the highest department of housing in Germany by a newly established Nazi institution: Robert Ley, who in 1940 had become the Reich’s special commissioner for housing (“Reichswohnungskommissar”), managed to take the Department for Housing and Settlement (“Hauptabteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen”, HA IV) out of the National Ministry of Labor (“Reichsarbeitsministerium”), where it had supervised public housing policies since the early 1920s. The entire department with its staff was incorporated into Ley’s agency.<sup>27</sup>

##### *5. Reconfiguring National Socialist Governance during the Bombing War (1942–1945)*

In the context of the escalating war and the growing destruction of German cities since around 1942, another type of urban governance emerged in which municipal administration regained influence as part of a multi-level emergency regime. Malte Thießen has retraced the emergence of new central state agencies on the one hand, such as Speer’s well-known “Working Staff for Reconstruction Planning” (“Arbeitsstab für Wiederaufbauplanung”), Ley’s office as “Reich Commissioner for Social Housing Construction” (“Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau”), and other institutions.<sup>28</sup> Then again, local party organizations and municipal authorities took on a key role in organizing the removal of debris and tackling problems of housing and reconstruction. Newly built local public offices, especially the “War Damage Offices” (“Kriegschädenämter”, KSA), had to provide friendly advice and practical assistance to desperate and bombed-out citizens.

For nationwide problems in managing the urban crisis caused by the Allied bombs, the German municipal association (“Deutsche Gemeindetag”) offered consultancy services and rapidly gained influence as a hub for information and networking.<sup>29</sup> When the national government collapsed at the end of the war,

<sup>26</sup> Cf. Bernhardt and Thieler, *Neuorganisation*, p. 547; Bernhardt, *Nationalsozialistische Machteroberung*, p. 541-542.

<sup>27</sup> Cf. Karl Christian Führer, *Wohnungsbaupolitische Konzepte des Reichsarbeitsministeriums*, in Alexander Nützenadel (ed.), *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen*, Göttingen 2017, pp. 177-213.

<sup>28</sup> Cf. Malte Thießen, *Krisenmanagement und Gewalt im Bombenkrieg (1942–1945)*, in *Die Unabhängige Historikerkommission* (ed.), *Planen und Bauen*, Vol. 2, pp. 551-558, here p. 552.

<sup>29</sup> Cf. *ibid.*, p. 554.

local administration remained one of the few outposts of public order.

### 6. *Shadow Lines in the Post-war Period*

A brief look at the post-war period can help to identify some institutional and personal continuities and ruptures on the local scale as well as patterns of remembrance. After the end of the war, only a few leading National Socialist officials like Albert Speer and some mayors of large cities were sentenced in court. In the emerging socialist system in East Germany, most former municipal mayors and councilors for housing and planning were suspended, except for some rare individual figures, for instance in Potsdam and Dresden.<sup>30</sup> In contrast, Speer's experts succeeded in occupying key positions in West German municipal administrations, especially as town planning officers ("Stadtbauräte") in cities like Düsseldorf, Hannover, and Hamburg.<sup>31</sup> Former National Socialist companies for housing and construction were continuing their business within a new legal framework and partly with new staff but often preserved their pre-1945 organizational design, as was the case for the large housing trust "Neue Heimat."<sup>32</sup> Most of their former Jewish and socialist employees had been murdered or driven into exile. Almost none of them returned, safe for a few exceptions, such as Frankfurt's former town planning officer Ernst May, nor was there any form of critical public remembrance in the first decades after World War II.

A detailed look into local constellations would reveal contradictory settings of personal continuities and ruptures, as can be shown for West Berlin. Here, the top position of the Senate's town planning officer was for several decades occupied by Social Democrats such as Hans Scharoun, Rolf Schwedler, and Werner Düttmann. On the second administrative level, however, National Socialist veterans such as the director of construction Hans Stephan were still active. In the architectural department of the Technical University, which served as a hub for planning and construction in West Berlin, Scharoun met leading figures from the National Socialist period such as Werner March.<sup>33</sup> The

<sup>30</sup> Cf. Frank Betker and Harald Engler, *Wohnungspolitische und städtebauliche Weichenstellungen in SBZ und DDR bis 1955*, in *Unabhängige Historikerkommission, Planen und Bauen*, Vol. 3, pp. 984-1081.

<sup>31</sup> Cf. Werner Durth, *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970*, Braunschweig 1986.

<sup>32</sup> Cf. Hachtmann, *Das Wirtschaftsimperium*; Peter Kramper, *NEUE HEIMAT. Unternehmenspolitik und Unternehmensentwicklung im gewerkschaftlichen Wohnungs- und Städtebau 1950-1982*, Stuttgart 2008; Bernhard Stier/Martin Krauss, *Drei Wurzeln – ein Unternehmen. 125 Jahre Bilfinger Berger AG*, Heidelberg 2005.

<sup>33</sup> Bernhardt, *Wohnungspolitik*, p. 190.

biography of the former powerful National Socialist town planning officer and adjunct Berlin mayor, Adalbert Pfeil, reflects the unwillingness of urban societies in post-war West Germany to cope with National Socialism's criminal past: Pfeil was dismissed from his position but was assessed as someone who had been "not involved" in the Nazi regime ("nicht belastet"). He continued to work as an architect in Berlin until the 1960s and has until recently been ignored by scholarship and the public alike.<sup>34</sup>

All in all, in the public debate on planning and construction there was practically no critical awareness of National Socialism's heritage and memory for almost 40 years. In more recent research, several possible explanations for this time lag have been discussed. Apart from strong pragmatic motives to reuse the National Socialist-built heritage in the post-war emergency situation, specific patterns of public remembrance seem to have contributed to a culture of concealment. Among these patterns, a discourse of self-victimization among the German population, together with a penchant for assigning blame to a small group of National Socialist leaders, has been put forward by Wolfram Pyta et al.<sup>35</sup> Wolfgang Hofmann, the dean of modern German urban history, has argued that the effort to re-establish democracy in 1950s West Germany redirected attention to models of democratic urban governance in the early 19th and 20th centuries.<sup>36</sup> For the GDR, the socialist narrative of a fundamental break with National Socialism and the suggestion of a new start from "zero hour" have been taken as possible explanations for the lack of a broader debate.<sup>37</sup> Ignorance and exculpation of National Socialist debt and crimes in 1950s West Germany even extended to the key role Albert Speer had played in the deportation of Berlin Jews, which only became known to a wider public and to most experts since the 1980s.<sup>38</sup> It took another three decades, until the 2000s, for the active part of local National Socialist party committees and municipal actors in the criminal repression and racist propaganda, including town planning officers from Munich and Augsburg all the way to Hannover and Hamburg, to be

<sup>34</sup> Cf. Christoph Bernhardt, Biographie Adalbert Pfeil, in Unabhängige Historikerkommission, *Planen und Bauen*, Vol. 4, p. 1230.

<sup>35</sup> Cf. Wolfram Pyta et al., *Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Intentionen, Institutionen, Implikationen*, in: Unabhängige Historikerkommission, *Planen und Bauen*, Vol. 1, pp. 5-41, esp. p. 31 f.

<sup>36</sup> Cf. Wolfgang Hofmann, *Es begann mit Stein*, in Hofmann, *Bürgerschaftliche Repräsentanz und kommunale Daseinsvorsorge. Studien zur neueren Stadtgeschichte*, Stuttgart 2012, pp. 363-408, esp. pp. 382-391.

<sup>37</sup> Cf. Pyta et al., *Planen und Bauen im Nationalsozialismus*, p. 30.

<sup>38</sup> Cf. Hans J. Reichardt and Wolfgang Schäche, *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen*, 3rd ed., Berlin 1985; Magnus Brechtken, *Albert Speer – eine deutsche Karriere*, Munich 2017; and footnote 24 of this paper.

revealed. Only recently street names after some key figures, like Hannover's town planning officer Karl Elkhart,<sup>39</sup> have been removed. We still await a broad, comprehensive survey and public debate on the National Socialist regime at the municipal level, in the field of planning and construction.

**Christoph Bernhardt** is a senior fellow at the Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner and professor of modern history at the Humboldt University Berlin. His research focuses on European urban and environmental history since 1800. Among his recent publications are: Städtebau und Politik: Altstadterneuerung und Bau neuer Städte (with Harald Bodenschatz et. al.), in Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ (ed.), Planen und Bauen im Nationalsozialismus: Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen, vol. 2, Nuremberg 2023, pp. 532-651; Between Solidarity and Economic Constraints: Global Entanglements in Socialist Architecture and Planning in the Cold War Period (edited with Andreas Butter and Monika Motylińska), Berlin 2023.  
[christoph.bernhardt@leibniz-irs.de](mailto:christoph.bernhardt@leibniz-irs.de)

<sup>39</sup> Cf. Fleiter, Stadtverwaltung; Joachim Perels, Ein Machtträger der NS-Diktatur als Namensgeber in der Nachkriegsdemokratie: Probleme einer Umbenennung der Elkartallee in Hannover, in Kritische Justiz 41:1, 2008, pp. 95-100.

## **Annemone Christians-Bernsee**

### **Das EL-DE-Haus in Köln. Städtische Erinnerungsarbeit am Ort des Gestapo-Terrors**

*The article examines the development of local memory using the example of the EL-DE-Haus in Cologne. It outlines the historical significance of the site, where the local Gestapo was based from 1935 to 1945. The cell prison in the basement, which has been largely preserved in its original state, was then transformed into a publicly accessible memorial in the early 1980s. Furthermore, the city of Cologne established one of the first centers for research on the regional Nazism in the historic building – the NS-Documentation Center. This development was preceded by a long struggle between civil society actors and the municipal administration. The article highlights the dynamics of this process and situates both the initial and current research and the educational work of the NS-Documentation Center within the broader context of German memory politics.*

#### *1. Einleitung*

„Sei begrüßt, meine Frau, aus der Ferne schreibt Dein Mann. Weit hinter der Mauer, bei der Gestapo, quält er sich, wenn er zum Fenster schaut. Aber die Freiheit und das liebe Töchterchen sind weit von ihm entfernt. Vergeblich beschmiert er die Wände, indem er Briefe an seine liebe Frau verfasst“.<sup>1</sup>

Diese Zeilen schrieb ein unbekannter Gefangener in Kyrillisch auf eine Wand der Zelle 1 im Untersuchungsgefängnis der Kölner Gestapozentrale – Abschiedsworte, die die Adressatin nie erreichten. Sie sind ein Auszug einer von über 1.800 bis heute sichtbaren Inschriften, die von der Gestapo inhaftierte Frauen und Männer im Keller des sogenannten EL-DE-Hauses hinterließen, während sie um ihr Leben fürchten mussten. Die Inschriften stellen eindrückliche Zeugnisse der NS-Verfolgung in Köln dar, sowohl in ihrem Entstehungskontext als auch in ihrer Überlieferungsgeschichte. Sie machen das Hausgefängnis im EL-DE-Haus zu einem bemerkenswerten Erinnerungs- und Gedenkort, zumal es sich um eine der am besten erhalten gebliebenen NS-Haftstätten in Deutschland handelt.

<sup>1</sup> Werner Jung (Hrsg.), Wände, die sprechen. Die Wandinschriften im Kölner Gestapo-Gefängnis im EL-DE Haus, Köln 2013, S. 43.

Nicht zuletzt wegen dieser Inschriften und des unmittelbaren, individuellen Empfindens des Gestapo-Terrors, das sie widerspiegeln, wurde das EL-DE-Haus ab den späten 1970er Jahren zum Kulminationspunkt für die – anfangs umstrittene – Auseinandersetzung der Kölner Stadtgesellschaft und städtischen Politik mit der lokalen NS-Geschichte. 1981 machte die Stadt Köln das Hausgefängnis als Gedenkstätte für die Öffentlichkeit zugänglich. Dem war ein langer Kampf von Einzelpersonen und einer zivilgesellschaftlichen Initiative vorangegangen, die über Jahre die Errichtung einer Gedenkstätte an diesem „authentischen Ort“ gefordert hatten.

Im Folgenden werden zunächst die Geschichte des EL-DE-Hauses sowie seine Funktion als Gestapo-Zentrale geschildert. Anschließend beleuchtet der Beitrag die umkämpfte Nutzung und Bedeutung des Gebäudes nach 1945: Die Stadt Köln nutzte es unmittelbar nach Kriegsende für die Unterbringung von städtischen Dienststellen, darunter das Standes- und Rechtsamt. In den 1970er Jahren regte sich gegen diesen unbefangenen Umgang mit der NS-Geschichte des Ortes in der Stadtgesellschaft Protest, der immer lauter wurde und den Weg für die Etablierung einer Erinnerungs- und Forschungsstelle ebnete. Die Entwicklung des Profils des in den 1980er Jahren entstandenen NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln (NS-DOK) wird im Weiteren dargestellt und kurz in den Kontext der deutschen NS-Erinnerungs- und Dokumentationsorte eingeordnet. Am Ende wird ein Blick auf den Wandel von NS-Gedenkstätten und Vermittlungsorten seit Anfang der 2020er Jahre am Beispiel des NS-DOK geworfen.



**Abb. 1:** Das EL-DE-Haus, Aufnahme zwischen 1935 und 1945. Foto: unbekannt, NS-DOK Bp 22119.

## 2. Das EL-DE-Haus als Sitz der Kölner Gestapo

Der Name EL-DE-Haus leitet sich von den Lauten der Initialen des Vor- und Nachnamens seines Bauherrn Leopold Dahmen ab. Der katholische Goldwaren- und Uhrengroßhändler wohnte mit seiner Familie am Appellhofplatz 21 (damals Langgasse 21) und hatte dort auch sein Geschäft.<sup>2</sup> Dahmens Lebenszentrum lag damit sehr zentral, etwa 500 Meter östlich des Kölner Doms. In direkter Nachbarschaft befand sich das Gerichtsgebäude Appellhofplatz, das seit den 1910er Jahren Verhandlungsort der Kölner Strafjustiz war – ab 1933 tagten hier auch die Kammern der nationalsozialistischen Sondergerichtsbarkeit. Zum Neubau des angrenzenden Hauses ließ Dahmen auf dem Eckgrundstück zur Eisenstraße zwei Wohnhäuser abreißen und in den Jahren 1934 bis 1935 ein größeres Wohn- und Geschäftsgebäude errichten.

Es gab offenbar mehrere Anlässe für dieses Bauprojekt: Zum einen warb das NS-Regime bereits kurz nach der Machtübernahme mit Steuererleichterungen und Steuerbefreiung für Neubauten, wenn sie zur Förderung des sogenannten Kleinwohnungsbaus beitrugen.<sup>3</sup> Zudem bot sich die Möglichkeit zur Errichtung eines Luftschutzbunkers, was der NS-Staat ebenfalls propagierte und finanziell förderte.<sup>4</sup> Schließlich fühlte sich Dahmen vermutlich angeregt, mit der Gestaltung des Baus seiner Identifikation mit der nationalsozialistischen „Bewegung“ Ausdruck zu verleihen. Ab Mai 1934 verpflichtete ein Erlass des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zu „mehr angewandte[r] Kunst für öffentliche Bauwerke“ – es sollten Kunsthandwerker und Künstler einbezogen werden, die den öffentlichen Neubauten eine „nationalsozialistische Ästhetik“ verleihen sollten. Der Erlass formulierte die Intention, private Bauherrn ebenfalls zur Aktivität in diesem Sinne zu animieren.<sup>5</sup>

Ab 1934 entstand an der Ecke Langgasse (heute Appellhofplatz) und Eisenstraße ein viergeschossiger Eckbau. Das Gebäude wurde in einer neoklassizistischen Bauweise errichtet und mit einer Tuffsteinfassade sowie einer abgerun-

<sup>2</sup> Dahmens Wohn- und Geschäftsort verblieb in der Langgasse 21 bis das Gebäude 1942/43 stark beschädigt wurde. Auch in dem dort nach Kriegsende errichteten Bau, der optisch an den Gebäudekomplex Appellhofplatz 23-25 angeglichen wurde, führte Dahmen sein Geschäft weiter und nutzte es bis etwa Mitte der 1980er Jahre.

<sup>3</sup> Vgl. zur Förderung des Kleinwohnungsbaus Karl Christian Führer, Anspruch und Realität. Das Scheitern der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik 1933–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45:2, 1997, S. 225–256, hier S. 239 f.

<sup>4</sup> Zuschüsse zum Wohnungsbau waren abhängig vom Einbau von Luftschutzanlagen. Vgl. dazu u. a. Tilmann Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Basel u. a. 1995, S. 73–79.

<sup>5</sup> Vgl. zum „Kunst am Bau“-Erlass u. a. Anke Blüm, „Entartete Baukunst“? Zum Umgang mit dem Neuen Bauen 1933–1945, Paderborn 2013, hier v. a. S. 35–40.

deten Hausecke versehen. Der Baustil wurde von der nationalsozialistischen Zeitung Westdeutscher Beobachter, der regionalen Ausgabe des Völkischen Beobachters, als „zeitgemäß“ gelobt: Architekt Hans Erberich habe sich auf die „gute Vergangenheit im Bauwesen“ besonnen und „die durchaus unbefriedigenden Bauergebnisse letzter Jahrzehnte unberücksichtigt“ gelassen. Der Bau sei gestaltet worden, „wie es jetzt unser Kunstempfinden verlangt“,<sup>6</sup> so die Parteizeitung. Die Eingangstür, die im Original erhalten geblieben ist, versah man mit den Initialen des Hausbesitzers und gab damit dem Haus seinen Namen. Auch das Wandrelief an der Hausecke, das bis heute gut erhalten ist, verweist auf den Bauherrn. Es sind darauf zwei Wappen zu erkennen, links das Stadtwappen und rechts ein Wappen mit dem Schriftzug „EL DE“ und darunter zwei Pendel einer Standuhr, in deren kreisförmigen unteren Teilen ein L und ein D für Leopold Dahmen eingehauen wurde. In den beiden Obergeschossen und im Dachgeschoss waren ursprünglich zwölf Dreizimmerwohnungen und im Erdgeschoss Geschäftsräume geplant. Das Haus verfügte über eine eigene Brunnenanlage, die bis heute existiert. Garagen waren ebenso vorgesehen wie ein Luftschutzraum für rund 60 Personen.

Im Sommer 1935 wurde das Haus nach einem Baustillstand noch im Rohbau von der Gestapo in Beschlag genommen. Bereits bestehende Mietverträge mussten aufgelöst werden – neuer Mieter war jetzt das Deutsche Reich. Für die Gestapo besaß das repräsentative Gebäude mitten im Herzen der Stadt eine ausgezeichnete Lage, denn es stand nicht nur in unmittelbarer Nähe des Gerichtsgebäudes, sondern auch nahe dem Polizeipräsidium sowie dem zentralen Gefängnis Kölns, dem Klingelpütz. Sie ließ das Gebäude für ihre Zwecke umbauen: In den bisher geplanten Wohnräumen wurden Büros eingerichtet. Im Garagenschoss, das ursprünglich für 15 Fahrzeuge konzipiert war, entstand das Hausgefängnis, bestehend aus zehn Zellen, einem Wach- und einem Sanitärbereich. Außerdem stand ein Pumpenraum für eine eigenständige Wasserversorgung zur Verfügung. Im Tiefgeschoss befanden sich ein Bunker sowie der Zugang zum zweigeschossigen Heizungsraum mit Fenstern zur Straße. Zu Beginn der näheren Beschäftigung mit dem Gebäude und seiner Rolle als NS-Verfolgungsort Ende der 1970er Jahre wurden Vermutungen angestellt, ein unterirdischer Gang habe die Gestapo-Zentrale mit dem gegenüberliegenden Justizgebäude verbunden. Dies ist jedoch nicht durch schriftliche Quellen oder physische Überreste belegt.

Am 1. Dezember 1935 nahm die Gestapostelle Köln ihren Betrieb auf und beendete ihn erst am 2. März 1945, also wenige Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in den linksrheinischen Teil der Stadt am 6. März. Bis zum Einzug ins EL-DE-Haus hatte die bei der NS-Machtübernahme mit etwa 30 Be-

<sup>6</sup> Westdeutscher Beobachter, 27.04.1935, S. 12.

amten besetzte Staatspolizei ihren Sitz im Polizeipräsidium in der Krebsgasse – sie gewann im Laufe der 1930er Jahre aber deutlich an Personal hinzu: Durch Versetzungen aus anderen Polizeiabteilungen und Neueinstellungen wuchs die Zahl der Kölner Gestapobeamten bis Ende der 1930er Jahre auf über 100 an. Darüber hinaus waren etwa 20 bis 30 Personen für technische Dienste, als Pförtner, Fahrer, Schreibkräfte und Telefonistinnen, Dolmetscher, Hausmeister und Putzfrauen, sowie mindestens ebenso viele Mitarbeiter in Außendienststellen und -posten bei der Gestapo Köln beschäftigt.<sup>7</sup>

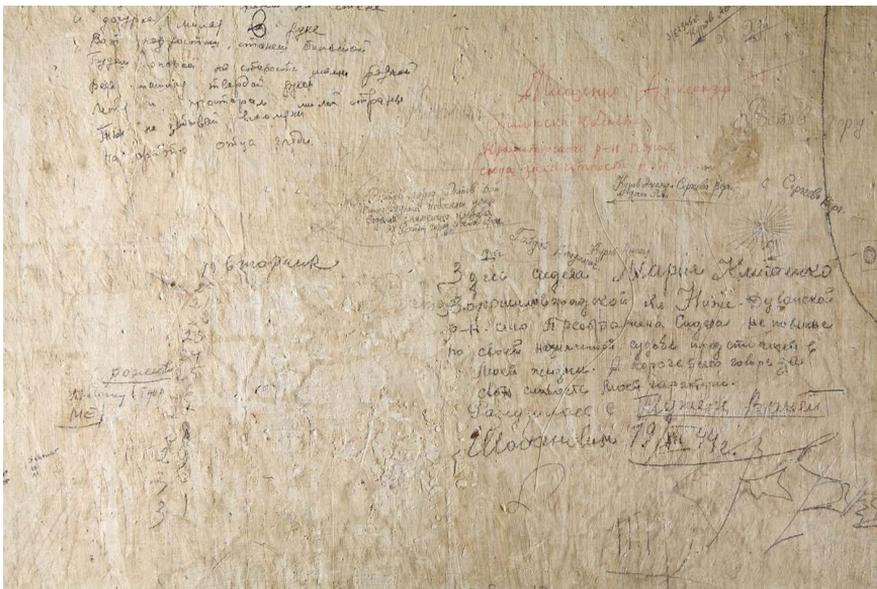
Wie Thomas Roth zeigen kann, agierte die in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre immer schlagkräftiger werdende Institution in zweifacher Rolle: Zum einen verfolgte sie Gegner des NS-Regimes als Polizei mit Razzien und Fahndungen, kriminalistischen Verfahren und erkennungsdienstlichen Mitteln. Zum anderen trat sie als Behörde auf, die großangelegte Verfolgungsaktionen organisierte. „Diese Tätigkeiten waren aber stets mit Gewalt als zentralem Element staatspolizeilicher Tätigkeit verknüpft: der Folterung von Gefangenen, der Demütigung und Bedrohung von Verhafteten und der willkürlichen Festsetzung und Verschleppung in die Konzentrationslager“.<sup>8</sup> Die Struktur des Kölner Gestapohauptquartiers im EL-DE-Haus spiegelte beide Funktionen wider, so Roth: auf der einen Seite in seiner Nutzung als Bürogebäude, in dem die Verfolgungsaktionen und Deportationen von Verwaltungsbeamten geplant, organisiert und dokumentiert wurden. Auf der anderen Seite seien in den Verhörzimmern und insbesondere im Gefängnis im Keller ständig physische Gewalt und Misshandlungen verübt worden – der Terror also immer vor Ort präsent gewesen. In den zehn Gefängniszellen waren zwischen 1935 und 1945 vermutlich mehrere Tausend Menschen inhaftiert, meist für Tage, häufig für mehrere Wochen. Die Zellen waren spätestens Anfang der 1940er Jahre um ein Vielfaches überbelegt. Daraus resultierten katastrophale hygienische Bedingungen, denen die Gestapo offenbar nur unzulänglich begegnete.

Über die Verfolgten und die Umstände, unter denen sie im Keller des EL-DE-Hauses von der Gestapo eingesperrt, brutal verhört und häufig gefoltert wurden, geben in erster Linie die erhaltenen Inschriften in den Zellen Auskunft. Nach aufwendigen Restaurierungen seit den späten 1980er Jahren konnten nahezu 1.800 selbstständige Inschriften oder Zeichnungen freigelegt und analysiert werden, die aus dem Zeitraum von Ende 1943 bis zum 30. Juni 1945 stam-

<sup>7</sup> Diese und die folgenden Erkenntnisse zu Struktur und Tätigkeiten der Kölner Gestapo beruhen auf den Forschungsergebnissen von Thomas Roth, der seit Ende 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums Köln ist. Vgl. Thomas Roth, Die Geheime Staatspolizei Köln, in: Internetportal Rheinische Geschichte, <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-geheime-staatspolizei-koeln/DE-2086/lido/57d131c2670e55.79095568> [15.10.2024].

<sup>8</sup> Ebd.

men. Aus der Zeit vorher sind keine Inschriften mehr auszumachen, da die Zellen nach offenbar nicht sehr massiven Bombenschäden renoviert und gestrichen wurden. Das Haus überstand den Bombenkrieg – ganz im Gegenteil zu den umliegenden Häusern – aber ansonsten weitgehend unbeschadet, weshalb die Haftstätte zu großen Teilen in ihrem Zustand bei Kriegsende erhalten geblieben ist. Die Inschriften und Zeichnungen wurden mit Bleistift, Kreide- und Kohlestücken geschrieben oder mit Eisennägeln, Schrauben oder Fingernägeln eingeritzt. Mehr als 600 Inschriften – über ein Drittel – sind in kyrillischer Schrift von Russinnen und Russen sowie Ukrainerinnen und Ukrainern verfasst, weitere 230 in anderen ausländischen Sprachen, vor allem auf Französisch, Polnisch und Niederländisch. Sie spiegeln damit die Endphase des Zweiten Weltkrieges wider, als sich eine große Anzahl von Zwangsarbeiter\*innen sowie Kriegsgefangenen in Köln befand, Juden bereits deportiert waren und der politische Widerstand der ersten Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten längst gebrochen war.<sup>9</sup>



**Abb. 2:** EL-DE-Haus, Gedenkstätte Gestapogefängnis: Inschriften vor allem in russischer Sprache. Foto: Anja Wegner, Rheinisches Bildarchiv rba\_d029192\_12.

Die Analyse der Inschriften sowie der Zeitzeugeninterviews, die seit den 1980er Jahren geführt wurden, ergab, dass sowohl Männer als auch Frauen im EL-DE-

<sup>9</sup> Vgl. zu den Inschriften ausführlich Jung (Hrsg.), Wände.

Haus inhaftiert wurden, offenbar ohne erkennbare räumliche Trennung. Aus den Oral History-Quellen geht zudem hervor, dass sich aus der zentralen Lage der Haft- und Folterstätte zahlreiche direkte Bezüge zu den Wohn- und Geschäftshäusern ringsum ergaben: Schmerzensschreie und Vernehmungslärm waren auf der Elisenstraße und der Langgasse hörbar, da die Zellen über Oberlichter zu beiden Straßen verfügten. Auch war der Innenhof des Gebäudes von den oberen Stockwerken der umliegenden Gebäude einsehbar – Nachbar\*innen konnten somit An- und Abtransporte von Gefangenen beobachten.

In der Kriegsendphase radikalisierte sich das Vorgehen der Gestapo auch in Köln noch einmal drastisch. Massenverhaftungen und Schleppnetzfahndungen bestimmten die letzten Monate des Krieges. Sie wurden auch von Sonderkommandos durchgeführt, die untergetauchte Zwangsarbeiter\*innen, Deserteure, Gelegenheitsstraftäter und vermeintliche Oppositionelle systematisch aufspürten und internierten.<sup>10</sup> Die Gestapozentrale fungierte in den letzten Kriegswochen als Hinrichtungsstätte: Gefangene aus dem Hausgefängnis und dem Gefängnis Klingelpütz wurden in den Hinterhof des EL-DE-Hauses gebracht und dort an einem mobilen Galgen erhängt. An einigen Tagen wurden so Dutzende Menschen ermordet, bis Anfang März 1945 stieg die tägliche Opferzahl auf mehrere Hundert.<sup>11</sup> Bei der Befreiung durch die amerikanischen Truppen fanden diese im EL-DE-Haus nur noch wenige Gefangene vor – die meisten Kölner Gestapobeamten hatten die Stadt da schon längst verlassen. Funde von einigen zuletzt noch schnell verscharrten Leichen in der Nähe des EL-DE-Hauses sowie nahe dem Klingelpütz gaben eine Ahnung von den mitten in der Stadt verübten Verbrechen, von denen die Lokalpresse, die zunächst von den Amerikanern und dann von der britischen Besatzungsmacht übernommen wurde, auch ausführlich berichtete. Dennoch verblassten „die besonderen Bedingungen und Folgen staatspolizeilicher Praxis [...] bald in der lokalen Erinnerungskultur“.<sup>12</sup>

### 3. Der lange Weg zum NS-Dokumentationszentrum

Der Umgang mit dem Gebäude nach 1945 ist als unbekümmert zu bezeichnen. Zunächst ließ der Eigentümer Leopold Dahmen die an das EL-DE-Haus grenzenden zerstörten Gebäude abtragen und in den Jahren 1947 bis 1949 Anbauten errichten, die sich dem erhaltenen Gestapohaus vollständig anglichen: Der Tuff-

<sup>10</sup> Vgl. Roth, Staatspolizei (vgl. Angabe in Fn. 7).

<sup>11</sup> Vgl. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Köln im Nationalsozialismus. Ein Kurzführer durch das EL-DE-Haus, 2., überarb. u. erw. Ausg., Köln 2011, S. 38 f.; zum Kriegsende in Köln vgl. auch die umfassende Darstellung von Martin Rüther, Köln im Zweiten Weltkrieg. Alltag und Erfahrungen zwischen 1939 und 1945, Köln 2005.

<sup>12</sup> Roth, Staatspolizei (vgl. Angabe in Fn. 7).

stein stammte aus dem gleichen Steinbruch, Stockwerkaufteilung, Fenstermaße und Gesimse wurden angepasst. Erst durch die Anbauten nach 1945 erhielt das EL-DE-Haus seine wuchtigen Dimensionen, die dem Bild der alles beherrschenden Gestapo stärker entsprachen als das real von ihr genutzte Gebäude. Nach der Fertigstellung übernahm die Stadt Köln die Nutzung – sie ist bis in die Gegenwart Mieterin des Hauskomplexes – und richtete dort Diensträume für verschiedene Ämter ein: Das Besatzungsamt, die Preisbehörde, das Amt für Verteidigungslasten, das Standesamt, die Rentenstelle sowie das Rechts- und Versicherungsamt bezogen hier ihre Büros. Die historische Bedeutung des Ortes wurde „gewissermaßen ‚unkenntlich‘ gemacht, das frühere Hausgefängnis als Aktenkeller genutzt“.<sup>13</sup> In den Büroräumen, von denen aus Verfolgungsaktionen und Deportationen geplant und vermeintliche Delinquenten verhört worden waren, fand nun beinahe nahtlos die Verwaltung der städtischen Bevölkerung unter den Vorzeichen der jungen Bundesrepublik statt. Dies führte mitunter zu traumatischen Wiederbegegnungen: Manche Kölner\*innen, die sich vor 1945 einem Gestapo-Verhör hatten stellen oder gar Untersuchungshaft hatten erdulden müssen, traten nach 1945 erneut den Gang ins EL-DE-Haus an, um dort beim Standesamt oder einer anderen Behörde vorstellig zu werden. Offenbar beklagten sich Anfang der sechziger Jahre ehemalige Gestapo-Häftlinge darüber, dass sie in der vormaligen Gestapo-Zentrale ihre Rentenangelegenheiten erledigen müssten, doch die Beschwerden verhallten.<sup>14</sup>

Etwa gleichzeitig wurde eine erste Stimme aus der Kölner Stadtgesellschaft laut, die auf die Bedeutung des Ortes hinwies: Der Kunsthandwerker Sammy Maedge machte mit einfachen Pappschildern an zentralen Orten der Stadt und direkt vor dem Haus darauf aufmerksam. Maedge war als Sozialdemokrat aktiv und engagierte sich dafür, die nationalsozialistischen Verbrechen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, sie juristisch zu verfolgen und wissenschaftlich zu untersuchen. Er empörte sich in kleineren Aktionen über den Handel mit verbotenen Nazi-Emblemen und die Straffreiheit von NS-Tätern. Zudem forderte er erstmals die Einrichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen Gestapositz. Maedge hatte in Erfahrung gebracht, dass das Kellergefängnis und die dortigen Wandinschriften weitgehend erhalten waren. Als er sich beim Hauseigentümer, dem Sohn des Erbauers Leopold Dahmen, wegen einer fotografischen Dokumentation des Ortes meldete, wurde er harsch abgewiesen.<sup>15</sup> Ende der sechziger Jahre schlug Maedge dann Alarm, als er erfuhr, dass Renovie-

<sup>13</sup> Roth, Staatspolizei (vgl. Angabe in Fn. 7).

<sup>14</sup> Vgl. Ingo Zander, „Lassen Sie doch den alten Kokolores ruhen“, in: taz.am Wochenende, vom 23.11.1991, <https://taz.de/Lassen-Sie-doch-den-alten-Kokolores-ruhen/11692944/> [15.10.2024].

<sup>15</sup> Vgl. ebd.

rungsarbeiten im EL-DE-Haus beginnen und ein Teil der Zellen gestrichen werden sollte.

Maedges Warnungen vor dem Verlust des für die Lokalgeschichte des Nationalsozialismus zentralen Kölner Ortes trugen zwar bei der Stadtverwaltung keine Früchte, sorgten aber für breitere gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Zudem fanden sie im Kontext einer sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre profilierenden Geschichtsarbeit statt, die vor allem von sozialdemokratischen und kommunistischen Akteur\*innen vorangetrieben wurde. Hierbei spielten Verfolgtenverbände eine tragende Rolle: So kamen durch den Geschichtsaktivismus insbesondere der kommunistisch geprägten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) weitere Themen der Aufarbeitung und des Gedenkens in den Blick, so vor allem Forderungen nach Anerkennung bislang übersehenen Widerstands gegen das NS-Regime.

Anfang der 1970er Jahre mündeten diese Forderungen in ein konkretes Projekt: Kölner Schriftsteller\*innen schlugen vor, eine in Frankfurt gezeigte Ausstellung zum „Antifaschistischen Widerstand“ nach Köln zu bringen. Den Anstoß hierzu hatte die Kölner Gruppe der VVN geben. Der Rat der Stadt Köln stimmte zu, wollte aber Vertreter\*innen von Verfolgten-Organisationen sowie der Kirchen und der jüdischen Gemeinde an dem Projekt beteiligen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Verfolgtenvertreter im Arbeitskreis war von Spannungen geprägt. Dennoch gelang es den Beteiligten, in vielen Fragen Kompromisse zu schließen und gemeinsam die Ausstellung fertigzustellen. Sie wurde 1974 im Historischen Archiv der Stadt unter dem Titel „Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945“ gezeigt und präsentierte zahlreiche Quellen zur Kölner NS-Geschichte – das EL-DE-Haus wurde hierin jedoch nur beiläufig erwähnt.

Anfang 1979 gelang es wiederum Sammy Maedge, mit neuen Aktionen eine größere Aufmerksamkeit zu erreichen. Etwa zur gleichen Zeit hatten sich der Lehrer Kurt Holl und der Fotograf Gernot Huber im Keller des EL-DE-Hauses versteckt und sich nach Dienstschluss des städtischen Rechts- und Versicherungsamts einschließen lassen, um Fotos von den Zellen und den Inschriften anzufertigen und diese anschließend der Öffentlichkeit zu präsentieren.<sup>16</sup> Im April des Jahres wurden Maedge, Holl und weitere Aktivisten dann im Büro des städtischen Rechtsdezernenten Franz Simon im EL-DE-Haus vorstellig und verlangten Zugang zu den Gefängniszellen – Simon und der Hauseigentümer verweigerten dies zunächst, ließen die Petenten dann aber in den Keller.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Hajo Leib (Hrsg.), *Empathie und Engagement. Drei Jahrzehnte Kölner Zeitgeschichte: Verein EL-DE-Haus. Förderverein des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln*, Einleitung.

<sup>17</sup> Vgl. Filmdokument, *Kölner Wochenschau – EL-DE-Haus 5.4.1979 Keller III*, Deutschland

Ende 1979 reagierte der Kölner Stadtrat schließlich auf die Forderungen nach einer Gedenkstätte: Die FDP-Fraktion hatte sich des Anliegens der Initiative angenommen – während CDU und SPD wenig Interesse für einen geschichtsbe-  
wussten Umgang mit dem EL-DE-Haus zeigten – und einen Antrag zur Prüfung der Einrichtung einer Gedenkstätte im Kulturausschuss gestellt.<sup>18</sup> Der Stadtrat fasste am 13. Dezember 1979 nicht nur den Beschluss zur „Herrichtung der Kellerräume des EL-DE-Hauses als Informationsstätte über die Opfer des Nationalsozialismus und die Anbringung einer Gedenktafel an der Außenwand des EL-DE-Hauses“, sondern auch zur Einrichtung eines Dokumentationszentrums über die Zeit des Nationalsozialismus in Köln.<sup>19</sup>

Das Stadtmuseum erhielt die Federführung zur Herrichtung der Gedenkstätte und ließ die Inschriften Anfang der 1980er Jahre sorgfältig freilegen, restaurieren sowie entziffern und edieren.<sup>20</sup> Währenddessen ließ die damalige Stadtkonservatorin Hiltrud Kier, Leiterin des städtischen Amts für Denkmalpflege, das Zellengefängnis sowie weitere Elemente des Gebäudes unter Denkmalschutz stellen. In einer Doppelzelle zeigte das Stadtmuseum eine kleine Ausstellung über die Kölner Gestapo und die lokale NS-Geschichte, die vor allem von Horst Matzerath, dem späteren Gründungsdirektor des NS-Dokumentationszentrums, erarbeitet worden war. Matzerath hatte mit seiner Dissertation die erste umfassende und bald als einschlägig geltende Studie zur kommunalen Selbstverwaltung im Nationalsozialismus vorgelegt.<sup>21</sup> Am 4. Dezember 1981 erfolgte schließlich die Übergabe des ehemaligen Hausgefängnisses der Kölner Gestapo als Gedenkstätte an die Öffentlichkeit.

Zur systematischen Dokumentation der Kölner NS-Geschichte wurde etwa gleichzeitig eine Stelle im Historischen Archiv der Stadt eingerichtet – besetzt mit Horst Matzerath.

Der Stadtrat hatte mit seinen 1979 gefassten Beschlüssen eigentlich auch den Grundstein für den Aufbau eines Dokumentationszentrums gelegt. Doch die Stadtverwaltung beließ es zunächst bei der mit nur einem wissenschaftlichen Mitarbeiter besetzten „Dokumentationsstelle“. Hier begann Horst Matzerath also eigenständig mit der Forschung und trug dazu Quellen aus auswärti-

1979, 31 Min., Sequenzprotokoll, [https://www.koeln-im-film.de/fileadmin/user\\_upload/medien/film7144\\_26505\\_El-De-Haus\\_05041979\\_Keller\\_III.pdf](https://www.koeln-im-film.de/fileadmin/user_upload/medien/film7144_26505_El-De-Haus_05041979_Keller_III.pdf) [15.10.2024].

<sup>18</sup> Vgl. Interview mit Martin Stankowski vom 12.07.2011, geführt von Martin Rütter, NS-DOK, DV 685.

<sup>19</sup> Stadt Köln, Der Oberbürgermeister (Hrsg.), Amtsblatt der Stadt Köln Bd. 9/10 (1978/79), Köln 1978, S. 1011.

<sup>20</sup> Vgl. Manfred Huiskes, Die Wandinschriften des Kölner Gestapo-Gefängnisses im EL-DE-Haus 1943–1945, Köln/Wien 1983.

<sup>21</sup> Vgl. Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

gen Archiven zusammen, da insbesondere die Aktenbestände der Gestapo im Krieg weitgehend zerstört und in Teilen mutwillig vernichtet worden waren. Hinzu kamen weitere Aufgaben: die Abfassung eines Gedenkbuchs für die jüdischen Verfolgten aus Köln sowie die Sammlung von Zeitzeugenberichten anlässlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes.<sup>22</sup>

Mit dem Ratsbeschluss vom Dezember 1979 verschwand das EL-DE-Haus zunächst aus dem Fokus der politischen Bemühungen. Man überließ dessen Umsetzung der Stadtverwaltung, die es bei den genannten Maßnahmen beließ. Dies rief erneut stadtgesellschaftliches Engagement auf den Plan: Mitglieder der SPD, der Grünen, der CDU, des DGB, der Evangelischen Kirche, der Synagogengemeinde Köln sowie Einzelmitglieder schlossen sich zur „Initiative zur Gründung eines NS-Dokumentationszentrums“ zusammen und knüpften an die losen Initiativen der 1970er Jahre an. Sie forderten, endlich ein Forschungszentrum für die Kölner NS-Geschichte zu schaffen. Mit dem Einzug der Grünen in den Kölner Stadtrat 1984 bekamen diese Ansprüche politisches Gewicht – und gehörten zu den Basisforderungen der Partei während ihrer Koalitionsgespräche mit der SPD.<sup>23</sup> Ende 1985 erteilte der Kulturausschuss der Verwaltung den Prüfauftrag zur Gründung eines NS-Dokumentationszentrums.



**Abb. 3:** Kölner Bürgerinnen und Bürger vor dem EL-DE-Haus mit dem Spruchband „NS-Dokumentationszentrum ins EL-DE-Haus“. Foto: Andreas Neumann, 18.3.1987, NS-DOK Bp 22030.

<sup>22</sup> Vgl. Rede von Dr. Werner Jung zum Festakt »40 Jahre NS-Dokumentationszentrum« (15.12.2019), in: Verein EL-DE-Haus e.V. (Hrsg.), EL-DE-INFO Nr. 82, Januar/Februar 2020, S. 6-9, hier S. 6, <http://www.museenkoeln.de/downloads/nsd/EL-DE-HAUS-INFO-82.pdf> [15.10.2024].

<sup>23</sup> Vgl. Interview mit Martin Stankowski vom 12.07.2011, geführt von Martin Rütter, NS-DOK, DV 685.

1986 nahmen dann zwei Wissenschaftler und zwei Mitarbeiterinnen für das Gedenkbuch-Projekt zu jüdischen Verfolgten sowie 1987 ein weiterer Historiker, der zum Thema Zwangsarbeit forschte, ihre Arbeit auf. Gleichzeitig mit dem personellen Zuwachs erhielt die Institution nun auch organisatorische Eigenständigkeit – und einen Namen, der ähnlichen Einrichtungen zum Vorbild wurde: Im Sommer 1987 beschloss der Kölner Stadtrat die Gründung des „NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln“ – nach 1979 zum zweiten Mal.<sup>24</sup> Dem war im März 1987 eine Aktion der Initiative vorangegangen: Mitglieder hatten das im EL-DE-Haus ansässige Rechtsamt gestürmt und mit Bannern die Einrichtung des Dokumentationszentrums am historischen Ort gefordert. Einige Monate später bezogen die Mitarbeiter\*innen des Dokumentationszentrums Diensträume im EL-DE-Haus. Der Hauseigentümer, Georg Dahmen, hatte sich bis zuletzt dagegen gewehrt und noch im April 1987 dem Kulturdezernenten schriftlich mitgeteilt, dass er seine Zustimmung zur Einrichtung des Zentrums verweigere<sup>25</sup> – offenbar hatten ihn die Stadtspitze und der öffentliche Druck dazu bewogen, einzulenken.

#### *4. Erinnerungsarbeit von den 1990er bis in die 2010er Jahre*

Die bald nach Einzug ins EL-DE-Haus geplante Eröffnung einer Ausstellung, die die NS-Zeit in Köln beleuchtete und damit die Gedenkstätte als Gedenkort flankieren sollte, wurde durch Unstimmigkeiten mit dem Hauseigentümer über die dazu notwendigen räumlichen Umgestaltungen verzögert. Daher lag der Schwerpunkt der Tätigkeit zunächst auf der Grundlagenforschung, für die 1994 eine Schriftenreihe ins Leben gerufen wurde.<sup>26</sup> Erst 1997 konnte die Dauerausstellung eröffnen, zudem war das EL-DE-Haus bis dahin mit weiterer Infrastruktur ausgestattet worden, um den Bedürfnissen eines Museums sowie eines öffentlich zugänglichen Forschungsortes gerecht zu werden: Neben Flächen für Sonderausstellungen wurde unter anderem eine Bibliothek eingerichtet.

Gestalterisch setzte man sich die Maxime, das EL-DE-Haus selbst als vorrangiges Exponat herauszustellen. Dort, wo sich nach damaligem Wissensstand die Büros der Gestapo befunden hatten, wurden Büroräume und Flure zwar in ih-

<sup>24</sup> Vgl. Beitrag „Aus der Nische zum Zentrum“, abrufbar auf der Website des NS-Dokumentationszentrums, <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=335> [15.10.2024].

<sup>25</sup> Vgl. Artikel „Das Rechtsamt gestürmt“, in: Kölnische Rundschau, 19.03.1987.

<sup>26</sup> 1994 erschien der erste Band der „Schriftenreihe des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln“, vgl. Barbara Becker-Jákli/Horst Matzerath/Harald Buhlan (Hrsg.), Versteckte Vergangenheit. Über den Umgang mit der NS-Zeit in Köln. Aufsätze und Essays, Köln 1994. Bis 2015 erschienen 21 Bände, danach wurde die Reihe von den „Veröffentlichungen des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln“ abgelöst.

rer Grundstruktur erhalten. Es erfolgten jedoch Eingriffe und Durchbrüche, um Ausstellungsflächen zu schaffen und zu verbinden. Die jahrzehntelange Nutzung des Gebäudes durch die Stadtverwaltung hatte offenbar Spuren hinterlassen. Doch konnte man nicht auf Pläne oder Ansichten des Gebäudes aus der Zeit vor 1945 zurückgreifen, um daraus gesicherte Kenntnisse über die Raumstrukturen während der Gestapo-Nutzung zu gewinnen. Die Flure wurden als wesentlicher Teil der Dauerausstellung verstanden, hier wurde auf die Platzierung von Exponaten bewusst verzichtet. Auffällig ist bis heute die Wandgestaltung der Ausstellung, die sich bis in den Eingangsbereich des Gebäudes im Erdgeschoss zieht: Das Gestaltungsteam um den Kölner Architekten Peter Kulka entschied sich für eine gelbliche Lasur mit mehreren Schattierungen, die einen bedrückend einförmigen und bewusst patinierten Eindruck erzeugt.<sup>27</sup>

Konzeptionell setzte sich die Ausstellung das Ziel, die „konkrete[n] lokale[n] Ausprägung[en]“<sup>28</sup> des NS-Regimes sichtbar und verständlich zu machen und dazu „das gesamte politische, gesellschaftliche und soziale Leben Kölns in der NS-Zeit“<sup>29</sup> zu behandeln. Sie arbeitete zunächst klassische Themenkomplexe der NS-Forschung der 1990er Jahre ab, wie die Aufstiegsgeschichte der NSDAP in Köln, die NS-Machtübernahme und die „Gleichschaltung“ des städtischen Verwaltungsapparats. Das Narrativ der Ausstellung machte Köln vornehmlich zum Schauplatz allgemeiner Mobilisierungs- und Radikalisierungsprozesse. Im Zuge einer umfassenden Umgestaltung und Erweiterung in den Jahren 2009 und 2010 flossen dann neue Forschungsmotive und Fragestellungen ein. So widmete die Ausstellung der Inszenierung der NS-„Volksgemeinschaft“ in Köln nun ein eigenes Kapitel und legte einen Schwerpunkt auf die Partizipationsangebote, mit denen das Regime um Jugendliche warb.<sup>30</sup> Vor allem das Ausstellungskapitel „Köln: Zwischen Alltag und großer Politik“ spiegelt eine stadthistorische Herangehensweise wider. Die kommunalpolitischen Handlungsräume, die Köln als Messestadt nutzte, werden ebenso beleuchtet wie die öffentliche Mobilisierung durch das Regime sowie die nationalsozialistischen Eingriffe in die tief verwurzelte Tradition des Karnevals – und deren Grenzen. Die gesellschaftsgeschichtliche Perspektive, die die Ausstellung hier verfolgt, lässt

<sup>27</sup> Vgl. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Köln im Nationalsozialismus, S. 15.

<sup>28</sup> Selbstdarstellung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=336> [15.10.2024].

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Einen anderen thematischen Schwerpunkt legt das Dokumentationszentrum auf die lokalen jugendlichen Widerstandsgruppen wie die Kölner „Navajos“, zu deren Entstehung, Wirken und Verfolgung durch das NS-Regime thematische Stadtteilführungen angeboten werden. Vgl. Selbstdarstellung des NS-Dokumentationszentrums Köln, <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=1293> [15.10.2024].

erkennen, dass sie zum damaligen Zeitpunkt rezente Trends der universitären NS-Forschung aufgriff und in der Vermittlungsarbeit umsetzte.<sup>31</sup> Zur Zeit der Neukonzeption der Dauerausstellung erschien ein von Margit Szöllösi-Janze und Jost Dülffer herausgegebener Sammelband. Einige der dort behandelten Aspekte der NS-Stadtgeschichte finden sich in der Ausstellung wieder.<sup>32</sup>

Am Kölner Beispiel zeigen sich Anfänge eines Trends, der sich auch an anderen deutschen Lern- und Dokumentationsorten zur NS-Geschichte ausmachen lässt: Einrichtungen, die in den 2010-Jahren umgestaltet oder neu konzipiert wurden, ließen eine lokal gedachte Gesellschaftsgeschichte nun heuristisch und systematisch in Ausstellungen und die Bildungsarbeit einfließen. Wo vorher die Örtlichkeit vornehmlich als Bühne nationalsozialistischer Inszenierung und Propaganda und als Schauplatz antisemitischer und rassistischer Verfolgung gezeigt wurde, nahmen sich neue Ausstellungskonzepte jetzt explizit der lokalen Akteure, Räume und Interdependenzen an.<sup>33</sup> Dies spiegelte auch den fundamentalen Wandel in der NS-Forschung wider: Das Funktionieren der nationalsozialistischen Diktatur wurde seit den 1990er Jahren nicht mehr nur damit erklärt, dass der deutsche Staat durch immer radikalere rassistische Normen und Maßnahmen „von oben“ massiv umgebaut wurde. Der Fokus verlagerte sich zunehmend auf die Mitwirkung, Einbindung und Selbstmobilisierung der deutschen Mehrheitsgesellschaft. In den späten 2000er-Jahren dominierten Untersuchungen zur NS-„Volksgemeinschaft“ die universitäre NS-Forschung. Sie stellten vor allem Fragen nach Attraktivität und Bindungskräften des Regimes und lenkten den Blick auf individuelle Motive und lokale Strukturen.<sup>34</sup> Die Analyse sowohl der sogenannten Bottom-up-Prozesse als auch der Ausprägung von nationalsozialistischen Exklusions- und Inklusionsmechanismen förderte aufschlussreiche Erkenntnisse über regionale und lokale Spezifika zutage.

<sup>31</sup> Die Nähe der außeruniversitären Forschung am NS-DOK und insbesondere zur Universität zu Köln zeigte sich in dieser Zeit insbesondere in personellen Verknüpfungen (z. B. durch Lehraufträge) und in der Publikation von Qualifikationsschriften.

<sup>32</sup> Vgl. Jost Dülffer/Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.), *Schlagschatten auf das „braune Köln“*. Die NS-Zeit und danach, Köln 2010.

<sup>33</sup> So z. B. das 2015 eröffnete NS-Dokuzentrum in München, die Gedenkstätte Ahlem (2014) sowie die Mahn- und Gedenkstätte Landeshauptstadt Düsseldorf (2015).

<sup>34</sup> Vgl. u. a. Uwe Danker/Astrid Schwabe (Hrsg.), *Die NS-Volksgemeinschaft. Zeitgenössische Verheißung, analytisches Konzept und ein Schlüssel zum historischen Lernen?*, Göttingen 2017; Martina Steber/Bernhard Gotto, *Volksgemeinschaft im NS-Regime. Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftsversprechens*, in:  *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62:3, 2014, S. 433–445, sowie den kritischen Forschungsüberblick von Janosch Steuwer, *Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 53, 2013, S. 487–534.

Das machte die lokale Gesellschaftsgeschichte für NS-Erinnerungs- und Dokumentationsorte attraktiv – sie avancierte in den späten 2010er Jahren zum zentralen Zugang.<sup>35</sup>

Das Kölner NS-Dokumentationszentrum griff bei seiner Erweiterung außerdem Fragen zum Konzept der „Volksgemeinschaft“ auf, jedoch ohne dass sich diese konkret in seiner Forschungstätigkeit oder den Publikationen niederschlagen hätten. Hier standen weiterhin Untersuchungen zu Verfolgtengruppen und -strukturen sowie Biografien im Vordergrund. In der Vermittlungsarbeit bekam mit der Neugestaltung der biografische Zugang mehr Raum. Ab 2012 ergänzte ein neu geschaffener pädagogischer Bereich das didaktische Angebot, das bis dahin vor allem aus Führungen durch den historischen Ort und die Dauerausstellung bestanden hatte. Das „Geschichtslabor“ führte das selbstforschende Lernen als museumsdidaktische Methode ein – spielerische Elemente sollen Schüler\*innen dazu anregen, sich mit dem Themenkomplex „Jugend im Nationalsozialismus“ zu befassen.

##### *5. Wem gedenken – wie vermitteln? Tendenzen und Ansprüche der Gegenwart*

Spätestens seit der Eröffnung der Dauerausstellung 1997 versteht sich das Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus als ein Ort mit dreifachem Profil – als Gedenkort, Lernort und Forschungsort. Formal als städtische Dienststelle organisiert, erfüllt es innerhalb der Kölner Stadtverwaltung zudem Funktionen eines Kompetenzzentrums für geschichts- und erinnerungspolitische Themen mit Bezug zum Nationalsozialismus und seiner Nachgeschichte. Die thematische Ausrichtung auf die historische Forschung und Vermittlung erfuhr jedoch bereits Ende der 2000er Jahre eine deutliche Ausweitung – was eine Entwicklung vorwegnahm, die sich an vergleichbaren Institutionen erst später zeigte: 2008 wurde am NS-DOK die „Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet. Sie erweiterte die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit des Zentrums um den Aspekt der Auseinandersetzung mit aktuellen rechtsextremen, antisemitischen und diskriminierenden Ideologien und Erscheinungsformen. Am NS-historischen Ort werden seither Bildungs- und Beratungsangebote konzipiert und umgesetzt, die sich mit gegenwärtigen gesellschaftlichen Phänomenen von Ausgrenzung und Diskriminierung befassen – und ihnen entgegenwirken sollen.<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Vgl. Julia Kruse/Hannes Liebrandt, Geschichtsmuseen und Dokumentationszentren, in: Felix Hinz/Andreas Körber (Hrsg.), Geschichtskultur – Public History – Angewandte Geschichte. Geschichte lernen und Gesellschaft, Göttingen 2019, S. 326-343, hier S. 340.

<sup>36</sup> Kurz nach ihrer Einrichtung wurde die „Info- und Bildungsstelle“ Trägerin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln und so zu einer Einrich-

Bildungsangebote, die im Kontext von Bemühungen zur Demokratiebildung stehen, an Orten anzusiedeln, die ursprünglich der Aufarbeitung von NS-Geschichte gewidmet sind, ist so bemerkenswert wie naheliegend. Findet sich an NS-Erinnerungsorten doch zumeist eine hohe fachliche Kompetenz, Phänomene von Ausgrenzung und Radikalisierung zu analysieren. In der historischen Darstellung von Verfolgung und Täterschaft lassen sich die dramatischen Folgen systematischer Diskriminierung eindringlich zeigen – und Aufrufe ableiten, die „Fehler der Vergangenheit“ nicht zu wiederholen. Martin Sabrow kennzeichnete den deutschen Umgang mit der eigenen Geschichte als ein „Dreiecksverhältnis von Historisierung, Moralisierung und Aktualisierung“.<sup>37</sup> Insofern sich die Arbeit an NS-bezogenen Erinnerungsorten auf Demokratiebildung ausgeweitet hat, lässt sich dieses Dreiecksverhältnis durchaus wiedererkennen, wobei die Aktualisierung an Bedeutung zuzunehmen scheint.

In den jüngsten erinnerungskulturellen Projekten der Stadt Köln spielt der Umgang mit rechtsextremen Verbrechen der jüngsten Vergangenheit eine wichtige Rolle: Nach langem Ringen beschloss der Kölner Stadtrat Ende der 2017 die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des NSU-Nagelbomben-Anschlags 2004 im Kölner Stadtteil Mülheim sowie einer Gedenktafel für einen weiteren Anschlag 2001 in der Innenstadt. Die Gestaltung erfolgt unter Federführung und Koordination des NS-Dokumentationszentrums – und mit aktiver Beteiligung von Betroffenen, Angehörigen und Anwohner\*innen. In diesem Vorgehen lässt sich eine weitere Tendenz in der kommunalen erinnerungskulturellen Arbeit ausmachen: die programmatische Beteiligung der Stadtgesellschaft respektive einzelner Gruppen und Communities. Während frühe Gedenkinitiativen der späten 1970er und 1980er Jahre zumeist aus bürgerschaftlichen Engagement erwachsen – und die Kommunen und Gemeinden darauf zumeist nur zögerlich reagierten – nehmen städtische Akteure nun eine aktivere Rolle in der Gestaltung von Erinnerungsprojekten wahr und sehen sich in der Verantwortung, diese Projekte partizipativ zu verwirklichen.

Damit sind zwei Kontexte angerissen, in denen sich deutsche Gedenkstätten- und Dokumentationsorte wie das NS-DOK gegenwärtig bewegen – und weiter an Profil gewinnen (müssen). Sie erfordern auch, in der „klassischen“ historischen Vermittlungsarbeit neue Bezüge und Kontexte herzustellen. Ihre quasi traditionellen Zielgruppen, die Schüler\*innen, kommen zunehmend mit Hintergründen und Erfahrungshorizonten, die keine biografischen Bezüge zur

tung, die auf Landesebene organisiert und bundesweit koordiniert wird. 2019 kam die Fachstelle „miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus“ hinzu. Die Fachstelle informiert und sensibilisiert zum Thema Antisemitismus.

<sup>37</sup> Martin Sabrow, *Zeitgeschichte als Aufarbeitung*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 16:1, 2019, S. 11-25, hier S. 12.

deutschen NS-Gesellschaft aufweisen – doch diese steht in den meisten Ausstellungen noch im Mittelpunkt. Ob das Ende der Zeitzeugenschaft, das seit einiger Zeit als eine der größten Herausforderungen für die Vermittlung von NS-Geschichte angeführt wird, tatsächlich eine unüberwindbare Hürde für eine nachhaltige Bildungsarbeit bedeutet, scheint indes fraglich. Unbestritten ist die Lücke massiv, die das Versterben der Erlebnisgeneration reißt und bereits gerissen hat. Doch gerade Orte wie das Kölner EL-DE-Haus halten Zeugnisse bereit, die auch in kommenden Jahrzehnten eindrückliche Geschichte(n) erzählen werden.

**Annemone Christians-Bernsee**, Dr., ist stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus in der Nachgeschichte des Nationalsozialismus und der Erinnerungskultur. Publikationen: *Das Private vor Gericht. Verhandlungen des Eigenen in der nationalsozialistischen Rechtspraxis*, Göttingen 2020; *Tinte und Blech. Eine Pilotstudie zu Fritz Beindorff (1860-1944) und den Günther Wagner Pelikan-Werken im Nationalsozialismus*, Hannover 2018; *Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München*, Göttingen 2013.

[annemone.christians-bernsee@stadt-koeln.de](mailto:annemone.christians-bernsee@stadt-koeln.de)

**Oliver von Wrochem**

## **Hamburg als Handelsmetropole und sein Gedenken an die NS-Verbrechen**

*The present article discusses how public remembrance of the Nazi crimes has developed in the city-state of Hamburg. This remembrance was initially promoted by the survivors and later by civil society, culminating in the urban, state-supported, diverse culture of remembrance and memorial landscape of the present day. The focus is on central groups of actors within the culture of remembrance and the various topics and concerns that have mattered to them. The work of the local memorials has consisted of conveying general characteristics of National Socialist rule via its local manifestations and groups of perpetrators, resisters, and persecutees. At the same time, current political developments and social upheavals impact this memorial work and change the way the Nazi era is dealt with. The article also draws attention to some rather neglected aspects, in particular the interaction between state and private companies in realizing the goals of the Nazi regime, processes of inclusion and exclusion, and Hamburg's handling of its colonial heritage.*

### *1. Hamburg als Handelsmetropole und seine Beteiligung an NS-Verbrechen 1933-1945*

Auch in Hamburg als zweitgrößter Stadt des „Altreichs“ setzten bereits kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Frühjahr 1933 die Gleichschaltung der öffentlichen Verwaltung und die Verfolgung all jener gesellschaftlichen Gruppen ein, die nicht als Teil der zu formierenden „Volksgemeinschaft“ galten. Schon bald entstand ein dichtes Netz an Orten und Institutionen von Verfolgung und Täterschaft. Die wirtschaftlichen Eliten waren früh bereit, dem NS-Regime zuzuarbeiten.<sup>1</sup>

Im Zuge der Entscheidung, Hamburg als Stadt des Handels und „Tor zur Welt“ zur „Führerstadt“ mit repräsentativen Bauten am Elbufer zu erheben, wurde 1938 das KZ Neuengamme errichtet. Es handelte sich zunächst um ein Außenlager des KZ Sachsenhausen für die benötigte Ziegelproduktion. Die Stadt Hamburg war Initiatorin der Gründung und Vertragspartnerin des SS-ei-

<sup>1</sup> Vgl. zu diversen Aspekten der Geschichte Hamburgs während des Nationalsozialismus: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005. Diese Ausarbeitung geht auf einen langjährigen Austausch mit Detlef Garbe zurück, dem ich für sein Vertrauen danke. Für die Durchsicht des vorliegenden Beitrags gebühren ihm und Iris Groschek ebenfalls mein herzlicher Dank.

genen Betriebs Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH. Das Lager in Neuengamme entwickelte sich nach Verselbständigung durch die Inspektion der Konzentrationslager ab 1940 zum größten eigenständigen KZ in Nordwestdeutschland mit insgesamt mehr als 100.000 Häftlingen und über 85 Außenlagern. Die KZ-Häftlinge arbeiteten in den letzten beiden Kriegsjahren zunehmend in den über Nordwestdeutschland verteilten Außenlagern in kriegswirtschaftlich wichtigen Bereichen, wobei annähernd die Hälfte aller Gefangenen nicht überlebten.<sup>2</sup>

Städtische und private Unternehmen profitierten in diesen Jahren ganz wesentlich von der Ausbeutung diverser Gruppen von Zwangsarbeiter\*innen, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen,<sup>3</sup> aber auch von der „Arisierung“ der jüdischen Unternehmen und des jüdischen Besitzes.<sup>4</sup> Hamburg war als Hafenstadt ein Zentrum der erzwungenen Emigration der Verfolgten und spielte daher im Beraubungsprozess eine wichtige Rolle, die derzeit in einem Forschungsprojekt näher untersucht wird.<sup>5</sup> In der zweiten Kriegshälfte entwickelte sich ein über die Stadt verstreutes, umfangreiches System von Lagern.<sup>6</sup> Insbesondere der Hamburger Hafen hatte für die Kriegswirtschaft eine reichsweite Bedeutung und wurde ein zentraler Einsatzort für die Zwangsarbeiter\*innen, die die Betriebe am Laufen hielten.<sup>7</sup> Zentral war auch der Einsatz der Zwangsarbeiter\*in-

<sup>2</sup> Vgl. Marc Buggeln, Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009; Das KZ Neuengamme und seine Außenlager: Geschichte, Nachgeschichte, Erinnerung, Bildung, hrsg. im Auftr. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Oliver von Wrochem unter Mitarb. von Lars Jockheck, Berlin 2010; Hermann Kaienburg, Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bonn 1997.

<sup>3</sup> Vgl. Eine Stadt und ihr KZ. Häftlinge des KZ Neuengamme im Hamburger Kriegsalltag, hrsg. im Auftr. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Alyn Beßmann u. a., Hamburg 2023.

<sup>4</sup> Vgl. Frank Bajohr, 'Arisierung' in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–45, Hamburg 1997; vgl. ferner: Claudia Kemper/Hannah Rentschler, Handlungsspielräume und Verantwortlichkeiten der Handelskammer Hamburg während der NS-Zeit. Einordnungen und biografische Annäherungen, Berlin 2023.

<sup>5</sup> Das Projekt startete im Januar 2023 und läuft bis Ende 2024, vgl. Raub an Juden. Rolle der NS-Finanzverwaltung wird erforscht, in: Hamburger Abendblatt, 23.1.2023, <https://www.abendblatt.de/hamburg/article237443679/Hamburgs-Finanzbehoerde-erforscht-Beraubung-verfolgter-Juden.html> [17.10.2024].

<sup>6</sup> Vgl. die Übersicht zu den Standorten der Lager (Stand 2006): <https://zwangsarbeit-in-hamburg.de> [17.10.2024]. Die Übersicht soll bis 2030 um neue Erkenntnisse ergänzt und der Webauftritt relauncht werden.

<sup>7</sup> Friederike Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945, München/Hamburg 2006; Dies., Zwangsarbeit in Hamburg: Verantwortliche, Strukturen, Schicksale, in: Katharina Hertz-Eichenrode, „Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.“ Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm 2001–2013. Katalog zur Ausstellung des

nen und KZ-Häftlinge nach den verheerenden britischen Bombenangriffen auf die Stadt im Juli und August 1943, der „Operation Gomorrha“, bei der 34.000 Menschen, unter ihnen überproportional viele Zwangsarbeiter\*innen, umkamen.<sup>8</sup> Hamburger Unternehmen profitierten in vielfacher Hinsicht vom Krieg. Sie waren unter anderem wichtige Zulieferer für die deutschen Truppen und betrieben eine expansive Unternehmenspolitik, für die sie Rohstoffe und Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten als Ressource einsetzten.<sup>9</sup>

Kurz vor Kriegsende entschieden die örtlichen Machteliten, den britischen Truppen Hamburg kampflos zu übergeben und vorher die Spuren der NS-Verbrechen soweit möglich zu verwischen. Dies ermöglichte ihnen, nach 1945 den Mythos aufzubauen, Hamburg sei weniger nationalsozialistisch gewesen als andere deutsche Städte. So wurden das KZ Neuengamme und seine auf Stadtgebiet liegenden Außenlager vor der kampflosen Übergabe auf Geheiß des Gauleiters Karl Kaufmann geräumt, die Häftlinge auf Todesmärsche in andere Lager geschickt und belastende Unterlagen verbrannt.<sup>10</sup>

## *2. Aufarbeitungsbemühungen und Mythenbildungen in den ersten Nachkriegsjahrzenten*

Nach der Kapitulation ergriff die britische Militärregierung Maßnahmen zur Entnazifizierung der Bevölkerung und zur Strafverfolgung von überwiegend männlichen Kriegsverbrechern und weiteren NS-Tätern. Das nunmehr geschlossene KZ Neuengamme wurde zu einem Internierungslager für NS-belastete

Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2014, S. 17-30; Der Hamburger Hafen im Nationalsozialismus, hrsg. im Auftr. der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Herbert Diercks, Hamburg 2009.

<sup>8</sup> Vgl. Detlef Garbe, Doppelt betroffene Opfer der NS-Verfolgung und der „Operation Gomorrha“: Das Leiden der ausländischen Zwangsarbeiter und der Einsatz von KZ-Häftlingen bei den Bergungs- und Aufräumungsarbeiten, in: Förderkreis Mahnmahl St. Nikolai e.V. (Hrsg.), „Gomorrha 1943. Die Zerstörung Hamburgs im Luftkrieg“, Hamburg 2013, S. 53-73.

<sup>9</sup> Siehe u. a. Felix Mattheis, Hanseaten im „Osteinsatz“. Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945, Göttingen 2023; Karl Heinz Roth, Reemtsma auf der Krim, Hamburg 2011. Tomke Blotevogel arbeitet derzeit an einer Dissertation zur reichsweit bedeutsamen Hafenwirtschaft in Hamburg 1933–1945, vgl. <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/wir-stellen-vor-neue-kolleginnen-fuer-drittmittelprojekte/> [17.10.2024].

<sup>10</sup> Vgl. Detlef Garbe/Carmen Lange, Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945, Bremen 2005; Axel Schildt/Detlef Garbe, Schöne Geschichte!, in: Die Zeit, 11.6.2015, <https://www.zeit.de/2015/24/nationalsozialismus-vergangenheit-geschichte-hamburg> [17.10.2024].

tete Funktionsträger aus Partei, Verwaltung und Justiz. Spruchgerichts- und Strafverfahren sollten die individuelle Schuld klären, während in den Entnazifizierungsverfahren die politische Belastung im Zentrum stand.<sup>11</sup> Die Beteiligung der Hamburger Wirtschaftseliten an den NS-Verbrechen rückte selten in den Fokus der britischen Militärregierung, was möglicherweise auch daran liegt, dass sich der Zusammenhang von unternehmerischem Profit und NS-Verbrechen nicht so einfach erschließen lässt und eine funktionstüchtige deutsche Wirtschaft nach Kriegsende wichtig blieb.<sup>12</sup>

Die britische Besatzungsmacht setzte auch in Hamburg in Teilen auf Personal, das zuvor in den Ämtern und Behörden gearbeitet hatte und nicht offensichtlich schwer belastet war. Die aus der Emigration zurückkehrenden Personen und weitere ehemals Verfolgte bemühten sich, die Entwicklung in eine demokratische Richtung zu lenken. Einige von ihnen engagierten sich bei der Entnazifizierung und den Bemühungen, NS-Verbrechen zu ahnden.<sup>13</sup>

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ging die politische und strafrechtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus auch in Hamburg vollständig in deutsche Hände über, woraufhin nur noch wenig passierte. NS-Verfolgte, die sich im Bereich der Aufarbeitung engagiert hatten, mussten sich nun umorientieren. Wegen ihrer jahrelangen Verfolgung und gebrochenen Erwerbsbiografien hatten sie zudem große Probleme, wirtschaftlich Fuß zu fassen. Oft blieb die Anerkennung ihres Verfolgungsschicksals aus und es gab keine oder nur eine ungemessen niedrige Entschädigung für das erlittene Unrecht.<sup>14</sup> Erschwerend kam hinzu, dass die 1950er Jahre geprägt waren von der Wiedereingliederung NS-belasteter Personen in die Wirtschaft und den öffentlichen Dienst.<sup>15</sup>

<sup>11</sup> Vgl. KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), *Alliierte Prozesse und NS-Verbrechen*, Bremen 2020; Alyn Beßmann, „Der sozusagen für Euch alle im KZ sitzt.“ Britische Internierungspraxis im ehemaligen KZ Neuengamme und deutsche Deutungsmuster, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), *Zwischenräume: Displaced Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern*, Bremen 2010, S. 35-54.

<sup>12</sup> Für Hamburg stand jedoch zumindest die Firma Tesch & Stabenow im Visier der Alliierten: vgl. Angelika Ebbinghaus, *Der Prozess gegen Tesch & Stabenow: von der Schädlingsbekämpfung zum Holocaust*, in: 1999: *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 13:2, 1998, S. 16-71.

<sup>13</sup> Vgl. *NS-Verfolgte nach der Befreiung: Ausgrenzungserfahrungen und Neubeginn*, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2022.

<sup>14</sup> Vgl. Christl Wickert, *Keine Gerechtigkeit: die ungleiche Unterstützung des KZ-Überlebenden Fritz Bringmann und des SS-Mannes Walter Filsinger nach 1945*, Berlin 2022.

<sup>15</sup> Vgl. unter anderem auch die Datenbank der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg: „Die Dabeigewesenen. Von Hamburger NS-Täter/innen, Profiteuren, Denunzi-

Die politisch Verantwortlichen verfolgten in Bezug auf die NS-Vergangenheit eine doppelte Strategie von abstrakter Verantwortungsübernahme bei gleichzeitiger Integration NS-belasteter Personen. Auf dieser Grundlage folgte die Westbindung und der wirtschaftliche Aufstieg in den 1950er Jahren, wovon Hamburg stark profitierte.

Jahrzehntelang herrschte in Hamburg ein Selbstbild vor, das auf die hanseatische Weltoffenheit, die Traditionen der Arbeiterbewegung und die kampflose Übergabe der Stadt im Mai 1945 verwies. Bereitwillig wurde die im Sommer 1945 vom durch die britische Besatzungsmacht eingesetzten Ersten Bürgermeister Rudolf Petersen verbreitete Behauptung aufgegriffen, der Nationalsozialismus sei „in Hamburg im Vergleich zum übrigen Reich relativ wenig eingedrungen“.<sup>16</sup> Diese Behauptung war zwar wirklichkeitsfern, passte aber gut ins Selbstverständnis der sich als weltoffen verstehenden Handelsmetropole. Die Zerstörung der Stadt durch die „Operation Gomorrha“ im Jahr 1943 stand im Zentrum einer lokalen Gedenkkultur, die Hamburg zum Opfer des Krieges und des Nationalsozialismus erhob.<sup>17</sup>

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten waren es vor allem ehemalige Widerstandskämpfer\*innen und weitere NS-Verfolgte, die dafür sorgten, dass neben ersten Zeichen zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auch solche zu den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung entstanden. Während das öffentliche Erinnern an die Kriegstoten nach dem Zweiten Weltkrieg selbstverständlich war, sich allerdings seine Rahmung von der Verklärung des Soldatentodes hin zu einem trauernden Gedenken verschob,<sup>18</sup> blieben die konkreten Orte der NS-Verbrechen in diesen Jahren öffentlich weitgehend unbeachtet.

ant/innen, Mitläufer/innen und Zuschauer/innen, <https://www.hamburg.de/ns-dabei-gewesene> [17.10.2024]. Derzeit läuft ein Projekt zur NS-Belastung von Personen, die nach Kriegsende Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft waren.

<sup>16</sup> Zitiert nach: Richard J. Evans, Der Mustergau. Ein neues Buch über die Rolle Hamburgs im „Dritten Reich“, in: Die Zeit, 14.5.1998, [https://www.zeit.de/1998/21/Der\\_Mustergau](https://www.zeit.de/1998/21/Der_Mustergau) [17.10.2024].

<sup>17</sup> Vgl. Malte Thießen, Eingebrennt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005, Hamburg 2007; vgl. auch Peter Reichel, Amnesie und Mythe. Hamburg und seine zweite NS-Geschichte, in: Stadt und Erinnerung, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Berlin, Hamburg und München, NS-Dokumentationszentrum München 2017, S. 25-51, hier S. 26 f.

<sup>18</sup> Vgl. Kerstin Klingel, Eichenkranz und Dornenkrone. Kriegerdenkmäler in Hamburg, Hamburg 2006, S. 12.

### 3. Wandel der Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in Hamburg seit den 1970er Jahren bis heute

Die verdrängte Geschichte mit Bezug auf die konkreten Orte der NS-Verfolgung in Hamburg gelangte seit den 1970er Jahren in die breitere Öffentlichkeit.<sup>19</sup> Zu verdanken ist dies – wie auch in anderen Städten – in erster Linie zivilgesellschaftlichen Projekten. Von Hamburg aus wurden (und werden) beispielsweise renommierte Schülerprojekte initiiert, wie der von der Körber-Stiftung seit 1973 ausgeschriebene „Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten“ und der seit 1998 für Projekte in den Bereichen Erinnerungsarbeit, Zivilcourage, Integration und Demokratieförderung verliehene „Bertini-Preis“. Zumeist außeruniversitär aufgenommene Forschungen befassten sich seit Ende der 1970er-Jahre mit Sozial- und Gesundheitspolitik, mit Justiz und Polizei im nationalsozialistischen Hamburg.<sup>20</sup>

In den 1980er-Jahren entfalteten sich die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten besonders stark. Da es „Zeit für die ganze Wahrheit“ sei, verkündete Bürgermeister Klaus von Dohnanyi im Dezember 1984 die „Hamburger Initiative“ und forderte eine „schonungslose Aufarbeitung der Hamburger Nazizeit“.<sup>21</sup> Viel besucht waren in Hamburg die vom Landesjugendring und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ausgerichteten „Alternativen Stadtrundfahrten“. Zudem entstanden Geschichtswerkstätten in einzelnen Stadtteilen, die sich für eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus vor Ort stark machten.

<sup>19</sup> Hier und im Folgenden beziehe ich mich insbesondere auf eine Studie, die Detlef Garbe in enger Abstimmung mit mir und weiteren städtischen Akteur\*innen der Gedenkkultur erarbeitet hat: Ankerpunkte historisch-politischer Bildung und Netzwerke der Erinnerungskultur. Entwicklungsperspektiven für die Hamburger Gedenkstätten. Gedenkstättenkonzept, im Juli 2023 der Behörde für Kultur und Medien vorgelegt von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. Das Konzept ist online abrufbar, <https://www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/stiftung> in der Rubrik „Gedenkstättenkonzept“ [17.10.2024].

<sup>20</sup> Vgl. unter anderem: Angelika Ebbinghaus u. a. (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Muster-gau Hamburg: Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984; Helge Grabitz und Klaus Bästlein, Justiz in der unFreien und Hansestadt Hamburg 1933–1945, Landeszentrale für Politische Bildung, Hamburg 1993; Helmut Fangmann/Udo Reifner/Norbert Steinborn, „Parteisoldaten“. Die Hamburger Polizei im „3. Reich“, Hamburg 1987.

<sup>21</sup> GAL-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft (Hrsg.), „Es ist Zeit für die ganze Wahrheit“ (K. v. Dohnanyi). Aufarbeitung d. NS-Zeit in Hamburg; die nichtveröffentlichte Senats-broschüre, Hamburg 1985; vgl. Peter Reichel (Hrsg.), Das Gedächtnis der Stadt. Hamburgs Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Hamburg 1997, S. 22.

Seit Anfang der 1980er-Jahre setzten sich diverse zivilgesellschaftlich getragene Gruppen vermehrt für die Kennzeichnung von historischen Orten ein. Dieses intensive Engagement fand nach und nach auch staatliche Unterstützung. Zur Markierung historischer Orte trugen zwei von der Hamburger Kulturbehörde entwickelte Beschilderungsprogramme bei, mit denen „Stätten jüdischen Lebens“ und „Stätten der Verfolgung und des Widerstandes“ mit bronzenen beziehungsweise schwarzen Hinweistafeln versehen wurden. Die zusammen mit Angehörigen gegründete Vereinigung „Kinder vom Bullenhusener Damm“ eröffnete 1980 eine Ausstellung über den dort am 20. April 1945 verübten Mord an 20 jüdischen Kindern, an denen im KZ Neuengamme pseudomedizinische Versuche vorgenommen worden waren. Das Schulgebäude hatte zum Zeitpunkt der Mordaktion als Außenlager des KZ Neuengamme gedient. Erst 1999 erfolgte die Übernahme der Gedenkstätte Bullenhusener Damm in die Trägerschaft der städtisch getragenen KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die eine neue Ausstellung erarbeitete.<sup>22</sup>



**Abb. 1:** Blick in die Dauerausstellung in der Gedenkstätte Bullenhusener Damm. Foto: SHGL, Michael Kottmeier, 2011.

Ebenfalls auf Initiative von Überlebenden entstanden 1985 auf begrenztem Raum die Gedenk- und Begegnungsstätte Plattenhaus Poppenbüttel mit einer

<sup>22</sup> Vgl. Iris Groschek/Kristina Vagt, „... dass du weißt, was hier passiert ist“: medizinische Experimente im KZ Neuengamme und die Morde am Bullenhusener Damm, Bremen 2012; Die Gedenkstätte Bullenhusener Damm – Geschichte des Ortes, der Opfer und der Erinnerung, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2011.

Ausstellung zum Frauen-Außenlager Sasel des KZ Neuengamme und 1987 im ehemaligen Torhaus die Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933–1945, ebenfalls mit kleiner Ausstellung. Auch diese zwei Gedenkstätten wurden später in die Trägerschaft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme überführt und mit neuen Ausstellungen versehen, die im ersten Fall das Schicksal weiblicher KZ-Häftlinge in den städtischen Außenlagern des KZ Neuengamme und im zweiten Fall die Geschichte des KZ und der Strafanstalten Fuhlsbüttel mit Schwerpunkt auf den Schicksalen Hamburger Widerstandskämpfer\*innen präsentierten.<sup>23</sup>

Nachdem 1965 auf Drängen von Überlebenden des KZ Neuengamme eine größere Mahnmalsanlage auf dem Gelände des ehemaligen KZ errichtet worden war, eröffnete im Oktober 1981 am Rande des seinerzeit noch zu Vollzugszwecken genutzten ehemaligen KZ-Geländes ein Dokumentenhaus mit einer ersten Ausstellung. Damit entstand erstmals in Hamburg eine sich als Lernort verstehende Gedenkstätte in städtischer Finanzierung und Trägerschaft. 1989 fasste der Senat auf Betreiben des Ersten Bürgermeisters Henning Voscherau den Beschluss, die seit 1948 auf dem Gelände und teilweise in den ehemaligen KZ-Gebäuden betriebenen Gefängnisse in Neuengamme zu verlagern, damit „die Würde dieser Stätte“ nicht mehr durch die Nutzung zu Vollzugszwecken „überschattet“ werde.<sup>24</sup>

Doch erst zum 60. Jahrestag der Befreiung im Mai 2005 konnte schließlich mit finanzieller Förderung durch den Bund eine erweiterte Gedenkstätte eingeweiht werden, die mit 20 aus der KZ-Zeit erhaltenen Gebäuden, mit Markierungen der Barackengrundflächen und der Zaunverläufe die Topografie des Ortes wieder sichtbar machte und sich mit fünf Dauerausstellungen und einem Studienzentrum zu einem Lernort von internationaler Bedeutung entwickelte. Der Ort dient heute der Erinnerung an die Opfer, der Dokumentation der Verbre-

<sup>23</sup> Vgl. Die Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel – die Verfolgung von Frauen im nationalsozialistischen Hamburg und die Erinnerung an die Opfer, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2014; Herbert Diercks, Die Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933–1945: Geschichte des Ortes und Entwicklung der Gedenkstätte, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, Hamburg 2021.

<sup>24</sup> Presseerklärung der Staatlichen Pressestelle, 17.7.1989, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, hier zitiert nach: Detlef Garbe, Neuengamme. Vom Konzentrationslager zur KZ-Gedenkstätte, in: Gedenkstättenrundbrief 129, 02/2006, S. 12-25; vgl. zur Entwicklungsgeschichte auch Johann Klarmann, Die erneute Demütigung. Hamburgs Umgang mit dem ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme 1945 bis 1985, Berlin/Münster 2013; Hermann Kaienburg, Zeitenwechsel. Der Umgang mit den Spuren des Konzentrationslagers Neuengamme 1945–1990, in: Habbo Knoch/Oliver von Wrochem (Hrsg.), Entdeckendes Lernen. Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, Berlin 2022, S. 44-60.

chen und der historisch-politischen Bildung.<sup>25</sup>



**Abb. 2:** Blick in das ehemalige Häftlingslager der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Foto: SHGL, Rainer Viertböck, 2021.

Seit den 2000er Jahren hat sich die Gedenkstättenlandschaft nochmals erweitert und diversifiziert. 2002 griff eine Initiative in Hamburg das Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig zur Verlegung von „Stolpersteinen“ auf. Die biografische Aufarbeitung der Schicksale von ehemals Verfolgten entwickelte eine ungeahnte Dynamik: Heute nennen über 7000 Stolpersteine vor ehemaligen Wohnhäusern, Wirkungsstätten oder Orten der Verfolgung die Namen von Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die von Ehrenamtlichen erarbeiteten Biografien von mehr als 4800 Opfern können auf einer Website und in 23 stadtteilbezogenen Büchern der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung nachgelesen werden.<sup>26</sup>

Museen, Bücherhallen, Universitäten, Schulen und viele weitere Institutionen und Initiativen entwickelten seit den 2000er Jahren gedenkpolitische Aktivitäten. Hamburger Bezirke begannen, „Wochen des Gedenkens“ durchzuführen.

<sup>25</sup> Vgl. Website, <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de> [17.10.2024]; Detlef Garbe, Eine „moderne“ Gedenkstätte. Die Konzeption der KZ-Gedenkstätte Neuengamme als zeitgeschichtliches Museum und historisch-politische Bildungsstätte, in: Ders., Neuengamme im System der Konzentrationslager. Studien zur Ereignis- und Rezeptionsgeschichte, Berlin 2015, S. 421-446.

<sup>26</sup> Die Seite <https://www.stolpersteine-hamburg.de/> [17.10.2024] wird von der Landeszentrale für politische Bildung und der Stolperstein-Initiative verantwortet.

ren. Das bereits 1965 durch die Senatskanzlei aufgenommene Besuchsprogramm für die in der Nazizeit vertriebenen ehemaligen jüdischen Hamburger und Hamburgerinnen wurde von 2000 bis 2013 um ein Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter\*innen ergänzt. Ihm gingen seit 1989 Einladungen des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme an ehemalige Häftlinge voraus.<sup>27</sup>

Die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus (seit 1997 Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), das Institut für die Geschichte der deutschen Juden und das Hamburger Institut für Sozialforschung in privater Trägerschaft entwickelten sich zu wegweisenden Impulsgebern von weit über die Bundesrepublik Deutschland hinaus strahlender Bedeutung.

Wichtige Gedenkzeichen bleiben darüber hinaus die zigtausenden Grabsteine auf Hamburgs Friedhöfen, welche an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, darunter zivile Opfer des Bombenkrieges, KZ-Häftlinge, italienische Militärinternierte und weitere ausländische Zwangsarbeiter\*innen sowie sowjetische Kriegsgefangene, erinnern und vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gepflegt werden. Eine weitere gedenkpolitische Praxis ist die Benennung von Straßen oder Plätzen nach Menschen, die im Widerstand gegen das NS-Regime kämpften oder die aus anderen Gründen, zumeist als Jüdinnen und Juden, verfolgt wurden.<sup>28</sup> Auch Straßenumbenennungen aufgrund von NS-Belastung der Namensgeber fanden in Hamburg statt, eine Praxis, die in Bezug auf koloniale Straßennamen noch in den Anfängen steht. Darüber hinaus gibt es als alltägliche Erinnerung im Stadtbild mehr als 300 Gedenktafeln, die an Gebäuden sowie auf Plätzen an historische Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945, an Verfolgung und Widerstand und auch an die Folgen der NS-Verbrechen erinnern.

Das Online-Portal „Gedenkstätten in Hamburg zur Erinnerung an die NS-Verbrechen“ listet Stand Februar 2024 128 an die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Widerstand erinnernde Gedenkstätten auf, davon 75 mit Denkmälern sowie 74 mit Gedenk- und/oder Informationstafeln versehene Erinnerungsorte sowie 19 Orte mit ständigen Ausstellungen.<sup>29</sup> Unter ihnen befinden

<sup>27</sup> Vgl. Lina Nikou, Zwischen Imagepflege, moralischer Verpflichtung und Erinnerungen. Das Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Hamburger Bürgerinnen und Bürger, München/Hamburg 2011; Katharina Hertz-Eichenrode, „Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen.“ Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm 2001–2013. Katalog zur Ausstellung des Freundeskreises KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2014.

<sup>28</sup> Vgl. Rita Bake, Ein Gedächtnis der Stadt. Nach Frauen und Männern benannte Straßen, Plätze, Brücken in Hamburg, 3. Bde., Hamburg 2015.

<sup>29</sup> Die Seite <https://gedenkstaetten-in-hamburg.de> [17.10.2024] wird von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen verantwortet.

sich auch künstlerische Gedenkzeichen und Gegendenkmäler zu bestehenden Kriegerdenkmälern. Von den mit Ausstellungen versehenen Gedenkstätten beziehungsweise Museen befinden sich zwölf direkt oder mittelbar in städtischer Trägerschaft. Sieben Orte werden privat getragen, davon werden drei durch mit bezirklichen Mitteln geförderte Geschichtswerkstätten betrieben, zwei durch Vereine, einer durch eine gemeinnützige beziehungsweise kirchliche Stiftung und einer durch eine Genossenschaft.

Die 2020 geschaffene Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen ist Trägerin von bisher sechs mit Ausstellungen versehenen Gedenkstätten. Neben der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und den bereits erwähnten Gedenkstätten Bullenhusener Damm, Poppenbüttel und Fuhlsbüttel verantwortet sie das in Entwicklung befindliche Dokumentationszentrum *denk.mal* Hannoverscher Bahnhof am Ort der nationalsozialistischen Deportationen aus Hamburg und Norddeutschland<sup>30</sup> und den Geschichtsort Stadthaus am Ort der ehemaligen Zentrale des nationalsozialistischen polizeilichen Terrors in Hamburg.<sup>31</sup>



**Abb. 3:** Blick auf Gleise und Namenstafeln am *denk.mal* Hannoverscher Bahnhof. Foto: SHGL, Kati Jurischka, 2022.

<sup>30</sup> Vgl. Oliver von Wrochem (Hrsg.), *Deportationen dokumentieren und ausstellen. Neue Konzepte der Visualisierung von Shoah und Porajmos*, Berlin 2022.

<sup>31</sup> Vgl. Herbert Diercks, *Dokumentation Stadthaus. Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus. Texte, Fotos und Dokumente*, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme., Hamburg 2016.



**Abb. 1:** Blick in den sogenannten Seufzergang als Teil des Geschichtsort Stadthaus. Foto: SHGL, Kati Jurischka, 2020.

Weiterhin betreibt die Stiftung unter anderem das genannte Online-Portal der Hamburger Gedenkstätten und vernetzt erinnerungspolitische Akteur\*innen in Hamburg und Norddeutschland. Weitere Gedenkstätten mit Ausstellungen, die an das nationalsozialistische Unrecht erinnern, sind das Mahnmal St. Nikolai, die Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, der Lern- und Gedenkort der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, die Zwangsarbeiterbaracken beim Flughafen in Fuhlsbüttel sowie Abteilungen in Museen, in denen über die Zeit des Nationalsozialismus aufgeklärt wird.<sup>32</sup>

Obwohl die Gedenkstätten in Hamburg ein breites Themenspektrum insbesondere bezogen auf die Verfolgengruppen abdecken, kann keiner der bestehenden Orte einen Überblick leisten, wie dies in den umfassenderen und räumlich wie personell besser ausgestatteten NS-Dokumentationszentren in Berlin, Köln, Nürnberg und München und im begrenzteren Rahmen unter anderem in Düsseldorf, Hannover, Münster, Oberhausen und Stuttgart geschieht.

Auch gibt es weiterhin Themen, die wenig Beachtung finden. Zwar wird an mehreren historischen Orten darüber informiert, wie städtische Ämter und Behörden an der arbeitsteiligen Verfolgung mitwirkten und wie sie ihre Handlungsmöglichkeiten nutzten, um die Verfolgungspraktiken systematisch zu verfeinern und zu radikalieren. Allerdings finden die für die Beteiligung der Handelsmetropole an den NS-Verbrechen so bedeutsamen politischen Macht-

<sup>32</sup> Vgl. Übersicht über Gedenkstätten mit Ausstellungen auf dem Online-Portal <https://gedenkstaetten-in-hamburg.de> [17.10.2024].

zentren des nationalsozialistischen Hamburgs, nämlich Reichsstatthaltereit, NS-DAP-Gauleitung, Gauwirtschaftskammer, Justiz mit dem Hanseatischen Oberlandesgericht und den Sondergerichten beim Landgericht sowie weitere zentrale Teile der Verwaltung wenig Aufmerksamkeit.

Unternehmen werden selten und zumeist nur im Kontext von Zwangsarbeit thematisiert, die zentrale Verbindung zwischen nationalsozialistischer Politik und Wirtschaft wird in bestehenden Gedenkstätten, vor allem aber im öffentlichen Gedenken, meist nur am Rande erwähnt. Ein wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Überblick, einschließlich des kulturellen und religiösen Lebens, und die Befassung mit den gesellschaftlichen Prozessen von Inklusion/„Volksgemeinschaft“ und Exklusion/„Arisierungen“ fehlen bisher.

Im Zuge der anstehenden Neugestaltung des Museums für Hamburgische Geschichte kam auch das Desiderat eines eigenständigen Jüdischen Museums in Hamburg auf die Tagesordnung. Die Behörde für Kultur und Medien der Stadt Hamburg hat im Sommer 2024 die Gründung eines solchen Museums bekanntgegeben.<sup>33</sup>

Zu den Opfergruppen, die bisher nur am Rande vorkommen, gehören die Opfer von Justiz und Wehrmachtjustiz, die „Ostarbeiter“ und sowjetischen Kriegsgefangenen, die Häftlinge im „Arbeitserziehungslager“, die als Homosexuelle oder „Asoziale“ Verfolgten sowie die italienischen Militärinternierten, deren Geschichte noch vor wenigen Jahren der Öffentlichkeit fast völlig unbekannt war. Auch das Thema Widerstand in Hamburg ist bisher unterrepräsentiert.

Ein weiteres Desiderat bilden Gedenkorte, die die zentralen Verbindungslinien der Handelsmetropole Hamburg zum historischen Kolonialismus und dem städtischen Umgang mit dem kolonialen Erbe bearbeiten.<sup>34</sup> Wie die NS-Verbrechen resultierten die Verbrechen in den deutschen Kolonien aus gesamtgesellschaftlich getragenen rassistischen Vorstellungen und waren staatlich organisiert, woran Hamburger Wirtschaftseliten einen bedeutenden Anteil hatten.

<sup>33</sup> Vgl. Daniel Kaiser, Brosda: „Jüdische Stadtgeschichte mit eigenem Museum würdigen“, NDR 1.9.2024, <https://www.ndr.de/kultur/kulturdebatte/Brosda-Juedische-Stadtgeschichte-mit-eigenem-Museum-wuerdigen,juedischesmuseum134.html> [19.10.2024].

<sup>34</sup> Ende Mai 2024 hat der Hamburger Senat ein Konzept zum Umgang mit dem kolonialen Erbe vorgelegt, das die vielfältigen Verflechtungen Hamburgs mit den Verbrechen des deutschen Kolonialismus aufzeigt: Senat beschließt stadtweites Erinnerungskonzept, <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-kultur-und-medien/aktuelles/erinnerungskonzept-koloniales-erbe-879070> [19.10.2024], vgl. für den historischen Kontext insbesondere Jürgen Zimmerer/Kim Sebastian Todzi (Hrsg.), Hamburg: Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung, Göttingen 2022; Kim Sebastian Todzi, Unternehmen Weltaneignung. Der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus 1837-1916, Göttingen 2023.

In Ergänzung und in Verbindung zur vielfältigen Hamburger Erinnerung an die NS-Herrschaft sollten die Verflechtungen zwischen kolonialem und rassistischem Denken und Handeln von der Zeit des historischen Kolonialismus über den Nationalsozialismus bis in die Gegenwart hinein stärker in der Erinnerungskultur verankert werden.<sup>35</sup> Dazu eignen sich insbesondere Orte, die im Nationalsozialismus entstanden und einen unmittelbaren Bezug zum historischen Kolonialismus herstellen, wie die „Askari-Reliefs“ in Hamburg Jenfeld. Insbesondere ist es notwendig, auch in Hamburg eine arbeitende Gedenkstätte zur Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Kolonialismus zu entwickeln. Als möglicher Standort wurde von der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe“ der Baakenhafen ins Gespräch gebracht, weil von dort aus die deutschen Kolonialtruppen nach Deutsch-Südwestafrika (heutiges Namibia) verschifft wurden, wo sie einen Genozid an den Herero und Nama verübten.<sup>36</sup>

Die Beteiligung der Hanseatischen Kaufmannschaft am deutschen Kolonialismus sollte ein Thema im geplanten Deutschen Hafenumuseum werden, dort könnte zudem die kriegswirtschaftliche Bedeutung des Hafens und die Ausbeutung der besetzten Gebiete durch Hamburger Unternehmen im Nationalsozialismus dargestellt werden.

#### *4. Gegenwärtige Herausforderungen der Gedenkstättenarbeit in Hamburg vor dem Hintergrund des geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Wandels*

Die Hamburger Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen stehen im Kontext des geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Wandels vor weiteren grundlegenden Herausforderungen. Als Lernorte, die an die Opfer der NS-Verbrechen erinnern sowie Taten und Täter\*innen benennen, müssen sich Gedenkstätten verstärkt der Frage zuwenden, wie die NS-Herrschaft funktionierte und weshalb der „Führerstaat“ und seine ideologischen Verheißungen eine so große Zustimmung fanden. Das bedeutet unter anderem, die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Nationalsozialismus mit dem damaligen Alltag der in Hamburg lebenden Bevölkerung zu verknüpfen und Handlungsmotivationen und Spielräume Einzelner in den Blick zu nehmen. Zudem müssen sie vor dem Hintergrund der Aufklärung über die NS-Verbrechen verstärkt Brücken zur gesellschaftlichen Selbstverständigung über Demokratie,

<sup>35</sup> Vgl. Verflechtungen: Kolonialismus und rassistisches Denken im Nationalsozialismus. Voraussetzungen – Funktionen – Folgen. Materialien für die Bildungsarbeit, <https://verflechtungen-kolonialismus-nationalsozialismus.de/start.html> [19.10.2024].

<sup>36</sup> Jonas Kähler, Gedenkstreit in der Hamburger Hafency: Wohnen, wo die Schlächter losfahren, in: taz Nord, 30.5.2024, <https://taz.de/Gedenkstreit-in-der-Hamburger-Hafency!/6010601/> [19.10.2024].

Rechtsstaat, Freiheit und Menschenrechten schlagen. Weitere Herausforderungen bilden der Verlust von Zeitzeugenschaft, die Suche nach neuen Formen der Vermittlung, die nicht nur bei Jugendlichen veränderten Rezeptionsweisen und Ansprechbarkeiten, die Zunahme von ethnischer und geschlechtlicher Vielfalt und kultureller Diversität in der Gesellschaft. Hinzu kommen Verbindungslinien zu anderen erinnerungskulturellen Themen wie dem Umgang mit dem kolonialen Erbe, gesellschaftliche Polarisierungen und geschichtspolitische Anfechtungen, die durch die Debatten über die Flüchtlingsbewegungen, über Populismus und Rechtsextremismus, über Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus und weitere Ausgrenzungsideologien, über Pandemie, Klimakrise und die kriegerische Auseinandersetzungen weltweit verstärkt werden.

Mit dem Verlust derjenigen, die aus eigenem Erleben berichten können, wächst den historischen Orten noch stärker die Aufgabe zu, als materielle und damit sichtbare Zeugen die Erinnerung und das Vermächtnis der Überlebenden zu wahren. Im Angesicht der sich vergrößernden zeitlichen Distanz haben Gedenkstätten im letzten Jahrzehnt verstärkt nach Wegen gesucht, um zu verhindern, dass mit den Zeitzeug\*innen auch ihre Stimmen verstummen. In großer Zahl entstanden Interviews, Filme und digitale Formate. Allein im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sind über 2000 Erinnerungsberichte und Interviews mit ehemaligen KZ-Häftlingen für Forschung und Vermittlung bewahrt.

Gedenkstätten werden verstärkt mit der Frage des „Wozu“ konfrontiert. Dass ihre Ziele infrage gestellt werden, befördert Wandlungsprozesse, infolgeder neue Konzepte in Ausstellungen und historisch-politischer Bildungsarbeit erprobt werden. Gedenkstätten reagieren damit auch auf die Kritik an zuweilen liturgisch anmutenden Formen öffentlichen Gedenkens sowie der Formelhaftigkeit politischer Reden, die nicht selten einen unangemessenen Erinnerungstolz erkennen lassen – nicht zuletzt angesichts der Versäumnisse in den Nachkriegsjahrzehnten, des nachwirkenden Unrechts, des justiziellen Versagens und der „zweiten Schuld“.<sup>37</sup>

Das in der Wissenschaft artikulierte „Unbehagen an der Aufarbeitung“<sup>38</sup> sowie „Unbehagen an der Erinnerungskultur“<sup>39</sup> betrifft Gedenkstätten insofern, als die Kritik sich auch an ihrer Verstaatlichung festmacht: Die in der Bundesrepublik gegen gesellschaftliche Widerstände und als ein Projekt öffentlicher

<sup>37</sup> Ralph Giordano, *Die zweite Schuld: oder Von der Last Deutscher zu sein*, Köln 2020 (Erstausgabe 1987).

<sup>38</sup> Martin Sabrow, *Das Unbehagen an der Aufarbeitung: zur Engführung von Wissenschaft, Moral und Politik in der Zeitgeschichte*, in: Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), *Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 11-20.

<sup>39</sup> Aleida Assmann, *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur: eine Intervention*, 3., erw. und aktual. Aufl., München 2020.

Selbstbeunruhigung entstandenen Gedenkstätten seien im vereinigten Deutschland inzwischen Teil der bundesdeutschen Identität und Staatsräson geworden, Affirmation sei an die Stelle von Anstößigkeit und Verunsicherung getreten. Anders als in der DDR, die ihre Wurzeln im kommunistischen Widerstand verortete und die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten zu dessen Heroisierung und damit zur staatlichen Legitimation instrumentalisierte, seien die Gedenkstätten im wiedervereinigten Deutschland zwar frei von ideologischen Vorgaben, auf alle Opfergruppen bezogen und der Multiperspektivität verpflichtet, gleichwohl seien sie immer stärker in den Zugriff der staatlichen Geschichtspolitik geraten.

In der Praxis entsprechen die Gedenkstätten in aller Regel nicht dem Bild von Einrichtungen, die vorgegebene Geschichtsbilder reproduzieren. Vielmehr evozieren sie Fragen und geben auch Antworten darauf, warum Menschen bereit waren, sich einem Regime anzuschließen oder sich zumindest mit ihm zu arrangieren, dessen inhumaner Charakter offensichtlich war. Das Unbequeme, das Verstörende und die Anstößigkeit sind Teil der historischen Orte von Verbrechen, an denen Gedenkstätten errichtet wurden. Die Entwicklung neuer Formen der Gedenkstättenarbeit orientiert sich daran, den Raum für Fragen zu öffnen, das Interesse zu wecken, das Erschließen von Informationen zu befördern und die für das eigene Urteilen erforderlichen Kompetenzen zu stärken.

In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme dienen berufsgruppenorientierte, auf Schulformen und Altersstufen abgestimmte Angebote, Projekte mit aktivierenden Zugängen zu einem breiten Spektrum an Themen und Formate wie die Lernwerkstatt Offenes Archiv<sup>40</sup> diesem Ziel. Partizipation findet zunehmend Eingang in Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene. Seit über zehn Jahren bietet die KZ-Gedenkstätte Neuengamme Programme mit und für Nachfahren sowohl von Verfolgten als auch von Täter\*innen der zweiten, dritten und nun bereits vierten Generation an.<sup>41</sup> Die Nachfahren der Täter\*innen setzen sich vielfach mit dem Verschweigen der Verbrechen in ihren Familien auseinander. Die Angehörigen von Verfolgten können darüber berichten, wie die Folgen des NS-Terrors sich in ihren Familien und in Gesellschaften niederschlugen, was der gewaltsame Tod ihrer verfolgten Angehörigen für sie bedeutet und was es heißt, dass viele Überlebende bis zu ihrem Lebensende Gefangene ihrer traumatischen Erinnerungen blieben.<sup>42</sup>

<sup>40</sup> Lernwerkstatt Offenes Archiv, <https://www.lernwerkstatt-neuengamme.de/de/startseite> [19.10.2024].

<sup>41</sup> Oliver von Wrochem, Am historischen Ort. Emotionen, Familiengeschichte, öffentliche Gedenkkultur und die Arbeit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, in: Habbo Knoch/Ders. (Hrsg.), Entdeckendes Lernen: Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, Berlin 2022, S. 136-152.

<sup>42</sup> Vgl. hierzu unter anderem das Internet-Portal Reflections. Family History affected by

Die durch die Corona-Pandemie beschleunigte weitreichende Digitalisierung hat die Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Nachwirkungen des Nationalsozialismus erweitert. Websites, die Präsenz in den sozialen Medien und E-Mail-Newsletter haben die Reichweite der durch Gedenkstätten bearbeiteten Themen erhöht. Neben Ausstellungen und Veranstaltungen vor Ort finden die in zunehmender Zahl angebotenen Informationen im digitalen Raum eine hohe Resonanz. Damit bieten sich neue Chancen für die Gestaltung einer inklusiven und dialogischen Erinnerungskultur, die räumliche und generationelle Grenzen leichter überwinden kann.<sup>43</sup> Online-Formate, wie etwa virtuelle Besichtigungen und innovatives Storytelling, ersetzen nicht die Begegnung mit dem historischen Ort. Vielmehr erweitern sie Zugänge, bieten neue Möglichkeiten zur Vorbereitung oder zur nachträglichen Vertiefung und sprechen neue Zielgruppen an. Durch die digitale Vernetzung lassen sich zudem einzelne Orte und ihre Geschichten miteinander verknüpfen.

Wie andere Bildungsträger stehen die Gedenkstätten vor den Herausforderungen einer zunehmend diversen Gesellschaft. Inzwischen haben etwa 28 % der Bevölkerung in Deutschland eine Migrationsgeschichte in der Familie, die teilweise schon viele Jahre, sogar Jahrzehnte zurückliegt.<sup>44</sup> Diese Menschen gestalten die Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus in Deutschland wesentlich mit und bereichern diese mit ihren Perspektiven.<sup>45</sup> Menschen mit familiären Verbindungen in europäische Länder, die ehemals von Deutschland besetzt waren oder aber mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten, sind von den Ereignissen des Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieges ebenfalls geprägt, wenn auch in anderer Weise als Menschen, deren Familien seit Generationen in Deutschland leben. Insbesondere geflüchtete Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, müssen zudem oft mit eigenen Erfahrungen von Verfolgung umgehen.

Über die Verbrechen des Nationalsozialismus und hier insbesondere die Shoah sind das Wissen und die Zugänge sehr unterschiedlich und oft von Vor-

Nazi Crimes, <https://reflections.news/de/> und die Online-Ausstellung #WaswillstDutun? Family History 1933–today, <https://waswillstdutun.de/> [19.10.2024].

<sup>43</sup> Digital Memory, Neue Perspektiven für die Erinnerungsarbeit, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, bearb. von Iris Groschek und Habbo Knoch, Göttingen 2023.

<sup>44</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, vom 29.04.2023, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/> [19.10.2024].

<sup>45</sup> Vgl. z. B. Pageflow zur Dokumentation des Projekts Perspektiven öffnen – Geschichten teilen, <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/perspektiven-oeffnen-geschichten-teilen/> [19.10.2024].

prägungen mitbestimmt. Menschen mit Migrationsgeschichte in der Familie interessieren sich aber keineswegs weniger für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Mit Blick auf den immer noch gesellschaftlich verbreiteten Antisemitismus lässt sich konstatieren, dass er in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ebenso aufzufinden ist wie bei Menschen mit Migrationsgeschichte, nur dass er teilweise aus anderen Vorurteilen gespeist wird.

Die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte an der Erinnerungskultur zu fördern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag leisten können. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2021 ist zu Recht auf diesen Aspekt hingewiesen worden.<sup>46</sup> Ein weiterer zentraler Aspekt ist Inklusion. Vermehrt kommen in Gedenkstätten inklusive, diversitätsorientierte und barrierefreie Angebote zum Einsatz („Design für alle“, leichte Sprache, das Erzählen diverserer Geschichten und anderes). Diese auszubauen ist ebenso ein wichtiger Baustein zukünftiger Gedenkstättenarbeit.

Zu den Aufgaben von Gedenkstätten gehört die Sicherung von materiellen Relikten beziehungsweise gegenständlichen Hinterlassenschaften, von Dokumenten, Fotos und Berichten. Ehemalige Verfolgte und ihre Angehörigen, auch Nachfahren auf Täterseite, vertrauen den Gedenkstätten ihre Nachlässe an. Um die künftige Nutzung für Forschung und Vermittlung zu ermöglichen, müssen Sammlungen und Bestände erfasst, erschlossen und durch Digitalisierung nachhaltig gesichert werden.

Gedenkstätten sind bei der Konzeption ihrer Ausstellungen oder neuer Bildungsformate auf weitere Forschungen zum Nationalsozialismus angewiesen, da diese erhebliche Lücken aufweisen, etwa zu bestimmten Häftlingsgruppen der Konzentrationslager, zur Binnenstruktur der Häftlingsgesellschaft, zu den Tatbeteiligten und deren Organisation, aber auch zum gesellschaftsgeschichtlichen Kontext der NS-Verbrechen, zu Kontinuitäten und Brüchen nach 1945 sowie zur alliierten Besatzungspolitik. Dafür braucht es Verbundprojekte, die Gedenkstätten, Universitäten und zivilgesellschaftliche Träger vernetzen.

In Gedenkstätten mit großer Originalbausubstanz wie der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gilt es, die baulichen Hinterlassenschaften zu sichern. Sie sind wichtige Zeugnisse in einer Zeit, in der es kaum noch Überlebende gibt, die berichten können. Die bestehenden Orte müssen nachhaltig weiterentwickelt werden, soll nicht das erreichte Niveau der Aufklärungsarbeit über den Natio-

<sup>46</sup> Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP von 2021, S. 124 f., <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> [19.10.2024].

nalsozialismus gefährdet werden.<sup>47</sup> Der Erhalt an das NS-Regime erinnernder, denkmalgeschützter Gebäude und der Unterhalt von Gedenkstätten zählen zu den Aufgaben, die aus der historischen Verantwortung heraus ein gemeinsames Engagement staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Organisationen erfordern.

Dass Ausgrenzungsideologien wie Nationalismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus sowie antiliberalen, autokratische Herrschaftsformen erstarken, fordert die Gedenkstättenarbeit in ungekanntem Maße heraus. In einer Situation schwindender Gewissheiten wird seit Mitte der 2010er-Jahre die in den letzten vier Jahrzehnten in einem mühsamen Prozess gesellschaftlicher Verständigung erstrittene bundesdeutsche Erinnerungskultur besonders von dem erstarkenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus infrage gestellt. Die Umdeutung und eingeforderte Neuverhandlung von Geschichte sind hierfür zentrale Instrumente. Infolgedessen sehen sich Gedenkstätten verstärkt mit einer Delegitimierung ihrer Arbeit konfrontiert. Im Zuge der Corona-Pandemie haben sich seit 2020 zudem besonders im Internet systematische Desinformation und Verschwörungsideologien, nicht selten mit antisemitischen Untertönen, ausgebreitet. Gesellschaftliche Polarisierungen und Demokratieverdrossenheit haben zugenommen.

Gedenkstätten rufen ins Bewusstsein, wohin ein Aufgeben der Demokratie und des Rechtsstaates, wohin Rassismus und Antisemitismus, wohin Chauvinismus und Herrenmenschentum, wohin Krieg und Unterdrückung der überfallenen Nachbarvölker geführt haben.<sup>48</sup> Daher werden sie intern wie auch von außen verstärkt aufgefordert, sich zu aktuellen Fragestellungen zu äußern.

Aktuell prägt der Anstieg von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in Deutschland seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Krieg die Arbeit von Gedenkstätten in einem erheblichen Maße. Infolge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, des Zerfalls der Sowjetunion und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sehen sich Gedenkstätten aber auch mit Fragen bezüglich der (Um)-Deutung des Zweiten Weltkriegs und seiner Opfer konfrontiert. So werden aus der ehemaligen Sowjetunion und aus dem ehemaligen Jugoslawien ins nationalsozialistische Deutschland verschleppte Gefangene dem Bedürfnis der postsozialistischen

<sup>47</sup> Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme ist deshalb auch Teil der Initiative „Elf zu Null – Hamburger Museen handeln“, die Strategien entwickelt, damit die Hamburger Museen und Gedenkstätten den Vorgaben entsprechend die CO<sub>2</sub>-Ausstöße bis zum Jahr 2030 halbieren können. Vgl. 11 ZU 0 HAMBURGER MUSEEN HANDELN, <https://elfzunull.de/> [19.10.2024].

<sup>48</sup> Vgl. Gegenwartsbezüge in der Gedenkstättenarbeit, Positionspapier der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, <https://www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/stiftung> [19.10.2024].

Staaten folgend „renationalisiert“, um den Nachfolgestaaten ein eigenes Gedenken zu ermöglichen.<sup>49</sup>

Viel diskutiert wird derzeit zudem die Frage, wie die Erinnerung an das koloniale Erbe in einer Gedenkkultur verankert werden kann, die sich bisher stark auf den Nationalsozialismus und das DDR/SED-Unrecht konzentriert. Hier liegt eine wesentliche Herausforderung darin, die in dieser historischen Epoche verübten Verbrechen mit denen der nachfolgenden Epochen in eine den jeweiligen historischen Besonderheiten gerecht werdende Beziehung zu setzen.<sup>50</sup>

## 5. Fazit und Ausblick

Gedenkstätten dienen nicht dazu, die Gesellschaft, beziehungsweise Institutionen, Unternehmen und Verbände mit NS-Belastungen in den Jahren 1933 bis 1945 von ihrer jeweiligen Verantwortung zu entlasten. Bei Orten mit NS-Vergangenheit müssen die öffentlichen Interessen eines angemessenen und würdigen Umgangs von der gesamten Gesellschaft getragen werden. Gedenkstätten sind Zeugen einer Zeit, deren Auswirkungen sich tief in die Menschheitsgeschichte eingegraben haben. Soweit sie sichtbar und lesbar gemacht werden, können es wichtige, mitunter auch schmerzhaft, historische Wegmarken und zugleich bedeutsame Lernorte in und für die Gegenwart sein. In ihrer Bewahrung und Erschließung spiegelt sich das jeweilige gesellschaftliche Interesse, der Wert, den sie für die Nachwelt darstellen. Die Orte bleiben nur präsent, solange sie im öffentlichen Bewusstsein als Orte der historischen Wissensvermittlung, der Aufklärung und des reflektierten Umgangs mit der eigenen Vergangenheit wahrgenommen werden.

Blickt man vor diesem Hintergrund auf den Umgang Hamburgs mit den NS-Verbrechen von 1945 bis in die Gegenwart, so lassen sich viele positive Entwicklungen konstatieren. Gerade zur Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus gibt es in der öffentlichen Erinnerungskultur jedoch noch zahlreiche Leerstellen. Die Beteiligung der Hamburger Wirtschaftseliten an der verbrecherischen nationalsozialistischen Politik ist zwar in den

<sup>49</sup> Vgl. hierzu am Beispiel der KZ-Gedenkstätte Neuengamme die Diskussion um die Erweiterung des Internationalen Mahnmals: „Zeitschichten“. Bericht vom Kolloquium zur Überarbeitung des Internationalen Mahnmals in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, vom 17.10.2023, <https://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/zeitschichten-bericht-vom-kolloquium-zur-ueberarbeitung-des-internationalen-mahn-mals-in-der-kz-gedenkstaette-neuengamme/> [19.10.2024].

<sup>50</sup> Die Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes und deren künftiger Ausrichtung war zentraler Gegenstand der 59. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 26. Juni 2024, vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw26-pa-kultur-und-medien-59-sitzung-1008800> [19.10.2024].

letzten Jahren stärker in den Fokus wissenschaftlicher Aufarbeitung gerückt, doch findet diese Aufarbeitung bisher nur einen geringen Niederschlag im öffentlichen Gedenken. Dies liegt auch daran, dass sich komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen einer einfachen Darstellung und Deutung entziehen.

Hinzu kommt, dass in der Gedenkstättenarbeit und in der Erinnerungskultur in den letzten Jahrzehnten das Schicksal der Verfolgten ins Zentrum gerückt und die Haltung der Mehrheitsgesellschaft jenseits der unmittelbar an Massenverbrechen Beteiligten in der Erinnerungskultur in den Hintergrund getreten ist. Zudem wird die großstädtische Erinnerungskultur von vielfältigen Akteur\*innen mit unterschiedlichen Interessenlagen geprägt, die stärker als in ländlichen Räumen in einem mitunter auch kontroversen Dialog stehen.

Für die Zurückhaltung bezogen auf die Integration der NS-Belastung von Hamburger Unternehmen in das öffentliche Erinnern ist zu berücksichtigen, dass Hamburg bis in die Gegenwart eine bedeutende Handelsmetropole ist, in der die traditionelle Nähe von Wirtschaft und Politik in Teilen fortbesteht. Da Hamburgs Wirtschaft für den nationalsozialistischen Staat gerade während des Zweiten Weltkriegs von reichsweiter Bedeutung war, wäre es wichtig, die bestehenden Desiderate in der künftigen Ausrichtung der Weiterentwicklung auch in der Gedenkstättenarbeit verstärkt in den Blick zu nehmen und die Verbindung zwischen Handelsinteressen und nationalsozialistischer Expansionspolitik, aber auch das koloniale Erbe künftig stärker zu berücksichtigen. Dabei müssen nicht nur die konkreten Formen der Teilhabe und des Profits an Verbrechen von Unternehmen und Betrieben benannt, sondern auch deren Umgang damit nach 1945 dargestellt werden. Ein aktuelles und vieldiskutiertes Beispiel stellt die Beteiligung des Logistikunternehmens Kühne + Nagel an der Arisierung jüdischen Eigentums dar, die in Hamburg wenig beachtet wird.<sup>51</sup>

Ein geeigneter Ort für die Darstellung der kriegswirtschaftlichen Beteiligung an Verbrechen sind – neben dem bereits erwähnten Deutschen Hafenumuseum, das sich im Aufbau befindet – die denkmalgeschützten Lagerhäuser am Dessauer Ufer im Hamburger Hafengebiet. Hier könnte die Beteiligung der reichsweit bedeutsamen Hafengewirtschaft an den NS-Verbrechen ein zentraler Bestandteil der Darstellung in einer Gedenkstätte werden, die im Lagerhaus G entwickelt werden soll.<sup>52</sup>

<sup>51</sup> Saskia Aleythe, NS-Vergangenheit: Wie geht Klaus-Michael Kühne mit der Geschichte seiner Firma um? In: Süddeutsche Zeitung, 16. September 2024, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klaus-michael-kuehne-lux.SqDrMjmbvCiVuTmqkBv1wC?reduced=true> [29.10.2024].

<sup>52</sup> Das Lagerhaus G am Dessauer Ufer. Ein ehemaliges Außenlager des KZ Neuengamme auf dem Kleinen Grasbrook, hrsg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und der Studentischen Forschungsgrup-

**Oliver von Wrochem**, geb. 1968, Prof. Dr., Historiker; Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Forschungsschwerpunkte: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Strafverfolgung von NS-Gewaltverbrechen. Ausgewählte Publikationen: Die Erinnerung an NS-Täterschaften und Verfolgungserfahrungen in Deutschland. Erzählmuster, Widersprüche, Konkurrenzverhältnisse, in: Thomas Köhler u. a. (Hrsg.), Polizei und Holocaust: eine Generation nach Christopher Brownings Ordinary Men, Paderborn 2023; (Hrsg. mit Habbo Knoch), Entdeckendes Lernen. Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, Berlin 2022; (Hrsg.), Deportationen dokumentieren und ausstellen. Neue Konzepte der Visualisierung von Shoah und Porajmos, Berlin 2022.  
[oliver.vonwrochem@gedenkstaetten.hamburg.de](mailto:oliver.vonwrochem@gedenkstaetten.hamburg.de)

pe Dessauer Ufer am Arbeitsbereich Public History der Universität Hamburg, Hamburg 2022, vgl. <https://gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten/zeige/gedenktafeln-am-lagerhaus-g-kz-aussenlager-dessauer-ufer> [19.10.2024].

**Jens Binner**

## **Der Umgang der Stadt Hannover mit der nationalsozialistischen Vergangenheit**

*Remembering the consequences of the Nazi dictatorship is a firmly established practice in Hannover. Memorial sites and events, information boards, stumbling blocks, and other elements are very much present in the city's public space. With the Ahlem Memorial and the ZeitZentrum Zivilcourage, there are two places that stimulate in-depth reflection. This development, however, was not a matter of course. It is the result of decades of civic engagement since the late 1970s. What is special about Hannover is that the municipal administration has played an active and supportive role from the very beginning, and that politicians have also supported the efforts. In the future, it will be important to counter the increasingly open questioning of the culture of remembrance with contemporary and present-oriented formats.*

### *1. Einleitung*

In der Stadt Hannover scheint der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vorbildlich. Es existiert ein zentrales Denkmal zur Erinnerung an den Holocaust, an dem jährlich eine große Gedenkveranstaltung mit Beteiligung von Schüler\*innen durchgeführt wird, weitere Denkmäler erinnern an das Novemberpogrom 1938, die Verfolgung der Sinti und Roma, ein Massaker der Gestapo bei Kriegsende sowie an die Existenz von sieben Außenlagern des KZ Neuengamme. Mit der Gedenkstätte Ahlem und dem ZeitZentrum Zivilcourage gibt es zwei Orte, an denen Ausstellungen mit verschiedenen Schwerpunkten an die NS-Zeit erinnern und Workshops Wissen über diese Zeit vermitteln. Es findet meist jährlich eine Verlegung von Stolpersteinen unter Berücksichtigung aller Opfergruppen statt. Zivilgesellschaftliche Initiativen kümmern sich um die Orte der ehemaligen KZ-Außenlager, es werden jährlich Jugendbegegnungen durchgeführt, zahlreiche Informationstafeln im Stadtgebiet erläutern zentrale Orte der NS-Geschichte, eine ehrenamtlich betriebene Website<sup>1</sup> bietet digitale Stadtrundgänge an. Vielfältige Veranstaltungen thematisieren unterschiedliche Aspekte der nationalsozialistischen Diktatur. Forschungsliteratur zu verschiedenen Aspekten bietet eine ausreichende wissenschaftliche Grundlage für erinnerungskulturelle Aktivitäten.

<sup>1</sup> <https://zukunft-heisst-erinnern.de/> [16.12.2024].

Alles in Ordnung also? Ohne das Erreichte schmälern zu wollen, kann die Antwort darauf kein uneingeschränktes „Ja“ sein. Zu sehr würden dadurch die spezifische Geschichte der Erinnerungskultur in der Stadt und deren weiterhin existierende Leerstellen aus dem Blick geraten. Eine Besonderheit ist etwa die bereits seit den 1980er-Jahren festzustellende aktive Rolle der Stadtverwaltung. Hat sich dadurch vielleicht ein übergroßer erinnerungspolitischer Konsens in der Stadt ergeben, der zu einer zu großen Selbstzufriedenheit geführt hat? Gerade die akute Gefährdung der Demokratie durch den Zuspruch für rechtspopulistische Initiativen und politische Parteien verbietet es, sich selbstgenügsam zurückzulehnen. Denn ein erklärtes Ziel der Erinnerungskultur war es ja, derartige Entwicklungen in Deutschland zu verhindern. Dass dies nicht erreicht werden konnte, sollte Anlass zur kritischen Betrachtung der erinnerungskulturellen Entwicklung sein, ohne die unbestreitbaren Erfolge in den Hintergrund treten zu lassen.

## *2. Frühe erinnerungskulturelle Zeichen in Hannover*

Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind in Hannover wie in ganz Deutschland sichtbare Zeichen zur Erinnerung an die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur entstanden. So wurde Anfang Mai 1945 der Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer angelegt, auf dem 386 Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge beigesetzt sind. Die sterblichen Überreste wurden vom Friedhof Seelhorst überführt, auf dem die Toten bis dahin teilweise anonym in Massengräbern beigesetzt waren. Die britische Militärregierung wollte damit im Zuge der Bemühungen um Re-Education einen zentralen Ort schaffen, an dem dauerhaft an die NS-Verbrechen erinnert wird. Die Gestaltung des Mahnmals, das im Oktober 1945 eingeweiht wurde, lag in den Händen der sowjetischen Militärmission, die dafür den sowjetischen Bildhauer Mykola Muchin auswählte, der eine ähnliche Skulptur für den Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten unweit des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen geschaffen hatte.<sup>2</sup> Die Initiative bei der Schaffung dieses Ortes lag in den Händen der Alliierten und Überlebender, sodass der Ehrenfriedhof noch nicht als Beginn der Entwicklung einer eigenständigen Erinnerungskultur zu sehen ist.

Ebenso verhält es sich mit dem KZ-Mahnmal auf dem Friedhof Seelhorst, das 1947 eingeweiht wurde. Es erinnert an die über 300 Toten der KZ-Außenlager Ahlem, Mühlenberg und Stöcken sowie des Gestapo-Gefängnisses Ahlem, die auf dem Friedhof beigesetzt sind.<sup>3</sup> Die Initiative für das Mahnmal ging von dem

<sup>2</sup> Silke Petry/Rolf Keller, „Ruhet in Frieden, teure Genossen...“. Der Friedhof des Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen – Geschichte und Erinnerungskultur, Göttingen 2016.

<sup>3</sup> Vgl. auch Herbert Obenaus, Die Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof von Hanno-

sogenannten KZ-Ausschuss aus, der offiziell Hauptausschuss ehemaliger politischer Häftlinge hieß und sich um alle Belange ehemaliger KZ-Häftlinge kümmerte. Die Grundsteinlegung 1946 und die Einweihung 1947 wurden zwar feierlich unter Beteiligung zahlreicher Honoratioren aus Politik, Gesellschaft und Kirche sowie „einer außerordentlich starken Teilnahme der Bevölkerung“<sup>4</sup> begangen, treibende Kraft blieb jedoch die Leitung des Hauptausschusses, die vorrangig selbst aus befreiten KZ-Häftlingen bestand und von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) unterstützt wurde. Der Hauptausschuss hatte auch bereits im September 1946 eine Ausstellung zu den Opfern der nationalsozialistischen Konzentrationslager zusammengestellt, die im Georgspalast gezeigt wurde. Dennoch kann man nicht davon sprechen, dass diese Aktivitäten zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geführt hätten, auch wenn jährlich Gedenkveranstaltungen auf dem Friedhof Seelhorst durchgeführt wurden.

### *3. Erstarken der Erinnerungskultur seit den 1980er-Jahren*

Bezeichnenderweise folgten diesen frühen Initiativen jahrzehntelang keine weiteren öffentlichen Zeichen zur Erinnerung an die NS-Diktatur. Die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit lag weitgehend brach, mit der bemerkenswerten Ausnahme der Publikation „Stadt im Widerstand“,<sup>5</sup> die im Jahr 1965 erschien und in der die Journalistin Gerda Zorn sich speziell mit dem politischen Widerstand von Frauen beschäftigte. Die Situation änderte sich erst Anfang der 1980er-Jahre, wobei der Fokus weiterhin auf der Geschichte der KZ-Außenlager in Hannover lag. Als Katalysator kann dabei die Bildung einer Arbeitsgruppe an der heutigen Leibniz Universität Hannover bezeichnet werden, die sich seit 1978 schwerpunktmäßig mit den KZ-Außenlagern, aber auch mit anderen lokalgeschichtlichen NS-Themen beschäftigte.<sup>6</sup> Die Gruppe erhob erstmals auf wissenschaftlicher Basis und weltweit die historischen Quellen und verarbeitete sie in einer grundlegenden Publikation zu den KZ-Außenlagern in Hannover, die damals Maßstäbe gesetzt hat.<sup>7</sup> Aber es ging den Beteiligten von Beginn an auch um eine populäre Darstellung der Ergebnisse ihrer differenzierten wissen-

ver am 6. April 1945, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 35, 1981, S. 233-274.

<sup>4</sup> Niedersächsische Volksstimme vom 16. September 1947.

<sup>5</sup> Gerda Zorn, Stadt im Widerstand, Frankfurt am Main 1965. Neuauflage: Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946, Frankfurt am Main 1977.

<sup>6</sup> Erste Ergebnisse wurden in den Ausstellungen „Reichskristallnacht“ in Hannover“ 1978 und „Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch“ präsentiert. Ich danke Dr. Florian Grumbles für diesen Hinweis.

<sup>7</sup> Rainer Fröbe u. a., Konzentrationslager in Hannover. KZ-Arbeit und Rüstungsindustrie in der Spätphase des Zweiten Weltkriegs, 2 Bde., Hildesheim 1985.

schaftlichen Forschung. Dies war zum einen eine Reaktion auf die bis dahin in der Öffentlichkeit vorherrschende Sicht auf den Zweiten Weltkrieg, bei der vor allem die alliierten Bombenangriffe im Zentrum standen. Zum anderen spiegelte sich darin der veränderte Blick auf den Nationalsozialismus. Durch die Bewegung der Geschichtswerkstätten und sogenannten „Barfußhistoriker“ fanden sozial- und alltagsgeschichtliche Aspekte weit stärkere Beachtung, ebenso wie Stimmen der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen im Zuge der neuen Methode der Oral History als legitime Quelle anerkannt wurden. Diese Entwicklungen führten dazu, dass die Diskussionen über Ursachen und Struktur der nationalsozialistischen Diktatur nicht mehr nur in der akademischen Sphäre geführt, sondern gesellschaftlich breit verhandelt wurden. Daher wurde auch zunehmend in anderen Darstellungsformen als Publikationen gedacht, mit denen weite Kreise der Bevölkerung angesprochen werden konnten.

In Hannover bildeten sich Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre – auch motiviert durch verstärkte neonazistische Aktivitäten in Hannover und Niedersachsen seit 1977<sup>8</sup> – verschiedene Arbeitskreise in den Freizeitheimen, in denen sich zumeist Menschen ohne akademische Vorbildung erstmals mit der Alltagsgeschichte oder der NS-Geschichte vor ihrer Haustür befassten. Die Arbeitskreise der Freizeitheime schlossen sich 1984 mit anderen Gruppen und Historikern zur „Geschichtswerkstatt Hannover“ zusammen. Die stärksten Aktivitäten entfaltete die 1987 gegründete „Egon Kuhn Geschichtswerkstatt“. Sie ist maßgeblich auf die Initiative und politische Betätigung des Namensgebers zurückzuführen, der Leiter des städtischen Freizeitheimes Linden war, in dem sich auch die Räumlichkeiten der Geschichtswerkstatt befanden. So ist bereits in den Anfängen die Einbeziehung der Stadtverwaltung in die erinnerungskulturellen Aktivitäten auszumachen, die auch im Weiteren immer wieder festzustellen ist.

Die genannte Gruppe der Universität Hannover, ergänzt durch Mitarbeiter\*innen der Freizeitheime Mühlenberg und Stöcken, des Kulturamts der Stadt Hannover sowie Lehrer\*innen der IGS Mühlenberg, beschäftigte sich früh damit, wie die Ergebnisse ihrer Arbeit in eine Ausstellung umgesetzt werden konnten, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Das Medium „Historische Ausstellung“ gewann in den 1980er-Jahren allgemein schnell an Popularität. Eine Besonderheit in Hannover war die Mitwirkung des Bildhauers Hans-Jürgen Breuste. Auf diese Weise entstand ein sehr ungewöhnliches Aus-

<sup>8</sup> Die Zeitschrift DER SPIEGEL wies in ihrer Ausgabe vom 28.08.1977 darauf hin, dass Niedersachsen einen Brennpunkt aktueller neonazistischer Aktivitäten bildete. Diese Entwicklung führte zur Organisation einer „Antifaschistischen Woche des Widerstands“, die spätestens seit 1978 jährlich stattfand. Ich danke Dr. Florian Grumbles für diesen Hinweis.

stellungsdesign, bei dem die raumgreifenden Stahlinstallationen des Künstlers gleichwertig neben den Ausstellungstafeln standen. Die Ausstellung wurde im Herbst 1983 unter dem Titel „Konzentrationslager in Hannover 1943-1945“ eröffnet und musste aufgrund der großen Nachfrage in ihrer Laufzeit verlängert werden.

Die Ausstellung war der Startpunkt für eine ganze Reihe von Aktivitäten, mit denen der Nationalsozialismus als Verbrechen, für das die gesamte deutsche Gesellschaft verantwortlich war, stärker in das allgemeine Bewusstsein gehoben wurde. Die genannte Gründung der „Egon Kuhn Geschichtswerkstatt“ im Jahr 1987 ist hier zu nennen, aber als wichtigste Entwicklung ist die Eröffnung der Gedenkstätte Ahlem im selben Jahr zu bezeichnen. Sie war weniger das Ergebnis zivilgesellschaftlicher Bemühungen<sup>9</sup> vor Ort als vielmehr eine Reaktion auf entsprechende Wünsche überlebender Schüler\*innen der Gartenbauschule Ahlem, denen sich die im Rat des damaligen Landkreises Hannover<sup>10</sup> vertretenen politischen Parteien anschlossen. Die Einrichtung der Gedenkstätte als öffentlicher Ort für die Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Hannover, an dem auch Bildungsarbeit geleistet wird, war damals keine Selbstverständlichkeit. Denn erst zwei Jahre vorher war die Gedenkstätte Bergen-Belsen – die offiziell bereits seit 1952 bestand, jedoch lediglich eine Ausstellung ohne Betreuung bot – mit wissenschaftlichem und pädagogischem Personal ausgestattet worden. Die ehemalige Gartenbauschule Ahlem mit ihren Gebäuden bot sich aufgrund der vielfältigen Geschichte – Ausbildungsanstalt für Jüdinnen und Juden, die im Gartenbau und weiteren landwirtschaftlichen Berufen arbeiten wollten; Stätte der Vorbereitung auf die Auswanderung nach 1933; Sammelstelle für Jüdinnen und Juden vor der Deportation; Gestapo-Gefängnis – als Ort einer Gedenkstätte an. Die Eröffnung der Gedenkstätte führte jedoch auch dazu, dass unter den Verbrechen des Nationalsozialismus häufig allein der Holocaust verstanden wurde und die Verfolgung anderer Gruppen vergleichsweise wenig und spät Beachtung fand.

Neben der genannten Publikation zu den KZ-Außenlagern entstanden in den 1980er-Jahren weitere Grundlagenwerke zu verschiedenen Aspekten der NS-Herrschaft. Dazu gehörten die sogenannten „Judenhäuser“,<sup>11</sup> die Rolle der Gestapo,<sup>12</sup> politischer Widerstand, der allerdings eher unter spezifischen Aspekten

<sup>9</sup> Der Förderverein Gedenkstätte Ahlem besteht erst seit 1998.

<sup>10</sup> Heute Region Hannover.

<sup>11</sup> Marlis Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941 bis 1945, Hildesheim 1987.

<sup>12</sup> Vgl. Klaus Mlynek (Hrsg.), „Gestapo Hannover meldet...“. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937, Hildesheim 1986. Speziell zu Ahlem als Gestapo-Gefängnis: Herbert Obenaus, „Sei stille, sonst kommst Du nach Ahlem!“. Zur Funktion der Gestapo-Stelle in der ehemaligen Israeliti-

wie der Rolle von Frauen<sup>13</sup> oder der Organisation „Sozialistische Front“<sup>14</sup> Beachtung fand, und auch bereits Euthanasieverbrechen.<sup>15</sup> So wichtig diese Veröffentlichungen sind, weil sie etwa Berichte von Zeitzeug\*innen erfasst haben, die heute nicht mehr erhoben werden könnten, erzielten andere Aktivitäten eine größere Breitenwirkung. Dazu gehörten neben regelmäßigen Gedenkveranstaltungen zu verschiedenen Anlässen vor allem Initiativen für Mahnmale, die wiederum in erster Linie an den Standorten der ehemaligen KZ-Außenlager errichtet wurden. Diese hingen mit zivilgesellschaftlichen Bemühungen zusammen, die Kontakte zu Überlebenden und Angehörigen ehemaliger Häftlinge aufzubauen und zu pflegen. Exemplarisch hierfür steht die 1987 gegründete „Arbeitsgemeinschaft KZ Stöcken“, die aus einer bereits seit 1979 bestehenden „Antifa AG“ im städtischen Freizeitheim Stöcken hervorgegangen ist. Der „AG KZ Stöcken“ ist es wesentlich zu verdanken, dass der Kontakt zu dänischen Überlebenden, die 1984 erstmals Hannover besucht hatten, über Jahrzehnte aufrechterhalten werden konnte. Außerdem war es ein Anliegen der AG, eine bereits 1978 von der Stadt Hannover verlegte Gedenkplatte aufzuwerten und zu einem sichtbaren Mahnmal auszubauen. Diese Bemühungen führten 1987 zum Erfolg, als eine wiederum vom Künstler Hans-Jürgen Breuste geschaffene Plastik eingeweiht werden konnte. Eine ähnlich frühe Initiative ist der 1987 von der Holocaust-Überlebenden Ruth Gröne gegründete Arbeitskreis „Bürger gestalten ein Mahnmal“, der im Jahr 1994 die Errichtung eines Mahnmals am Gelände des ehemaligen KZ Ahlem erreichen konnte.

Seit der Gründung dieser Vereinigungen haben auch Überlebende und Angehörige eine wichtige Stimme im erinnerungskulturellen Diskurs der Stadt. Durch die Kontakte und Besuche sowie die damit verbundene Berichterstattung erhöhte sich der Druck, insbesondere bei den ehemaligen KZ-Außenlagern sichtbare Zeichen des Gedenkens zu errichten, wie es in der Folge etwa in Stöcken, Misburg und Mühlberg geschah. Eine besondere Rolle spielt bis heute die Überlebende Ruth Gröne, die in Hannover wohnt und – inzwischen vielfach geehrt – die wichtige Rolle einer „Mahnerin vor Ort“ übernommen hat. Ruth Gröne, deren jüdischer Vater kurz vor Kriegsende im KZ-Auffanglager Sandbos-

schen Gartenbauschule von Ahlem (1943-1945), in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 41, 1987, S. 301-327.

<sup>13</sup> VVN Hannover (Hrsg.), Hannoversche Frauen gegen den Faschismus 1933-1945. Lebensberichte. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte, 6 Bde., Hannover 1981-1983.

<sup>14</sup> Bernd Rabe, Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933-1936, Hannover 1984.

<sup>15</sup> Vgl. Thorsten Sueße, Nervenklinik und Pflegeheim Langenhagen. Von den Anfängen bis zum Ende der NS-Zeit, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 42, 1988, S. 181-203. Das Standardwerk dazu ist jedoch erst rund zehn Jahre später entstanden: Raimond Reiter, Psychiatrie im Dritten Reich in Niedersachsen, Hannover 1997.

tel umgekommen ist, weist immer wieder öffentlich auf fehlende Erinnerungszeichen an den Orten der NS-Verbrechen in der Stadt hin und findet dabei aufgrund ihrer Lebensgeschichte große mediale Resonanz.

#### *4. Die Rolle der Stadtverwaltung und die Entwicklung bis Anfang der 2000er-Jahre*

An allen geschilderten Vorgängen lässt sich ein Spezifikum erinnerungskultureller Arbeit in Hannover aufzeigen: die von Beginn an aktive Rolle der Stadtverwaltung. Die Gründungen der AG KZ Stöcken und der „Egon Kuhn Geschichtswerkstatt“ waren aus städtischen Freizeithäusern heraus erfolgt und beim Breuste-Mahnmal gab es ebenso eine finanzielle Beteiligung der Stadt wie bei den Mahnmälen an den Standorten der ehemaligen KZ-Außenlager. Diese breite Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Erinnerung an die NS-Diktatur lässt sich durchgängig beobachten, auch wenn es zu konkreten Punkten wie etwa der Gestaltung der Erinnerungszeichen lebhaft Diskussionen gegeben hat. Die Bereitschaft der Stadtverwaltung zur Unterstützung der Initiativen wurde sicherlich dadurch gefördert, dass im Mittelpunkt zunächst die Erinnerung an die Opfer stand, während die Mitverantwortung von Gesellschaft und Verwaltung verhältnismäßig wenig thematisiert wurde. Eine Ausnahme bildet dabei die Mitverantwortung der Unternehmen, die KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit einsetzten. Diese Frage wurde von den zivilgesellschaftlichen Gruppen früh aufgeworfen, weil sie mehrheitlich aus einem politisch linken Spektrum heraus entstanden sind.

Es wäre eine nähere Untersuchung wert, ob die aktive Rolle der Stadtverwaltung – und damit auch der Lokalpolitik als Auftraggeberin der Verwaltung – zu internen Diskussionen und Einflussnahmen auf die Anliegen der zivilgesellschaftlichen Gruppen jenseits finanzieller Fragen geführt hat. Auf jeden Fall hat es bis zur Initiative für ein zentrales Mahnmal zur Erinnerung an den Holocaust auf dem Opernplatz Anfang der 1990er-Jahre keine breiten öffentlichen Diskussionen um erinnerungskulturelle Fragen gegeben. Dafür war vermutlich der relativ früh hergestellte Konsens zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung verantwortlich, gefördert durch die kommunalpolitische Dominanz der Sozialdemokraten und Grünen. Es bleibt aber die Frage, ob dadurch nicht auch eine breitere gesamtgesellschaftliche Debatte zum Umgang mit der NS-Vergangenheit zumindest erschwert worden ist. Denn bei der seit 2014 sehr kontrovers ausgetragenen Diskussion um den Umgang mit Benennungen von Straßen, anderen Gebäuden und Plätzen nach Personen, die aufgrund wissenschaftlicher Beurteilung als NS-belastet gelten müssen, hat sich bei aller Schärfe der Auseinandersetzung auch gezeigt, dass das allgemeine Interesse an derartigen Fragen angestiegen ist. Dies zeigt sich regelmäßig bei Gesprächen mit

Besucher\*innen des ZeitZentrum Zivilcourage sowie im Rahmen der dort angebotenen Workshops. Es wäre also zu untersuchen, inwieweit das Einvernehmen der zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie der Politik und der Verwaltung ungewollt apologetische Tendenzen der aktuellen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse gefördert und eine vollständig offene Debatte verhindert hat. Es ist möglich, dass sich durch eine zu große Einigkeit eine gewisse Selbstgenügsamkeit einstellt, die den anfangs geschilderten Eindruck erweckt, dass erinnerungskulturell ein hoher Standard erreicht sei und es somit keinen weiteren Handlungsbedarf gebe. Dabei besteht die Gefahr, dass nur noch diejenigen gesellschaftlichen Gruppen angesprochen werden, die bereits ein genuines Interesse an der Thematik mitbringen. In dieser Sichtweise wäre die Kontroverse um die Straßenbenennungen seit 2014 eine Ausnahme. Ob sie einen dauerhaften Wandel markiert, ist noch nicht abschließend feststellbar, angesichts der deutschlandweit zunehmenden Infragestellung der Erinnerungskultur jedoch zu vermuten.

Die Sinnhaftigkeit einer kontroversen öffentlichen Diskussion zeigte sich bei einem weiteren erinnerungskulturellen Meilenstein, der Einweihung des bereits erwähnten Holocaust-Mahnmals auf dem Opernplatz im Jahr 1994. Die Vorstellung der Idee, auf einem der zentralsten Plätze der Stadt ein Mahnmal zur Erinnerung an die Deportation und Ermordung der Jüdinnen und Juden aus Hannover zu errichten, durch die bürgerschaftliche Initiative „Memoriam“ im Jahr 1991 löste eine lang anhaltende und kontroverse Diskussion aus. Dabei wurden in erster Linie der Standort und die Monumentalität des Mahnmals kritisiert; es war jedoch nicht zu verkennen, dass sich viele generell an diesem sichtbaren Zeichen stießen. Dadurch, dass das Mahnmal unübersehbar in der Stadtmitte platziert ist, symbolisiert es auch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus, die eben dort, in der Mitte der Gesellschaft, ihren Ausgangspunkt hatten. Dies vermittelt sich durch Gestaltung und Platzierung des Denkmals, ohne dass es explizit erwähnt werden muss. Den anderen sichtbaren Zeichen im Stadtgebiet kann man eher ausweichen, man kann sie ignorieren. Bei dem Mahnmal ist dies nicht möglich.

Die Unterstützung durch maßgebliche gesellschaftliche Gruppen sowie das erfolgreiche Einwerben von Spenden führten im Ergebnis dazu, dass das Projekt verwirklicht werden konnte. Und die lang anhaltende öffentliche Debatte bewirkte, dass das Interesse an der jüdischen Geschichte der Stadt allgemein und insbesondere an Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gemeinde im Nationalsozialismus zugenommen hat. Dies zeigt sich am anhaltenden Zufluss an Spendenmitteln für „Stolpersteine“ ebenso wie am großen Interesse an Veranstaltungen zur jüdischen Geschichte, vor allem wenn dabei konkrete Lebensgeschichten im Mittelpunkt stehen. Das Mahnmal auf dem Opernplatz ist heute

weitgehend akzeptiert und eines der Wahrzeichen der Stadt. Insbesondere die Idee, ein begehbare Mahnmal zu schaffen, hat dazu beigetragen. Dass auf dem Mahnmal am Wochenende Menschen sitzen, etwas trinken und sich unterhalten, steht nicht im Widerspruch zu den Gedenkveranstaltungen, die dort jedes Jahr am 15. Dezember stattfinden, dem Jahrestag der größten Deportation aus Hannover. Das Mahnmal ist auf diese Weise selbstverständlicher Bestandteil der Stadtgesellschaft, ohne seinen mahnenden Charakter zu verlieren.

##### *5. Neuorganisation der Zivilgesellschaft und Institutionalisierung der Erinnerungskultur ab 2000*

Dennoch ist festzuhalten, dass das Mahnmal, ähnlich wie die Eröffnung der Gedenkstätte Ahlem Ende der 1980er-Jahre, nur in begrenztem Umfang neue erinnerungskulturelle Aktivitäten angeregt hat. Zwar hat sich ein fester Kanon an Gedenkveranstaltungen unter Beteiligung der politischen Parteien und insbesondere der Gewerkschaften an den bestehenden Gedenkort etabliert, darüber hinaus gab es jedoch wenig Initiative, sich den bestehenden Leerstellen zu widmen, wie etwa vergessenen Opfergruppen, den Täter\*innen oder der Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus.

Wesentlich dafür sind zwei Entwicklungen: Zum einen haben sich im Jahr 2006 knapp 40 Vereine, Verbände und Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich bei der Aufarbeitung der NS-Geschichte der Stadt engagieren, zum Netzwerk „Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e. V.“ zusammengeschlossen.<sup>16</sup> Damit ist eine wirksame Vertretung entstanden, die Themen setzen kann und auch in der Lage ist, größere Projekte durchzuführen. Ein Beispiel dafür ist die Erarbeitung themenbezogener digitaler Stadtrundgänge, die auf einer eigenen Website präsentiert werden.<sup>17</sup> Das Netzwerk verschickt regelmäßig Newsletter mit Veranstaltungen der Mitglieder und sorgt damit für eine deutlich größere Reichweite, als sie die einzelnen Initiativen eigenständig herstellen könnten. Bereits ein Jahr nach Gründung des Netzwerkes konnte auch ein „Wegweiser zu den Orten der Erinnerung in Stadt und Region Hannover“ veröffentlicht werden, der weite Verbreitung gefunden hat. Zum anderen wurde die anhaltend aktive Rolle der Stadtverwaltung zunehmend institutionalisiert, indem zunächst ein Projekt Erinnerungskultur gegründet worden ist, das bald darauf als eigenständiges Sachgebiet fest in der Verwaltungsstruktur verankert wurde.

Die Bedeutsamkeit dieser Entwicklungen lässt sich daran ablesen, dass zentrale öffentliche Zeichen zur Erinnerung an die NS-Zeit erst seit Mitte der

<sup>16</sup> <https://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/netzwerk-e-v-2/> [16.12.2024].

<sup>17</sup> <https://zukunft-heisst-erinnern.de/> [16.12.2024].

2000er-Jahre entstanden sind. So wurden Ende 2007 die ersten Stolpersteine in Hannover verlegt. Seitdem findet in der Regel jährlich eine Verlegung mit 30–40 Steinen statt. Bezeichnend ist, dass auch hier die Stadtverwaltung federführend ist, dabei aber mit dem Netzwerk zusammenarbeitet. Die Spendengelder werden durch das Netzwerk gesammelt und verwaltet, die Organisation der Verlegungen erfolgt jedoch komplett durch die Stadt.<sup>18</sup> Dies ist insofern ungewöhnlich, als in vielen Städten vergleichbarer Größe die Verlegungen vollständig durch ehrenamtliche Gruppen durchgeführt werden. Auch die große Mehrzahl der Informationstafeln an Orten der Verfolgung ist erst seit den 2000er-Jahren entstanden.<sup>19</sup> Und auch hier liegt die Umsetzung in der Hand der Stadtverwaltung, während die Initiativen für neue Informationstafeln in der Zivilgesellschaft oder der Lokalpolitik entstehen. Dadurch ist eine Struktur entstanden, bei der neue Informationstafeln in der Regel ohne große öffentliche Diskussion realisiert werden können. Das hat dazu geführt, dass es eine recht große Anzahl dieser Tafeln gibt, die beständig anwächst. Auf der anderen Seite steht der bereits erwähnte Effekt eines selbstverständlichen Prozesses ohne Beteiligung breiterer Bevölkerungskreise.

#### 6. Neue Kontroversen ab 2014

Die bisher geschilderten erinnerungskulturellen Entwicklungen waren in Hannover demnach ohne größere Konflikte verlaufen. Einzig das Holocaust-Mahnmal auf dem Opernplatz hatte – wie geschildert – zu kontroversen Debatten geführt, weil es seit der Einweihung ein neues prägendes Element in der Stadtmitte darstellt und der Auseinandersetzung damit kaum ausgewichen werden kann. Dass sich das gesamtgesellschaftliche Klima gewandelt hat und Erinnerungskultur zunehmend offener infrage gestellt wird, zeigte sich dann ab dem Jahr 2014, nachdem die Stadt aufgrund eines Ratsbeschlusses vom Dezember 2013 das Projekt „Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten in Hannover“ ins Leben gerufen hatte, dessen Abschlussbericht Ende 2018 vorgelegt wurde.<sup>20</sup> Im Kern ging es dabei um Straßen, die nach Personen

<sup>18</sup> <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Stolpersteine> [16.12.2024].

<sup>19</sup> Überblick hier: <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Erinnerungsorte> [16.12.2024].

<sup>20</sup> Der Abschlussbericht ist online abrufbar: <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/St%C3%A4dtische-Erinnerungskultur/Wissenschaftliche-Betrachtung-von-namensgebenden-Pers%C3%B6nlichkeiten-in-Hannover> [16.12.2024].

benannt sind, denen eine Mitwirkung an der nationalsozialistischen Diktatur nachgewiesen werden kann. Obwohl die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirates als zurückhaltend bezeichnet werden können,<sup>21</sup> hält die Diskussion um die Umbenennungen bis heute an, weil die Umsetzung in der Verantwortung der Bezirksräte liegt, die längere Zeit benötigen, um einen Umgang mit den Empfehlungen zu erarbeiten. Generell nimmt die Bereitschaft ab, Verfahren zur Umbenennung in Gang zu setzen.

Für die anhaltenden Debatten um die Umbenennungen sind mehrere Entwicklungen maßgeblich. So spiegelt sich in den Empfehlungen des Beirates die Weiterentwicklung der Forschung zum Nationalsozialismus. Inzwischen wird viel stärker die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Zerstörung der Demokratie und die nationalsozialistischen Verbrechen betont, während früher vorrangig auf die politisch Verantwortlichen an höchster Stelle sowie die direkten Täter\*innen geschaut wurde. Das führt dazu, dass auch zu Personen wie beispielsweise dem Chirurgen Ferdinand Sauerbruch eine Empfehlung zur Umbenennung ausgesprochen wurde, der bei Menschen, die sich nicht intensiv mit der Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus beschäftigen, einen untadeligen Ruf genießt. In Hannover wurde die öffentliche Debatte vor allem durch die Auseinandersetzung um die Empfehlung zur Umbenennung der Hindenburgstraße geprägt. An der Person Hindenburg lässt sich zeigen, dass neue Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung nur langsam ihren Weg in das öffentliche Bewusstsein finden. Während aktuelle Veröffentlichungen herausgearbeitet haben, dass Hindenburg bewusst auf die Zerstörung der Demokratie hingearbeitet und Hitler in vollem Bewusstsein der Konsequenzen zum Reichskanzler gemacht hat,<sup>22</sup> hält sich in der nichtfachlichen Öffentlichkeit hartnäckig das Bild vom senilen Reichspräsidenten, der durch die ihn umgebende Kamarilla dazu gedrängt worden sei, Hitler zu ernennen.<sup>23</sup> Aufgrund dieses Auseinanderklaffens zwischen Forschungsstand und populärem Bild konnte die Empfehlung zur Umbenennung als Bilderstürmerei angeprangert werden, bei der angeblich Personen ohne Berücksichtigung der Zeitumstände als Verantwortliche für die nationalsozialistische Diktatur dargestellt wurden. Bei der Hindenburgstraße kam hinzu, dass dort viele Rechtsanwälte ihre Praxisräume

<sup>21</sup> Bei 493 untersuchten Straßennamen wurden nur 17 Empfehlungen zur Umbenennung ausgesprochen, vgl. Projekt Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten. Abschlussbericht. Empfehlungen des Beirats, hrsg. von der Landeshauptstadt Hannover, Hannover 2018, S. 11 (online abrufbar, vgl. Anm. 18).

<sup>22</sup> Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007.

<sup>23</sup> Prägende ältere Darstellungen: John Wheeler-Bennett, *Der hölzerne Titan*. Paul von Hindenburg, Tübingen 1969 und Werner Maser, *Hindenburg. Eine politische Biographie*, Rastatt 1989.

haben und der Landesverband der CDU seine Zentrale. Es gab also einflussreiche gesellschaftliche Kräfte, die persönlich betroffen und in der Lage waren, die allgemeine Debatte zu prägen. Der Konflikt um die Umbenennung der Hindenburgstraße wurde dann auch bis zu einer letztinstanzlichen Entscheidung vor Gericht ausgetragen.<sup>24</sup>

In der Debatte um die Umbenennungsempfehlungen spiegelt sich das Erstarren rechtspopulistischer politischer Kräfte, die den kritisch-reflexiven Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit offen in Frage stellen, ebenso wie die Wandlung des wissenschaftlichen Bildes des Nationalsozialismus vom Regimeverbrechen zum Gesellschaftsverbrechen. Durch diesen Wandel sind zahlreiche Entlastungsmythen und im Familiengedächtnis tradierte Erzählungen grundlegend in Zweifel gezogen.

Die letzte erinnerungskulturelle Neuentwicklung stellt die Eröffnung des ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover im März 2021 dar. Das ZeitZentrum versteht sich als Lernort, in dem anhand von 46 Biografien von Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus in Hannover gelebt haben, Themen wie Handlungsspielräume, Verantwortlichkeiten, Motivationen und Ideologien in den Mittelpunkt gestellt werden.<sup>25</sup> Damit wird erneut die gesellschaftsgeschichtliche Perspektive gestärkt und der immer noch populären Vorstellung entgegengearbeitet, im Nationalsozialismus habe eine kleine Gruppe Herrschender das gesamte Volk unterdrückt, sodass eigenständiges Handeln gegen die Diktatur aufgrund der Strafandrohungen nicht möglich gewesen sei. Im ZeitZentrum wird dagegen an konkreten Beispielen anschaulich gemacht, dass die Verbrechen nur geschehen konnten, weil viele aus unterschiedlichen Gründen bereit waren, an ihnen mitzuwirken. Wichtig ist in der Konzeption auch, dass der Stadtraum einen zentralen Bezugspunkt bildet. Auf diese Weise wird dem Mythos widersprochen, dass die Verbrechen außerhalb des Deutschen Reiches und abgeschirmt von der breiten Öffentlichkeit geschehen seien. Dadurch dass die Geschichten, die anhand der Biografien erzählt werden, im Wesentlichen in der Stadt Hannover spielen, wird deutlich gemacht, dass der verbrecherische Charakter der nationalsozialistischen Diktatur von jedem hätte erkannt werden können. Das Team des ZeitZentrum Zivilcourage ist auch für die städtische Erinnerungskultur zuständig, sodass ein zentraler Ansprechpartner für alle erinnerungskulturellen Fragen besteht.

<sup>24</sup> Vgl. Artikel zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2023, S. 17.

<sup>25</sup> Vgl. Friedrich Huneke u. a., Das ZeitZentrum Zivilcourage in Hannover, in: GWU 74:7/8, 2023, S. 425-437; Jens Binner, Das ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover als Beispiel zeitgemäßer historisch-politischer Bildung, in: Philipp Legrand/Elisa Schulzki (Hrsg.), Integration, Beteiligung, Demokratie. Kommunale Herausforderungen, Perspektiven und Chancen, Hamburg 2024, S. 127-138.

Die Fokussierung auf konkrete Menschen und ihr Handeln oder Nicht-Handeln stärkt auch den Gegenwartsbezug der Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Damit wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die sich ebenfalls in den großen KZ-Gedenkstätten aufzeigen lässt. Dort hat man sich viele Jahre lang auf die Darstellung der historischen Inhalte konzentriert, in der Annahme, dass aufgrund der Dimension der NS-Verbrechen jeder die richtigen Schlüsse für die heutige Gesellschaft daraus ziehen würde. Zudem galt ein expliziter Gegenwartsbezug als nicht notwendig, weil die Demokratie in Deutschland als unwiderruflich gefestigt angesehen wurde. Dass dies ein trügerisches Bewusstsein war, ist seit dem weltweiten Erstarken rechtspopulistischer Strömungen deutlich geworden, das auch in Deutschland eine Partei in die Parlamente gebracht hat, aus deren Programm die Abschaffung der freiheitlichen und vielfältigen Demokratie herausgelesen werden kann. Daraus resultieren stärkere Anforderungen nach Orientierung bei der Bewältigung der Krise der Demokratie an Orten, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigen.

Eine lokale Reaktion auf diese gewandelten Anforderungen besteht darin, dass die Orte der ehemaligen KZ-Außenlager von reinen Gedenkort zu Gedenk- und Informationsorten aufgewertet werden, wenn es Gelegenheit dazu gibt. Ein erstes Projekt dazu konnte im Frühjahr 2023 abgeschlossen werden. Dabei wurde das Mahnmal am ehemaligen KZ Ahlem durch einen Rundweg mit Informationstafeln auf dem ehemaligen Lagergelände ergänzt, das bis dahin nicht zugänglich war. Ähnliche Projekte laufen beim ehemaligen Frauen-KZ Limmer und beim ehemaligen KZ Stöcken. Die Durchführung erfolgt dabei jeweils in Kooperation des ZeitZentrum Zivilcourage mit zivilgesellschaftlichen Initiativen.

### *7. Aktuelle erinnerungskulturelle Herausforderungen*

Für die Bewältigung aktueller erinnerungskultureller Herausforderungen ist ein differenzierter und reflektierter Blick auf die bisherige Entwicklung die Voraussetzung. Im Fall Hannover muss man konstatieren, dass diese Voraussetzung bisher nicht existiert, da keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Darstellung der Entwicklung der Erinnerungskultur in Hannover existiert.<sup>26</sup> Insofern kann auch dieser Beitrag nur erste Schlaglichter setzen und Interpretationen anbieten, die im Rahmen vertiefender Forschung überprüft werden

<sup>26</sup> Ein maschinenschriftlich vorhandener Forschungsüberblick konzentriert sich auf die Literaturlage, gibt aber wichtige Hinweise auf Desiderata: Hans-Dieter Schmid, Gutachten über den Stand der Forschung zur NS-Zeit in Hannover, mschrftl., Hannover 2016, einsehbar beim ZeitZentrum Zivilcourage.

müssen. Verbunden damit ist die Anforderung, die Bestände der zivilgesellschaftlichen Initiativen zu sichern, die im Laufe der letzten Jahrzehnte entstanden sind. Die Gründergeneration der Initiativen befindet sich im hohen Rentenalter. Nachwuchs konnte meist nicht in ausreichendem Maße gewonnen werden und das Bewusstsein, dass die Unterlagen der Initiativen archivalisch gesichert werden müssen, ist nicht besonders ausgeprägt. Die Geschichte der Erinnerungskultur selbst stellt also ein zentrales erinnerungskulturelles Betätigungsfeld der nächsten Jahre dar.<sup>27</sup>

Trotz des insgesamt hohen Standes der erinnerungskulturellen Entwicklung in Hannover existieren Leerstellen. Dies betrifft zunächst die Opfergruppen der nationalsozialistischen Verbrechen. Der Forschungsstand zur Verfolgung der Jüdinnen und Juden kann als sehr gut bezeichnet werden, ebenso derjenige zum politischen Widerstand und zu den KZ-Außenlagern. Zu Sinti und Roma, Euthanasie-Opfern, Homosexuellen<sup>28</sup> oder sogenannten „vergessenen Opfergruppen“, also Menschen, die als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ verfolgt worden sind, gibt es dagegen nur wenige Darstellungen, bei denen zudem zu prüfen wäre, ob sie noch dem Stand der Forschung entsprechen. Auch der Bereich der Zwangsarbeit ist nicht so aufgearbeitet, wie es seiner Bedeutung für die deutsche Kriegsgesellschaft entspricht.<sup>29</sup> Insgesamt spiegelt sich hier das ungleichmäßig verteilte zivilgesellschaftliche Interesse an den Opfergruppen wider.

Eine weitere aktuelle Herausforderung ist im Vorstehenden bereits mehrfach angesprochen worden. Dabei handelt es sich um das zunehmende Potenzial an demokratiegefährdenden Bestrebungen, das sich mittlerweile auch in den Parlamenten spiegelt. In diesem Rahmen wird der bisherige Ansatz der Erinnerungskultur, der sein Ziel in der Stärkung eines kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins sieht, radikal bekämpft. Dafür stehen Zitate von Politikern der AfD, in denen von einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“<sup>30</sup> die Rede ist oder der Nationalsozialismus als „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolg-

<sup>27</sup> Eine Veranstaltung am 16.11.2023 im ZeitZentrum Zivilcourage zum 40-jährigen Jubiläum der oben erwähnten Ausstellung „Konzentrationslager in Hannover 1943-1945“ war auch als Hinweis in die Richtung gedacht, vgl. <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ZeitZentrum-Zivilcourage/Aktuelles-Veranstaltungen/Ausstellung-%22Konzentrationslager-in-Hannover-1943-1945%22> [16.12.2024].

<sup>28</sup> Rainer Hoffschildt, Olivia. Die bisher geheime Geschichte des Tabus Homosexualität und der Verfolgung der Homosexuellen in Hannover, Hannover 1992.

<sup>29</sup> Janet Anshütz/Irmtraud Heike, Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeiter in Hannover im Zweiten Weltkrieg, Bielefeld 2000.

<sup>30</sup> Björn Höcke in einer Ansprache in Dresden im Januar 2017, Wortlaut der Rede: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutzzustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> [16.12.2024].

reicher deutscher Geschichte“<sup>31</sup> bezeichnet wird. Für die Erinnerungskultur bedeutet dies zweierlei: Zum einen muss eine kritische Selbstbefragung der bisher vermittelten Inhalte und der dabei angewandten Methoden erfolgen. Denn derartige Ansichten zu verhindern, ist ja das unausgesprochene Ziel der Erinnerungskultur. Zum anderen bietet sich hier jedoch eine ungewollte Chance. Denn mit dem öffentlichen Aufschrei, den derartige Äußerungen auslösen, verbindet sich eine stärkere Aufmerksamkeit für die Erinnerungskultur, gepaart mit der bereits erwähnten Forderung nach stärkerer Orientierung in den gegenwärtigen Krisen, also dem vielzitierten Lernen aus der Geschichte.

Eine weitere Herausforderung betrifft die Inhalte der Erinnerungskultur. Landläufig wird damit immer noch mehrheitlich Aufklärung über den Nationalsozialismus verbunden. Die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte wird häufig noch als Spezifikum derjenigen Bundesländer verstanden, die bis 1990 die DDR gebildet haben und weniger als gesamtdeutsche Aufgabe. Auch die Initiativen, die Orte der Demokratie stärker in den erinnerungspolitischen Fokus rücken wollen, also sozusagen der „dunklen“ NS-Geschichte eine „helle“ Geschichte positiver Ansätze entgegenstellen wollen, konnten sich bisher nur ungenügend durchsetzen, insbesondere nicht im Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die „Orte der Demokratie“ bleiben bisher weitgehend eine Top-Down-Veranstaltung. Anders verhält es sich mit dem Thema „Dekolonisierung“, das seit einigen Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnt und häufig sehr kontroverse Diskussionen auslöst. Ausschlaggebend für seine Relevanz ist der anhaltende Druck durch zivilgesellschaftliche Gruppen, die eine verstärkte selbstkritische Beschäftigung mit den Folgen des Kolonialismus einfordern und auch sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum verlangen.

Dies lässt sich auch in Hannover verfolgen. Dort steht einer punktuellen Beschäftigung mit herausgehobenen Orten des Kolonialismus in den letzten Jahrzehnten seit einigen Jahren eine kontinuierliche Entwicklung gegenüber, bei der im wesentlichen Gruppen, die von Alltagsrassismus betroffen sind, einen bewussten Umgang mit den vielfältigen materiellen und immateriellen Spuren des Kolonialismus einfordern. Die nach jahrelanger Vorarbeit entstandenen politischen Initiativen haben schließlich dazu geführt, dass der Rat der Stadt Hannover den Auftrag erteilt hat, einen Beirat zur Entwicklung eines gesamtstädtischen dekolonisierenden Erinnerungskonzeptes einzusetzen.<sup>32</sup> Verbunden damit ist die Einrichtung einer wissenschaftlichen Koordinationsstelle beim Zeit-Zentrum Zivilcourage. Das Thema „Dekolonisierung“ ist auf diese Weise dauer-

<sup>31</sup> Alexander Gauland in einer Rede im Juni 2028, Zitat in: <https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219> [16.12.2024].

<sup>32</sup> Beschluss vom November 2023, abrufbar unter: <https://e-government.hannover-stadt.-de/lhhsimwebre.nsf/DS/1850-2023> [16.12.2024].

haft in der Stadtgesellschaft verankert. Es wird nun darauf ankommen, seine gesamtgesellschaftliche Bedeutung herauszustellen sowie Befürchtungen der Aufmerksamkeits- und Ressourcenkonkurrenz bei denjenigen Initiativen, die sich mit der NS-Geschichte beschäftigen, entgegenzutreten.

Dazu treten noch weitere Herausforderungen wie die Digitalisierung, das Ende der Zeitzeugenschaft oder die zunehmende Diversität der Gesellschaft. Insgesamt scheint die Erinnerungskultur in Hannover einen Stand erreicht zu haben, der gute Voraussetzungen zur Bewältigung der genannten Herausforderungen bietet. Zwei bedeutsame Punkte müssen dabei Beachtung finden. Zum einen gilt es, ein selbstgenügsames „Zurücklehnen“ zu vermeiden, das den erreichten Stand als ideal und zementiert betrachtet. Vielmehr muss das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass das bisher Erarbeitete lediglich den Ausgangspunkt bildet, um Erinnerungskultur weiterhin im Sinne der Stärkung der Demokratie wirksam werden zu lassen. Dazu gehört in erster Linie eine kritische Selbstreflexion der bisherigen Entwicklungen. Zum zweiten – und damit zusammenhängend – müssen zivilgesellschaftliche Initiativen weiterhin gestärkt werden, ohne ihre Autonomie zu beeinträchtigen. Denn Erinnerungskultur muss „Stachel im Fleisch“ bleiben, und dies kann sie nur, wenn sie keine rein staatliche Veranstaltung wird und damit Gefahr läuft, ihr gesellschaftskritisches Potenzial einzubüßen.

**Jens Binner** ist Direktor des ZeitZentrum Zivilcourage in Hannover. Zuvor war er an verschiedenen Projekten der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora beteiligt und leitete die Abteilung für Kommunikation und Veranstaltungen der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Veröffentlichungen u. a.: „Ostarbeiter“ und Deutsche im Zweiten Weltkrieg. Prägungsfaktoren eines selektiven Deutschlandbildes, München 2008; Die jüdische Gemeinde in Peine vom Mittelalter bis 1942 (hrsg.), Peine 2009.  
[jens.binner@hannover-stadt.de](mailto:jens.binner@hannover-stadt.de)

**Michael Lenarz**

## **Das Jüdische Museum Frankfurt und die Erinnerung an die Vertreibung und Ermordung der Frankfurter Jüdinnen und Juden<sup>1</sup>**

*Frankfurt's Jewish Museum was established with the aim of presenting the Jewish contribution to the development of the city from the Middle Ages to the present day. The opening of the museum on November 9, 1988 placed it in a commemorative political context focused on the Shoah, which contradicted its broader mission. In fact, the presentation of the Shoah and the new beginnings of Jewish life after 1945 in the permanent exhibition proved to be problematic and was changed several times. The museum countered these difficulties with a large number of special exhibitions and events dedicated to the Shoah and its aftermath. With the establishment of the memorial on Börneplatz in 1992 and the memorial at the former Grossmarkthalle in 2015, new central places of remembrance have since been created. The Jewish Museum's new permanent exhibition, which opened in 2020, focuses on the experiences of Frankfurt's Jews and their sometimes very different life stories. As a result, the Shoah and its consequences are a common thread running through it. There are also separate exhibition areas on this topic. Together with other municipal institutions, the Jewish community and numerous civic initiatives, the Jewish Museum is today a central element of Frankfurt's diverse and multi-perspective commemorative network.*

### *1. Einleitung*

Die Jüdische Gemeinde Frankfurt, deren Ursprünge bis ins Hochmittelalter zurückreichen, war bis zum Nationalsozialismus die nach Berlin zweitgrößte jüdische Gemeinde des Deutschen Reiches (1925: 29 400 Mitglieder, 6,3 % der Gesamtbevölkerung). Nachdem die Frankfurter Juden die erstmals 1811 erworbene und 1815 wieder zurückgenommene volle bürgerliche Gleichstellung nach langem Ringen 1864 endgültig zurückerlangt hatten, nahmen sie an der Entwicklung der Stadt Frankfurt regen Anteil. Das Engagement jüdischer Bürger\*innen war aus dem politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen,

<sup>1</sup> Für Anregungen, Korrekturen und Ergänzungen danke ich Heike Drummer vom Jüdischen Museum Frankfurt.

kulturellen und sozialen Leben der Stadt nicht wegzudenken. Auch die Gründung der Frankfurter Universität geht wesentlich auf die Spendenbereitschaft jüdischer Frankfurter\*innen zurück.

Dementsprechend sollte auch das zukünftige Jüdische Museum der Stadt Frankfurt am Main, gemäß den Beschlüssen der Frankfurter Stadtverordneten und des Magistrats vom Februar / März 1980, die Geschichte des „jüdischen Anteils an der Entwicklung der Stadt vom Mittelalter bis heute“ darstellen und die Verdienste zahlreicher jüdischer Persönlichkeiten um das städtische Kultur- und Wirtschaftsleben würdigen. Das Jüdische Museum wurde dann am 9. November 1988 und damit am 50. Jahrestag des Novemberpogroms in Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet. Das prominente Datum sicherte dem Haus zwar eine hohe nationale wie internationale Aufmerksamkeit. Der Termin stellte das Museum allerdings in einen auf die Schoa fokussierten erinnerungspolitischen Kontext, der im Widerspruch zur umfassenderen Konzeption des Hauses stand.<sup>2</sup>

Dieser Schwierigkeit begegnete das Museum mit einer Vielzahl von Sonderausstellungen und Veranstaltungen, die der Schoa und ihren Nachwirkungen gewidmet waren. Mit der Errichtung der Gedenkstätte am Börneplatz 1992 und der Erinnerungsstätte an der ehemaligen Großmarkthalle 2015 entstanden seitdem neue zentrale Orte des Gedenkens. Die 2020 eröffnete neue Dauerausstellung des Jüdischen Museums stellt die Erfahrungen der geschichtlich handelnden Frankfurter Jüdinnen und Juden und ihre teilweise sehr unterschiedlichen Lebensgeschichten in den Mittelpunkt. Dadurch ziehen sich die Schoa und ihre Folgen als roter Faden durch die gesamte Dauerausstellung. Daneben gibt es eigene Ausstellungsbereiche zu diesem Thema. Zusammen mit anderen städtischen Institutionen, der Jüdischen Gemeinde und zahlreichen bürgerschaftlichen Gedenkinitiativen ist das Jüdische Museum heute ein zentrales Element der vielfältigen und multiperspektivischen Frankfurter Erinnerungslandschaft.

## *2. Dauerausstellung und Sonderausstellungen bis 2015*

Die Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung der Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt<sup>3</sup> und der Neubeginn jüdischen Lebens nach der Befreiung

<sup>2</sup> Vgl. Georg Heuberger, Zur Vorgeschichte der Gründung des Jüdischen Museums Frankfurt, in: Georg Heuberger (Hrsg.), Die Pracht der Gebote. Die Judaica-Sammlung des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, Köln 2006, S. 24-39, hier S. 31.

<sup>3</sup> Die beiden bisher getrennten Frankfurter Gemeinden Israelitische Gemeinde und Israelitische Religionsgesellschaft waren 1939 von der Geheimen Staatspolizei zwangsweise zur Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main zusammengeschlossen worden, vgl. Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945, Frankfurt am Main 1963, S. 256.

der Stadt von der NS-Gewaltherrschaft bildeten in der Konzeption der Dauerausstellung den Abschluss einer mehr als 800-jährigen geschichtlichen Entwicklung. Ein Raum der ursprünglichen Dauerausstellung stellte der Diskriminierung, Ausgrenzung und Deportation der als jüdisch verfolgten Bürger\*innen Frankfurts deren Bemühungen um praktische und kulturelle Selbstbehauptung gegenüber. Ein angrenzender Raum führte die Besucher\*innen mittels eines von Yad Vashem in Jerusalem übernommenen untertitelten Stummfilms das System der Konzentrations- und Vernichtungslager vor Augen. Eine lange Wand aus Stahltafeln mit den Namen und Lebensdaten der aus Frankfurt deportierten und dann ermordeten Jüdinnen und Juden erinnerte im angrenzenden Flur an die Einzelschicksale.<sup>4</sup>

Um den Zivilisationsbruch durch die Schoa zu veranschaulichen und den Besucher\*innen eine Phase der Reflexion zu ermöglichen, wurde der Raum mit der Darstellung der Zeit nach der Befreiung aus den Lagern eine Etage tiefer eingerichtet, auf der Ebene der historischen Räume. Lesemappen behandelten dort ausführlich die Bemühungen der Überlebenden um einen Neuanfang im Lager für Displaced Persons in Zeilsheim sowie in der Stadt Frankfurt selbst bis zur Gründung einer neuen Jüdischen Gemeinde. Ausschnitte aus einem Dokumentarfilm schilderten die illegale Einwanderung in das britische Mandatsgebiet Palästina bis zur Gründung des Staates Israel.<sup>5</sup> Bald zeigte sich, dass dieses Konzept nicht aufging. Der etwas abgelegene Raum zur Nachkriegszeit wurde von den Besucher\*innen allzu oft nicht wahrgenommen. Die Dauerausstellung schien für viele mit der Schoa statt mit dem Neubeginn zu enden, was deren Konzeption völlig zuwiderlief.

Da auch der Raum mit dem Film von Yad Vashem kaum frequentiert wurde, entschied das Museum bereits wenige Jahre nach der Eröffnung, diesen aufzugeben und den Dauerausstellungsteil über den Neubeginn jüdischen Lebens in Frankfurt dorthin zu verlegen. Die Dauerausstellung endete damit der ursprünglichen Konzeption entsprechend deutlich wahrnehmbar mit der Neugründung einer Jüdischen Gemeinde in Frankfurt.<sup>6</sup>

Die Wand mit den Namen der Deportierten und Ermordeten wurde um eine Übersicht zu den Deportationen aus Frankfurt ergänzt. Gleichwohl hinterließ der Wegfall des Films eine Lücke in der Repräsentation des organisierten Massenmordes. Diese Lücke sollte in Zukunft durch entsprechende thematische

<sup>4</sup> Vgl. Rachel Heuberger/Helga Krohn, Hinaus aus dem Ghetto ... Juden in Frankfurt am Main 1800-1950. Begleitbuch zur ständigen Ausstellung des Jüdischen Museums der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1988, S. 171-192.

<sup>5</sup> Vgl. Cilly Kugelmann, Juden in Frankfurt nach 1945, in: Heuberger/Krohn, Ghetto, S. 195-205.

<sup>6</sup> Vgl. Georg Heuberger u. a., Jüdisches Museum Frankfurt am Main, München/New York 1997, S. 84 f.

Sonderausstellungen kompensiert werden. Dabei sah die Ausstellungsplanung des Museums vor, in den Sonderausstellungen weit über den Frankfurter Raum hinauszugreifen.

So widmete sich bereits 1990 eine Ausstellung dem Getto in Łódź, das auch Zielort der ersten Massendeportation von Frankfurter Jüdinnen und Juden im Oktober 1941 gewesen war.<sup>7</sup> Andere selbst erarbeitete Ausstellungen behandelten den jüdischen Widerstand in den von deutschen Truppen besetzten Ländern Europas in den Jahren 1939–1945 (1995)<sup>8</sup>, das kulturelle Leben im Getto von Wilna / Vilnius (2002)<sup>9</sup> sowie den Frankfurter Auschwitz-Prozess im Rahmen einer biografischen Ausstellung über den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (2014)<sup>10</sup>.

Weitere Ausstellungen mit einem Schwerpunkt auf der Vertreibung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden waren Übernahmen aus anderen Museen oder Forschungseinrichtungen, vor allem aus dem jeweiligen Gastland der Frankfurter Buchmesse. Beispielfhaft zu nennen wären hier Ausstellungen über die im Getto Theresienstadt / Terezín entstandenen Kinderzeichnungen (1991)<sup>11</sup>, über Lissabon als Fluchtpunkt beziehungsweise Ort des Transits nach Übersee (1997)<sup>12</sup> oder über das Emanuel-Ringelblum-Archiv des Warschauer Gettos (2001)<sup>13</sup>.

Die Ausstellung „Die vergessenen Nachbarn“ über die in den Frankfurter Vororten Bockenheim, Bergen-Enkheim, Heddernheim, Höchst und Rödelheim ansässigen Jüdinnen und Juden (1990/91) behandelte auch deren Schicksal in der Zeit des Nationalsozialismus.<sup>14</sup> Ähnliches gilt auch für die jüdischen Bewohner\*innen und Institutionen im Frankfurter Ostend, denen im Jahr 2000 eine Ausstellung gewidmet wurde. In veränderter Form ist diese Ausstellung bis

<sup>7</sup> Hanno Loewy/Gerhard Schoenberner, „Unser einziger Weg ist Arbeit“. Das Getto in Łódź 1940-1944, Wien 1990.

<sup>8</sup> Georg Heuberger (Hrsg.), Im Kampf gegen Besatzung und „Endlösung“. Widerstand der Juden in Europa 1939-1945, Frankfurt am Main 1995.

<sup>9</sup> Ders. (Hrsg.), „Schtarker fun ajsn“. Konzert- und Theaterplakate aus dem Wilnaer Getto 1941-1943, Frankfurt am Main 2002.

<sup>10</sup> Fritz Backhaus/Monika Boll/Raphael Gross (Hrsg.), Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht, Frankfurt am Main 2014.

<sup>11</sup> Georg Heuberger (Hrsg.), Vom Bauhaus nach Terezín. Friedl Dicker-Brandeis und die Kinderzeichnungen aus dem Ghetto-Lager Theresienstadt, Frankfurt am Main 1991.

<sup>12</sup> Christa Heinrich/Hans Winterberg/Barb Kirkamm, Lissabon 1933-1945. Fluchtstation am Rande Europas, Berlin 1995.

<sup>13</sup> Eleonora Bergman (Bearb.), Oneg Schabbat. Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos - Ringelblum-Archiv, Warszawa 2000.

<sup>14</sup> Georg Heuberger (Hrsg.), Die vergessenen Nachbarn. Juden in Frankfurter Vororten (Bergen-Enkheim, Bockenheim, Heddernheim, Höchst, Rödelheim), Frankfurt am Main 1990.

heute im Hochbunker an der Friedberger Anlage zu sehen.<sup>15</sup>

Aufgrund einer zwischenzeitlich deutlich verbesserten Forschungslage konnten dann eigene Ausstellungen über die Deportationen aus Frankfurt (2005)<sup>16</sup> sowie über Fälle von Solidarität und Hilfe für verfolgte Frankfurter Jüdinnen und Juden gezeigt werden (2012)<sup>17</sup>. Die Ausstellung „Raub und Restitution“ (2009) folgte den Wegen einzelner Kunstsammlungen jüdischer Frankfurter\*innen und den Schicksalen ihrer Eigentümer\*innen.<sup>18</sup> Anlässlich des 50. Jahrestags der offiziellen Neugründung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt zeigte das Museum eine Ausstellung über die Entstehung der Gemeinde und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart (1998/99).<sup>19</sup>

Die Ausstellung „1938 – Kunst, Künstler, Politik“ (2014) thematisierte die verheerenden Auswirkungen des NS-Regimes auf die bildende Kunst in Deutschland, insbesondere für jüdische Künstler\*innen und jüdische Akteur\*innen des Kunstbetriebes.<sup>20</sup> Dem aus dem Brüsseler Exil nach Auschwitz deportierten Maler Felix Nussbaum widmete das Museum sogar zwei Ausstellungen (1998 und 2006).<sup>21</sup>

Daneben zeigte das Museum zahlreiche Ausstellungen mit Beispielen einer künstlerischen Auseinandersetzung mit der Schoa, zum Beispiel Werke von Samuel Bak (1993)<sup>22</sup>, der als Kind das Getto in Wilna / Vilnius überlebt hatte, oder die Zeichnungen von Teofila Reich-Ranicki über ihre Beobachtungen im Warschauer Getto (1999/2000)<sup>23</sup>.

Ergänzt wurden die Ausstellungen jeweils durch vertiefende Begleitveranstaltungen, insbesondere die seit 1988 alljährlich zum 9. November abgehaltenen

<sup>15</sup> Georg Heuberger (Hrsg.), Ostend. Blick in ein jüdisches Viertel, Frankfurt am Main 2000.

<sup>16</sup> Fritz Backhaus/Georg Heuberger (Hrsg.), „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“ Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945, Frankfurt am Main/Basel 2004.

<sup>17</sup> Heike Drummer, Gegen den Strom. Solidarität und Hilfe für verfolgte Juden in Frankfurt und Hessen, Frankfurt am Main 2012.

<sup>18</sup> Inka Bertz (Hrsg.), Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, Göttingen 2008.

<sup>19</sup> Georg Heuberger (Hrsg.), Wer ein Haus baut, will bleiben. 50 Jahre Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1998.

<sup>20</sup> Eva Atlan/Raphael Gross/Julia Voss (Hrsg.), 1938 - Kunst, Künstler, Politik, Göttingen 2013.

<sup>21</sup> Felix-Nussbaum-Haus Osnabrück (Hrsg.), Felix Nussbaum. Verfemte Kunst – Exilkunst – Widerstandskunst, 2. Aufl., Bramsche 1995; Georg Heuberger (Hrsg.), Zeit im Blick. Felix Nussbaum und die Moderne, Bramsche 2006.

<sup>22</sup> Georg Heuberger (Hrsg.), Samuel Bak – Landschaften jüdischer Erfahrung, Frankfurt am Main 1993; Georg Heuberger/Eva Atlan (Hrsg.), Ewiges Licht. Samuel Bak – eine Kindheit im Schatten des Holocaust, Sigmaringen 1996.

<sup>23</sup> Salomon Korn/Fritz Backhaus/Georg Heuberger, Teofila Reich-Ranicki – Bilder aus dem Warschauer Ghetto, Frankfurt am Main 1999.

„Lernnächte“ mit Vorträgen, Lesungen, Diskussionen und musikalischen Darbietungen.

### *3. Die Gedenkstätte am Börneplatz*

Diese zahlreichen Ausstellungen wurden dadurch möglich, dass seit 1992 neben den Wechselausstellungsräumen im ehemaligen Rothschild-Palais auch kleinere Ausstellungsräume in der Dependance Museum Judengasse zur Verfügung standen. 1987 waren bei den Tiefbauarbeiten zur Errichtung eines Kundenzentrums der Frankfurter Stadtwerke unerwartet gut erhaltene Fundamente von Häusern der ehemaligen Frankfurter Judengasse zu Tage getreten. An der Frage, wie mit diesen Funden umzugehen sei, entzündete sich eine heftige öffentliche Auseinandersetzung, die national wie international Beachtung fand. Die Stadtregierung wollte die Fundamente nur wissenschaftlich dokumentieren und dann zugunsten des Neubaus beseitigen, während verschiedene Initiativen aus der Stadtgesellschaft sie an Ort und Stelle unter Verzicht auf das Kundenzentrum erhalten wollten. Der letztendlich erzielte Kompromiss bestand darin, die fünf am besten erhaltenen Hausfundamente nach sorgfältiger Dokumentation sämtlicher Grabungsbefunde abzutragen und diese nach Errichtung des Gebäudes der Stadtwerke an ihrem ursprünglichen Standort innerhalb einer Dependance des Jüdischen Museums wiederaufzubauen. Im Vorgriff auf eine Gesamterneuerung des Jüdischen Museums wurde das Museum Judengasse ab 2014 umgebaut und 2016 mit einer neuen Dauerausstellung zur Geschichte der Frankfurter Judengasse wiedereröffnet.

Ein weiteres zentrales Element des Kompromisses von 1988 war der Beschluss zur Errichtung einer Gedenkstätte zwischen dem Kundenzentrum (heute Sitz des städtischen Planungsdezernats), dem alten jüdischen Friedhof und der Rechneigrabenstraße. Dies ermöglichte auch der Jüdischen Gemeinde, dem Kompromiss zuzustimmen. Für die Gestaltung der Gedenkstätte wurde im Mai 1988 ein Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem nicht weniger als 250 Entwürfe eingereicht wurden. Angesichts der großen Unterschiedlichkeit der Entwürfe konnte sich die Jury, der auch Vertreter der Jüdischen Gemeinde angehörten, nicht auf einen ersten Preis einigen, sondern vergab zunächst drei zweite Preise. 1991 wurden die drei Preisträger aufgefordert, ihre Pläne auf der Basis der Anmerkungen des Preisgerichts und der Anregungen aus der öffentlichen Diskussion zu überarbeiten. Die Gedenkstätte sollte nunmehr an die deportierten und ermordeten Frankfurter Jüdinnen und Juden, an die Zerstörung der auf diesem Areal befindlichen Börneplatz-Synagoge beim Novemberpogrom 1938, an die ehemalige Judengasse und an den dort geborenen Publizisten Ludwig Börne erinnern. 1992 wurden die jungen Architekt\*innen Nikolaus Hirsch,

Wolfgang Lorch und Andrea Wandel mit der Realisierung ihres überarbeiteten Entwurfs beauftragt. 1996 konnte dann die „Gedenkstätte Neuer Börneplatz“ der Öffentlichkeit übergeben werden.

Zentrales Element der Gedenkstätte ist ein circa 280 Meter langer Fries von ursprünglich mehr als 11 000 Edelstahlblöcken, die außen in die Mauer des alten jüdischen Friedhofs eingelassen sind. Diese Blöcke tragen die Namen und Lebensdaten der deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden mit biografischem Bezug zur Stadt Frankfurt. Die Liste der Namen wurde vom Jüdischen Museum erarbeitet.<sup>24</sup> 2010 konnte die Gedenkstätte durch zusätzliche Recherchen in neu zugänglich gewordenen Quellen um weitere rund 800 Namensblöcke ergänzt werden. Um die Ergebnisse der umfangreichen Recherchen zu dokumentieren, ließ das Museum 1996–2005 eine Datenbank mit Kurzbiografien der Deportierten erstellen. Am 10. November 2022 wurde diese Datenbank nach einer grundlegenden Überarbeitung online zugänglich gemacht.<sup>25</sup>

#### *4. Die Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle*

2005 verkaufte die Stadt Frankfurt am Main das Areal der ehemaligen Großmarkthalle an die Europäische Zentralbank (EZB), die dort ihren Hauptsitz errichten wollte. Der Verkauf lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf den Umstand, dass die Frankfurter Geheime Staatspolizei das Gebäude in den Jahren 1941–1945 dazu missbraucht hatte, von hier aus nahezu 10.000 als jüdisch verfolgte Frankfurter\*innen in die Gettos und Vernichtungslager in Osteuropa zu deportieren. Die Stadt Frankfurt, die EZB und die Jüdische Gemeinde kamen daher überein, 2011 einen Wettbewerb zur Errichtung einer Erinnerungsstätte an die Deportationen auszuschreiben.

Die Architekten Marcus Kaiser und Tobias Katz entschieden den Wettbewerb für sich mit einem Entwurf, der in zurückhaltender Form die wenigen originalen Fragmente miteinander verbindet und den Weg der Verfolgten von ihren Wohnungen in die Großmarkthalle bis zu den Deportationszügen nachzeichnet. Die Erinnerungsstätte wurde 2015 der Öffentlichkeit übergeben. 27 Zitate aus Briefen von Deportierten, Zeugnissen von Überlebenden, Aufzeichnungen von nichtjüdischen Angehörigen und Berichten von Beobachter\*innen bilden deren zentrales Gestaltungselement. Da es sich dabei sowohl um unmittelbare Zeitzeugnisse als auch um spätere Erinnerungen von direkt oder indirekt Betroffene-

<sup>24</sup> Klaus Klemp (Red.), Gedenkstätte. Gedenkstätte am Neuen Börneplatz für die von Nationalsozialisten vernichtete dritte jüdische Gemeinde in Frankfurt, Sigmaringen 1996; Ulrich Kuhlendahl (Red.), Gedenkstätte am Neuen Börneplatz für die von Nationalsozialisten vernichtete dritte jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1996.

<sup>25</sup> Vgl. <https://www.shoah-memorial-frankfurt.de/> [09.11.2024].

nen sowie von unbeteiligten Zeugen handelt, sind Stil und Perspektive der Texte sehr unterschiedlich. Für die Auswahl dieser Zitate war das Jüdische Museum verantwortlich. Diese Texte bringen im Vergleich mit der Gedenkstätte am Börneplatz noch einen weiteren Aspekt ins Spiel. Steht dort das Schicksal der Verfolgten im Vordergrund, wird in den Texten der Erinnerungsstätte an der Großmarkthalle auch die Grausamkeit der Täter\*innen deutlich, die die in den dortigen Kellerräumen eingepferchten Menschen erniedrigten und misshandelten, ebenso die Reaktionen der Beobachter\*innen, die von Mitgefühl über Gleichgültigkeit bis zu Äußerungen des Hasses gegenüber den Verfolgten reichten.<sup>26</sup>

Wegen der hohen Sicherheitsanforderungen der EZB ist nur ein Teil der Erinnerungsstätte frei zugänglich, während die Räume im Inneren der ehemaligen Großmarkthalle nur im Rahmen von Führungen besichtigt werden können, die das Jüdische Museum organisiert. 2023 ließ die EZB dann neben dem heutigen Haupteingang eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Deportationen aus der Großmarkthalle anbringen.<sup>27</sup>

##### *5. Dauerausstellung und Sonderausstellungen seit 2020*

Im Oktober 2020 konnte das Jüdische Museum nach mehrjähriger Schließung wiedereröffnet werden, nachdem ein Erweiterungsbau errichtet und das ehemalige Rothschild-Palais grundlegend erneuert worden war. Die neue Dauerausstellung im Rothschild-Palais beschreibt Leben und Schicksale der Frankfurter Jüdinnen und Juden von etwa 1800 bis zur Gegenwart, folgt dabei aber einem anderen konzeptionellen Ansatz als die alte Dauerausstellung. Diese zeichnete die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Frankfurt von den Anfängen bis zur Neugründung der Jüdischen Gemeinde 1948 in einem fortlaufenden Erzählstrang nach. Demgegenüber wählt die neue Konzeption einzelne Personen und Objekte als Ausgangspunkte der Darstellung. Dies erlaubt es, die Vielfalt jüdischer Erfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart in ihrer Individualität zu veranschaulichen. Es sollte vermittelt werden, wie Jüdinnen und Juden ihre jeweiligen und durchaus unterschiedlichen Lebenswelten aktiv mitgestalteten. Der Rundgang beginnt in der unmittelbaren Gegenwart. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt schildern in Interviewausschnitten ihre Erfahrun-

<sup>26</sup> Raphael Gross/Felix Semmelroth (Hrsg.), *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945, München/London/New York* 2016.

<sup>27</sup> Neben dem alten Haupteingang im Westflügel der Großmarkthalle war bereits 1997 eine Gedenktafel angebracht worden. Da die Deportationen aus dem Ostflügel erfolgten, befand sie sich damit am historisch falschen Ort. Zudem enthielt der Text inhaltliche Fehler.

gen mit dem Leben als Jüdin oder Jude in Frankfurt. Ergänzt werden diese Erinnerungen durch zeitgenössische Objekte. Nach und nach bewegen sich die Besucher\*innen so in der Geschichte der Jüdischen Gemeinde Frankfurt zurück bis zu Exponaten aus dem DP-Lager Zeilsheim. Behandelt wird ferner das Fortleben von Frankfurter Traditionen in jüdischen Exilgemeinden in London, New York und Rio de Janeiro, ebenso die Rolle der in Frankfurt stationierten US-Truppen bei der erneuten Entstehung einer Jüdischen Gemeinde.<sup>28</sup>

Auch die nationalsozialistische Verfolgung wird in der neuen Dauerausstellung am Beispiel von sieben Biografien erzählt. Anhand von Dokumenten und Objekten und unterstützt durch mediale Anwendungen wird deutlich, wie tiefgreifend die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen die Lebenswege durchkreuzten: Familien wurden ins Exil gezwungen oder in Gettos oder Vernichtungslager deportiert, Angehörige gemischtreligiöser Familien aus ihrem Alltag herausgerissen und ermordet. Ein weiterer Ausstellungsteil beschreibt das immer dichter werdende Netz nationalsozialistischer Gesetze und Verordnungen, die das Leben jüdischer Bürger\*innen immer mehr einschränkten und sie von der Mehrheitsgesellschaft separierten. Dabei wird jede einzelne Maßnahme in ihrer Auswirkung auf eine einzelne Person bezogen.<sup>29</sup>

Das Konzept, auch künstlerische Reaktionen auf die nationalsozialistische Judenverfolgung zu präsentieren, wird in der neuen Dauerausstellung systematisch weiterverfolgt. Ein eigenes Kabinett neben den beiden den Jahren 1933–1945 gewidmeten Räumen bietet Platz für wechselnde Ausstellungen von Kunstwerken, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. So wurde hier der Zyklus „Massacres in Poland“ gezeigt, mit dem der ins englische Exil getriebene expressionistische Maler Ludwig Meidner auf die Nachrichten von deutschen Massenmorden an Jüdinnen und Juden in Osteuropa reagierte, die ihn ab Ende 1942 erreichten (2020/21).<sup>30</sup> Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Werken von Künstler\*innen, die sich der Verfolgung durch Flucht entziehen konnten, deren künstlerische Entwicklung dadurch aber in der Regel schwer beeinträchtigt war. Eine Ausstellung in diesem Kabinett präsentierte deshalb 2023 Werke des aus einer alteingesessenen Frankfurter Familie stammenden Künstlers Samson Fritz Schames, der 1939 nach London flüchtete und sich 1948 in New York niederließ. Im Mittelpunkt standen seine großformatigen Mosaik, die er teilweise aus Scherben und anderen Trümmern gestaltete, die er in Londoner Häusern fand, die durch deutsche Luftangriffe zerstört worden waren.

<sup>28</sup> Vgl. Mirjam Wenzel/Sabine Kößling/Fritz Backhaus (Hrsg.), Jüdisches Frankfurt. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, München 2020, S. 128–157.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., S. 108–111.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 112–115.

Die unterste Ebene der Dauerausstellung ist drei Frankfurter jüdischen Familien gewidmet, den Familien Senger, Rothschild und Frank. Die aus der heutigen Ukraine stammende Familie Senger war 1905 aus dem Zarenreich nach Deutschland geflüchtet. Dank gefälschter Pässe und der Verschleierung ihrer jüdischen Herkunft gelang es der Familie, in Frankfurt den Zweiten Weltkrieg zu überleben. Sohn Valentin Senger (1918–1997) schilderte das Schicksal seiner Familie in der autobiografischen Erzählung „Kaiserhofstraße 12“.<sup>31</sup> Auch die Nachfahr\*innen der Frankfurter Rothschilds waren Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. So musste Maximilian von Goldschmidt-Rothschild (1843–1940) 1938 sein Palais an der Bockenheimer Landstraße sowie seine umfangreiche Kunstsammlung unter Druck an die Stadt Frankfurt verkaufen.<sup>32</sup>

Im Mittelpunkt der Ausstellung über die Familie Frank steht der Hausrat von Alice Frank geborene Stern (1865–1953), den sie bei der Flucht in die Schweiz mitnehmen konnte. Er spiegelt die Lebenswelt einer säkularen Frankfurter jüdischen Familie um 1900 wider. Ihr Sohn Otto (1889–1980) war mit seiner Frau Edith und den beiden Töchtern Margot und Anne 1933/34 nach Amsterdam geflohen, wo sich die Familie nach dem Beginn der Judenverfolgung durch die deutschen Besatzer zwei Jahre lang verstecken konnte, bis sie 1944 verraten und nach Auschwitz deportiert wurde. Otto Frank überlebte als Einziger seiner Familie und kehrte nach Amsterdam zurück, wo ihm das Tagebuch seiner Tochter Anne übergeben wurde. Otto Frank erkannte dessen historischen und literarischen Wert und beschloss, das Tagebuch zu veröffentlichen. 1947 erschien es in niederländischer Sprache. Seitdem wurde es in Dutzende Sprachen übersetzt. Eine Installation in der Ausstellung zeigt eine Auswahl dieser vielen Übersetzungen. Otto Frank widmete den Rest seines Lebens der Aufgabe, die Aufzeichnungen seiner Tochter weltweit bekannt zu machen und für deren humanistische Ideale zu werben, besonders unter jungen Menschen. Als Zeitzeuge besuchte er viele Schulen und beantwortete die zahlreichen an ihn gerichteten Briefe. Dieses Wirken Otto Franks bildet einen weiteren Schwerpunkt in dieser letzten Abteilung.<sup>33</sup>

Die Schoa mit ihren individuellen und kollektiven Auswirkungen somit einen roten Faden der neu konzipierten Dauerausstellung, während sie in der chronologisch ausgerichteten alten Dauerausstellung auf einen stärker isolierten eigenen Ausstellungsteil beschränkt war. Indem der vorgesehene Rundgang

<sup>31</sup> Vgl. Wenzel/Kößling/Backhaus (Hrsg.), Jüdisches Frankfurt, S. 252–257.

<sup>32</sup> Das Museum Angewandte Kunst Frankfurt widmete dem Schicksal von Maximilian von Goldschmidt-Rothschild und seiner Sammlung 2023 eine eigene Ausstellung, Matthias Wagner K/Katharina Weiler (Hrsg.), Die Sammlung von Maximilian von Goldschmidt-Rothschild, Köln 2023.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 236–251.

durch die aktuelle Dauerausstellung mit den Erfahrungen heute in Frankfurt lebender Jüdinnen und Juden beginnt und mit der weltweiten Wirkungsgeschichte des Tagebuchs der Anne Frank endet, ist die Schoa einerseits in die Gesamtgeschichte jüdischer Präsenz in Frankfurt integriert, andererseits wird sie in ihrer Singularität eigenständig behandelt.

Nach seiner Wiedereröffnung erarbeitete das Jüdische Museum weiterhin größere Sonderausstellungen über die Schoa und ihre Folgen. So wurde als eine der ersten Ausstellungen im neuen Erweiterungsbau die Schau „Unser Mut. Juden in Europa 1945–48“ (2021/22) gezeigt, die das Schicksal der jüdischen Überlebenden in sieben ausgewählten Städten und Gemeinden in ganz Europa bis zur Gründung des Staates Israel und der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der UNO nachzeichnete. Bis Ende 1948 hatten dann die meisten Überlebenden Europa Richtung USA oder Israel verlassen, während andere – wie in Frankfurt, Amsterdam oder Budapest – traditionsreiche ältere Gemeinden neu beleben konnten. Zuletzt zeigte das Museum die Ausstellung „Natalia Romik. Architekturen des Überlebens“, die sich in Form von Skulpturen, Dokumenten, Fundstücken, Fotos und Filmen mit den Verstecken von polnischen Jüdinnen und Juden während der Schoa auseinandersetzt.<sup>34</sup>

## 6. Gedenken in Frankfurt am Main

Anders als in Köln oder München gibt es in Frankfurt keine zentrale Einrichtung zur Erforschung des Nationalsozialismus. Stattdessen setzen sich zahlreiche Institutionen und bürgerschaftliche Initiativen dafür ein, die Erinnerung an die Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschland wach zu halten.<sup>35</sup> Zu nennen sind hier beispielhaft das Fritz Bauer Institut an der Johann Wolfgang Goethe-Universität<sup>36</sup>, das Historische Museum<sup>37</sup>, das Institut für

Kata Bohus u. a. (Hrsg.), *Unser Mut – Juden in Europa 1945–48*, Berlin/Boston 2020.

<sup>34</sup> Mirjam Wenzel u. a. (Hrsg.), *Architekturen des Überlebens. Reflexionen zur Ausstellung Hideouts von Natalia Romik*, Berlin 2024.

<sup>35</sup> Einen Überblick über die Geschichte des Gedenkens in Frankfurt bietet Fritz Backhaus, *Der lange Weg zur Erinnerung – Gedenkorte in Frankfurt seit 1945*, in: Gross/Semmelroth, *Erinnerungsstätte*, S. 210–223.

<sup>36</sup> <https://www.fritz-bauer-institut.de/> [09.11.2024].

<sup>37</sup> <https://historisches-museum-frankfurt.de/de/sonderausstellungen/eine-stadt-macht-mit> [09.11.2024]. Die drei städtischen Institutionen Historisches Museum, Jüdisches Museum und Institut für Stadtgeschichte betreiben außerdem gemeinsam die digitale Gedenkplattform „Frankfurt und der Nationalsozialismus“, <https://frankfurt-und-der-ns.de/de/> [09.11.2024], an der auch Vertreter unterschiedlicher Opfergruppen und Gedenkinitiativen mitwirkten.

Stadtgeschichte<sup>38</sup> oder die Initiative Stolpersteine Frankfurt am Main e. V.<sup>39</sup>. Die Initiative 9. November e. V. zeigt im Hochbunker an der Friedberger Anlage, der am Standort der zerstörten Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft errichtet wurde, Ausstellungen und führt Lesungen und andere Veranstaltungen durch.<sup>40</sup> Der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945<sup>41</sup> betreibt den Geschichtsort Adlerwerke<sup>42</sup>, der daran erinnert, dass sich dort das KZ-Außenlager „Katzbach“ befand, in dem 1944/45 vor allem Überlebende des Warschauer Aufstandes gegen die deutschen Besatzer unter entsetzlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten. Auf dem Areal des I. G.-Farben-Hauses, heute Sitz der geistes- und kulturwissenschaftlichen Fachbereiche der Frankfurter Goethe-Universität, erinnert das Norbert Wollheim Memorial an die Zwangsarbeiter der I. G. Farben im Konzentrationslager Buna / Monowitz, einem Außenlager des Konzentrationslagers Auschwitz.<sup>43</sup>

Schon seit Ende der 1970er Jahre erforscht das vor allem von engagierten Pädagog\*innen getragene „Projekt Jüdisches Leben in Frankfurt am Main“ die Schicksale ehemaliger Frankfurter\*innen jüdischer Herkunft und organisiert Zeitzeugengespräche in Schulen. Seit 1984 beteiligt sich das Projekt auch an dem 1979 von der Stadt Frankfurt ins Leben gerufenen Besuchsprogramm für ehemalige Frankfurter\*innen, das 2012 auch für die Angehörigen der Zweiten Generation geöffnet wurde.<sup>44</sup>

Das Forschungsprojekt „Jüdische Pflegegeschichte“ an der Frankfurt University of Applied Sciences untersucht nicht nur die Anfänge eines modernen jüdischen Pflegewesens in Frankfurt am Main und die Geschichte der verschiedenen Pflegeinstitutionen, sondern auch deren Zwangsauflösung und das Schicksal der Pflegenden und Gepflegten unter nationalsozialistischer Herrschaft.<sup>45</sup> In Anlehnung an die humanistischen Ideale von Anne Frank setzt sich die 1994 gegründete Bildungsstätte Anne Frank dafür ein, Jugendliche und Erwachsene für Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren.<sup>46</sup> Zahlreiche weitere Denkmäler und Gedenktafeln erinnern im Stadtbild an verschiedene von den Nationalsozialisten verfolgte ethnische, politische, religiöse oder soziale Gruppen oder an verfolgte Einzelpersonen.<sup>47</sup>

<sup>38</sup> <https://www.frankfurt1933-1945.de/home> [09.11.2024].

<sup>39</sup> <https://www.stolpersteine-frankfurt.de/de> [09.11.2024].

<sup>40</sup> <https://initiative-neunter-november.de/> [09.11.2024].

<sup>41</sup> <https://widerstand-1933-1945.de/> [09.11.2024].

<sup>42</sup> <https://geschichtsort-adlerwerke.de/> [09.11.2024].

<sup>43</sup> <http://www.wollheim-memorial.de/de/home> [09.11.2024].

<sup>44</sup> <https://www.juedisches-leben-frankfurt.de/> [09.11.2024].

<sup>45</sup> <https://www.juedische-pflegegeschichte.de/> [09.11.2024].

<sup>46</sup> <https://www.bs-anne-frank.de/> [09.11.2024].

<sup>47</sup> Einen Überblick über die zahlreichen Denkmäler und Gedenktafeln in Frankfurt bieten

Mitglieder der Jüdischen Gemeinde sind an zahlreichen dieser Initiativen beteiligt. Da die Erinnerung an die Schoa in den jüdischen Familien ohnehin stets präsent ist, beschränkte sich die Gemeinde als Institution viele Jahre lang auf interne Veranstaltungen an Gedenktagen wie dem 9. November. Nach und nach wurden zu diesen Veranstaltungen auch Vertretende der Stadtregierung und der Stadtgesellschaft eingeladen. Umgekehrt nehmen offizielle Vertreter\*innen der Jüdischen Gemeinde regelmäßig an den Gedenkveranstaltungen der Stadt Frankfurt oder bürgerschaftlicher Initiativen teil. Anlässlich des 75. Jahrestags ihrer Wiederbegründung erinnerte die Gemeinde 2023 mit einer Ausstellung und deren Begleitkatalog<sup>48</sup> an ihre Geschichte seit der Schoa sowie mit einer von ihr initiierten Publikation<sup>49</sup> an das Schicksal von 75 deportierten oder aus Deutschland entkommenen Mitgliedern der Vorgängergemeinde.

Trotz dieser vielfältigen Initiativen gibt es noch erhebliche Forschungslücken. Die bisherigen Aktivitäten widmeten sich vor allem den Verfolgten des Nationalsozialismus. Demgegenüber steht die Erforschung der Täterseite noch in den Anfängen, zum Beispiel hinsichtlich der umfangreichen Enteignungen von Grundbesitz. Deshalb haben sich mehrere Initiativen 2020 zu einem „Netzwerk Frankfurter Erinnerungskultur“ zusammengeschlossen, welches sich dieser offenen Fragen annehmen will.<sup>50</sup>

Das Jüdische Museum ist damit Teil eines Netzwerkes städtischer Institutionen und bürgerschaftlicher Initiativen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven einzeln und in Kooperation miteinander mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihren Nachwirkungen bis zur Gegenwart auseinandersetzen. Da die subjektiven und individuellen Stimmen der Zeitzeug\*innen im Laufe der Zeit verstummt sind, ermöglicht es vielleicht gerade die Fülle der Initiativen, der Multiperspektivität der Ereignisse und ihrer Wahrnehmung gerecht zu werden und Formen des Gedenkens zu entwickeln, die einer immer vielfältigeren Gesellschaft angemessen sind.

die einzelnen Rubriken im Menü „Gedenken“ der Webseite <https://www.frankfurt1933-1945.de/beitraege/thema/gedenken> [09.11.2024].

<sup>48</sup> Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main (Hrsg.), Auf Leben. 75 Jahre Jüdische Gemeinde Frankfurt, Frankfurt am Main 2024.

<sup>49</sup> Maïke Brüggén (Hrsg.), 75 Leben, Berlin 2024.

<sup>50</sup> <https://hausamdom-frankfurt.de/beitrag/neues-frankfurter-netzwerk-erinnerungskultur-will-aufarbeitungsluecken-schliessen/> [09.11.2024]; <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127399> [09.11.2024].

**Michael Lenarz** war von 1985 bis 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 2012 bis 2021 stellvertretender Direktor des Jüdischen Museums Frankfurt. Mitarbeit bei zahlreichen Ausstellungs- und Forschungsprojekten sowie Veröffentlichungen des Jüdischen Museums, u. a. bei der Dauerausstellung von 1988, der Dokumentation der älteren jüdischen Friedhöfe Frankfurts, den Ausstellungen über jüdische Ritualbäder in Deutschland, die Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main, das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos, Ignatz Bubis, jüdisches Leben in der römischen Provinz und der Ausstellung des Historischen Museums über Leopold Sonnemann. Publikationen u. a.: Ignatz Bubis. Ein jüdisches Leben in Deutschland (hrsg. mit Fritz Backhaus und Raphael Gross), Frankfurt am Main 2007; Frankfurts demokratische Moderne und Leopold Sonnemann. Jude – Verleger – Politiker – Mäzen (hrsg. mit Anna Schnädelbach und Jürgen Stehen), Frankfurt am Main 2009; Das Rothschild-Palais. Ein jüdischer Ort im 19. und 20. Jahrhundert, in: Mirjam Wenzel / Sabine Kößling / Fritz Backhaus (Hrsg.), Jüdisches Frankfurt. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, München 2020, S. 48-55; Die jüdischen Friedhöfe in Frankfurt am Main, in: Erik Riedel / Sara Soussan / Mirjam Wenzel (Hrsg.), Im Angesicht des Todes, Berlin – Leipzig 2024, S. 141-151.  
[michael.lenarz@stadt-frankfurt.de](mailto:michael.lenarz@stadt-frankfurt.de)

**Ralf Roth**

## **Memoria dolet. Der schwierige Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust in der Bankenstadt Frankfurt**

*Based on the forthcoming study “Die Frankfurter Milliarden. Die Frankfurter Banken und die Enteignung der Frankfurter Juden” (The Frankfurt billions: Frankfurt’s banks and the expropriation of the local Jews), this article deals with the phenomenon that even after 80 years, entire dimensions of the Holocaust have remained unstudied for an entire city. This goes for the role Frankfurt’s banks played in the expropriation of thousands of current accounts, savings deposits or entrusted valuables. As early as the 1960s, Holocaust research pointed to the role of blocked accounts as an obstacle to German Jews’ emigration. However, to this day, these facts remain a mystery for most cities, including the banking city of Frankfurt whose Jewish community was the second-largest in Germany. The article discusses the factors that have led to this memory gap. These include the early termination of denazification by the Allies, the subsequent period of concealment and forgetting, the merely partial return of memories of the Nazi-era horrors, as well as the fragmentation and cyclic character of the culture of remembrance. Above all, however, there was considerable resistance among business historians against acknowledging that the available sources are in fact very rich.*

### *1. Einleitung*

Der Beitrag widmet sich den Widerständen, das Wirken des Nationalsozialismus auf kommunaler Ebene umfassend aufzuarbeiten. Tatsächlich bestehen bis heute, also 80 Jahre nach den Ereignissen, noch große Forschungsdefizite, die einer Gesamtdarstellung der Stadt Frankfurt im Nationalsozialismus entgegenstehen. Warum ist es immer noch schwierig, über den Nationalsozialismus zu schreiben, wenn es um die Verantwortung von Unternehmen und Banken geht? Ausgerechnet in der Bankenstadt Frankfurt blieben im zentralen Bereich der Wirtschaft erfolgversprechende Anfänge vor einem Vierteljahrhundert ohne Nachfolge. Die damals entstandenen Studien zur Deutschen Bank und zur Commerzbank standen im Kontext einer versuchten Neuausrichtung der in Frankfurt ansässigen Zeitschrift für Unternehmensgeschichte und der 1976 gegründeten Frankfurter Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG). Eine Tagung „Un-

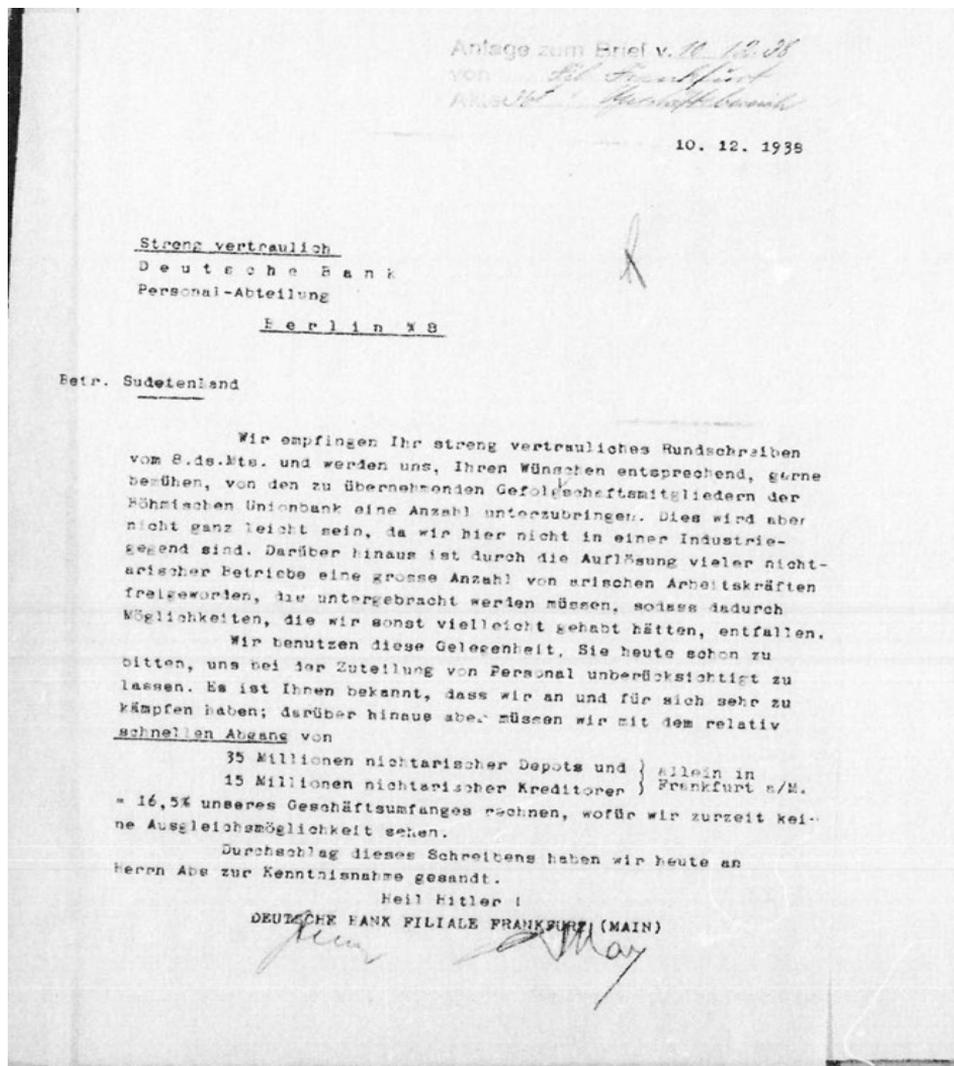
ternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus“ im I.G.-Farben-Haus im Sommer 1997 machte öffentlich, was damit beabsichtigt gewesen war: ein offener Umgang mit den Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus auch in der Unternehmensgeschichte. Das betraf natürlich gerade auch die Bankengstadt Frankfurt. Auch Festschriften sollten keine geschönten Darstellungen der Vergangenheit und insbesondere der nationalsozialistischen Vergangenheit mehr beinhalten, sondern den Kriterien seriöser Wissenschaft genügen. Doch bereits wenige Jahre danach revidierte die deutsche Unternehmensgeschichte – den Neuanfang ignorierend, den die Konferenz im I.G.-Farben-Haus eingefordert hatte – und es erschienen wieder in langer Reihe Studien, die sich über die Beteiligung der Bankhäuser an den Enteignungen ihrer jüdischen Kunden ausweichen. Das ist der Grund, warum sich bis heute lediglich drei von über drei Dutzend in der NS-Zeit in Frankfurt aktiven Bankhäusern offen zu ihrer verbrecherischen Praxis in der NS-Zeit bekannt haben. Es liegen also gleich in doppelter Hinsicht Erinnerungsprobleme vor: zum einen bei den Banken und zum anderen bei den Historiker\*innen, genauer bei einem größeren Teil der Unternehmenshistoriker\*innen.

## *2. Löchrige Erinnerung*

Das Historische Museum Frankfurt zeigte 2022, im Jahr des Konflikts mit der lokalen Sparkasse um ihre Vergangenheit, eine große Ausstellung zur Bankengstadt Frankfurt im Nationalsozialismus. Die Kurator\*innen folgten dabei der „Expertise“ von Lehrstuhlvertretern des Historischen Seminars und ihrer Einschätzung, dass sich Frankfurt im Nationalsozialismus durch keinerlei Besonderheiten ausgezeichnet habe. Es sei „eine ganz normale Großstadt“ gewesen wie jede andere auch. Diese „Beratung“ führte dazu, dass in der aufwendigen Schau „Eine Stadt macht mit“ keine einzige Zeile, kein Bild und kein Exponat zur Rolle der 40 Geldinstitute bei der Enteignung tausender Mitglieder der zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland in dieser seit Jahrhunderten von Banken geprägten Stadt zu finden war.<sup>1</sup> Als Objekt, das diese Rolle auf den Punkt bringt, hätten die Kurator\*innen im Historischen Archiv der Deutschen Bank leicht ein Schreiben der Filiale finden können, in dem das zur Enteignung anstehende Vermögen der nichtarischen Konteninhaber in Höhe von 50 Millionen RM (circa 220 Millionen Euro) als „demnächst abgängig“ bezeichnet wurde. Damit hätte ein Eindruck der Dimension des Raubes an den Nichtarier\*innen in dieser Stadt vermittelt werden können, und zwar mit der Ergänzung, dass es sich dabei lediglich um ein Fragment von einem Institut unter 40 weiteren handelt. Das Schreiben ist zudem das einzige, das je von einer Bank zur Frage des

<sup>1</sup> Vgl. Jan Gerchow (Hrsg.), Frankfurt und der NS – Eine Stadt macht mit, Petersberg 2021.

Raubes an der 560.000 Einwohner\*innen umfassenden jüdischen Bevölkerung publiziert worden ist – und das bereits vor 20 Jahren! Frankfurt weist also doch Besonderheiten auf.



**Abb. 1:** Das Schreiben weist darauf hin, dass sich die Summe der „nichtarischen“ Vermögen bei der Deutschen Bank im Jahre 1938 50 Millionen Reichsmark betrug. Schreiben der Deutschen Bank, Generalsekretariat Abs an die Deutsche Bank, Personalabteilung in Berlin vom 10. Dezember 1938, in: Historisches Archiv der Deutschen Bank in Frankfurt, DB Hausarchiv HADB, P24151.

In dem neuen Band der Historischen Kommission „Frankfurt und der Nationalsozialismus“ aus diesem Jahr wiederholt sich das Spiel. Diesmal kommen die Banken gar nicht mehr vor, selbst der Begriff „Banken“ wird vollständig vermieden. Auch die Goethe-Universität fehlt; ihr Verhältnis zu Josef Mengele, das seit zehn Jahren zur Aufklärung ansteht, bleibt unbeantwortet und sein Name fällt lediglich in einem Halbsatz.<sup>2</sup> Der Frankfurter Finanzsektor befand sich zwar nach dem Ersten Weltkrieg in einer Krise; nicht wenige der kleineren Privatbanken fallierten und die Stadt hatte seit langem ihre Stellung als erster Bankplatz in Deutschland eingebüßt. Doch war Frankfurt, vor dem erzwungenen Anschluss von Österreich an das Reich immer noch der viertgrößte Bankplatz in Deutschland. Es liegt also kein Grund vor, die Banken und ihre Rolle im Nationalsozialismus in Vergessenheit geraten zu lassen – wie dies nun seit 80 Jahren gängige Praxis ist. Woher kommen diese Desiderate bezüglich der Rolle der Banken in der Zeit des Nationalsozialismus, die es eigentlich seit langem nicht mehr geben dürfte?

1993 saß der Verfasser dieses Beitrags, seit zwei Jahren Magister Artium der Philosophie und Projektleiter der großen historischen Ausstellung zur 1200-Jahrfeier der Stadt Frankfurt am Main, in der Villa Bonn dem Vorstandsvorsitzenden der Berliner Handels- und Frankfurter Bank gegenüber, der zugleich Präsident der renommierten Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft gewesen war. Wir sprachen über das Vorhaben einer Festschrift, die Anfang 1995 zum 75-jährigen Jubiläum dieser Gesellschaft vorliegen sollte. Ich berichtete über Quellenfunde im Hausarchiv der Gesellschaft, das von 1991 bis 1993 von mir geordnet und dessen Bestände nun erschlossen worden waren, auch diejenigen, die die Zeit des Nationalsozialismus hell ausleuchteten. Neben den Vorträgen bekannter NS-Ideologen betrafen sie vor allem die Anpassung der Gesellschaft an die Rassengesetze des Nationalsozialismus, also die „Arisierung“ der Mitgliedschaft. Eine Serie von mehr oder weniger erzwungenen „Austrittsschreiben“ jüdischer Mitglieder legt Zeugnis davon ab. Später fand sich auch noch ein Verzeichnis der als „nichtarisch“ klassifizierten Mitglieder.<sup>3</sup>

Ich riet, mit diesen Befunden offen umzugehen und die Zeit des Nationalsozialismus in einem eigenen Kapitel entlang dieser Quellen darzustellen. Der

<sup>2</sup> Christoph Cornelißen/Sibylle Steinbacher (Hrsg.), Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus. Herrschaft und Repression – Wirtschaft und Gesellschaft – Kultur und Gedächtnis, Göttingen 2024, S. 81-85 und S. 199-248.

<sup>3</sup> Ralf Roth, Die Geschichte der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft 1920 bis 1995, in: Lothar Gall (Hrsg.), Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft – Casinogesellschaft von 1802, Frankfurt am Main 1995, S. 37-82, hier S. 51-64; Ralf Roth, 100 Jahre. Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft. Eine bewegte Chronik. 2 Bde., Frankfurt am Main 2019, Bd. 1, S. 280-340. Das Verzeichnis findet sich auf den S. 309-318.

Präsident der Gesellschaft und Vorstandsvorsitzende einer der größten Frankfurter Banken gab mir freie Hand und zwar auch deshalb, weil er selbst erst fünf Jahre zuvor auf einer Mitgliederversammlung die als Folge der Nürnberger Rassengesetze gefassten Beschlüsse von 1935 für null und nichtig erklären ließ. Den s Anstoß dazu hatte das ehemalige Mitglied und dann Widerstandskämpfer im niederländischen Untergrund Rudolph M. Heilbrunn geliefert.<sup>4</sup> Das „Vergessen“ dieser antisemitisch motivierten Diskriminierung hatte bis in die 1980er Jahre hinein dem Wiedereintritt einzelner ehemaliger jüdischer Mitglieder im Wege gestanden, die sich noch nach 50 Jahren sehr gut an diesen Akt nationalsozialistischen Unrechts erinnerten und natürlich auch an die Praxis des Vergessens. Erinnerung kann das Unrecht nicht ungeschehen machen. Aber für die Opfer perpetuiert die Alternative, das Nichterinnern, das Unrecht, was unter Umständen über Generationen hinweg weitergetragen werden kann. Entgegen einer volkstümlichen Auffassung vergeht Vergangenheit nicht. Insofern gibt es für die Erinnerung keinen Schlussstrich, sondern nur ein Erkennen und ein Umgehen mit dem, was geschehen ist. Es ist im demokratischen Deutschland aus gutem Grund eine selbst auferlegte Verpflichtung, die Diktatur des NS-Regimes und das millionenfache Unrecht nicht zu vergessen. Die Verbrechen der Nationalsozialisten zu leugnen, ist daher nach wie vor strafbewehrt. Ein „Vergessen“ ist jedoch vor allem aus Gründen der Vernunft nicht angebracht.

Die Unterredung hatte noch weitere Folgen. Der Vizepräsident der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, Lothar Gall, Lehrstuhlinhaber am Historischen Seminar der Goethe-Universität, nahm sich noch grundsätzlicher der lokalen Erinnerung an den Nationalsozialismus an. Er teilte die Haltung eines offenen Umgangs mit den Untaten des NS-Regimes und gab die 1995 erschienene Festschrift der Frankfurter Gesellschaft heraus, die eine genaue Beschreibung der Arisierungsvorgänge enthält. Sie endet mit dem Eingeständnis, dass die Gesellschaft mit der Vertreibung ihrer jüdischen Mitglieder schwere Schuld auf sich geladen hat.<sup>5</sup> Dem folgte im gleichen Jahr nicht zufällig die Übertragung des Leitmotivs „offener Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus“ auf die Unternehmens- und Bankengeschichte. Zeugnis davon legt die von Gall, Harold James und Gerald D. Feldman herausgegebene Geschichte der Deutschen Bank ab. In der es unmissverständlich heißt: „Mit ihrer Beteiligung an der ‚Arisierung‘ lud die Bank eine schwere moralische Schuld auf sich“.<sup>6</sup>

Als noch weitergehenden Schritt ist die zwei Jahre später ebenfalls von Vertretern des Historischen Seminars ergriffene Initiative zu einer Konferenz über

<sup>4</sup> Zu Heilbrunn vgl. Roth, 100 Jahre, Bd. 2, S. 866 f.

<sup>5</sup> Vgl. Roth, Die Geschichte der Frankfurter Gesellschaft, S. 63 f.

<sup>6</sup> Lothar Gall u. a., Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 351.

„Unternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus“ zu sehen, die sehr passend im ehemaligen Verwaltungsgebäude der IG-Farben stattfand, und zwar mit dem Ziel einer grundsätzlichen Reform der Unternehmensgeschichte.<sup>7</sup> Dies war mit einer Neuausrichtung der in Frankfurt erscheinenden Zeitschrift für Unternehmensgeschichte und einer Reorganisation der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte verbunden.<sup>8</sup> Die Reform zeitigte auch rasch erste Erfolge in den darauf folgenden Studien von Harold James sowie Ludolf Herbst und Thomas Weihe über die Rolle der Deutschen Bank und der Commerzbank in der NS-Zeit wurde auch zur Arisierung jüdischer Vermögen klar und ohne Präliminarien Stellung bezogen.<sup>9</sup> „Der diskriminierende Umgang von Banken und staatlichen Stellen mit jüdischen Bankguthaben, der in ihrer faktischen Einziehung im Gefolge staatlicher Verordnungen gipfelte, wurde Ende 1937 verschärft. Ein Motiv dafür war das Bestreben, vom Eigentum der deutschen Juden so viel wie irgend möglich für die Zwecke des NS-Staates nutzbar zu machen“.<sup>10</sup> James und Ahlheim arbeiteten dabei die Struktur der Kooperation von Banken und Staat heraus und öffneten mit dem Verweis auf die Rolle der Devisenstellen, den Sonderabteilungen der Finanzämter, den Zugang zu einem mehrere hunderttausend Akten umfassenden Bestand an Quellen, der dezentral und nach Regionen verteilt heute in allen wichtigen Landesarchiven vorzufinden ist. Zu diesem Quellenbestand, also den Akten der Devisenstellen, erschienen zeitgleich zu den Publikationen von James und Ahlheim zahlreiche Publikationen, die sich mit dem Wert dieser Quellen für die Forschungen zum Nationalsozialismus und zum Holocaust auseinandersetzten.<sup>11</sup> In Hessen wurden die Forschungsbefunde

<sup>7</sup> Ankündigung der Konferenz, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte (ZfU) H. 1/1997, S. 130 f.

<sup>8</sup> Vgl. Jakob Tanner, „Bankenmacht“: Politischer Popanz, antisemitischer Stereotyp oder analytische Kategorie, in: ZfU H. 1/1998, S. 19-34; Anne Nieberding/Clemens Wischermann, Unternehmensgeschichte im institutionellen Paradigma, in: ZfU H. 1/1998, S. 35-48; Toni Pierenkemper, Was kann eine moderne Unternehmensgeschichtsschreibung leisten? Und was sollte sie tunlichst vermeiden, in: ZfU H. 1/1999, S. 15-31; Manfred Pohl, Zwischen Weihrauch und Wissenschaft? Zum Standort der modernen Unternehmensgeschichte. Eine Replik auf Toni Pierenkemper, in: ZfU H. 2/1999, S. 150-163.

<sup>9</sup> Vgl. Harold James, Die Deutsche Bank und die Arisierung, München 2001, S. 195-203; Hannah Ahlheim, Die Commerzbank und die Einziehung jüdischen Vermögens, in: Ludolf Herbst/Thomas Weihe (Hrsg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945, München 2004, S. 138-172.

<sup>10</sup> James, Deutsche Bank, S. 195.

<sup>11</sup> Vgl. Von der langen Liste der damals erschienenen Literatur seien folgende genannt: Stefan Mehl, Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden, 1933-1945, Berlin 1990; Martin C. Dean, The Finanzamt Moabit-West and the Development of the Property Confiscation Infrastructure, 1933-1945, in: United States Holocaust Memorial Museum. Center For Advanced Holocaust Studies (Hrsg.), Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933-1945. New Sources and Perspectives. Symposium Proceedings,

von Susanne Meinl und anderen zu den Akten der Devisenstellen Kassel und Frankfurt sogar in Form einer Wanderausstellung präsentiert, die im Auftrag des Hessischen Rundfunks, des Fritz Bauer Instituts des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst sowie der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen erstellt wurde und deren Reste sich heute im Historischen Museum Frankfurt befinden.<sup>12</sup>

Dreißig Jahre nach der denkwürdigen Unterhaltung mit dem Vorstandsvorsitzenden der BHF-Bank wird jedoch in weiten Kreisen der Öffentlichkeit wieder das „Vergessen“ gefordert. Die Hälfte der Deutschen ist dafür, einen Schlussstrich zu ziehen und sich nicht mehr weiter mit dem Holocaust zu befassen. Es sei alles dazu schon gesagt worden. Überhaupt sei der Nationalsozialismus nicht mehr als ein „Vogelschiss“ (Alexander Gauland) in den Annalen der großdeutschen Geschichte gewesen.<sup>13</sup> Mittlerweile gehen die Forderungen

Washington 2003, S. 9-20; Susanne Meinl, The Expropriation of Jewish Emigrants from Hessen during the 1930s, in: United States Holocaust Memorial Museum. Center For Advanced Holocaust Studies (Hrsg.), Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933–1945. New Sources and Perspectives. Symposium Proceedings, Washington 2003, S. 93–104; Britta Bopf, Economic Discrimination and Confiscation: The Case of Jewish Real Estate, in: United States Holocaust Memorial Museum. Center For Advanced Holocaust Studies (Hrsg.), Confiscation of Jewish Property in Europe, 1933–1945. New Sources and Perspectives. Symposium Proceedings, Washington 2003, S. 105–126; Susanne Meinl/Jutta Zwilling, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt am Main/New York 2004; Hans Günter Hockerts u. a. (Hrsg.), Die Finanzverwaltung und die Verfolgung der Juden in Bayern. Bericht über ein Forschungsprojekt der LMU München in Kooperation mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2004; Christiane Kuller, Finanzverwaltung und „Arisierung“ in München, in: Angelika Baumann/Andreas Heusler (Hrsg.), München „arisiert“: Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit, München 2004; Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005; Martin Friedensberger, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945, Berlin 2008.

<sup>12</sup> Bettina Leder-Hindemith/Susanne Meinl, Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933–1945. Ausstellungskatalog. Sparkassen Kulturstiftung Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main 2002.

<sup>13</sup> Vgl. Rupert Wiederwald, „Vogelschiss in der Geschichte“. Der AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland verharmlost in einer Rede die Herrschaft der Nationalsozialisten. Politiker anderer Parteien sind empört, in: Deutsche Welle vom 2. Juni 2018, <https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219> [06.11.2024]. Gauland gehört mit Walter Wallmann zu den Initiatoren, die dafür verantwortlich sind, dass 1982 der Goethe-Preis an Ernst Jünger verliehen wurde. Er war dann Büroleiter von Wolfram Bück, Wallmanns Nachfolger im Amt des Oberbürgermeisters von Frankfurt, bevor er sich eine Alternative suchte und 2013 die gegen den Euro gerichtete Wahlalternative mitbegründete, aus der die AfD hervorging. Er gehört heute zu den Förderern von Bernd Höcke mit positivem Bekenntnis zu

bis hin zu einer 180 Grad Kehrtwende in der Erinnerungskultur. Was wohl darauf hinauslaufen soll, die Leugnung des Holocausts nicht mehr unter Strafe zu stellen und dafür die heroischen Zeiten in den Mittelpunkt einer stolz-deutschen Erinnerungskultur zu rücken, in der die barbarischen Untaten stören. Die Untaten ihrer Vorgänger störten auch die Führungsspitze der Frankfurter Sparkasse, die sich zum Firmenjubiläum 2022 bei dem an der Goethe-Universität ansässigen Institut für Bank- und Finanzgeschichte (IBF) um 2019 herum eine Festschrift bestellt hatte.

Nach monatelangen Recherchen saß ich deshalb Ende Juli 2021 wieder einem Vorstandsvorsitzenden gegenüber, diesmal jedoch dem eines vergleichsweise kleinen Geldinstituts. Erneut drehte sich das Gespräch um die Vergangenheit im Nationalsozialismus sowie um Quellen, die keinen Zweifel an der Beteiligung an den Verbrechen der Nationalsozialisten zuließen. Diesmal ging es nicht um die Bereinigung von jüdischen Mitgliedschaften, sondern um die Beteiligung an der Enteignung von jüdischen Sparkonteninhaber und zwar bis in die Deportation der Klientel hinein. Ich stieß diesmal – über 80 Jahre nach den Ereignissen – auf verschlossene Ohren, weil die Befunde die Feier störten.<sup>14</sup> Diesmal war das Geldinstitut im Angesicht der wenig erfreulichen Quellen, die dem bis dahin gepflegten Selbstbild so gar nicht entsprachen – ganz im Gegensatz zu dem Kollegen von der viel bedeutenderen BHF-Bank 30 Jahre zuvor – nicht bereit, sich dieser missliebigen Vergangenheit zu stellen. Das Manuskript wurde von dem Auftragnehmer der Sparkasse umgeschrieben und als das nicht akzeptiert wurde, entließ das Institut mich als Autor aus dem Vertrag.<sup>15</sup> Wieder

zentralen Elementen der völkischen Ideologie des Nationalsozialismus.

<sup>14</sup> Vgl. Raub und Enteignung, in: Jüdische Allgemeine vom 14. Juli 2022 (15. Tamus 5782), <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/raub-und-enteignung/> [06.11.2024]. Es dauerte fast ein Jahr, bis sie ihre Meinung revidierten und sich einer gründlicheren Untersuchung nicht mehr in den Weg stellten. Siehe "Filialen sind extrem wichtig". Die Frankfurter Sparkasse hat in 200 Jahren Höhen und Tiefen erlebt, in: FAZ vom 25. Juni 2022.

<sup>15</sup> Zur Begründung wurden gleich vier „Gutachter“ aus den Reihen des Instituts bestimmt, das Manuskript zu prüfen. Das Ergebnis entsprach der Zielvorgabe. Nach einjähriger juristischer Auseinandersetzung distanzierte sich das IBF von den grundlosen Behauptungen der Gutachter, weil den Behauptungen über angebliche „handwerklichen Mängel“ gar keine Gutachten zugrunde lagen. Die aktiven oder emeritierten Lehrstuhlinhaber der Universitäten Bonn, Bochum und München sowie der ehemalige Unternehmenshistoriker der Deutschen Bundesbank hatten allein auf die Reputation ihrer Stellung vertraut. Die Behauptungen genügten der Qualitätspresse, die nicht einmal nach den vorgeblichen Gutachten gefragt hatte. Vgl. Manfred Köhler, Streit um Geschichte der Frankfurter Sparkasse eskaliert, in: FAZ vom 15. März 2022, und Thomas Stillbauer/Gregor Haschnik, Historiker suspendiert – „Schaden für Bankenplatz Frankfurt“, in: Frankfurter Rundschau vom 22. März 2022. Empört hatte sich einzig Der Spiegel: Jürgen Dahlkamp, Einmal Nazi-Aufklärung, bitte schön billig. Es gibt immer noch Unternehmen, die nichts gelernt

wurde das Unrecht an den Juden in einer Stadt mit der einst zweitgrößten jüdischen Gemeinde im Deutschen Reich perpetuiert. Das lokale Geldinstitut hatte bezüglich seiner nationalsozialistischen Vergangenheit einiges unternommen, das Geschehen in der NS-Zeit im Verborgenen zu halten.

Diese Flucht vor der eigenen Vergangenheit hatte eine lange Vorgeschichte. Denn an die Stelle einer seriösen Aufarbeitung trat bei der Frankfurter Sparkasse wie bei vielen Unternehmen eine ins Bizarre gehende Verschleierung der Beteiligung an dem großen Raubzug des Reichs gegen die Juden. Die damit verbundene Märchenerzählung geht auf den geschäftsführenden Direktor in der NS-Zeit zurück, der in den 1950er und 1960er Jahren als Vorstandsvorsitzender erneut die Geschicke des Unternehmens leitete. Emil Emge konnte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine Spur weit abseits der Beteiligung an gravierenden Verbrechen lenken, indem die Sparkasse aus Anlass ihres 140-jährigen Bestehens im Jahre 1962 der Stadt Frankfurt eine „Viertelmillion Mark für (ein) Matisse-Bild“ spendete, das Nationalsozialisten als „entartete Kunst“ aus dem Stadel geraubt und dann verkauft hatten. Nun erhielt die Städtische Galerie das Geld, um das geraubte Gemälde auf dem Kunstmarkt zurückzukaufen.<sup>16</sup>

Bei der Übergabe des Schecks blitzte für einen kurzen Moment die Erinnerung an die Schreckenszeit des Nationalsozialismus auf und daran, dass die Sparkasse mit den Ereignissen dieser Zeit etwas zu tun gehabt haben musste. Der Vorstandsvorsitzende ließ einen einzigen die Zeit reflektierenden Satz fallen: Er empfinde „die Spende als einen Dienst am kulturellen Leben von Frank-

haben: Ein Historiker wird abserviert, nachdem er der Frankfurter Sparkasse Versäumnisse bei der Aufarbeitung ihrer braunen Jahre angelastet hat, in: Der Spiegel Nr. 13 vom 26. März 2022. Zum weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen siehe Benjamin Ortmeier, Hart, aber notwendig: Zur Auseinandersetzung über die jüdenfeindlichen Aktivitäten (Raub und Enteignung) der Frankfurter Sparkassen in der NS-Zeit, <https://www.labour-net.de/branchen/dienstleistungen/bildung/gegen-die-einschraenkung-der-forschung-von-prof-dr-ralf-roth-und-die-vertuschung-der-beteiligung-der-frankfurter-sparkasse-an-ns-verbrechen/> [06.11.2024].

<sup>16</sup> Es handelte sich dabei um das Gemälde von Henri Matisse, Blumen und Keramik von 1911. Zur Provenienz des Matisse Gemäldes vgl. Iris Schmeisser, Ein Zeichen der Freundschaft. Gleich zweimal gelangte dieses Gemälde in die Sammlung des Stadel. Wenn die Ausstellung Matisse – Bonnard in diesen Tagen endet, bleibt es in Frankfurt – als Zeuge einer weiteren bewegten Geschichte, <https://stories.staedelmuseum.de/de/matisse-blumen-und-keramik> [18.11.2024]. Vgl. zum Hintergrund Friedrich Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbes. Chronik der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft). 1822–1981, Frankfurt am Main 1984, S. 339; Thomas Bauer, In guter Gesellschaft. Die Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2010, S. 164 f.; und Das Geburtstagskind beschenkt die Stadt 1962, in: FAZ vom 5. April 1962.

furt und möchte zugleich nach seinen Kräften, das zu revidieren versuchen, was eine vergangene Epoche schlecht gemacht habe“, so gab es die Frankfurter Allgemeine Zeitung damals wieder.<sup>17</sup> Die öffentliche Resonanz auf den Rückkauf eines von den Nazis geraubten Kunstwerkes und auf diesen einen Satzes war ausgesprochen positiv und der damit verbundene kulturelle Mehrwert blieb direkt an Emge und an der Sparkasse haften. Diese Tat des NS-Sparkassendirektors wurde in der Öffentlichkeit als Rückkehr des untergegangenen, früher stark von Juden und Jüdinnen geprägten Frankfurter Mäzenatentums gefeiert: „Wo Emge ein Veto anbringen und wo er in seinem Wirkungskreis dieser Stadt ihren alten Namen jung erhalten kann, tut er es mit beispielhafter Selbstverständlichkeit“.<sup>18</sup>

Von Bedeutung ist, dass die Wende Emges hin zur Kultur zeitlich mit seiner Rückkehr an die Spitze der Frankfurter Sparkasse zu Beginn der 1950er Jahre zusammenfiel und die Spende als ein erster Höhepunkt dieses neuen Selbstbildes anzusehen ist. Seitdem gilt die Frankfurter Sparkasse in der städtischen Öffentlichkeit als eine Bank mit besonderer Verantwortung für die lokale Kultur. 140 Jahre zuvor war sie im Jahre 1822 jedoch von der einige Jahre zuvor gegründeten Gesellschaft zur Beförderung der nützlichen Künste und ihrer Hilfswissenschaften (später schlicht Polytechnische Gesellschaft) mit einer ganz anderen Absicht ins Leben gerufen worden. Sie sollte mit ihren Gewinnen die bildungspolitischen und sozialen Anliegen der Gesellschaft finanziell unterstützen und es dem bürgerlichen Mittelstand zugleich erlauben, verzinsten Rücklagen zu bilden. Sie war damit eine Kasse mit sozialen Anliegen. In einer Zeit jedoch, als soziale Unterstützung von privater Seite angesichts des immensen Ausbaus des Sozialstaats in der Bundesrepublik drastisch an imagebildendem Wert verlor, wechselte die Frankfurter Sparkasse unter der Regie Emges auf das weite Feld der Kunst und Kultur. Sie suchte die Kooperation mit dem Historischen Museum Frankfurt, beförderte Kunst- und heimatgeschichtliche Ausstellungen, beteiligte sich an der Gründung des Kuratoriums Kulturelles Frankfurt, begründete den Verein zur Pflege der Kammermusik, unterstützte die Bürgeraktion „Rettet das Opernhaus“ und ließ eigens einen großen Vortragssaal für öffentliche Vorträge im Neubau der Sparkasse einrichten.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> G. V. Letztes Kapitel war der Scheck. Die Sparkasse von 1822 stiftet eine Viertelmillion Mark für Matisse-Bild, in: FAZ vom 8. Juni 1962.

<sup>18</sup> Frankfurter Gesichter, in: FAZ vom 11. August 1962.

<sup>19</sup> Zu einer der ersten historischen Ausstellungen titelte die FAZ: Es wandeln sich Münze und Zeit, doch immer währet Sparsamkeit, in: FAZ vom 11. Juni 1952. Zur Gründung des Kuratoriums vgl. Bauer, In guter Gesellschaft, S. 155-160 und S. 163 f. Zum Konzertsaal vgl. Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 311, S. 326 und S. 336-340. und Andrea Hansert, 50 Jahre Kuratorium Kulturelles Frankfurt, Frankfurt am Main 2007.

Was aber meinte der sich kulturbeflissenen Gebende mit den dunklen Worten, er wolle versuchen zu revidieren, was eine „vergangene Epoche schlecht gemacht habe“? Der Halbsatz kann als Bekundung gelesen werden, dass es seitens der Sparkasse eine Verantwortung und eine Schuld gegeben habe, die eine Wiedergutmachung erfordere. Doch bleibt es dann ein Rätsel, warum die Sparkasse versuchte, ihre Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus mit einem Kunstwerk „zu revidieren“. Das führt uns zu den Fragen: Wer war dieser Emil Emge und was könnte die Sparkasse damals „schlecht gemacht“ haben?

### *3. Die „Arisierung“ eines Frankfurter Geldinstituts und die folgende Mittäterschaft*

Die Anpassung der Frankfurter Sparkasse an den „Neuen Staat“ begann bereits in den ersten Wochen des neuen Regimes und hatte sofort weitreichende Folgen für den Vorstand und die Direktion der Sparkasse. Emil Emge war an diesem Umbau von Anfang an beteiligt. Er wurde ab März 1933 dem der Weimarer Demokratie verbundenen zweiten Direktor, Fritz Kerber, als neuer dritter Direktor beigeordnet. Bis dahin hatte sich Emge, der 1919 als einfacher Angestellter in die Sparkasse eingetreten war, bis zum Leiter der Wertpapierabteilung hochgearbeitet.<sup>20</sup> Er blieb als einer der wenigen führenden Mitarbeiter die gesamten zwölf Jahre des Nationalsozialismus, und zwar ab 1936 als zweiter und dann von 1940 bis zum Kriegsende als erster oder geschäftsführender Direktor. Sein Aufstieg innerhalb der Direktion begann zusammen mit der Gleichschaltung der beiden obersten Gremien der Frankfurter Sparkasse, dem Vorstand als beratender Instanz und der Direktion, die man heute Vorstand nennen würde.

Die beiden führenden Köpfe, Fritz Hetzer und Fritz Kerber, die das Unternehmen durch die Krisen der Zwischenkriegszeit gelenkt hatten, wurden seitens der Gauleitung und der von ihr bereits gleichgeschalteten Nassauischen Landesbank mit Nachdruck aufgefordert, im Juli 1935 beziehungsweise 1936 in den Ruhestand zu treten. Ihre Nachfolge übernahmen bewährte Nationalsozialisten. Für den Demokraten Hetzer trat der stadtbekannteste Nationalsozialist Friedrich J. Seelig an die Spitze der Sparkassenverwaltung.<sup>21</sup> Ähnliche Schicksa-

<sup>20</sup> Vgl. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Nachlass S1-531 – 2, Emge, Emil. Nach Friedrich Lauf noch um „sachliche Arbeit, abseits von parteipolitischer Einflußnahme“ bemüht. Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 183.

<sup>21</sup> Schreiben von Friedrich Jacob Seelig an Richard Wachsmuth vom 17. Februar 1936, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Depositum der Polytechnischen Gesellschaft, W 2/4, Nr. 32. Zur Biografie vgl. Lebenslauf von Friedrich Seelig als Anlage zum Schreiben von Stadtkämmerer Lehmann an Oberbürgermeister Krebs vom 19. Juli 1935, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Magistratsakte 8431. Vgl. weiterhin Gleichschaltung auch bei der Nassauischen Landesbank, in: Frankfurter Zeitung vom 7. April 1933; und Bruno Müller, Gutachten Nr. 7. Entwicklung der Polytechnischen Gesellschaft in den letzten 10

le erlitten die Mitglieder des nun Verwaltungsrat genannten „Vorstands“. Von dem Personenkreis, der 1933 amtierte, befand sich 1935 fast niemand mehr im Amt. Dafür kontrollierten Nationalsozialisten dieses Gremium.<sup>22</sup> Den Vorsitz übernahm mit Otto Schneider ein weiterer bekennender Nationalsozialist, der eng mit dem neuen Generaldirektor der Nassauischen Landesbank und SS-Obersturmbannführer Wilhelm Avieny zusammenarbeitete. Avieny war wiederum der neue Leiter der Nassauischen Landesbank und die rechte Hand des Gauleiters und Reichsstatthalters für Hessen-Nassau Jakob Sprenger. Dieser hielt in der Region die Zügel fest in der Hand und seine Hand auch gerne auf.<sup>23</sup> Ohne Skrupel forderte er von der neuen Direktion der Sparkasse, ihm von den rund 400.000 Reichsmark des für 1935 erwirtschafteten Überschusses nicht weniger als ein Viertel, also 100.000 Reichsmark, zur persönlichen Verwendung zu spenden. Er forderte sie damit auf, einen Gesetzesbruch zu begehen, weil Geschenke, zumal in dieser Größenordnung, nach der gerade reformierten Preußischen Sparkassen-Verordnung nicht zulässig waren.<sup>24</sup>

Ohne größere Zeitverzögerung folgten neue, an die Rassengesetze angepasste Statuten. Sie traten am 1. August 1937 in Kraft und bescherten der Sparkasse eine neue Organisationsstruktur mit Mitgliederversammlung, Verwaltungsrat und Direktion. Letztere leitete von nun an tatsächlich die Geschäfte der Sparkasse und nicht mehr wie zuvor der Engere Ausschuss der Polytechnischen Gesellschaft. Das hatte allerdings seinen Preis, denn die neue wirtschaftliche Freiheit war eng mit politischer Unterwerfung verbunden. Auch hörte die Sparkasse auf, ein auf Frankfurt beschränktes Institut zu sein, worauf generell die Änderungen der Sparkassengesetze in Preußen durch die Nationalsozialisten abzielten. Beides regelte der erste Paragraph, in dem die Sparkasse zugleich „der

Jahren, Frankfurt am Main, Oktober 1945, S. 3-5 und S. 22 (unveröff. Typoskript, Archiv der Polytechnischen Gesellschaft). Zum Hintergrund vgl. Bauer, In guter Gesellschaft, S. 113 f.; Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 184.

<sup>22</sup> Vgl. Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 184.

<sup>23</sup> Vgl. Gleichschaltung auch bei der Nassauischen Landesbank, in: Frankfurter Zeitung vom 7. April 1933; Die „Graue Eminenz“ des Gauleiters, in: Frankfurter Rundschau vom 22. September 1949; Bruno Müller, Gutachten Nr. 7. Entwicklung der Polytechnischen Gesellschaft in den letzten 10 Jahren, Frankfurt am Main, Oktober 1945, S. 3, S. 5 und S. 22 (unveröff. Typoskript, Archiv der Polytechnischen Gesellschaft). Siehe auch Lauf, Im Zeichen des Bienenkorbs, S. 184; und vor allem Bauer, In guter Gesellschaft, S. 115 f. und S. 167. Zur Rolle der Personen Sprenger und Avieny vgl. Bettina Tüffers, Der braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933–1945, Frankfurt am Main 2004, S. 142.

<sup>24</sup> Schreiben des Gauleiters der NSDAP Sprenger an den Präsidenten der Polytechnischen Gesellschaft vom 6. August 1936 mit Dank für die Spende, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt. Depositum Polytechnische Gesellschaft Nr. 409.

Aufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau<sup>25</sup> unterstellt wurde. An die Stelle des Engeren Ausschusses der Polytechnischen Gesellschaft, mit dem die Aktivitäten der Sparkasse überwacht wurden und der aus lokalen Größen bestand, rückte nun der Nationalsozialist Prinz Philipp von Hessen. Mit ihm als Aufsichtsperson trat die Geschäftsführung der Sparkasse mit ganz anderen Kreisen des „neuen Staats“ in Verbindung, von denen sie bis dahin mit ihrem stadtbezogenen Beziehungsnetzwerk nur hatte träumen können. Der Prinz hatte einen um ein Vielfaches größeren Einfluss als selbst Gauleiter Jakob Sprenger oder der Frankfurter NS-Oberbürgermeister Friedrich Krebs. Philipp von Hessen gehörte zum engen Freundeskreis von Hitler und Göring. Er hatte sich – wie viele Aristokraten – bereits früh der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen und er teilte mit Hitler das Interesse für Kunst und Architektur. Als Vertrauter wurde er von Göring persönlich gleich nach der „Machtergreifung“ 1933 zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ernannt.<sup>26</sup> Die Beziehung hatte Bestand, weil er den Kauf zahlreicher wichtiger Kunstwerke für das große Museum, das Hitler in der Führerstadt Linz plante, vermittelte und dabei auch im großen Stil Kunstwerke für die Sammlung raubte. Weiterhin verschaffte er dem „Führer“ für diese Zwecke zusätzliche Erlöse durch den Raub und Verkauf missliebiger Kunst. So eignete er sich etwa aus den Beständen des Städel das Porträt des Dr. Garchet von Vincent van Gogh an. Dachte Emge also an den Prinzen, seinen quasi-Vorgesetzten in der NS-Zeit, als er „zu revidieren versuchte“, was dieser in der NS-Zeit „schlecht gemacht“ hatte? Dann würde seine Bemerkung und der Rückkauf des Matisse-Gemäldes tatsächlich einen Sinn ergeben.<sup>27</sup>

Es gibt auch noch andere Bezüge zwischen Emge und dem Prinzen von Hessen, die über den Vizepräsidenten der Polytechnischen Gesellschaft, den Stadt-

<sup>25</sup> Vgl. die Satzung der Frankfurter Sparkasse von 1937 und die Diskussion um ihre Entstehung in den Jahren 1936 und 1937, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt. Depositem der Polytechnischen Gesellschaft W 2/4, Nr. 409 und 411.

<sup>26</sup> Vgl. Roth, 100 Jahre, Bd. 1, S. 355. Siehe außerdem Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2. akt. Aufl., Frankfurt am Main 2005, S. 250; Hans Philippi, Landgraf Philipp von Hessen, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 1980/81, Marburg 1982, S. 9-15 sowie Jobst Knigge, Prinz Philipp von Hessen. Hitlers Sonderbotschafter für Italien, Berlin 2009, S. 11-13.

<sup>27</sup> In den Frankfurter Kunstinstituten ist sein Name gut bekannt. Vgl. Beschlagnahme des van Gogh, in: Städel-Archiv 631. Im Archiv des Städelmuseums gibt es einen eigenen Bestand zu seiner Person. Siehe überdies Malte König, Kooperation als Machtkampf. Das faschistische Achsenbündnis Berlin-Rom im Krieg 1940/41, Köln 2007, S. 259-266; Roth, 100 Jahre, Bd. 1, S. 355; und Klee, Das Personenlexikon, S. 250. Die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste listet ihn heute unter die Beteiligten Privatpersonen und Körperschaften am NS-Kulturgutraub, die Art Looting Intelligence Unit (ALIU) hatte dies bereits 1945 getan. Siehe ALIU, List of Red Flag Names, sowie Knigge, Prinz Philipp von Hessen.

rat Bruno Müller, liefen und Raubzüge ganz anderer Art betrafen. Als Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau war der Prinz nicht nur in Bezug auf die Nassauische Landesbank tief in die „Arisierung“ jüdischen Vermögens verstrickt, sondern auch an Enteignungen beteiligt, die in enger Kooperation mit dem für Wohnungsbau und Stiftungswesen zuständigen Stadtrat Müller durchgeführt wurden. Dieser betrieb in den zwölf Jahren des Unrechtsregimes maßgeblich die „Arisierung“ von über 100 jüdischen Stiftungen in Frankfurt, und zwar in enger Kooperation mit dem Prinzen und der Gestapo. Gleichzeitig nahm Müller von seiner führenden Stellung bei der Polytechnischen Gesellschaft aus auch Einfluss auf die Frankfurter Sparkasse, die wiederum von dem Prinzen beaufsichtigt wurde.<sup>28</sup> Der Aspekt „Raub“, aber nicht in den Formen Kunst und Stiftungsvermögen, führt uns zu dem, was die Frankfurter Sparkasse in der Zeit des NS wirklich „schlecht gemacht hatte“ – ihre tatkräftige Beteiligung an dem, was Martin Dean „Robbing the Jews“ genannt hat, und dies stand wieder im engen Zusammenhang zur Shoa, weil die Blockierung der Konten und die drohende Enteignung Teil immer stärker den Zugang der Juden zu den wirtschaftlichen Kreisläufen strangulierte. Das wiederum sollte den Auswanderungsdruck erhöhen, erschwerte die Auswanderung in vielen Fällen jedoch sehr, weil ein Großteil von Besitz und Vermögen zurückgelassen werden musste.<sup>29</sup> Die Vertreibung gehörte von Anfang an zu den Grundsätzen des Nationalsozialismus wie sie Shlomo Aronsohn beschrieben hat: „Aus seinen [Adolf Hitlers] eigenen Schriften und öffentlichen Reden jener Zeit geht deutlich hervor,

<sup>28</sup> Dokumentiert sind dabei auch Interaktionen mit dem Oberpräsidenten und der Gestapo bei der Arisierung der großen Rothschildstiftungen in Frankfurt. Damals koordinierten Stiftungsabteilung und Gestapo in Zusammenarbeit mit Philipp von Hessen die „Überführung der jüdischen (Rothschild) Stiftungen in die Reichsvereinigung der Juden“. Siehe zu Bruno Müller v. a. Roth, 100 Jahre, Bd. 1, S. 340-345; ausführlich Gunter Stemmler, Bruno Müller – Frankfurter Stadtrat für Stiftungen, Hamburg 2020. Zu den jüdischen Stiftungen und Stiftungsenteignungen siehe Arno Lustiger (Hrsg.), Jüdische Stiftungen in Frankfurt am Main (Biographischer Teil mit Kurzbiographien jüdischer Stifter, Politiker und Mäzene), Sigmaringen 1994; Ralf Roth, Aufstieg und Krise des Stiftungswesens in Frankfurt am Main. Zur strukturellen Entwicklung eines kommunalen Stiftungsnetzwerkes im 19. und 20. Jahrhundert, in: Rainer Liedtke/Klaus Weber (Hrsg.), Religion und Philanthropie in den europäischen Zivilgesellschaften. Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 2009, S. 121-137; Ralf Roth, Jüdische Stiftungsaktivitäten und Universitätsgründungen: Die Beispiele Frankfurt und Hamburg, in: Thomas Adam/Manuel Frey/Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.), Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 161-178. Die beiden Beiträge referieren auf Ergebnisse des Forschungsprojekts Jewish Philanthropy in Europe, das in Zusammenarbeit mit der University of London und The Rothschild Archive in den Jahren 2005 bis 2009 durchgeführt wurde.

<sup>29</sup> Vgl. Martin Dean, Robbing the Jews. The Confiscation of Jewish Property in the Holocaust, 1933–1945, New York 2008.

daß Hitler die Juden im Herzen Deutschlands sowie im neuen „Lebensraum“ in Osteuropa loswerden wollte. Zu der Zeit war die öffentliche Proklamierung dieses Hauptzieles durch keine außenpolitischen Zwänge beschränkt; sie wurde daher später von Wissenschaftlern und Laien als Erklärung der Absicht verstanden, die Juden physisch zu zerstören, sobald die Zeit dafür reif sei. Wenn auch die tatsächliche Form und vorgeschlagene Durchführung des judenfeindlichen Programms vage blieb, so war doch der Wunsch nach Entfernung der Juden konstant“.<sup>30</sup> Deshalb folgte der zu langsam fortschreitenden Vertreibung die Entscheidung zur „Endlösung“ und mit ihr auch das Ende des Raubs. Es geht bei der Frage nach der Rolle der Banken in diesem Zusammenhang demnach nicht um Kleinigkeiten. Emil Emge, der selbst daran beteiligt war, konnten die Folgen seines Handelns nicht verborgen geblieben sein. Dies mit dem Rückkauf eines Gemäldes „wieder gut zu machen“, ist bizarr zu nennen.<sup>31</sup>

Die strukturelle Anpassung an die rassenideologischen Ziele des neuen Regimes hatte als erstes die Konsequenz, dass es keine Zukunft mehr für „nichtarische“, vornehmlich jüdische Beschäftigte bei der Frankfurter Sparkasse gab. Es ist anzunehmen, dass es unter den mehreren hundert Beschäftigten der Sparkasse zahlreiche Juden und damit Opfer der Arisierung gegeben hat. Ausgehend von statistischen Überlegungen zur außergewöhnlichen Größe der jüdischen Gemeinde in Frankfurt von immerhin 5,2 Prozent der Einwohnenden liegt es nahe, dass sich unter den über 400 Beschäftigten mehrere Dutzend jüdische Mitarbeiter\*innen befanden, und zwar eher mehr als weniger, weil die Frankfurter Sparkasse, im Gegensatz zur kommunalen Stadtsparkasse Frankfurt, als privates Geldinstitut erst einmal nicht dem rassistischen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom März 1933 unterlegen hatte. Dass es jüdische Mitarbeiter\*innen gab, belegt zudem zweifelsfrei der traurige Fall von Albert Tachau. Der Kaufmann und Bankbeamte Albert Tachau war 1910 in die Stadt gekommen und fand von 1929 bis 1938 Anstellung bei der Frankfurter Sparkasse. Seine jüdische Herkunft war nicht bekannt. Als er jedoch im Oktober 1938 – kurz vor dem berüchtigten Pogrom am 9. November – von der Sparkasse aufgefordert wurde, einen Ariernachweis vorzulegen, endete das Arbeitsverhältnis und das hatte gravierende Folgen. Tachau wurde nicht einfach entlassen, sondern wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung angezeigt, weil er verschwiegen hatte, „daß er Jude ist“, wie es später in den Gerichtsakten stand. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und wurde sofort in der

<sup>30</sup> Shlomo Aronson, Die dreifache Falle. Hitlers Judenpolitik, die Alliierten und die Juden, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31:1, 1984, S. 29-65, hier S. 35.

<sup>31</sup> Alles Notwendige dazu hat Max Czollek, Versöhnungstheater, München 2023, zusammengefasst. Siehe insbesondere das Kapitel „Wiedergutwerden ohne Wiedergutmachung: Kniefälle, Reden und andere symbolische Handlungen“, S. 37-47.

Haftanstalt Preungesheim vollstreckt. Am 20. Juli 1939 meldete die Gefängnisleitung den Tod von Albert Tachau.<sup>32</sup> Da der Rechtsstaat nicht mehr bestand, ist nicht ausgeschlossen, dass er – wie so viele im Gefolge der „Reichskristallnacht“ – ermordet worden ist. Das also war ein Fall, den die Sparkasse unter der Leitung von Seelig und Emge wirklich „schlecht gemacht“ hatte.

Das Schicksal von Tachau dokumentiert zugleich, dass die Direktion nicht nur einfach die neuen Regeln des Regimes akzeptierte, sondern sie übererfüllte, indem sie Menschen denunzierte.<sup>33</sup> Emil Emge suchte Anerkennung durch den NS-Staat und Teilhabe an der Macht der Nationalsozialisten. Er setzte einige Hebel in Bewegung, um sein Institut vom Regime auszeichnen zu lassen. In diesem Kontext fiel nur kurze Zeit nach dem Tod von Tachau die Bewerbung, ein „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ zu werden. Die Direktion holte dafür eine Empfehlung von Seiten des Oberfinanzpräsidenten in Kassel ein, die in buchhalterischer Zurückhaltung „keine Bedenken“ gegen die Teilnahme des Unternehmens am Leistungswettkampf um den Titel „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ äußerte. Das wog mehr als die zahlreichen Spenden für die Winterhilfe, NS-Volkswohlfahrt oder die Hitlerjugend. Die Auszeichnung wurde einige Monate nach der Niederlage Polens am 1. Mai 1940 verliehen; wenig später folgte ihr noch die Verleihung der „Goldenen Fahne“ der Deutschen Arbeitsfront. Für die restlichen fünf Jahre, die der Sparkasse im 1000-jährigen Reich noch blieben, durfte sie ihre Schriftstücke mit einem goldenen Hakenkreuz im Zahnrad verzieren.<sup>34</sup>

Die Bewertung durch den Oberpräsidenten der Finanzdirektion in Kassel und der Devisenstelle Frankfurt hing wiederum von der engen Zusammenarbeit mit den Finanzämtern ab. Diese umfasste in erster Linie die tatkräftige Mitarbeit bei den Enteignungen der „nichtarischen“, das heißt vor allem der jüdischen Sparer. Hier liegt der Kern dessen, was Emge mit seinem Institut „schlecht gemacht“ hatte. Entgegen vielfacher Behauptungen ist die Quellenlage diesbezüglich – wie für die meisten Banken im Raum des Großdeutschen

<sup>32</sup> Alles, was wir heute über Albert Tachau wissen, verdanken wir der Recherche von Angelika Rieber vom Verein Jüdisches Leben in Frankfurt. Vgl. ihren Beitrag „Wirf alle Sorgen von Dir“. Familie Tachau, in: Angelika Rieber/Eberhard Laeuen, Haltet mich in gutem Gedenken“. Erinnerungen an Oberurseler Opfer des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2016, S. 821 f.

<sup>33</sup> Vgl. Peter Hayes, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, München 2004, S. 64–66.

<sup>34</sup> Es gab „keine Bedenken“ der Finanzaufsicht in Kassel gegen eine Teilnahme der Sparkasse am Leistungswettkampf der deutschen Betriebe. Siehe Schreiben des Oberfinanzpräsidenten der Devisenstelle an die Wirtschaftskammer Hessen vom 19. Januar 1940, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 519/3, Nr. 23.700. Das goldene Emblem findet sich ab Mai 1940 im alltäglichen Schriftverkehr, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Depositum der Polytechnischen Gesellschaft W2/4, Nr. 409.

Reichs – ausgezeichnet, weil sich große Aktenbestände zahlreicher Devisenstellen vollständig erhalten haben.

#### *4. Was die Akten der Devisenstellen erzählen, wenn man sie nicht ignoriert*

Die Devisenstellen waren im Zuge der Devisenbewirtschaftung 1931 als Sonderabteilungen ins Leben gerufen worden. Sie unterstanden erst den Landesfinanzämtern und dann, in der NS-Zeit, den regional organisierten Oberfinanzpräsidien. Ihr Ziel war es ursprünglich, Kapitalflucht zu verhindern und die Devisenzwangsbewirtschaftung durchzuführen und zu kontrollieren. In der Zeit des Nationalsozialismus kamen jedoch zusätzliche Aufgaben hinzu. In Einzelfällen bereits ab 1936 praktiziert, spätestens jedoch ab dem Jahreswechsel 1937/38 wurde von den Devisenstellen ausgehend ein engmaschiges Netz zur Kontrolle der Vermögensbestände aller „Nichtarier“ im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie aufgebaut und insofern die Expertise der Angestellten in den Devisenstellen zur Unterdrückung der Juden genutzt. Ihre Effizienz steigerte sich durch die enge Kooperation mit den Banken beträchtlich. Das ist von Raul Hilberg bereits 1960 und fast ein halbes Jahrhundert später von Martin Dean beschrieben worden.<sup>35</sup>

Nach der Erfassung aller finanziellen und auch leicht in Geld umwandelbaren Vermögensbestandteile, von denen insbesondere Renten, Lebensversicherungen und Immobilien nachgefragt wurden, folgte die drastische Einschränkung des Zugangs zu diesen Guthaben, Geldvermögen und Sachwerten, die zum größten Teil bei den Banken lagerten.<sup>36</sup> Dazu wurden in Deutschland hunderttausende sogenannte Sicherungsanordnungen erlassen und postalisch an die Opfer verschickt. Jede einzelne Entnahme über einen gewährten Freibetrag hinaus, der sich auf das für den Lebensunterhalt Notwendigste beschränkte, musste ab diesem Zeitpunkt aufwändig bei der zuständigen Devisenstelle beantragt und von den Oberpräsidien genehmigt werden. Zusammen mit weiteren Maßnahmen zur systematischen Ausschließung aus den wirtschaftlichen Kreisläufen, insbesondere Boykotten, und aufgrund der Rassengesetze erzwungenen Entlassungen dienten die Einschränkungen des Zugangs zu den privaten Sparguthaben, den Geldvermögen oder den Wertpapierdepots sowie verkauftem Grund- und Immobilienbesitz der „Nichtarier“ der Sicherstellung dieser Werte für die beabsichtigte Enteignung zugunsten des Reichs. Intendiert war vor allem die Zerstörung der wirtschaftlichen Leistungskraft der jüdischen Gemein-

<sup>35</sup> Vgl. Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bonn 2024 (orig. 1961), S. 119-176. Noch ausführlicher bei Dean, *Robbing the Jews*, S. 132-171.

<sup>36</sup> Weitere Vermögensbestandteile bildeten Renten und Lebensversicherungen, Immobilien und Sachwerte.

den mit dem unverhohlenen Ziel der Vertreibung der Juden. Vertreibung und Blockade der Konten standen also in einem engen Zusammenhang.

M1 Schaubild „Jüdisches Vermögen wird Volksgut“



Schaubild in einem Bericht der „Treuhandsstelle bei der Jüdischen Kultusgemeinde Prag“ an das „Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren“ der SS, 1943. Yad Vashem, Jerusalem, O.7. cz./ 133, Anhang, S. 1. // Die „Jüdische Kultusgemeinde“ war eine Zwangsvereinigung aller in Prag lebenden Jüdinnen und Juden und stand unter der Aufsicht der Gestapo.

**Abb. 2:** Schaubild in einem Bericht der „Treuhandsstelle bei der Jüdischen Kultusgemeinde Prag“ an das „Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren“ der SS 1943“. Copyright: Yad Vashem. Yad Vashem, Jerusalem, O.7.cz./133, Anhang, S. 1.

Die circa 260.000 vertriebenen Juden aus Deutschland, davon mehr als 15.000 aus Frankfurt, deren Vertreibung oftmals als „Auswanderung“ kleingeredet wurde, verloren dann endgültig den Zugang zu ihren auf Sicherungskonten fi-

xierten Ersparnissen, Geldvermögen oder Wertpapieren, weil die Konten erst in sogenannte „Auswanderersperrkonten“ umgewandelt wurden. Auf diese konnte von den neuen Lebensräumen in aller Welt aus nicht mehr zugegriffen werden. Der Weg ging dann von der Sicherung und Sperrung zur Umwandlung in „inländisches“ Vermögen, das der Reichsbank zur weiteren Verwendung durch das Reich zugeführt wurde.<sup>37</sup> Durch die ideologische Brille der Nationalsozialisten betrachtet war der gesamte jüdische Besitz schon lange Teil des „Volks-guts“ der „Reichsbürger“ und musste zu diesem zurückgeführt werden. Dazu gehörten die bei den Banken und Sparkassen gelagerten Guthaben, Geldvermögen und Wertpapiere. Darüber hinaus aber auch Sachwerte wie Schmuck, Luxusgegenstände, Maschinen, ganze Unternehmen und natürlich die Immobilien, wie überhaupt der gesamte nach der Vertreibung zurückgelassene und nicht mehr veräußerte Hausrat (Abb. 1).

Die Devisenstellen der Finanzämter bildeten mit dieser Aufgabenerweiterung von 1933 bis 1943 eines der zentralen Repressionsinstrumente, um allen Missliebigen – aus politischen oder rassistischen Gründen – den alltäglichen Überlebenskampf zu erschweren. Insofern sind die Akten der Devisenstellen Täterquellen mit konkreter Dokumentation des schändlichen Tuns. Sie sind aber zugleich auch Opferakten, weil sie den „Alltag“ dieser Repression in aller Breite und so personenbezogen wie keine andere Quelle, spiegeln. Sie geben Einblicke in die Etappen der Repression, die alle Mitglieder der jüdischen Gemeinde betrafen, die kleine oder große Geldrücklagen gebildet hatten. Sie verzeichnen sehr genau, welches Mitglied der Gemeinde bei welcher Bank seine Geldvermögen aufbewahrt hatte. Sie geben – und zwar bezogen auf die Devisenstelle Frankfurt ab Beginn des Jahres 1938 – systematisch und sehr genau Auskunft über die Summen der Vermögen, die zur Disposition standen, über die Demütigungen, um wenigstens Teile dieser Rücklagen und Vermögen weiter nutzen zu können. Akribisch wurde in den Akten auch festgehalten, was im Falle der Auswanderung vom Hausstand mitgenommen werden durfte und was einbehalten oder mit „Degeo-Abgaben“ (also Abgaben an die Deutsche Golddiskontobank in Berlin) kompensiert werden musste. Die Akten zeigen auch die frühen Abschöpfungen durch das Regime in Form von Sondersteuern wie der Sühnesteuer, der Reichsfluchtsteuer, der Judenabgabe und anderer Auswandererabgaben und in vielen Fällen die voranschreitende Verarmung vieler Gemeindemitglieder und damit den „Erfolg“ der Repression. Sie zeigen aber auch, wie die Geldbestände immer wieder durch Verkäufe aufgestockt wurden, was

<sup>37</sup> Zur quantitativen Dimension und ihrer räumlichen Zerstreung der Vertriebenen siehe Gertjan Broek, Die (fehlenden) Möglichkeiten zu flüchten. Jüdische Emigration 1933–1942, <https://www.annefrank.org/de/anne-frank/vertiefung/die-fehlenden-moeglichkeiten-zu-fluchten-juedische-emigration-1933/> [06.11.2024].

durchaus auch zu ansteigenden „Guthaben“ führte, die im Zuge der Auswanderung oder Deportation enteignet wurden. Schließlich geben die Akten Auskunft über das weitere Schicksal jedes einzelnen der jüdischen Kunden; ob es noch gelang, auszuwandern oder unterzutauchen und zu fliehen oder die Inhaber\*innen verstarben, Suizid begingen oder in die Vernichtungslager im Osten deportiert wurden (Abb. 2). Der Aktenbestand der Devisenstelle Frankfurt verzeichnet all dies für die Zeit von 1938 bis 1943. Danach ist davon auszugehen, dass es de facto keine Juden mehr in Frankfurt gab und mit ihrem Verschwinden auch keine Spar- oder Bankkonten mehr.

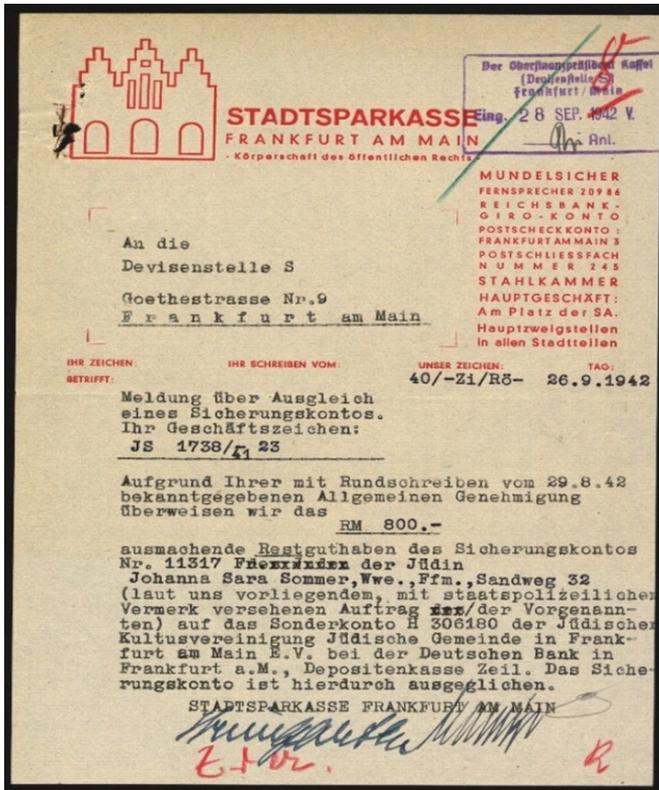


Abb. 3: Korrespondenz der Stadtsparkasse Frankfurt zur Auflösung eines per Sicherungsanordnung blockierten Kontos von Johanna Sommer. Hessisches Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden (fortan HHSTAW), 519/3, 31246.

Damit kann zumindest für diese fünf Jahre das Verschwinden des jüdischen Eigentums bei den Frankfurter Banken in allen Einzelheiten nachgezeichnet wer-

den.<sup>38</sup> Die diesbezügliche enge Zusammenarbeit zwischen Devisenstellen und Banken endete nach den Beschlüssen der Wannseekonferenz mit den Enteignungen im Zuge der Deportation in die Vernichtungslager, die in den Dokumenten als „Evakuierung nach dem Osten“ bezeichnet wurden und als „Auswanderung“ galten. Im Gegensatz zu den eigentlichen Auswanderungen machte man sich nun nicht mehr die Mühe, Auswanderersperrenkonten einzurichten. Nachdem die Deportationszüge mit den Opfern abgefahren waren, gehörte es zu den Aufgaben der Banken und Sparkassen, die Restvermögen „zur weiteren Verwendung durch das Reich“ an die Reichsbank zu überweisen. Die Banken und Sparkassen waren somit wichtige Glieder im System der Repression und im System des „Robbing the Jews“, die von Martin Dean prägnant zusammengefasst worden ist: „A key aspect of the blocking of accounts was the extent to which they were administered directly by private banks. In August 1940, the Economics Ministry issued guidelines confirming that the guiding principle of the new policy in August 1939 had been to shift much of the work onto the banks”.<sup>39</sup>

Zweifelsohne regierte das System der Enteignung per Devisenstellen auch in der Bankenstadt Frankfurt. Wegen der zahlreichen Banken und der Größe der jüdischen Gemeinde wirkte es sich sogar ganz besonders verheerend aus. Ansprechpartner für die Banken war die Devisenstelle Frankfurt, eine der drei für Hessen zuständigen Devisenstellen, die über Frankfurt hinaus ganz Mittelhessen mit den beiden größeren Städten Wiesbaden und Fulda betreute. Ihre Akten wurden nach 1945 von den Alliierten gesichert und dienten nach Gründung der BRD bis zur Mitte der 1950er Jahre den hessischen „Wiedergutmachungsämtern“ als Unterlagen für die Prüfung von Restitutionsanträgen. Danach wanderten sie als eigener Bestand ins Hessische Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden. Sie sind darüber hinaus in dieser Zeit vom Historischen Archiv von Yad Vashem in Jerusalem mikroverfilmt und später digitalisiert worden und stehen der Forschung seit Jahrzehnten zur Verfügung. Obwohl anhand des Quellenbestandes der Devisenstelle Frankfurt der rund zehnjährige Vorgang der Enteignung aller Kontenbesitzer unter den rund 30.000 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Frankfurts und unzähliger weiterer als „Nichtarier“ klassifizierter Christen sehr weitgehend rekonstruiert werden kann, senkte sich jedoch erst einmal der Mantel des Schweigens darüber.

Es ist eines der vielen Rätsel der Frankfurter Erinnerungskultur, warum diese Akten, die seit einem Vierteljahrhundert intensiv zur Erforschung einzelner Schicksale von Juden genutzt werden – unter anderem von den Stolperstei-

<sup>38</sup> Vgl. Ralf Roth, *German Banks and the Holocaust – the Example of the Banking City of Frankfurt am Main*, nicht veröffentl. Ms. November 2022.

<sup>39</sup> Dean, *Robbing the Jews*, S. 142.

ninitiativen und für eine Datenbank im Jüdischen Museum zu den Deportierten – bisher nicht für eine Gesamtschau der Mittäterschaft der Banken bei der Enteignung der Juden herangezogen worden sind. Dies hätte bereits vor über 20 Jahren auf der Hand gelegen, weil jeder Enteignungsvorgang und jedes Detail der Repression von Seiten der Devisenstelle Frankfurt wie von Seiten der annähernd 40 beteiligten Frankfurter Banken festgehalten worden ist. Der Bestand umfasst allein für die Zeit von 1938 bis 1943 über 36.000 Einzelakten, von denen sich 28.000 auf Frankfurt beziehen.<sup>40</sup> Insofern ist das Verhalten der Frankfurter Sparkasse, ähnlich auch das der Stadtparkasse Frankfurt, in zahlreichen Einzelheiten bestens dokumentiert und überliefert – und zwar unabhängig von der hauseigenen Überlieferung beider Kassen. Es wäre somit seit langem ein Leichtes gewesen, den Schleier zu lüften, den Emil Emge über seine Schandtaten gelegt und hinter dem Blumentopf von Henri Matisse versteckt hat.

Die ersten Quellen aus diesem Bestand hatte ich Ende Juli 2021 dem Vorstandsvorsitzenden vorgelegt. Von Februar bis Juli 2022 recherchierte ich in den Arolsen Archives, besonders aber in dem genannten Bestand im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden weitere belastende Quellen, die es ermöglichen, ein immer genaueres Bild zu zeichnen und daraus eine Vorstudie für das US Holocaust Memorial Museum in Washington und für das Historische Archiv von Yad Vashem zu erstellen.<sup>41</sup> Wie bei Albert Tachau und bei der Bewerbung um den Titel Musterbetrieb zeichneten sich beide Sparkassen bei der Umsetzung der Sicherungsanordnung durch besonderen Eifer aus und scheuten auch nicht vor Denunziationen jüdischer Sparbuchinhaber\*innen zurück. Im Fall der Jüdin Berta Rother denunzierte die Sparkasse die jüdische Ehefrau eines Sparkontoinhabers und schrieb: „Herr Willi Rother, zurzeit im Felde, nahm Veranlassung, dieser Tage bei uns ein Kontokorrentkonto und zwar auf seinen Namen lautend zu errichten. Er wies uns an, seine Ehefrau, die Jüdin Berta Sara Rother, Mädchenname unbekannt, als ebenfalls verfassungsberechtigt auf diesem Konto vorzumerken“.<sup>42</sup> Die Sparkasse forderte deshalb dringend eine Si-

<sup>40</sup> Die merkwürdige Missachtung zentraler Quellen ist nicht das einzige Rätsel in Bezug auf die Frankfurter Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus. Auch andere Besonderheiten der Stadt sind selbst nach acht Jahrzehnten nicht kritisch aufgearbeitet worden. Bereits 1994 wurde beispielsweise darauf hingewiesen, dass ausgerechnet in Frankfurt mit seiner maßgeblich von Juden gegründeten Universität mit dem Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene und dem Institut zur Erforschung der Judenfrage die zentralen NS-Institute zur „wissenschaftlichen“ Begründung ihres Antisemitismus angesiedelt worden sind. Siehe den Beitrag von Heike Drummer, „Stadt des deutschen Handwerks“, in: Lothar Gall (Hrsg.), FFM 1200. Traditionen und Perspektiven einer Stadt, Ostfildern 1994, S. 315-340, hier S. 331-337.

<sup>41</sup> Vgl. Roth, German banks.

<sup>42</sup> Frankfurter Sparkasse 1822 an die Devisenstelle Frankfurt am 21. Mai und 14. Juni 1941, Willi Rother und Berta Rother, geb. Speier, in: HHSTAW, 519/3, 30.697.

cherungsanordnung und mahnte diese auch energisch an, als sie nach drei Wochen noch nicht erfolgt war. Derartige Denunziationen finden sich gerade bei der Frankfurter Sparkasse und bei der Stadtparkasse Frankfurt häufiger als bei den großen Privatbanken. Auch lieferte die Sparkasse nicht nur beflissen Hinweise auf fehlende Sicherungsanordnungen. Sie hielt auch Sachbearbeiter der Devisenstelle energisch an, die Freibeträge möglichst niedrig zu halten,<sup>43</sup> damit das zu enteignende Vermögen durch Eigenverbrauch nicht allzu sehr geschmälert werde. Besonders perfide waren die Enteignungen, die im Gefolge der Verkäufe von Wertgegenständen oder Häusern und Grundstücken stattfanden und oftmals in engem Zusammenhang zur bevorstehenden „Auswanderung“ standen. Sie waren mit der Diskriminierung verbunden, dass der „arische Käufer“ dem „nichtarischen“ Verkäufer den Verkaufserlös nicht direkt aushändigen durfte, sondern ihn auf dessen Sicherungskonto überweisen musste. Die Sicherungskonten wurden jedoch mit der Auswanderung in Auswanderersperrenkonten umgewandelt und regelmäßig in inländisches Eigentum überführt, das heißt zugunsten des Reiches enteignet. Selbst wenn also reelle oder marktübliche Preise bezahlt worden waren, woran das Reich mit Blick auf die Enteignung ein Interesse hatte, gingen die Juden leer aus.<sup>44</sup>

Nach Auswertung von um die zehn Prozent des Gesamtbestandes der Devisenstelle Frankfurt im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden fanden sich viele Beispiele dieser Praxis von Grundstücks- und Hausverkäufen, die die Frankfurter Sparkasse und die Stadtparkasse Frankfurt betreffen. Im Gesamtbestand dürften es Hunderte weiterer Fälle geben.<sup>45</sup> Eine Auswanderung oder Flucht gelang hochgerechnet circa tausend Kund\*innen beider Kassen.<sup>46</sup> Den

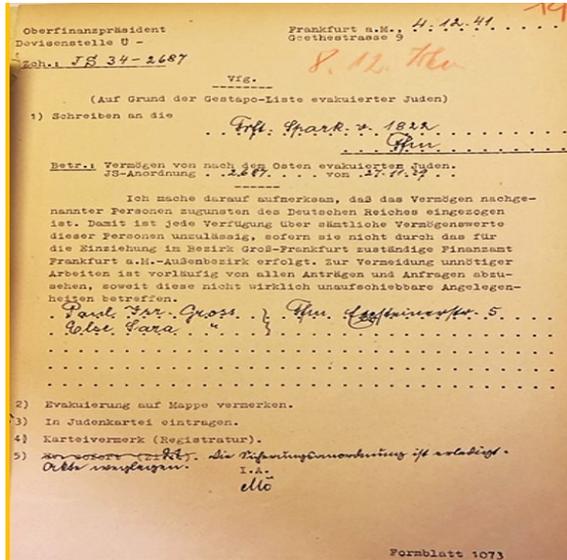
<sup>43</sup> Als Beispiel für Sicherungsanordnungen seien von tausenden Fällen die von Adolf Adler angeführt, HHStAW, 519/3, 00.002. Zum Drängen auf Herabsetzung des Freibetrags siehe die Korrespondenz zwischen Frankfurter Sparkasse 1822 und der Devisenstelle Frankfurt zu ihrem Kunden Ferdinand Levi im Juni und Juli 1940 (Erlass einer Sicherungsanordnung und Höhe des Freibetrags) und März 1942 („in der Absicht der Nachprüfung des Freibetrages“ und seine Absenkung). Der Schwerkriegsgeschädigte wurde ein halbes Jahr später deportiert. Das Sparguthaben von über 8.000 Reichsmark wurde zur weiteren Verwendung durch das Reich eingezogen, Akte Ferdinand Levi, HHStAW, 519/3, 03.145.

<sup>44</sup> Zu Zwangssicherungen bei Verkäufen siehe Johanna Sommer, HHStAW, 519/3, 31.246, und Paul und Elisa Gross, HHStAW, 519/3, 1724.

<sup>45</sup> Verkäufe von Immobilien, die auf Konten der Frankfurter Sparkasse 1822 landeten, finden sich in folgenden Akten: Israel Andorn, HHStAW, 519/3, 00.364, Hans Herlitz, HHStAW, 519/3, 00.416, Levi Hess, HHStAW, 519/3, 00.377 und Alfred Stiefel, HHStAW, 519/3, 09.450. Die Stadtparkasse Frankfurt betreffen Ludwig Adler, HHStAW, 519/3, 12.198, Helene Heilbrunn, HHStAW, 519/3, 00.797 und Helene Henrich, HHStAW, 519/3, 00.792.

<sup>46</sup> Zu den Kund\*innen der Frankfurter Sparkasse 1822 (Polytechnische Gesellschaft), denen eine Auswanderung gelang, zählten Adolf Adler, HHStAW, 519/3, 00.002, Isabella Althei-

schmerzlichsten Abschnitt des zehnjährigen Genozids bildeten jedoch zweifels- ohne die in die Tausende gehenden Deportationen, die ungefähr ein Drittel der Akten von Bankkund\*innen der verschiedenen in den Raub involvierten Ban- ken betrafen und damit auch die Sparbuchinhaber\*innen der Frankfurter Spar- kasse. Deportiert wurden über 1.500 jüdische Kontoinhaber\*innen beider Kas- sen, überwiegend Kund\*innen der Frankfurter Sparkasse (Abb. 3).<sup>47</sup>



**Abb. 4:** Nachricht an die Frankfurter Sparkasse über die Deportation von Paul und Elisa Gross am 4. Dezember 1941, HHStAW 519/3, 01.724.

mer, HHStAW, 519/3, 11.660, Paul und Else Groß, HHStAW, 519/3, 22.245, Alfred Stiefel, HHStAW, 519/3, 09.450 und Elsa Weiss, HHStAW, 519/3, 09.453. Bei der Stadtparkasse Frankfurt fanden sich diesbezüglich die Akten von Karl Adler, HHStAW, 519/3, 11.471, Ludwig Adler, HHStAW, 519/3, 12.198, Adelheid Hess, HHStAW, 519/3, 00.755, und Ilse und Ellen Meyer, HHStAW, 519/3, 10.396.

<sup>47</sup> Deportationen von Kund\*innen der Frankfurter Sparkasse 1822 (Polytechnische Gesell- schaft) betreffen in dem Sample die Fälle Emanuel Adler, HHStAW, 519/3, 00.703, Martha Adler, versuchte Auswanderung, HHStAW, 519/3, 00.528, Philipp Andreae, HHStAW, 519/3, 34.669, Wilhelm Assenheim, HHStAW, 519/3, 00.801, Camilla Auerhan, HHStAW 519/3, 00.629, Richard Breitenfeld, HHStAW 519/3, 01.313, Paul Gross, HHStAW, 519/3, 01.724, Helene Heilbrunn, HHStAW, 519/3, 00.797, Siegfried Henle, HHStAW, 519/3, 00.754, Hans Herlitz, HHStAW, 519/3, 00.416, Jenny Herz, HHStAW, 519/3, 00.751, Dora Hess, HHStAW, 519/3, 00.434, Levi Hess, HHStAW, 519/3, 00.377, und Walter Salomon, HHStAW, 519/3, 06.663. Zur Stadtparkasse Frankfurt fanden sich Rosa Abt, HHStAW, 519/3, 00.506, und Ernst Höxter, HHStAW, 519/3, 00.540.

Mit ihrer mustergültigen Identifikation mit den Zielen des Nationalsozialismus wurde namentlich die Frankfurter Sparkasse ihrem hart errungenen Titel eines „Nationalsozialistischen Musterbetriebs“ gerecht, indem ihre Mitarbeiter es als „rechters“ ansahen, Juden zu enteignen und tatkräftig mithelfen, die jüdischen Gemeinden finanziell auszutrocknen und ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu zerstören. Das gleiche galt auch für die nicht als NS-Musterbetrieb ausgezeichnete Stadtparkasse Frankfurt und ebenso für die Nassauische Landesbank als direkten Vorläufer der Landesbank Hessen-Thüringen, bei der sich heute auch das Erbe der Frankfurter Sparkasse wie der Stadtparkasse Frankfurt befindet. Auf der Grundlage von über 3.600 ausgewerteten Akten von einer der drei für Hessen zuständigen Devisenstellen zu Frankfurt lässt sich vorläufig hochrechnen, dass allein die drei heute zur Hessen- und Thüringischen Landesbank gehörende Bankinstitute und allein für Frankfurt die Summe von über 12 Millionen Reichsmark (53 Millionen Euro) für die Enteignung vorgesehenen Vermögens verwalteten, das sich auf rund 4.300 Konten und Sparbucheinlagen jüdischer Besitzer verteilte.<sup>48</sup>

### 5. Fehlende Quellen?

Nichts davon findet sich bei den Historiker\*innen, die dem Wunsch der Sparkasse folgend eine revidierte Fassung der Festschrift zum Sparkassen-Jubiläum geschrieben haben.<sup>49</sup> Sie reduzierten die Fehlleistung der Frankfurter Sparkasse auf 185 Sparbücher mit geringen Restersparnissen und stellten der Sparkasse auch ansonsten ein passables Zeugnis aus: Beide Sparkassen hätten „niemanden enteignet, niemanden deportiert und erst recht niemanden ermordet“.<sup>50</sup>

<sup>48</sup> Die Geldvermögen oder Ersparnisse wurden in den Jahren zwischen 1938 bis 1943 vor der Enteignung im Zuge der Auswanderung oder Deportation dokumentiert. Zwischen diesen Zahlen und dem Akt der Enteignung vergingen u. U. Monate, in manchen Fällen auch Jahre, in denen sich der Vermögensbestand durch Eigenverbrauch verringern oder durch Verkäufe vergrößern konnte. Das Interesse des Staates war es, soviel wie möglich von den Geldvermögen auf den Konten zu sichern, weil sie als zukünftiges Vermögen des Reiches angesehen wurden. Von den ca. 36.000 Akten der Devisenstelle Frankfurt bezogen sich 28.000 auf Frankfurt. Von diesen 28.000 wurden ca. 10 %, also um die 2.800 Einzelakten für die demnächst erscheinende Studie Ralf Roth, Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden, Frankfurt am Main 2025, gesichtet und statistisch ausgewertet.

<sup>49</sup> Vgl. Friederike Sattler u. a., 200 Jahre Frankfurter Sparkasse. Unter Mitarbeit von Institut für Bank- und Finanzgeschichte (Hrsg.) und der Frankfurter Sparkasse 1822 (Auftraggeber), Stuttgart 2023.

<sup>50</sup> Thomas Stillbauer, Frankfurter Sparkasse bekennt sich zu ihrer Schuld, in: Frankfurter Rundschau vom 17. Oktober 2023, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurter-sparkasse-bekennt-sich-zu-ihrer-schuld-92583590.html> [07.11.2024].

Das hatte auch niemand behauptet. Aber sie beteiligte sich an den tagtäglichen Repressionen und an den Enteignungen sowie an den Deportationen, die mit der Ermordung endeten, worauf Raul Hilberg in Bezug auf alle Banken bereits vor über 60 Jahren hingewiesen hat.<sup>51</sup> Auch trugen die Sparkasse und die übrigen damals in Frankfurt aktiven Banken die Verantwortung für die Entlassungen ihrer jüdischen Angestellten. Demgegenüber behauptet Dieter Ziegler „immer wieder“ und jedes Mal falsch, die Faktenlage sei dürftig, denn „die Sparkasse habe keine Akten mehr aus der fraglichen Phase“.<sup>52</sup>

Die Behauptung, die Faktenlage sei „dürftig“, ist nicht nachzuvollziehen, weil die Quellenlage in den öffentlichen Archiven, also die externe Überlieferung, ausgezeichnet ist. Deshalb ist es gerade für die hier interessierende Frage, welchen Anteil das Geldinstitut bei der Enteignung der Frankfurter Juden spielte, unerheblich, was es darüber hinaus noch selbst in ihren Kellern und Tresorräumen aufbewahrt, versteckt oder vernichtet hat. Man kann auf der Grundlage der seit Jahrzehnten öffentlich zugänglichen Quellen sogar in etwa die Dimension der damals allein in Frankfurt zur Enteignung vorgesehenen Vermögen bestimmen. Kommen wir dazu kurz auf die Quelle aus dem Historischen Archiv der Deutschen Bank zurück. Die Quelle nennt für Ende 1938 die Summe von 50 Millionen Reichsmark. In der Vorstudie, die die Quellen für die Jahre von Anfang 1938 bis 1943 einbezog, konnte das gesamte zur Enteignung verwaltete Vermögen der Juden beziehungsweise Nichtarier für die Deutsche Bank auf 71,5 Millionen RM berechnet werden. Allein die Frankfurter Filialen der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank verwahrten zur Enteignung anstehende „nichtarische“ Vermögen in Höhe von 150 Millionen RM (660 Millionen Euro). Mit der Frankfurter Bank und ihren „nichtarischen“ Konten überschreitet der Wert dann bereits die Grenze von einer Milliarde Euro jüdischer Vermögen in Frankfurt, von denen der größte Teil bis 1943 dann dem Reich zugeführt wurde (Abb. 1). Berechnungen auf der Grundlage von tausenden von Einzelakten zur Zwangsverwaltung der jüdischen Vermögen bestätigten schließlich den Befund der Vorstudie. Sie belaufen sich, bezogen auf alle damaligen Frankfurter Banken und Sparkassen, auf mehrere hundert Millionen

<sup>51</sup> Vgl. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, S. 119-176.

<sup>52</sup> Stillbauer, Frankfurter Sparkasse. Siehe auch Tobias Müller, Aufarbeitung oder Rolle rückwärts?, in: tacheles. Das Jüdische Wochenmagazin vom 24. Juni 2022. Ziegler bedient sich dabei des gleichen Argumentationsmusters wie in seiner Studie zur Dresdner Bank. Dabei müsste ihm seit einem Vierteljahrhundert bekannt sein, dass es gerade bei der die Praxis der Banken betreffenden Beteiligung an der Enteignung von Hunderttausenden von Juden der Überlieferung in den Bankentürmen nicht bedarf, weil externe Überlieferungen dazu vorhanden sind. Siehe dazu auch meinen Vortrag „Frankfurter Banken und die Enteignung der Frankfurter Juden“, <https://www.youtube.com/watch?v=H3Ss6h3d-qZ8/> [07.11.2024].

Reichsmark – in heutige Währung umgerechnet in etwa zwei Milliarden Euro.<sup>53</sup> Diese beziehen sich nur auf rund fünf Prozent der damaligen jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Bezogen auf die Gesamtzahl der mit Sicherungsanordnungen blockierten hunderttausenden von Konten lassen sich Vermögen in Höhe von 40 Milliarden Euro vermuten, was mit Hilfe weiterer Studien zu anderen Städten relativ einfach evaluiert werden könnte. Das erklärt wiederum, warum die Begehrlichkeit in Frankfurt über die ideologischen Ziele der Vertreibung hinaus mit den Jahren eher zu- als abnahm.

Was also ist von Historiker\*innen zu halten, die diese Quellen in ihren Studien zu Banken auch vor der im Herbst 2023 erschienenen Sparkassenfestschrift niemals benutzt haben, obwohl sie seit langer Zeit bekannt sind?<sup>54</sup> Jakob Tanner, ehemals Mitglied der „Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg“ (Bergier-Kommission) zu den nachrichtenlosen Vermögen und den Raubgoldtransaktionen mit Nazi-Deutschland, also ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Finanz- und Bankengeschichte, erklärte zu diesen merkwürdigen Defiziten: „Es gehört zur Aufgabe der deutschen Sparkassengeschichte, den Zugriff des NS-Regimes auf jüdische Guthaben zu dokumentieren. Eine Verdrängung dieser Vorgänge wäre weder unter dem Aspekt einer wissenschaftlichen Vorgehensweise noch unter jenem der Forschungsethik zu rechtfertigen. Zweitens muss sich die historische Erforschung dieser Thematik selbstverständlich soweit wie möglich und machbar aller verfügbaren Quellen bedienen. [...] Sind bei Bankinstituten keine „hauseigenen Quellen“ mehr vorhanden, was unterschiedliche Gründe haben kann, ist es geradezu die Pflicht des Historikers, intensiv nach externen Spuren zu suchen. [...] Darüber hinaus ist es auch wichtig, [...] die Geschichte der Opfer [...] zu berücksichtigen [...]“.<sup>55</sup>

Sind die Historiker\*innen, die es der Frankfurter Sparkasse, den Frankfurter Banken und überhaupt allen Banken in Deutschland recht machen wollten, diesen Grundsätzen gefolgt? Nein, sind sie nicht, und zwar nicht nur im Fall der Frankfurter Sparkasse, sondern ebenso im Falle der Dresdner Bank in einem vor rund 20 Jahren erschienenen Werk und in der vor vier Jahren erschienenen Festschrift der Commerzbank. In all diesen Fällen steht die dort zu findende Behauptung von den „dürftigen Fakten“ auf äußerst unsicherem Grund, weil er den Verstoß gegen den Grundsatz der Historiografie beinhaltet, alle zur Verfügung stehenden Quellen zu berücksichtigen. Jakob Tanner erinnert an etwas, was eigentlich Gemeingut sein sollte und in den Proseminaren vermittelt

<sup>53</sup> Vgl. die erwähnte Vorstudie „German Banks and the Holocaust“ (Anm. 40) und demnächst Roth, Die Frankfurter Milliarden (Anm. 51).

<sup>54</sup> Siehe die Aufstellung am Beginn des Beitrags.

<sup>55</sup> Schreiben von Jakob Tanner an den Autor vom 25. Januar 2022.

wird.<sup>56</sup> Die Schwere der Versäumnisse gewinnt noch an Bedeutung, weil die Autoren mit ihren Studien stellvertretend für größere Teile der deutschen Unternehmensgeschichte stehen, die sich, nach den vielversprechenden Studien von Harold James und Ludolf Herbst zur Deutschen Bank und zur Commerzbank am Beginn des neuen Millenniums, in den letzten 20 Jahren mit Banken im Nationalsozialismus beschäftigt haben.



**Abb. 5:** Das Märgen von den fehlenden Quellen bezüglich der NS-Zeit verbreiteten in den letzten 25 Jahren zahlreiche Autor\*innen: Harald Wixforth, Bielefeld und seine Sparkassen. 175 Jahre Sparkasse in Bielefeld, Bielefeld 2000; Klaus Dietmar Henke (Hrsg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. 4 Bde., München 2006, Bd. 1: Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs. Unter Mitarbeit von Ralf Ahrens, Michael Schneider, Harald Wixforth und Dieter Ziegler, München 2006; Bd. 2: Dieter Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden. Unter Mitarbeit von Maren Janetzko, Ingo Köhler und Jörg Osterloh, München 2006; Bd. 3: Harald Wixforth, Die Expansion der Dresdner Bank in Europa. Unter Mitarbeit von Johannes Bähr, Jörg Osterloh, Friederike Sattler und Dieter Ziegler, München 2006; Bd. 4: Klaus-Dietmar Henke, Die Dresdner Bank 1933–1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft, München 2006; Paul Thomes, Da wo Sie zu Hause sind. 150 Jahre Sparkasse Saarbrücken, Saarbrücken 2008; Johannes Bähr, Die Geschichte der Bayern Landesbank, München/Zürich 2009; Lothar Hageböling (Hrsg.), Vom Leyhaus zur Sparkasse 1765–2015. Das öffentliche Bankwesen im Braunschweigischen Land, Braunschweig 2016; Stephan Paul/Friederike Sattler/Dieter Ziegler, 150 Jahre Commerzbank, München 2020; Joachim Scholtseyeck, Die Nationalbank, München 2021; und Friederike Sattler u. a. (Hrsg.), 200 Jahre Frankfurter Sparkasse, Stuttgart 2023.

<sup>56</sup> Historiker Roth kritisiert Sparkasse weiter: „Nebelkerzen und Falschbehauptungen“ zur Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Frankfurter Neue Presse vom 21. Oktober 2023; und Jürgen Dahlkamp, Zu flach gesprungen. NS-Aufarbeitung der Frankfurter Sparkasse, in: Der Spiegel vom 18. Oktober 2023, <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/ns-aufarbeitung-der-frankfurter-sparkasse-zu-flach-gesprungen-kommentar-a-f301d306-0c87-44bc-9517-65bca72343d4> [07.11.2024].

Nur einer dieser zahlreichen Autoren, Paul Thomes, wies in seinem Buch zur Sparkasse Saarbrücken bereits vor 16 Jahren auf die zentrale Rolle der Banken beziehungsweise Sparkassen bei der Enteignung der Juden in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes hin und benannte auch ziemlich exakt, worin diese Mittäterschaft bestand: „Tatsache ist: In Deutschland brachen Sparkassen schon seit 1933 im Sinne eines vorausseilenden Gehorsams, Geschäftsbeziehungen zu jüdischen Kunden ab, obwohl keine allgemeinen Direktiven existierten“. Dies weitete sich dann 1938 auf die Spareinlagen aus: „1938/39 änderte sich die rechtliche Lage grundsätzlich durch die Einschränkung der Verfügbarkeit über Depots und Konten. Auch wenn für unseren konkreten Fall Belege fehlen, bestehen keine Zweifel daran, dass die Sparkassen die Maßgaben umsetzten“.<sup>57</sup> Die Anmerkungen zu Quellen und Literatur vermerken keine Recherche im Landesarchiv Saarbrücken, das die erste Adresse gewesen wäre, um den Verbleib der Akten der Devisenstelle Saarbrücken, in denen die Belege einmal vorhanden gewesen waren, abzuklären. So bildete auch in dieser Studie das Argument der fehlenden Quellen die Brücke, um die einstigen Vorgänge beschweigen zu können. Es dauerte dann noch einmal 14 Jahre, bis eine Publikation erschien, die dem Anspruch „offener Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus“ gerecht geworden ist. Auch bei den Ausführungen zur Metzlerbank hätte jedoch die Dimension der unter Zwangsverwaltung genommenen Vermögen erfasst werden können – und zwar in jedem Einzelfall wie auch insgesamt –, wenn neben den Quellen aus dem Archiv der Bank die Akten der Devisenstelle hinzugezogen worden wären.<sup>58</sup>

## 6. Das Ende des Schweigens

Mit dem Hinweis auf die offensichtliche Missachtung wissenschaftlicher Grundsätze kommen wir langsam zu dem Phantomschmerz, der die Aufarbeitung der Frankfurter Geschichte im Nationalsozialismus seit vielen Jahrzehnten plagt und behindert. Schuld daran war die Beteiligung am System der Repression gegenüber den Juden, die Teilhabe an der Beraubung im Zuge der Auswanderung und der damit einhergehenden Deportation. All das, was Emil Emge verschwiegen hatte und stattdessen mit den verschleiernnden Worten, was eine „vergangene Epoche schlecht gemacht habe“, der Öffentlichkeit vorenthielt. Emge wusste nur zu genau, was mit den tausenden Sparbüchern der jüdischen Klientel der Frankfurter Sparkasse geschehen war. Er trug das Wissen für den Rest seines Lebens mit sich und ließ sich dennoch ohne jegliche Empathie für die

<sup>57</sup> Thomes, Da, wo Sie zuhause sind, S. 240.

<sup>58</sup> Vgl. Andrea Schneider-Braunberger, Das Bankhaus Metzler im Nationalsozialismus, München 2022.

Opfer als großzügiger Mäzen feiern. Dass er dies konnte, hatte er günstigen Umständen und dem Opportunismus vieler Beteiligten zu verdanken, was bis heute gilt. Das Regime endete in Frankfurt im März 1945. Es folgte unmittelbar Emges Amtsenthebung, der durch Wilhelm Weingarten von der Sparkasse ersetzt wurde – jemand, der die gleichen Verbrechen begangen hatte. Gegen seine Bestellung protestierte der Betriebsrat der Frankfurter Sparkasse, der die Rückkehr Fritz Hetzers, des geschäftsführenden Direktors in der Zeit der Weimarer Republik, durchsetzte. Bereits Ende 1946 kehrte Emge jedoch – mit Zustimmung desselben Betriebsrats und einem Persilschein Hetzers – wieder in den Vorstand der Sparkasse zurück.<sup>59</sup> Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der persönlichen Beteiligung Emges in den Nationalsozialismus und der Frage einer soliden Aufklärung über das Geschehen fand weder zu seinen Lebzeiten noch nach seinem Tod statt. und besteht deshalb bis heute fort.<sup>60</sup>

Auch die Autor\*innen, die gleich im Dreierpack durch meine unfreiwillige Verabschiedung in den Genuss unverhoffter Einnahmequellen kamen, müssen feststellen, dass „es seitens der Sparkasse kein Bedauern gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen gegeben“ hat.<sup>61</sup> Das Bedauern der Autor\*innen geht allerdings auch nicht sehr tief, weil sie seit zwei Jahrzehnten nichts dabei finden, Quellen, die sehr konkret Auskunft zu den Verbrechen der Banken in der NS-Zeit geben, einfach unberücksichtigt zu lassen.

Wie fügt sich das alles in die stadtgesellschaftliche Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus? Im Gegensatz zur Sparkasse mit kulturel-

<sup>59</sup> Vgl. Schreiben zur Amtsenthebung von Direktor Emil Emge durch den kommissarischen Leiter Wilhelm Weingarten vom 31. Mai 1945; Schreiben der 18. Spruchkammer der Kammer Frankfurt zur Einstufung von Emil Emge als Mitläufer vom 23. November 1946; Schreiben von Johannes Becker und Fritz Hetzer zu seiner Wiedereinstellung vom 9. Dezember 1946; und Schreiben des Betriebsrats, Theodor Monsheimer, der Sparkasse zum Antrag auf Wiedereinstellung von Emil Emge vom 16. Dezember 1946. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Emil Emge: Nachlass S1-531 Nr. 2. Siehe Sparkassen. Betr. Personalangelegenheiten und Geschäftstätigkeit der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft) in Frankfurt, darin: zu Emil Emge, Frankfurt. Meldebögen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, Wiedereinstellung entlassener nationalsozialistischer Abteilungsleiter, Interim Balance Sheet for Banks, Dezember 1946, in: HHSTAW 507 / Serie 4.7.2.3.4.; Spruchkammerbescheide, <https://arcinsys.hessen.de/arcinsys/detailAction?detailid=s27747> [07.11.2024].

<sup>60</sup> Gedenkfeier für Emil Emge, in: FAZ vom 27. Februar 1965. Dieser konstruierte Mythos wirkt bis heute in der Geschichtsschreibung der Polytechnischen Gesellschaft fort. So vorzüglich und kritisch die vor neuen Jahren erschienene Festschrift von Thomas Bauer zum 200-Jährigen Jubiläum ist, gerade weil sie viele Details zur Rolle der Polytechnischen Gesellschaft und der Frankfurter Sparkasse in den zwölf dunklen Jahren von 1933 bis 1945 enthält, so zeichnet er doch das Bild Emges dem Mythos folgend. Vgl. Bauer, In guter Gesellschaft, S. 149.

<sup>61</sup> Stillbauer, Frankfurter Sparkasse.

ler Verantwortung und der merkwürdigen Form ihres Rückblicks auf die Schreckenszeit in Form eines expressionistischen gemalten Blumenstraußes nahm die Stadtgesellschaft die Erinnerung an den Zivilisationsbruch sehr viel ernster. Auch wenn in Hamburg und Hannover erste Erinnerungsmonumente sehr viel früher und sogar bereits kurz nach dem Krieg entstanden, begann 1963, mit den Frankfurter Auschwitzprozessen, eine viel nachhaltigere und zielführendere Art, über Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Minderheit zu sprechen. Parallel zu Vorbereitungen und Durchführung der Prozesse entstand das erste Erinnerungsmonument an die Schreckenszeit, das Mahnmal für die Opfer des Naziterrors von Hans Wimmer, das am 24. Oktober 1964 an der Paulskirche enthüllt wurde. Der Entwurf Wimmers ging im Mai 1964 aus dem von der Stadt Frankfurt ausgeschriebenen Wettbewerb als Sieger hervor. In wenigen Monaten führte der Bildhauer danach seinen Entwurf für das Denkmal aus. Es misst in der Höhe nicht weniger als fünfeinhalb Meter und fand seinen Platz inmitten der Frankfurter Öffentlichkeit an der westlichen Außenfront der Paulskirche. Die gefesselte, kniende Gestalt mit ihren zusammengebundenen Händen, die sie über ihren Kopf hält, versinnbildlicht die Zeit des mehr als ein Jahrzehnt anhaltenden Leidens bis hin zur Ermordung. Die Figur kniet auf einem Sockel aus Sandstein, der die 53 Namen der damals bekannten Konzentrations- und Vernichtungslager sowie die Ghettos, in denen Juden und Jüdinnen über Jahre hinweg ihr Leben fristen mussten, auflistet.<sup>62</sup> Das Leiden, das Wimmer dort in Stein gemeißelt hat, ging auch in tausenden von Fällen durch die Bürostuben der Frankfurter Sparkasse, und zwar bei jedem einzelnen Fall ihrer damaligen jüdischen Sparer\*innen.

Nach der Aufstellung von Wimmers Denkmal errichtete Frankfurt dann erst in den 1980er und 1990er Jahren weitere Denkmäler, Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Dazu gehören unter anderem: ein Denkmal zum Auschwitzprozess von Michael Sander vor dem Saalbau Gallus in der Frankenallee in Frankfurt (1993), der Frankfurter Engel oder Mahnmal der Homosexuellenverfolgung am Klaus-Mann-Platz in der Innenstadt von Rosemarie Trockel (1994), die Gedenkstätte Neuer Börneplatz (1997), von 2003 bis heute zahlreiche von Gunter Demnig verlegte Stolpersteine der Initiative Stolpersteine, die Gedenkstätte Ehemaliges Polizeigefängnis Klapperfeld des Vereins Faites Votre Jeu (2009), die Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle am Philipp-Holzmann-Weg im Ostend des Architekturbüros Katz Kaiser (2015) und das Waisenkarussell in der Gallusanlage im Bahnhofsviertel von Yael Bartana (2021).<sup>63</sup> Wei-

<sup>62</sup> Mahnmal für die Opfer des Naziterrors an der Paulskirche in Frankfurt von Hans Wimmer enthüllt am 24. Oktober 1964. Kunst im öffentlichen Raum in Frankfurt, <https://www.kunst-im-oeffentlichen-raum-frankfurt.de/de/page134.html?id=88> [07.11.2024].

<sup>63</sup> Vgl. Ehemaliges Polizeigefängnis Klapperfeld, <https://klapperfeld.de/> [07.11.2024]. Zu

terhin entstanden in dieser Zeit mehrere Forschungseinrichtungen, die sich mit der kommunalen Ausprägung des Nationalsozialismus und der Vernichtung der Juden in dieser Stadt beschäftigt haben. Von diesen ist neben der Neuausrichtung des Historischen Museums Frankfurt und dem zum Institut für Stadtgeschichte aufgewerteten ehemaligen Stadtarchiv, das viel zur Erforschung der Zwangsarbeit in Frankfurt beigetragen hat, das erste kommunale Jüdische Museum der Bundesrepublik Deutschland zu nennen, das am 9. November 1988 eröffnet wurde.<sup>64</sup> Weiterhin gehört das in Erinnerung an die Auschwitz-Prozesse gegründete Fritz-Bauer-Institut dazu, dessen Gründungsgeschichte bis in das Jahr 1993 zurückreicht.<sup>65</sup> Die Goethe-Universität selbst besaß zudem noch bis vor kurzem die rührige Forschungsstelle NS-Pädagogik und pflegt nach dem Umzug in das ehemalige Verwaltungsgebäude der I.G. Farben das Wollheim Memorial.

Das machte nach der Millenniumswende auch Eindruck auf das Institut für Bank- und Finanzgeschichte und seinen damaligen Vorsitzenden Hans Pohl. Er schloss sich den Bestrebungen an, das Verhältnis der Banken im Nationalsozialismus genauer zu untersuchen und folgte damit dem Weg der Aufklärung, den die Deutsche Bank und die Commerzbank eingeschlagen hatten. In diesem Zusammenhang forderte er vor 20 Jahren sein Institut auf, die Rolle der Sparkassen im Nationalsozialismus anhand von Einzelstudien genauer zu untersuchen. Es spreche viel dafür, „dass die Sparkassen auf recht breiter Ebene an der verwaltungstechnischen Durchführung der nach Kriegsausbruch stetig verschärften Zwangsmaßnahmen gegen die Juden beteiligt wurden“. Er schränkte seinen Vorstoß unter Berufung auf Karl Heinrich Kaufhold und Harald Wixforth allerdings gleich wieder ein, weil „je weiter die nationalsozialistische Herrschaft fort dauerte und je totaler sie wirkte, desto schwerer sind diese Wirkungen in den erhaltenen Akten zu erfassen“, was offensichtlich falsch ist.<sup>66</sup> Auch er gab sich also in Bezug auf die Quellen pessimistisch, obwohl damals eine breite öffentliche Diskussion um die zentralen Quellen zum Verhältnis von Banken, Staat und Nationalsozialismus für einige Aufregung gesorgt hatte. Damit war die Legende von den fehlenden Quellen geboren, die bis heute immer wieder angeführt wird, um zu verhindern, dass Licht in das Dunkel um die Rolle der

den einzelnen Denkmälern und Gedenkstätten siehe: <https://www.kunst-im-oeffentlichen-raum-frankfurt.de/de/page134.html?id=176> [07.11.2024].

<sup>64</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Michael Lenarz in diesem Band.

<sup>65</sup> Siehe Katharina Rauschenberger, 25 Jahre Fritz Bauer Institut, <https://www.fritz-bauer-institut.de/geschichte> [07.11.2024]. Mitteilungen des Fritz Bauer Instituts Nr. 163, S. 71, <https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/163/publikation/foerderverein-fritz-bauer-institut/> [07.11.2024].

<sup>66</sup> Hans Pohl/Bernd Rudolph/Günther Schulz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Sparkassen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S. 174 f.

Banken im Nationalsozialismus fällt.

Was ist jedoch bei alledem aus dem vielversprechenden Gegenentwurf geworden, sich der Verantwortung zu stellen, der zwischen 2001 und 2004 mit den beiden Studien von James und Herbst seinen Anfang genommen hatte? Nicht viel, denn es haben bis heute in Frankfurt von den 40 Banken, die zur Zeit des NS-Zeit existiert haben, lediglich die beiden Genannten und jüngst die Metzlerbank überhaupt auf ihre Beteiligung an diesen Verbrechen hingewiesen. Die Versprechen der Unternehmensgeschichte von 1997 hielten keine zehn Jahre und endeten abrupt im Jahr 2006 mit dem Erscheinen der vierbändigen von Klaus Dietmer Henke herausgegebenen Studie „Die Dresdner Bank im Dritten Reich“.<sup>67</sup>

Die Dresdner Bank im Dritten Reich ist das wohl größte Projekt zum Thema überhaupt. Es beteiligten sich zehn Historiker\*innen, die wie oben aufgeführt seitdem den Ton in dieser Nische der deutschen Geschichtswissenschaft angeben. Das Team in der Stärke einer Fußballmannschaft fand jedoch keine Quellen zur Dimension der Verbrechen gegenüber den jüdischen Konteninhaber\*innen der Dresdner Bank, obwohl sie „in jahrelanger Arbeit aufwändig sämtliche Akten aus den Unternehmen, der Finanzverwaltung, den NS-Behörden sowie der sog. Wiedergutmachungsunterlagen zusammengetragen“<sup>68</sup> hätten. Dennoch bedauerte der mehrmals genannte Dieter Ziegler, der Verfasser des zweiten Bandes zur „Dresdner Bank und die deutschen Juden“, dass sich leider „der Umfang der von ihr an die Finanzverwaltung überwiesenen Werte nicht mehr exakt rekonstruieren“ lasse und rätselte um einzelne im Hausarchiv gefundene Listen und ob der Wert von 6,9 Millionen RM die Gesamtsumme sein könne.<sup>69</sup> Dann hätte die große, national aufgestellte Dresdner Bank die gleichen jüdischen Vermögen wie die kleine lokale Frankfurter Sparkasse verwaltet. Noch fragwürdiger wird sein Befund, wenn berücksichtigt wird, dass sich die Höhe der jüdischen Vermögen allein bei der Frankfurter Filiale der Dresdner Bank auf einen Wert um die 40 Millionen RM (176 Millionen Euro) auftürmten.

Die Legende von den fehlenden Quellen des IBF-Vorstandes Pohl und des Dresdner Teams um Klaus Dietmar Henke machte dann Schule. Die Autoren dieser Studie setzten ihre Arbeit bei anderen Banken fort und ihnen folgten in der Nichtbeachtung der Akten der Devisenstellen auch alle anderen Autor\*innen im Umkreis der Historischen Seminare von Bochum, Bonn und Frankfurt. Von Studie zu Studie trat dann Rolle der Banken bei den Raubzügen des Reiches gegen die Juden und Jüdinnen immer mehr in den Hintergrund. Sie igno-

<sup>67</sup> Klaus Dietmer Henke (Hrsg.), Die Dresdner Bank im Dritten Reich. 4 Bde., München 2006.

<sup>68</sup> Einer der Beteiligten, Ingo Köhler, heute Direktor des Hessischen Wirtschaftsarchivs und Mitverfasser einer der Studien, in einer E-Mail an den Autor vom 2. Juni 2022.

<sup>69</sup> Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden, S. 393.

rierten dabei nicht nur die diesbezüglichen Quellen, sondern auch die umfangreiche Literatur zu „Robbing the Jews“ und zur „Vernichtung der europäischen Juden“, ja sogar die Strukturen der Enteignung, die Harold James und Ludolf Herbst beziehungsweise Hannah Ahlheim zwischen 2001 und 2004 offengelegt hatten. Ab 2009 kam das Thema überhaupt nicht mehr vor (Abb. 5).<sup>70</sup> Auf leisen Sohlen war man zur Nichterinnerung zurückgekehrt, weil Erinnerung lästig und unbequem ist.

Es trifft mithin ziemlich genau zu, was Max Czollek an der deutschen Erinnerungskultur beklagt: Es sei seit längerem eine „Intensivierung symbolischer Handlungen“ festzustellen, „die aber keine echte Übernahme von Verantwortung bedeutet[e] – etwa in der Form von Entschädigungen, Rückübertragungen oder Verurteilungen wegen Mordes. Dieses Auseinanderklaffen von symbolischer Ebene und Realität ist unterdessen so normal geworden, dass man Ereignisse wie den rasanten Aufstieg einer völkischen Partei kaum noch als Erschütterung der erinnerungskulturellen Wiedergutwerdung Deutschland(s) erlebt“.<sup>71</sup> In diesem Kontext wird seit über 60 Jahren in Frankfurt erinnert, ohne sich der Dimension des Raubes und seiner Folgen für die Betroffenen bewusst zu werden. Es ist dabei noch vor den Banken den Historiker\*innen zu verdanken, dass dem bis heute so ist. Quia memoria dolet et pecunia non olet!

**Ralf Roth** ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Verbindung von Sozial- und Stadtgeschichte. In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche Publikationen zur Arbeiter- und Bürgerumsforschung, aber auch zur Rolle von Verkehr und Kommunikation im infrastrukturellen Ausbau der Städte. Letzte Buchveröffentlichungen: Ralf Roth / Paul van Heesvelde (eds.), *The City and the Railway in the World from the Nineteenth Century to the Present*. New York 2023, und demnächst Ralf Roth, *Das bürgerliche Heidelberg 1750–1850*. Frankfurt am Main und New York 2025, sowie Ralf Roth, *Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden*. Frankfurt am Main 2025.  
[Ra.Roth@em.uni-frankfurt.de](mailto:Ra.Roth@em.uni-frankfurt.de)

<sup>70</sup> Siehe Aufstellung der Bankstudien oben.

<sup>71</sup> Czollek, *Versöhnungstheater*, S. 13.

**Robert Obermair**

## **Leitrezension: Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen**

Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen, hrsg. Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 4 Bde., München 2023. 1304 Seiten. ISBN: 978-3-7774-4114-6.

### *1. Einleitung*

Im Nationalsozialismus war Baupolitik kein Selbstzweck, sondern eng mit der Ideologie und Herrschaftspraxis des Regimes verknüpft. Dennoch blieb das öffentliche Interesse an einer Aufarbeitung dieses Themenkomplexes lange Zeit mehr als überschaubar. Nur einzelne Monumentalbauten und vor allem die schillernde Figur Albert Speer sorgten für Irritationen und teils (mediale) Aufregung. Das äußerst umfangreiche Forschungs- und vierbändige Buchprojekt „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ nimmt sich dieser eklatanten Wissens- und Bewusstseinslücke an.

Das reich gebildete und überhaupt ausnehmend schön gestaltete Werk wurde von der Unabhängigen Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, bestehend aus Wolfgang Benz, Tilman Harlander, Elke Pahl-Weber, Wolfram Pyta, Adelheid von Saldern, Wolfgang Schäche und Regina Stephan, herausgegeben. Diese interdisziplinäre Kommission wurde 2017 vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorschutz einberufen, um die NS-Vergangenheit des eigenen Amtes zu untersuchen, und reiht sich damit in einen Aufarbeitungsprozess der deutschen Ministerien ein, der Anfang der 2000er mit dem Auswärtigen Amt seinen späten Beginn gefunden hatte. Das vorliegende Projekt ist aber insofern besonders, als die Kompetenzen für Planen und Bauen während der NS-Herrschaft nicht in einem einzelnen Ministerium gebündelt waren, wodurch im Rahmen dieses groß angelegten Forschungsprojekts ein breites Spektrum an Organisationen und Akteuren in den Blick genommen wurde.

Um diesem breiten Forschungsfeld Rechnung zu tragen, wurden 15 Teilprojekte durchgeführt, deren Bearbeiter\*innen aus der Architektur, Sozialwissenschaft, Stadtplanung, Kunstgeschichte und Geschichtswissenschaft stammen. Die jeweiligen Projektergebnisse bilden den Kern des Buches und werden in 15 umfangreichen Beiträgen präsentiert.

## *2. Zentrale Erkenntnisse*

Die NS-Ideologie zielte auf die absolute Kontrolle – die Herausgeber\*innen sprechen in diesem Kontext von „Unterwerfung“ (Bd. 1, S. 6) – ab, die sowohl den Menschen als auch den (Lebens)raum umfasste. Planung und Baumaßnahmen dienten in diesem Sinne nicht nur der funktionalen Gestaltung des Raumes, sondern waren eng mit der rassistischen und radikalnationalistischen Weltanschauung des Regimes verknüpft. Diese Tatsache wurde nach 1945 nur mit wenigen zentralen Repräsentationsbauten des Regimes in Verbindung gebracht – allein sie galten als kontaminiert, die übrigen baulichen Überreste des breit angelegten nationalsozialistischen Bauprogramms, das sich von einzelnen Wohn- und Verwaltungsgebäuden bis zur Neugestaltung beziehungsweise zum Bau ganzer Städte erstreckte, wurden lange Zeit als weitgehend „unbedenklich“ wahrgenommen.

Die Historikerkommission versteht Planung hingegen klar als Herrschaftsinstrument des NS-Regimes, wobei auch deutlich gemacht wird, dass dies per se kein Novum darstellte. Allerdings eröffneten die Abschaffung rechtsstaatlicher Prinzipien, verknüpft mit den zunächst großen territorialen Raumgewinnen infolge des Angriffskriegs, den Nationalsozialisten gewaltige Handlungsspielräume in ihrer ideologisch motivierten Raumplanung. Wie der Band detailliert zeigt, wurde dabei nicht nur versucht, Raumgestaltung zu optimieren, sondern in dem Zusammenhang auch der Etablierung der NS-„Volksgemeinschaft“ gearbeitet, deren Heilsversprechen einer harmonischeren Gesellschaft mit der nationalsozialistischen Raumplanungspolitik verwoben war. Damit verbunden wird überzeugend argumentiert, dass Planung und Herrschaft im Kontext der NS-Ideologie mit einem „radikalen rassenbiologischen Ordnungsdenken“ in Zusammenhang standen, das sowohl die „ordentliche“ räumliche Neugestaltung miteinschloss, als auch die „ordnungsgemäß“ (Bd. 1, S. 8) durchgeführte Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Letztere war mit dem Themenkomplex Bauen und Planen nicht nur in dieser Hinsicht verwoben, sondern etwa auch durch die Lagerarchitektur und die mit der nationalsozialistischen Baupolitik eng verknüpfte Zwangsarbeit.

Unter der Prämisse, dass sich am Beispiel der NS-Baupolitik besonders eindrücklich die Strukturen der „Neuen Staatlichkeit“ der NS-Governance aufzei-

gen lassen, werden die handelnden Akteure und Organisationen im Detail beleuchtet. Besonderes Augenmerk wird dabei auch auf die Frage nach einem personellen und konzeptionellen Erbe der NS-Zeit in der Nachkriegszeit gelegt, etwa bei den Beamten der ehemaligen Reichsbauverwaltung. Im Fokus stehen damit sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR und damit nicht zuletzt lange Zeit unhinterfragte und wohl oftmals vergessene Kontinuitäten der nationalsozialistischen Staats- und Parteiarchitektur im öffentlichen Raum. Auf Forschungen aus dem Feld der Material Culture Studies aufbauend wird dabei durchaus überzeugend argumentiert, dass gerade dem Erbe der NS-Baupolitik aufgrund seiner Materialität das Potenzial innewohne, Vergangenes strukturell nachhaltiger zu speichern als individuelle Erinnerungen von Zeitzeug\*innen. Demensprechend sehen die Herausgeber\*innen in einer erinnerungspolitisch aufgewerteten Denkmalpflege eine Möglichkeit, das nahende Ende der Zeitzeug\*innenschaft des Nationalsozialismus mit neuen Formen der Erinnerung zumindest teilweise zu kompensieren.

### *3. Kurzer inhaltlicher Überblick*

Der schiere Umfang dieses Monumentalwerks erlaubt es nicht, im Detail auf die einzelnen Beiträge und die damit verbundenen Erkenntnisgewinne einzugehen. In der Folge soll dennoch zumindest ein grober Überblick über die einzelnen Forschungsarbeiten der vier Bände gegeben werden.

Nach einer umfassenden und ebenfalls kenntnisreichen Einführung der Herausgeber\*innen, deren pointierte Beobachtungen und verdichtete Gesamtschau des nationalsozialistischen Bauens für sich allein bereits den Mehrwert dieser Studie verdeutlichen, werden in Band I die Ergebnisse von fünf Teilprojekten präsentiert. Paul SIGEL beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der nationalen und internationalen Präsentation der NS-Baupolitik, wobei er nicht nur die Zielrichtung dieser (Propaganda-)Bemühungen in den Blick nimmt, sondern auch ein besonderes Augenmerk auf die entsprechenden Vermittlungsstrategien legt. Seine generellen Überlegungen unterfüttert er dabei in gelungener Weise mit zahlreichen aussagekräftigen Einzelbeispielen. Daran anschließend nehmen Benedikt GOEBEL und Jörg RUDOLPH die Reichsbauverwaltung in den Blick. Neben einer detaillierten Analyse von deren Organisation und Kompetenzen bieten sie einen chronologischen Überblick über die wichtigsten Bauvorhaben. Sie kommen dabei zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass das Gros der Neubauten während der NS-Zeit nicht im Zuständigkeitsbereich der Reichsbauverwaltung lag. Der Beitrag zeigt somit exemplarisch das auch im Baubereich polykratische Herrschaftssystem (ein Erklärungsmuster, das von den einzelnen Autor\*innen dieses Werks unterschiedlich bewertet wird) des NS-Staa-

tes auf. Rainer SCHMITZ und Johanna SÖHNINGEN verorten den Themenkomplex Bauen und Planen im Kontext der NS-„Rassenideologie“ und der damit verbundenen ideologischen Versatzstücke wie Heimatschutz und Argrarrantik, nicht zuletzt auch entlang der Konfliktlinie (Groß-)Stadt und ländlicher Raum. Sie zeigen dabei auch personelle und konzeptionelle Kontinuitäten in die Nachkriegszeit auf, plastisch etwa am Schreckbild des „gemeinschaftszersetzenden“ Molochs der Großstadt. Der Beitrag von Christopher KOPPER rückt konkrete Bautätigkeiten im infrastrukturellen und militärischen Bereich, zentral die noch nach 1945 oft positiv konnotierte Reichsautobahn, aber auch etwa den Westwall oder Kasernenbauten in den Fokus. Er kommt dabei unter anderem zu dem etwas widersprüchlichen Schluss, dass es Fritz Todt zwar gelungen sei, die ausführenden Ingenieure und Architekten auf ein einheitliches Leitbild für die Reichsautobahn einzuschwören, dass deren Erscheinungsbild allerdings doch stilistisch vielfältiger ausgefallen sei, als von der NS-Propaganda behauptet. Der für das NS-Regime so zentralen „Raumfrage“ nähern sich Alexa STILLER und Karl R. KEGLER mit ihrem Beitrag „Raumplanung und Gewalt“. Der Titel beschreibt nicht nur dessen Schwerpunkt, sondern steht auch sinnbildlich für die NS-Expansionspolitik und den damit betriebenen gewaltsamen Landraub gerade im „Osten“. Der völkisch-imperialistischen Raum- und Siedlungspolitik in diesem Gebiet widmen die Autor\*innen das Hauptaugenmerk ihrer Untersuchung, die sich nicht zuletzt auf die umfassende Auseinandersetzung mit zahlreichen aussagekräftigen Karten stützt. Dabei unterstreichen sie die zentrale Bedeutung von Raumplanern, deren Arbeiten den NS-Entscheidungsträgern die „Machbarkeit“ ihrer Besatzungs- und Besiedlungspolitik versprochen.

Band II beginnt mit einer dezentral konzipierten Auseinandersetzung Sylvia NECKERS mit der nationalsozialistischen Wohnungspolitik im Kontext der propagierten „Volksgemeinschaft“ am Beispiel von 12 konkreten Projekten. Sie richtet dabei den Blick auch über die Grenzen des heutigen Deutschlands hinaus und charakterisiert etwa die Ergebnisse der NS-Baupolitik in Linz (Österreich) als Demonstration „gebauter NS-Volksgemeinschaft“. Necker kommt zu dem Schluss, dass die nationalsozialistische Wohnungspolitik vielfältiger war als oftmals dargestellt und erklärt dies überzeugend mit der multilateralen Struktur von Staat und Partei. Auch Michael HABEN widmet sich dem Thema Wohnen, wobei er einen Fokus auf die Finanzierung des Wohnbaus und die Bauherren und Bauträger legt. Er zeichnet dabei ebenfalls heterogene Entwicklungen nach und sieht mit Blick auf die (personellen) Kontinuitäten in diesen Bereichen zurecht noch großen Forschungsbedarf. Der darauffolgende Beitrag muss eigentlich als Sammelband innerhalb des Sammelbandes klassifiziert werden, umfasst „Städtebau und Politik: Altstadterneuerung und Bau neuer Städ-

te“ doch selbst Kapitel von Christoph BERNHARDT und Harald BODENSCHATZ (federführend) und darüber hinaus von Christine BEESE, Christiane POST, Andreas PUTZ, Kerstin THIELER, Malte THIESSEN und Phillip WAGNER. Das Forschungsinteresse ist dementsprechend breit: So werden nicht nur die diesbezüglichen NS-Politiken im transnationalen Kontext verortet, sondern auch deren chronologische Entwicklung analysiert und Fragen von Entrechtung, Raub und Verfolgung in Bezug auf den NS-Städtebau thematisiert. André DESCHAN rückt sodann spezifisch Neugestaltungsstädte, wie Linz, Nürnberg oder Weimar, in den Fokus, wobei er seine Ausführungen chronologisch mit Architekturvisionen Adolf Hitlers in den 1920ern beginnt und auch die diesbezüglichen Entwicklungen der Nachkriegszeit explizit in den Blick nimmt. Er macht dabei deutlich, dass der NS-Städtebau insgesamt, und gerade auch die Neugestaltung dieser ab 1936 dezidiert von Hitler persönlich ausgewählten Städte, allein durch die von der NS-Diktatur geschaffenen Rahmenbedingungen wie Zwangsverkäufe, Enteignungen und Umsiedlungen überhaupt umsetzbar war. Angelika KÖNIGSEDER rückt die Bautätigkeit im NS-Lagersystem in den Fokus, wobei sie sowohl die Bauarbeiten als auch die Bauten selbst überzeugend – wenn gleich“ in dieser Grundaussage nicht wirklich neu – als Manifestationen von Zwangsmaßnahmen und Terror versteht. Sie beschäftigt sich dabei nicht nur mit Konzentrations- und Vernichtungslagern, sondern auch mit offenen Mordstätten, „Zigeuner“- und Zwangsarbeiterlagern. Als eine ihrer zentralen Erkenntnisse ist hervorzuheben, dass nicht zuletzt auf Basis jahrhundertelanger Vorurteile gerade die „Zigeunerlager“ oft auf kommunale Initiative entstanden – eine Beobachtung, die einmal mehr die Handlungsspielräume am unteren Ende der NS-Hierarchie unterstreicht. Thematisch ähnlich angelegt ist der Beitrag von Mario WENZEL, der sich mit der Planung und Umsetzung von Zwangsarbeiterlagern und Ghettos im „Osten“ auseinandersetzt. Anhand bekannter Beispiele, wie etwa dem Ghetto Litzmannstadt, aber auch weniger bekannter Lager und Ghettos untersucht er dabei das Zusammenspiel staatlicher und ziviler Akteure mit NS-spezifischen Institutionen. Was in fast allen Beiträgen des Werks anklingt, wird hier noch einmal besonders deutlich: der der NS-Bautätigkeit zugrunde liegende radikale Verfügungs- und Geltungsanspruch sowie die damit verbundenen Konsequenzen, gerade für die Bevölkerung in den eroberten Gebieten im „Osten“.

Band III fokussiert zeitlich auf die Nachwirkungen des NS-Regimes. So setzen sich Georg WAGNER-KYORA und Clemens ZIMMERMANN mit der Wohnungspolitik und dem Städtebau im Westen auseinander. Sie nehmen dabei die direkten Folgen des vom NS-Staat entfesselten Kriegs in den Blick, dessen zerstörerisches Erbe die (west-)deutsche Wohnpolitik vor immense Herausforderungen stellte. In diesem Zusammenhang fragen sie unter anderem nach perso-

nellen Kontinuitäten und zeigen auf administrativer Ebene gravierende Unterschiede der Besatzungspolitiken auf. Die Autoren plädieren insgesamt für eine Betrachtung der Wohnungspolitik im Zusammenspiel von Besatzungsmächten, Kommunen, Ländern und Bund, statt einer Fixierung auf eine dominante Zentralstaatlichkeit.

Frank BETKER und Harald ENGLER (unter Mitarbeit von Christoph BERNHARDT und Tanja SCHEFFLER) bieten eine vergleichbare Untersuchung von Kontinuitäten und Brüchen im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus für das östliche Nachkriegs-Deutschland. Sie kommen dabei zu dem Schluss, dass insgesamt die Systembrüche zur NS-Zeit deutlich überwogen, wenn auch Anspruch und Wirklichkeit gerade in der Wohnungspolitik oft weit auseinanderklafften. So beschreiben sie etwa ab 1948/49 in Bezug auf den zunehmenden Zentralismus und die diesem innewohnenden Konkurrenzmuster strukturelle Ähnlichkeiten zum NS-System. Auch auf personeller Ebene zeichnen sie Kontinuitäten aus dem NS-Regime nach, weisen allerdings auf eine deutlich geringere Zahl NS-belasteter Akteure als im westdeutschen Vergleichsraum hin. Claudia BÜTTNER widmet sich dem treffend als „lästig“ bezeichneten materiellen Erbe der NS-Zeit in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten und legt dabei bewusst einen Fokus auf bauliche NS-Hinterlassenschaften abseits der bekannten Monumentalprojekte. Bis in die späten 1970er-Jahre – so die Autorin – hinkte der Umgang mit diesem baulichen Erbe gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Erinnerungspolitik hinterher. Sie beschreibt eine halbherzige baubezogene Entnazifizierung, die nicht zuletzt durch die dringende (wirtschaftliche) Notwendigkeit, zahlreiche dieser Bauten weiterhin zu nutzen, bedingt war. Der Band schließt mit einer vergleichsweise knappen regionalhistorischen Tiefenbohrung von Emanuel HÜBNER, der am Beispiel Westfalen das NS-Bauerbe sehr praxisbezogen im Lichte der Denkmalpflege diskutiert.

Der ergänzende Band IV beinhaltet neben einigen allgemeinen Informationen zum Buch hilfreiche Kurzbiografien aus allen 15 Forschungsprojekten und ein umfangreiches Personen- und Ortsregister.

#### *4. Abschließendes*

Das vorliegende Werk ist sicherlich nicht für ein breiteres Publikum intendiert, da es großes Vorwissen voraussetzt und überaus detailreich ist. Insofern es um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einer öffentlichen Institution geht, ist das zu bedauern. Für die Wissenschaft ist es allerdings ein äußerst gewinnbringendes Grundlagen- und Nachschlagewerk, das es nicht zuletzt ermöglicht, die in letzter Zeit zu diesem Themenkomplex immer häufiger erscheinenden Regionalstudien in einem breiteren Kontext zu verorten. Die einzelnen Beiträge

sind nicht nur in ihrer Länge, sondern auch in ihrer Konzeption teilweise sehr unterschiedlich ausgefallen. So fällt besonders die Diskrepanz zwischen zuweilen sehr deskriptiven und akribischen Rekonstruktionsversuchen und tiefgehenden analytischen Ausführungen auf. Dies schmälert aber keinesfalls den Erkenntnisgewinn, sondern macht die Lektüre des opulenten Werks abwechslungsreicher. Besonders hervorzuheben ist die Einleitung, mit der eine bemerkenswert verdichtete und pointierte Zusammenschau der Inhalte und Ergebnisse dieses umfangreichen Forschungsprojekts gelungen ist und die wohl auf lange Sicht einer der meistrezipierten und -zitierten Texte zum Themenkomplex Planen und Bauen im Nationalsozialismus sein wird.

**Robert Obermair** studierte Geschichte und Englische Sprache und Literatur in Salzburg und Leicester, promovierte 2021 im Bereich Zeitgeschichte und arbeitet derzeit als Post-Doc im Bereich Public History an der Universität Salzburg. Darüber hinaus ist er an verschiedenen Forschungsprojekten mit Bezug auf die Zeit des Austrofaschismus, des Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit beteiligt und arbeitet als Programmkoordinator für ERINNERN:AT.

Aktuelle Publikationen: Oswald Menghin (1888 – 1973). Science and Politics in the Age of Extremes, Berlin/Boston 2024; From Centre to Periphery and Beyond: The History and Memory of National Socialist Camps and Killing Sites, Berlin 2024 (Hrsg. zusammen mit Jonathan Zisook u. a.).

[robert.obermair@plus.ac.at](mailto:robert.obermair@plus.ac.at)

**Natalia Otrishchenko**

## **Urban Planners Assessing Professional Autonomy during (and after) State Socialism**

*The Soviet state aimed to turn urban planning into a primary venue where Communist ideas about both the past and the future could be manifested. Architects and planners had to translate these visions into materiality, and they sought to carve out a space for professional autonomy. After the collapse of the USSR, they had to adjust to the new configuration of stakeholders to maintain their standing. Based on interviews with experts who entered the profession in the 1970s and 1980s and remained there after the collapse of the USSR, the author demonstrates that architects and planners perceived their positions under socialism as more stable than under market conditions. They learned how the state bureaucracy worked and got “entrenched” in the networks of decision-makers. They did not need to navigate between different interests—just those represented by the party. They knew what technology and practices they could rely on, and the boundaries of their professional field were clearly defined. With this case study, the author relates to a broader conversation about the autonomy and dependence of professionals during social transformations.*

### *1. Introduction*

On November 16, 2021, architects gathered in Lviv for a peaceful protest against the adoption of the draft of Law No. 5655, On Amendments to Certain Legislative Acts of Ukraine on Reforming the Sphere of Urban Development. The head of the Lviv Regional Union of Architects, Mykola Sheremeta, stated that this document was “an attempt to destroy the architect’s role in society because it transfers disproportionate rights from society to the largest (oligarchic, monopoly) developers in the state.”<sup>1</sup> According to publicly circulated comments from architects and planners, the draft law has two significant pro-

<sup>1</sup> Gryn’ko Ol’ha, Arkitektory vyishly na protest. Shcho vony vymagaiut’?, [https://zaxid.net/arhitektori\\_viyshli\\_na\\_protest\\_shho\\_voni\\_vimagayut\\_n1530388](https://zaxid.net/arhitektori_viyshli_na_protest_shho_voni_vimagayut_n1530388) [October 27, 2024].

blems: it does not provide a space for public participation and gives too much power to developers. The third and most crucial concern, which forced architects onto the streets of many Ukrainian cities in mid-November 2021, was a challenge to their professional autonomy.

The former chief architect of Lviv was critical of current architects' ability to act independently: "The architect shrank from a demiurge, as he was in the 1950s, into a servant of the money bags."<sup>2</sup> This quotation provides the frame for the "golden age" of planners—the imagined period of independence, when they could act according to their will and vision.

In this paper, I define professional autonomy as the ability to self-regulate one's own field of expertise. It is always negotiated and localized, and certain connections become more or less visible over time. For instance, the dependence on the state became less noticeable than the dependence on the private customer. Architects speak about the period of state socialism as a time when their field was better protected and they had more tools to secure their positions. Although the Soviet state utilized urban planning as an essential ideological tool, experts assert that they could navigate the system. Based on in-depth interviews with people who entered the profession during state socialism and developed their careers before and after the collapse of the USSR, I outline the factors that determine this perception of professional autonomy.

During the 1970s and 1980s, urban planners had learned to work with the state bureaucracy, and there was no need to coordinate their decisions with many stakeholders. Experts from other fields did not interfere with their professional practice, and they acquired a range of applied knowledge and skills that clearly defined their field of competence. Even when they remember the relations with the state, represented by central institutions, as hostile, they often concede that local authorities secured their autonomy. The loss of connection with the city councils is one of the key reasons behind the deterioration of their position. Their autonomy was supported by various types of relations—with employers, clients, users, and other professionals. With the collapse of the Soviet system, they had to rearrange this network.

The alliance between the planners and the Soviet state—represented by executive committees, ministries, local administrations, and enterprises—had taken decades to form. Architectural historian Christina Crawford mentions early Soviet architects' ability to be creative and innovative, granting them a degree of autonomy.<sup>3</sup> During the following years, they expanded the space for

<sup>2</sup> Urban planning professor, born in 1955, recorded December 31, 2020.

<sup>3</sup> Cf. Christina E. Crawford, *Spatial Revolution: Architecture and Planning in the Early Soviet Union*, Ithaca 2022.

professional expression.<sup>4</sup> Urban planners were simultaneously engaged in forging the socialist city and pursuing personal interests, searching for loopholes and workarounds. Some of them accumulated both professional authority (the ability to enforce decisions beyond one's direct sphere of competence) and autonomy (the ability to protect their own field from outside interference). They were quite successful "connective professionals"<sup>5</sup> who managed to cultivate networks with decision-makers.

The collapse of the USSR forced urban planners to rethink their relations with the state as their principal employer and to develop a new system of connections in order to preserve privileges and positions. Promotional material published in *Architectural Herald* (*Arkhitekturnyi visnyk* in Ukrainian) in 2001 compared urban planners to "stalkers<sup>6</sup> in a relativistic environment, who are navigating their way toward an unclearly defined goal while only knowing the general direction of movement."<sup>7</sup> Just a decade before, the broad aim of urban planning in the Soviet Union had been rather clear. Theoretically, planners had to create an image and provide guidelines for constructing the socialist city. In practice, they had to adjust party decisions to specific urban situations drawing on limited resources. After the collapse of the USSR, there remained a zone replete not only with the previous regime's material debris but also with infrastructures, institutions, social practices, and cultural patterns. Urban planners had to reimagine their field—using the tools they had gained over the previous decades. They also had to negotiate their autonomy within inherited and newly emerging institutional landscapes.

## *2. Architects Speaking: Specifics of data and methods*

Research on architectural milieux often focuses on formalized organizations, the most famous of which is CIAM, the *Congrès Internationaux d'Architecture Moderne*.<sup>8</sup> In the United Kingdom and the United States, firms are used as criti-

<sup>4</sup> Cf. Heather D. DeHaan, *Stalinist City Planning. Professionals, Performance, and Power*, Toronto 2013.

<sup>5</sup> Mirko Noordegraaf, Protective or connective professionalism? How connected professionals can (still) act as autonomous and authoritative experts, *Journal of Professions & Organizations* 7:2, 2020, 205-23.

<sup>6</sup> The word comes from the Soviet movie "Stalker" (1979), loosely based on the novel by the Strugatsky brothers, "Roadside Picnic" (1972, published in English in 1977).

<sup>7</sup> APM-2, *Mistoprojekt, Arkhitekturnyi visnyk* 1, 2001, 22.

<sup>8</sup> Cf. Martin Kohlrausch, *Brokers of Modernity. East Central Europe and the Rise of Modernist Architects, 1910-1950*, Leuven 2019; Eric Mumford, *Defining Urban Design: CIAM Architects and the Formation of a Discipline, 1937-69*, New Haven 2009; Lukasz Stanek (ed.), *Team 10 East: Revisionist Architecture in Real Existing Modernism*, Warsaw 2014.

cal units around which researchers construct their narratives.<sup>9</sup> In my case study, I follow urban planning professionals with different institutional affiliations who were (and are) working on the level of the city as academics, practitioners, or administrators. My arguments unfold from publications in professional architectural monographs and journals from the 1970s to the 2000s, archival inquiries, memoirs, and conversations with 20 architects and urban planners. The interviews were intended as biographical and focused on education, professional careers, and the community of peers. I used a semi-structured guide so that the dialogue was quite flexible. Narrators could thus reconstruct their life trajectories according to their understanding of the importance of specific events and the development of the interview situation.

The narrators have diverse professional biographies: some of them worked in state planning institutions for decades; others were mainly involved in teaching, and some were independent designers. In this paper, I mainly focus on interviews with professionals who were both planners and administrators. They are mostly male—the sample reflects the field at a time when the chief architects of the city and the region were only men. The interviewees were born between 1930 and 1974, and the majority are from the first post-WWII decade; therefore, they started undergraduate education in the 1960s and got their first jobs in the 1970s. As of 1991, they were already established professionals, which means that they had experience in urban planning both under state socialism and after its demise. These interviews reflect a distance from the discussed events, as I recorded these conversations between 2018 and 2020 when specific ways of narrating the Soviet state and the post-socialist decades had already been established.

Distance in time and the current position of a speaker are important variables to consider when analyzing oral evidence. In that sense, the story about early post-Soviet recordings is indicative. In 1992, John V. Maciuka, a doctoral student in architectural history at the University of California Berkeley, conducted interviews with four Lithuanian architects as part of his research on Soviet housing construction and the Lazdynai project, which had won the Lenin prize in 1974. In the introduction to these oral histories published almost 30 years later, he mentions that Lithuanians expressed skepticism and believed that his storytellers engaged in “self-mythologization” when describing how they manipulated the Soviet system to introduce better quality housing. Maciuka distances himself from such an interpretation. For him, their stories

<sup>9</sup> Cf. Judith R Blau, *Architects and Firms: A Sociological Perspective on Architectural Practice*, London 1984; Laurie Cohen et. al., “Remember I’m the bloody architect!”: Architects, organizations, and discourses of profession, *Work, Employment and Society* 19:4, 2005, 775–96.

are more significant than a myth; they “corroborate the specific and subtle circumstances in which Soviet Lithuanian architects had to [...] practice their profession”.<sup>10</sup> He continues that “even forging sufficient budgetary maneuvering room to be architecturally creative in the heavy bureaucratic central planning context presented grave difficulties.”<sup>11</sup>

By contrast, Marija Drėmaitė challenges the narratives produced by architects in independent Lithuania about their professional careers during the Soviet period, which they claim constituted “cultural resistance.” Architecture and urban planning were tightly connected with the state apparatus and state infrastructures (including patronage practices, the establishment of centralized institutions, financing, and the construction industry). Drėmaitė remains suspicious of the possibility of being a dissident in such a state-dominated field.<sup>12</sup> My interview partners do not frame their professional practice as “resistance,” nor are they nostalgic for their lost status and past experience.<sup>13</sup> Rather, they perceive their job as permitting a certain measure of autonomy allowed by the institutional environment in which they operated. This assessment became a background against which the current situation in the field is constantly evaluated. It is worth emphasizing that the narrative reality of the interviews reflects both the interviewees’ past experiences and their current lives. At the same time, these narratives provide insight into the process by which people make meaning and relate to the world.

The interviews I have recorded in Lviv imply both the distance to state socialism and almost 30 years of experience working in independent Ukraine. This experience includes several significant developments. The economic crisis of the 1990s, which was an extremely challenging time in the lives and careers of a vast number of professionals,<sup>14</sup> marked a turning point. It was followed by the establishment of a new system of relations with private clients, the return

<sup>10</sup> John V. Maciuika, *A Personal Introduction in Two Journeys: From Lithuanian SSR 1980 to Lithuania 1992*, in Maciuika and Marija Drėmaitė (eds.), *Lithuanian Architects Assess the Soviet Era: The 1992 Oral History Tapes*, Vilnius 2020, 30.

<sup>11</sup> *Ibid.*, 38.

<sup>12</sup> Cf. Marija Drėmaitė, *Cultural Resistance or Subversive Opportunism? On Lithuanian Architects’ Memories*, in Maciuika and Drėmaitė, *Lithuanian Architects*, 52–92.

<sup>13</sup> Cf. Otto Boele, “Perestroika and the 1990s—Those Were the Best Years of My Life!” *Nostalgia for the Post-Soviet Limbo*, in: Otto Boele, Boris Noordenbos and Ksenia Robbe (eds.), *Post-Soviet Nostalgia. Confronting the Empire’s Legacies*, New York 2019, 203–23; Marina Kiblitckaya, “Once We Were Kings”. *Male Experiences of Loss of Status at Work in Post-Communist Russia*, in Sarah Ashwin (ed.), *Gender, State and Society in Soviet and Post-Soviet Russia*, London and New York 2000, 69–78.

<sup>14</sup> Cf. Maria A. Rogacheva, *The Private World of Soviet Scientists from Stalin to Gorbachev*, Cambridge 2017; Vladislav Zubok, *Zhivago’s Children: The Last Russian Intelligentsia*, Cambridge, Mass. 2009.

of the state as a controlling body, the growing role of developers, and the beginning of decentralization reform in 2014, with more decision-making powers being transferred to the local administrations. All this forms the context in which my narrators recount their professional biographies.

### *3. Relations with the Soviet state as principal client*

Urban planners framed the attitude toward the Soviet state as a “love-hate” relationship. On the one hand, the nationalization of the land and the means of production opened up the possibility of large-scale planning interventions. The state was the primary employer and client; it represented the public good and suppressed individual needs for the sake of the collective. Urban planners did not engage in multiple negotiation processes. One of the authors of the Lviv general plan speaks about the tension between the interests of specific individuals and the common good: “750,000 residents [estimated Lviv population—N.O.], thousands of individuals and legal entities, and you can't please everyone.”<sup>15</sup> On the other hand, planners acknowledged that the Soviet state limited and restricted their profession in many ways and that resources were constantly scarce.

In the case of Lviv, several urban planners were quite successful in lobbying for the interests of the local professional community. For instance, the chief architect of the Lviv region, Andrii Shuliar (1918–2010), held his position for almost three decades—between 1953 and 1980. Similarly, Yaroslav Novakivskiy (1920–82), the head of the urban planning workshop at the Dipromist State City Design Institute’ local branch, managed to secure the direct financing of a new edition of the Lviv general plan through the State Construction Committee. Another example is Zynovii Pidlisnyi (1935–99), who was a director at the same institution.

The following case illustrates his relations with the central planning office in Kyiv in the late 1970s when the Lviv branch of Dipromist started to plan a mass housing district in the southern part of the city. A local team changed the typical construction of 84 series of prefabricated panel buildings slightly, and Pidlisnyi had to get this approved by the local State Construction Committee. Later, he described this meeting to his Lviv colleagues. A professor of urban planning recalls Pidlisnyi’s story in his interview: “It is clear that these improvements [in series] were constructive, and they caused some price increase, and this was a deadly sin. And he [Pidlisnyi] told how [people] were shouting at him in high offices in Kyiv (his name was Zynovii): ‘Zynovii, you will be imprisoned because you raise the cost of the construction.’ Well, somehow, thank

<sup>15</sup> Urban planner, born in 1952, recorded December 20, 2018.

God, he was not imprisoned. Thank God he remained in Lviv with his projects.”<sup>16</sup>

The other interviewee tells a similar story about this conversation. She recalls that the director of the State Construction Committee was very upset about these changes to the series, but that Pidlisnyi protected the project and it was implemented.<sup>17</sup> Later, Viacheslav Sekretariuk, the First Secretary of the Lviv City Committee of the Communist Party from 1980 to 1987, proudly mentioned that local builders were among the first in the Ukrainian SSR to switch to the construction of houses with improved planning.<sup>18</sup> This example illustrates how a powerful professional managed to secure the autonomy of architects and how this accomplishment became something to be utilized by the party authorities in the competition between cities.

The former chief architect of Lviv, who worked both under state socialism and after the collapse of the USSR, describes the situation of professionals who were navigating relations with the state. As an urban planner and a representative of local administration, he experienced pressure from local and central authorities concerning city development: “There were many assignments and many questions from the regional party committee and the city party. It was difficult because many enterprises of national significance operated, expanded here, located their sites, and we were categorically against [it] [...]. I had to prove it to the first secretary. He was under pressure there; I understood that. They are pressuring [him] from Kyiv, from Moscow, and I have to write out the justifications so that he has to remember them and report on high.”<sup>19</sup>

This story shows the power dynamic between professionals and local authorities as well as the relations within the party hierarchy. It also illustrates that urban planners had to deal with the interests not only of the local party administration but also of the powerful industries that were located in the city yet managed by state ministries. The alliance with local officials gave them persuasive claims to represent the public good, competing with the ever-growing demands from the center.

#### *4. Search for a new principal client after 1991*

The first post-Soviet decade brought significant political and societal transformations in Ukraine. Mass privatization pushed the state to the periphery of de-

<sup>16</sup> Urban planning professor, born in 1942, recorded February 26, 2019.

<sup>17</sup> Cf. Urban planning professor, born in 1934, recorded February 9, 2019.

<sup>18</sup> Cf. Viacheslav Sekretariuk, *Gorod L'vov i ego problemy, Stroitel'stvo i arkhitektura* 344:1, 1983, 2-3.

<sup>19</sup> Cf. Urban planner, born in 1944, recorded December 2, 2020.

cision-making concerning urban development; the administration no longer had a monopoly on spatial interventions. An urban planner who was Lviv's chief architect during the early 1990s describes the situation as "the most difficult times in the economy and in the urban development of the city."<sup>20</sup> He links this to the bankruptcy of numerous industrial enterprises, opaque and aggressive privatization, and the emergence of the first oligarchs.

Due to the economic crisis, the programs of mass housing construction stopped, and numerous developments remained unfinished. Several infrastructure projects, such as new tram routes and metro lines, were postponed for decades or are still not implemented. It was also a crisis of common spaces: throughout the 1990s and much of the 2000s, municipal authorities could not consistently maintain communal facilities.<sup>21</sup> The turn from a planned to a market economy meant a radical redistribution of resources and a shift from the macro-scale of planning, where one key customer controlled planning at the city and regional level, to the micro-scale of a person who became the owner of a privatized housing complex or company.

All this led to the shrinking of the field of urban planning. While speaking about the 1990s, the former chief regional architect who used to work at the Lviv branch of the State Design Institute for Cities mentions that out of 60 people working in a planning office, only 15 remained.<sup>22</sup> State-funded planning institutions lacked resources: salaries were meager and often came late. Instead of money, architects sometimes received products or things. My interviewee describes a line of people in the corridor; two sacks of sugar, three bags of buckwheat, and some boots were offered as payment. He bitterly comments: "Such was the respect for architectural specialists in terms of material support."<sup>23</sup>

Kateryna Malaia recalls the story of one of the architects with whom she spoke in 2017. In 1993, despite his lack of previous experience with interior design, he started to remodel elite apartments. This work earned him much more money than his job at the institution at which he had worked during the Soviet period.<sup>24</sup> Resources shifted from state institutions to private customers. As a result, urban planners had to adjust to the new configuration and mobilize a dif-

<sup>20</sup> Urban planner, born in 1944, recorded September 24, 2020.

<sup>21</sup> Cf. Stephen J. Collier, *Post-Soviet Social: Neoliberalism, Social Modernity, Biopolitics*, Princeton 2011; Mateusz Laszczowski, *Scraps, Neighbors, and Committees: Material Things, Place-Making, and the State in an Astana Apartment Block*, *City & Society* 27:2, 2015, 136–59.

<sup>22</sup> Urban planner, born in 1946, recorded December 21, 2018.

<sup>23</sup> *Ibid.*

<sup>24</sup> Cf. Kateryna Malaia, *A Unit of Homemaking: The Prefabricated Panel and Domestic Architecture in the Late Soviet Union*, *Architectural Histories* 8:1, 2020, 12.

ferent skill set. The period of the 1990s is remembered as a crisis, but also as a time when many things were possible as there was almost no controlling body.

After the collapse of the USSR, urban planners from the former state institutions “tried to preserve their influence in the area in which they had worked earlier”<sup>25</sup> and competed with numerous individual actors for limited resources. Gradually, the position of the investor was gaining more traction, especially in the field of architecture. A person with financial capital became the decisive voice in any project. In Soviet times, money had stemmed from one source, the state. After the USSR’s collapse, the question of the origin of, and control over, money suddenly came to the fore. My interlocutors are still irritated when recounting how developers started to interfere with their professional practice: “The private customer pays with his own money. That suffices to make him the main person.”<sup>26</sup> Whereas before, urban planners had learned to coexist in relations with a more or less abstract state in a mutually beneficial way, they now had to adjust to a new power dynamic. This tension resulted in the reduction of the role of professionals.

The biggest challenge to planners’ autonomy—as it was framed in the majority of interviews—came from investors and developers. “An architect can show off as much as he wants, but if he doesn’t have a good investor, he won’t get anything done,” says an architect who left the profession during the 1990s and returned in the 2000s.<sup>27</sup> Previously, urban planners had had to deal with the state (represented by specific individuals, but more or less tied to the socialist project) as the key investor. Knowing “the right people” and adopting “the right language” of justification enabled the implementation of particular projects. When discussing the narratives of leading Soviet Lithuanian architects, Marija Drėmaitė mentions the existence of “collegial ties to local Lithuanian government officials, which helped generate original solutions to material shortages and economic challenges.”<sup>28</sup> The connections developed during, and inherited from, state socialism helped urban planners to secure a limited number of orders during the 1990s, but they were evaporating with time.

### *5. Relations with other fields and groups of interest*

Urban planning under state socialism was a technocratic field. If we use the “becoming-doing-relating” triad to assess professions,<sup>29</sup> the “becoming” part of

<sup>25</sup> Urban planner, born in 1947, recorded November 20, 2018.

<sup>26</sup> Urban planner, born 1948, recorded August 2, 2020.

<sup>27</sup> Architect, born in 1960, recorded August 6, 2020.

<sup>28</sup> Drėmaitė, *Cultural Resistance or Subversive Opportunism?*, 86.

<sup>29</sup> Cf. Michel Anteby, Curtis K Chan, and Julia DiBenigno, *Three Lenses on Occupations and*

urban planning in the USSR was closely related to the field of construction. During the post-war decade in Soviet Lviv, architects studied at the Department of Engineering and Construction. Khrushchev's condemnation of Stalinist "excess" in architecture led to the field being unified and restructured—there was no architectural program at Lviv Polytechnic between 1956 and 1959. "The builders will do it themselves"—it was a denial of the architectural profession," as one interviewee recalls his student years during the mentioned period.<sup>30</sup> Urban planning was restored as an architectural sub-specialization at the Polytechnic Institute in 1966, while a separate department of architecture was only organized in 1971.<sup>31</sup>

Although a department was eventually formed, its genealogy mattered: the program included a strong emphasis on technical training. My interlocutors praised the engineering part of the curriculum, as it helped them with design work and delineated the borders of what was possible. Education imposes the boundaries of a field on students; in the case of urban planning under state socialism, these boundaries were rather exclusive. At the same time, such boundaries secured professional autonomy against outside interference<sup>32</sup>—either from other professional fields or from the general public.

The need to redefine the established boundaries of urban planning began to manifest itself during the last decade of state socialism. The story of the Lviv underground tram is quite telling in this regard. The project was envisioned in the 1960s, mentioned in the Lviv general plan of 1966, and became a subject of detailed planning during the 1970s and 1980s. However, the very first shaft in the courtyard of the Potocki Palace, an architectural monument from the late nineteenth century, caused cracks in several nearby buildings.

The urban planners responsible for designing the underground stations recall the conversation about the termination of work in more detail than the planning of the project itself. They remember that discussions with the Lviv City Council went on for about a year. Some of the arguments were more technical in nature, such as focusing on strengthening the bases of the central buildings with concrete poles<sup>33</sup> or referring to the underground construction

Professions in Organizations: Becoming, Doing, and Relating, *The Academy of Management Annals* 10:1, 2016, 183–244.

<sup>30</sup> Urban planning professor, born in 1942, recorded February 26, 2019.

<sup>31</sup> More about urban planning education in Lviv in Natalia Otrishchenko, *Looking Forward, Looking Back: Ways of Re-Connecting Urban Planning Education in Lviv*, *Studia Historiae Scientiarum* 21, 2022, 485–514.

<sup>32</sup> Cf. Anne Edwards, *Building Common Knowledge at the Boundaries Between Professional Practices: Relational Agency and Relational Expertise in Systems of Distributed Expertise*, *International Journal of Educational Research* 50:1, 2011, 33–39.

<sup>33</sup> Urban planner, born in 1947, recorded November 26, 2018.

experience of other cities, especially the London Tube.<sup>34</sup> The others were concerned with the financial side of the project. However, the heritage protection milieu and the wider public opposed the project as it could damage the city center (at that moment, the State Historical and Architectural Reserve). One urban planner recalls this discussion: “The people who participated in this movement said that ‘it is something you do wrongly, you want to destroy Lviv (something like that—adding fuel to the fire), you do it intentionally, and you want to destroy Lviv’ [...]. [T]he general plan predicted that the population would reach 900,000, up to a million, so understanding, predicting those trends, off-the-street transport was suggested so there would be no problems in the future. But, it is one thing when the specialists propose something, and quite another when public figures shout, ‘Shame on you, specialists,’ shaming those specialists.”<sup>35</sup>

This story illustrates the clash between different professional communities and the wider public. From today’s perspective, the urban planner draws on his expertise to make predictions in order to solve future problems of urban development, criticizing the amateurish and overly emotional position of public figures trapped in the “black or white”-mode of thinking. However, as Victoria Donovan puts it, since the 1960s, “members of the local community were empowered to express their criticism of local officials, particularly with reference to ‘democratic’ themes such as the preservation of cultural heritage. [...] In the perestroika era, when the limits on public debate were removed, this group realized its political potential, transforming into a platform for social criticism and organized dissent.”<sup>36</sup> The autonomy of urban planners was challenged not only by local politicians who became involved in the debate about city development but also by other fields of expertise—such as heritage protection—that reframed the definition of the city and the notions underpinning planning.

For decades, the voices of professionals from the humanities and social sciences had been quite marginal in discussions about city development. They existed mainly in academia and later NGOs and did not have much influence on the actual practice of planning. However, by rearranging the boundaries of urban planning so as to make it more inclusive, these alternative experts gained more traction. Similarly, Hungarian sociologists entered the conversation about the welfare system during the late phase of state socialism: “By claiming the role of the ‘expert,’ they carved out influential positions for themselves as analysts and policymakers. Hence, although sociologists were clearly con-

<sup>34</sup> Urban planner, born in 1952, recorded December 20, 2018.

<sup>35</sup> Urban planner, born in 1952, recorded December 20, 2018.

<sup>36</sup> Victoria Donovan, *The “Old New Russian Town”: Modernization and Architectural Preservation in Russia’s Historic North West, 1961–1982*, *Slavonica* 19:1, 2013, 32.

cerned about the fate of the impoverished, their reform maneuvers were also propelled by their own professional interests.”<sup>37</sup> In a similar vein, urban planning started to be a contested interdisciplinary practice. Therefore, the city became an arena in which different professions competed for their share and were, therefore, not eager to cooperate. Debates about professional autonomy and crises of professional legitimacy are bound up with issues of inclusion and exclusion, objectivity, and outsourcing.<sup>38</sup> Even though their field of expertise has long been challenged from the outside, urban planners still rely on exclusion and objectivity when speaking about their professional autonomy.

After the collapse of the USSR, the state was no longer the main investor in the field of urban planning. At the same time, it did not yet establish a new system of norms and controlling institutions. The former chief district architect draws a comparison between the 1990s and the 2000s: “It was easier then, there was no such bureaucracy. Then it [city council] began to introduce approvals, an interdepartmental commission [...]. And then it was necessary to pass the sanitary and fire inspections separately.”<sup>39</sup> This quotation addresses the planners’ autonomy from at least two perspectives: that of the state and that of other professional fields. However, planners see the challenge mainly from the side of competing technical expertise rather than at the social science level, as it happened in the context of the US.<sup>40</sup> This implies clear professional boundaries: they speak about urban development as a field of engagement for people from an engineering background. In their view, the city remained the space of artificial objects, not of the people or of nature.

## *6. Broadening venues for public participation*

The situation with the underground tram described earlier shows the tendencies that would become more widespread later as the state lost its monopoly on defining the public good, and multiple interest groups entered the conversation about the city’s future. Residents joined this discussion with their visions of the individual or collective good, and the field itself was unprepared to accommodate their claims. Kristof Van Assche, Gert Verschraegen, and Joseph Salukvadze, when speaking about the context of post-Soviet Georgia, mention

<sup>37</sup> Lynne Haney, *Inventing the Needy: Gender and the Politics of Welfare in Hungary*, Berkeley 2002, 168.

<sup>38</sup> Cf. Gil Eyal, *The Crisis of Expertise*, New York 2019.

<sup>39</sup> Architect, born 1947, recorded November 26, 2020.

<sup>40</sup> Cf. Lloyd Rodwin, *Images and Paths of Change in Economics, Political Science, Philosophy, Literature, and City Planning, 1950-2000*, in Rodwin and Bishwapriya Sanyal (eds.), *The Profession of City Planning: Changes, Images and Challenges, 1950-2000*, New Brunswick 2012, 19.

that planners themselves “would be unlikely candidates to organize participatory planning.”<sup>41</sup> It reflects the legacy of centralist design and the technocratic imagination that urban development had to be coordinated from above by experts, and people did not have the space to express their visions (with the exception of letters to the authorities). Yet, through the media, protests, and public hearings, city dwellers started to exert more influence on urban affairs. If earlier planners embodied the state’s interests (and the abstract public good), they are now forced to navigate between multiple stakeholders with various and often mutually exclusive interests.

Urban planners often perceive city inhabitants as less educated, solely focused on their individual concerns, and unable to grasp the broader perspective. The former chief architect of Lviv, who held the office in the mid-2000s, criticizes public participation as lacking proper moderation, a forum that anyone can join without specialist knowledge. The following quotation hints at multiple issues: a professional’s contempt toward ordinary people’s opinions, a fierce and emotionally loaded public debate, the formalized and instrumental role of the state in setting up priorities for urban development and creating lists of monuments for protection, the dependence on external legal expertise, which could be easily tempted by financial capital: “Architecture is such a public thing because it is a visual, [and everyone] has something to say about it. Because when there are some hydraulic tests, when there is no water and so on, people don't know, they shout that there is no water [...]. And here everyone has an opinion, especially on heritage, especially on architecture. And polarization appeared: this opinion is very much in favor of preservation and, accordingly, an ignorant opinion against it, ‘What is there to preserve?’ immediately appeared. There was a rule, they drew it: ‘Is there a table?’<sup>42</sup> If not—it is not a monument [...]. And here our humane, ‘the most humane courts in the world,’<sup>43</sup> have joined in, where everything could be solved with money. And the architect was defenseless.”<sup>44</sup>

The narrator describes urban planners navigating relations with the state and courts, which became essential players in the field, helping certain actors push through their interests. He briefly mentions the professionals who possess technical knowledge about infrastructures. He also covers the relations with lay audiences and the inability to engage in constructive dialogue with urban

<sup>41</sup> Kristof Van Assche, Gert Verschraegen, and Joseph Salukvadze, *Changing Frames: Citizen and Expert Participation in Georgian Planning*, *Planning Practice & Research* 25:3, 2010, 377-395, 386.

<sup>42</sup> Table on the building indicates its listing as a monument to be protected.

<sup>43</sup> Quote from the Soviet comedy “Kidnapping, Caucasian Style” (1967), often used for mocking the court system.

<sup>44</sup> Urban planning professor, born in 1955, recorded December 31, 2020.

residents. The reasons behind this inability come from both sides: urban planners, who are not trained to listen to city inhabitants, and city dwellers, who do not trust planners' expertise.

On the side of planners, professional training as a whole lacked the skill of understanding different social experiences and engaging in a conversation with various competing parties. The discipline uses depersonalized language, even when constantly referring to the user. Planning documentation had to generalize based on "the number of city-forming personnel, i.e. workers,"<sup>45</sup> and use average numbers (square meters per person, number of beds in hospitals per 1000 persons, number of places in high schools per 1000 person, et cetera) to make a claim. Urban planners would also need a new vocabulary and moderation skills, which are not part of their educational curriculum. Alex Kriege describes the ideal planner: he or she, among other abilities, must be able to "analyze, visualize, and orchestrate relationships in space"<sup>46</sup> while understanding the role of people in place-making and place-maintenance and respecting the expertise of other professionals. Kriege concludes that "the best planners will once more be educators and advocates (though not preachers)."<sup>47</sup> Some of Lviv's urban planners had the experience of teachers, but their communication was of a hierarchical character—more like preaching. For instance, the former chief architect of Lviv describes a meeting with urban residents in the late 1980s, recorded by local media: "I begin to report [...] and say: 'Here, integration and differentiation of functions is planned, and according to that principle, we divided that, that, and that.' After the meeting ends, the camera operator says: 'Everything is correct, just do not use some of those words—integration, differentiation.' And I say: 'No, I speak as a representative of the institute, the public, who must clearly call everything by its name.' And then I explain what I meant. Let the people get used to such words so that they know. This is an educational process."<sup>48</sup>

He speaks about his role as an educator, but he did not engage in knowledge exchange. He was inclined to convey concepts from his field to the public, as opposed to responding to people's direct experiences. The same idea, but in relation to developers who need to be better educated, is expressed in multiple narratives. The following quotation by an architect is emblematic: "This enlightening role should be [a common practice] [...]. Overall, I would ban all peo-

<sup>45</sup> Urban planner, born in 1944, recorded September 17, 2020.

<sup>46</sup> Alex Kriege, *The Planner as Urban Designer: Reforming Planning Education in the New Millennium*, in Lloyd Rodwin and Bishwapriya Sanyal (eds.), *The Profession of City Planning: Changes, Images and Challenges, 1950-2000*, New Brunswick 2012, 208–09.

<sup>47</sup> *Ibid.*, 209.

<sup>48</sup> Urban planner, born in 1944, recorded September 24, 2020.

ple without architectural education from owning construction companies [...] these people must be educated.”<sup>49</sup> This resonates with observations made by Zsuzsanna Vargha about advertising experts in post-socialist Hungary, who also had the ambition to educate their clients and customers.<sup>50</sup>

On the side of urban residents, distrust could result from “planning cynicism”<sup>51</sup> among a population that had ample experience of a planned economy. One of the authors of the Lviv general plan stresses the link that people make between urban planners and functionaries: “When I speak at public hearings, they treat me like an official: ‘But you, officials, are so-and-so!’ But I say: ‘I’m not an official, I’m a designer, you know? I studied. I was taught to hold a pencil in my hands and count, and all this business.’”<sup>52</sup> His answer delineates the boundaries of expertise and the need to separate urban professionals from decision-makers. He also describes why dialogue is impossible: “People are already winding themselves up when they come to public hearings—no arguments work because a person is already irritated, and if he is irritated, it is very difficult to prove anything to him.”<sup>53</sup> Planners perceive the audience as aggressive and uneducated because direct citizen involvement would require a change in their self-image.<sup>54</sup>

This “dual inability” to enter dialogue blocks any opportunity for alliances that would benefit both sides. By engaging with a larger audience, urban planners could gain symbolic capital to compete with developers, and city dwellers could collaborate with planners to enhance the quality of urban life. If planners began to see themselves as mediators and engage with the local context they could secure a new foundation for their professional autonomy.

### *7. Possession of locally relevant knowledge*

The urban planning field is site-specific—professionals had to acquire information on a given territory’s geological, climatic, infrastructural, demographic, and economic features in order to summarize them in visual form. Such multifaceted knowledge contributed to their ethos as specialists with broad and locally embedded knowledge. They enjoyed a greater degree of freedom than artists in fields such as literature, painting, or cinema; architectural historian

<sup>49</sup> Architect, born in 1960, recorded August 6, 2020.

<sup>50</sup> Cf. Zsuzsanna Vargha, *Educate or serve: the paradox of ‘professional service’ and the image of the west in legitimacy battles of post-socialist advertising*, *Theory and Society* 39:2, 2010, 203–43.

<sup>51</sup> Van Assche, Verschraegen and Salukvadze, *Changing Frames*, 383.

<sup>52</sup> Urban planner, born in 1952, recorded December 20, 2018.

<sup>53</sup> *Ibid.*

<sup>54</sup> Cf. Van Assche, Verschraegen and Salukvadze, *Changing Frames*, 384.

Marija Drémaitė explains this by pointing to their positioning as technical rather than artistic experts.<sup>55</sup> The former chief architect of the Lviv region during the 1980s and 1990s calls such experts “people who know the territory and who own the territory.”<sup>56</sup> This was an implicit knowledge gained through practice and, therefore, not always transferable. Planners’ connectedness to the specific urban context, their possession of locally grounded knowledge, and practical design skills are important components of their perceived autonomy.

As an expert who had worked under state socialism in the 1980s, the former chief architect of the city provided information that local party representatives could use in their discussion with central institutions. During the interview, he paid a lot of attention to the quality of information he was delivering (“When I reported something to someone, I must be 100%, 120% convinced that it is true”<sup>57</sup>) because this constituted the foundation for mutual trust. Such information was derived not only from his theoretical knowledge and familiarity with planning documentation but also from his practical skills: “I walked around the entire territory. There is no hole in the city where I did not walk. It was a little easier for me when I came to the position [of the chief architect] because I had done a lot of work before as an urban planner. [...] I knew all the industrial enterprises, walked around them, looked at what was there.”<sup>58</sup> This tacit knowledge was the basis of his professional confidence.

The changes in the urban planning field during the post-Soviet decade are connected to the decreasing role of tacit knowledge and the increasing role of performing expertise. The former chief architect of Lviv, who held the office in the mid-2000s, reflects on the tendency of local authorities to rely more on “some scientific-looking cartoons, presentations, an unlimited number of images, internet, Wikipedia.”<sup>59</sup> He deplores this trend because it undermines the planner’s role and significantly lowers the threshold for entering the profession. The narrator also criticizes the municipality’s HR policy for underestimating the role of locally embedded knowledge of infrastructures: “For example, the water supply company or those related to gas, those people who know where which pipe goes—it was very wrong to fire everyone from their jobs and to recruit people who can hardly read a map. And they [fired specialists] knew by heart when they changed the pipes, valves, and dampers, knew that it could burst or that the heat pipes that have been laid there for 30 years are rotten

<sup>55</sup> Marija Drémaitė, *Cultural Resistance or Subversive Opportunism?*, 84.

<sup>56</sup> Urban planner, born in 1946, recorded December 21, 2018.

<sup>57</sup> Urban planner, born in 1944, recorded December 2, 2020.

<sup>58</sup> *Ibid.*

<sup>59</sup> Urban planning professor, born in 1955, recorded December 31, 2020.

[and] need to be repaired.”<sup>60</sup>

The narrator stresses the importance of technical expertise, which, he believes, has become less prominent in the discussion about urban development. Returning to the value of locally grounded knowledge is seen as a way to restore the planning profession’s autonomy.

The ability to access locally relevant knowledge works on different scales and relates to different topics. It is about connecting to a particular territory, knowing “where which pipe goes,” but also about knowing the population profile and being able to foresee different outcomes of decisions. The main competition is along the lines of imagination: what is a city, and what knowledge is essential for its planning? A symbolic struggle will also take place over the language used by planners to describe the development of a city. Urban geographer Tom Staler unpacks popular buzzwords and concepts adopted by academics, business leaders, media, and policymakers (like “resilient cities,” “place-making,” or “neighborhood effects”). He worries that “[t]he autonomous scholar, conducting research for reasons arrived at in the course of their engagements with knowledge, politics, and society, is increasingly a challenging role to fulfill.”<sup>61</sup> Therefore, local knowledge can challenge the global unifying language of urban development. It also means engaging with different communities—which urban planners need to do in order to regain their autonomy.

## 8. Conclusions

I finished my interviews with architects and urban planners almost a year before the draft of Law No. 5655 was discussed. This document, in addition to serious corruption risks, is the final step in the erosion of architects’ and planners’ professional autonomy, which, according to the interviews I have collected, has been underway for decades. In describing their professional biographies, urban planners return to the period of state socialism, when ideological pressure and lack of resources were combined with institutional settings that could protect their professional field. In their narratives, urban planners refer to different “states” when talking about various periods and scales. Relations with the state on the local level—namely, the city administration—were crucial because they secured professional autonomy. Numerous powerful experts—such as Andrii Shuliar, Yaroslav Novakivsky, and Zynovii Pidlisnyi—cultivated diverse networks and were tightly connected to party nomenclature. Thanks to their positions, the entire field was perceived as stable and protected from external in-

<sup>60</sup> Urban planning professor, born in 1955, recorded December 31, 2020.

<sup>61</sup> Tom Slater, *Shaking Up the City: Ignorance, Inequality, and the Urban Question*, Berkeley 2021, 186.

terference. Therefore urban planners now miss the times when they were closely related to the local administration.

My analysis is limited to one city during a specific period, but I hope that some generalizations can be drawn from it that might be tested in other contexts. Urban planning under state socialism was inherently a hierarchical practice with little (if any) public participation and the need to adjust to shifts in ideological discourse. Professionals who internalized this approach were struggling to adapt to the new power configuration after the collapse of the USSR. In the 1990s, the state lost the status of a primary developer; due to privatization, individual customers began to engage with the urban fabric. The city space was no longer the object for design by a single actor; instead, it was shaped by different people and institutions. Urban planners have to relate to diverse stakeholders: organized civil society, business, professionals from the natural and social sciences, heritage protection groups, and so forth.

Transformation of the institutional landscape contributes to the feeling of diminished professional autonomy because planners do not have enough resources either to protect the boundaries of their profession or to redefine them in a more inclusive way. After the partnership with the state and the local administration no longer provided them with secure positions (especially when the state first lost the resources and later became entangled with the interests of commercial developers), they could have established relationships with organized civil society and professionals from other fields. However, their training and professional ethos do not equip them with a more flexible vocabulary or skills like communication with different audiences. My hypothesis is that urban planners can regain their professional autonomy not through the return to a top-down approach and cooperation with the most resourceful players in the field (be it a state or commercial developers) but by communicating with different audiences and addressing different interests. Planners can re-establish their relations with various urban communities, but this requires the revision of their idea of professional autonomy, not as embedded in vertical relations, but as dispersed horizontally.

As the urban planning field has become more interdisciplinary, planners have perceived it as a threat to their professional autonomy. They were used to operating in a technocratic system and marshaling their design skills but were not ready to adjust to new developments. As one of the urban planning professors mentioned, the biggest challenge to his practice came with the introduction of computer technologies.<sup>62</sup> At the same time, their tacit knowledge is an important source of confidence and contribution to the development of their field.

<sup>62</sup> Urban planning professor, born in 1942, recorded February 26, 2019.

Finally, questions about the professional autonomy of urban planners led me to reflect on the definition of the public good. Urban development affects large numbers of people and will impact the lives of several generations. Still, to address the expectations and needs of all these people, venues for discussion are necessary. The Communist Party dominated the public sphere; hence it was much easier for planners to deal with one player who embodied the “public good” than to navigate between numerous stakeholders. In twenty-first-century Ukraine, planners are compelled to operate within a pluralistic society, and they will address multiple challenges of post-war recovery.

### **Funding**

This paper presents the findings from a post-doc project conducted within the interdisciplinary research network “Legacies of Communism? Post-Communist Europe from Stagnation to Reform, between Autocracy and Revolution,” funded by a SAW grant of the Leibniz Association and hosted by the Center for Contemporary History in Potsdam (2019–21). It was developed during my stay as a Fulbright visiting scholar at Columbia University in 2022–23.

### **Acknowledgments**

The author is grateful to Gil Eyal and the participants of the SKAT Workshop (Fall 2022) for their valuable comments and suggestions. I also appreciate the comments by the reviewers and editors of this theme issue.

**Natalia Otrishchenko** is a researcher at the Center for Urban History in Lviv. She holds a Ph.D. in sociological methodology and methods from the Institute of Sociology at the National Academy of Sciences of Ukraine (2015). She was a tutor and coordinator of the Urban Summer Schools “Visions and Experiences” (2015–2018). In 2019–2022, Otrishchenko was an affiliated scholar at the Leibniz Center for Contemporary History; in 2022–2023, she was a Fulbright visiting scholar at the Department of Sociology, Columbia University. Otrishchenko is interested in qualitative research methods, oral history, urban sociology, sociology of expertise, and spatial and social transformations after state socialism. Her publications include: *Urban Planners Between Secrecy, Automation, and Human-centered Design: Visions of Environment Management in the late Soviet City*, *European Review of History* 30:2, 2023, 257–77; *Looking Forward, Looking Back: Ways of Re-Connecting Urban Planning Education in Lviv*, *Studia Historiae Scientiarum* 21, 2022, 485–514.  
[n.otrishchenko@lvivcenter.org](mailto:n.otrishchenko@lvivcenter.org)

**Yevhen Rachkov**

## **Destruction, Preservation, and Rethinking of Ukraine's Urban Cultural Heritage during the Russo-Ukrainian War. The Building of the Kharkiv Regional State Administration<sup>1</sup>**

*This article examines the processes of destruction, preservation, and rethinking of urban cultural heritage in Ukraine during the Russo-Ukrainian War, using the case of the Kharkiv Regional State Administration building. The building was partially destroyed in the missile strike on Kharkiv's city center on March 1, 2022. It had already held an important place in urban space, but its significance had undergone a complex transformation: from a symbol of Soviet power to a representation of the struggle for democracy and Ukraine's independence. Today, the building is one of the symbols of resistance to Russian military aggression and a recognizable symbol of the war. Special attention is devoted to the lively discussion surrounding its future, considering various aspects such as its significance as an object of urban heritage. Overall, participants in this discussion represent several conceptual orientations, which can be preliminarily identified as decolonial, renovative, and revalorizing. It remains an important task to develop new approaches to dealing with dissonant heritage and possible strategies for the post-war reconstruction of the urban historical environment in Ukraine. The building may become an example of social dialogue and the search for a domestic political consensus or, conversely, attest to the intensification of the "memory wars".*

### *1. Introduction*

The destruction of, and damage to, urban cultural heritage has emerged as an important component of the Russo-Ukrainian War. Intentional obliteration of a city's built environment also means a complete or partial erasure of its cultural heritage, which constitutes the basis for the cultural habitat and the memory of urban communities. This is the result of targeted bombing and shelling of Ukrainian cities by the Russian military, which is displaying signs of urbicide.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> This paper was prepared with the support of the Indiana University-Ukraine Nonresidential Scholars Program.

<sup>2</sup> Cf. Yevhen Rachkov, "Znyshchennia, zberezhenia ta pereosmyslennia mis'koyi kul'turnoi spadshchyny Ukraïny pid chas rosiis'ko-ukraïns'koi viiny," *The Journal of V. N. Kara-*

To start with, devastating damage is inflicted on the heterogeneous urban environment. Destruction of cultural heritage leads to physical and symbolic fragmentation of urban space. What at first glance appears to be localized losses of cultural heritage can in fact pose an existential threat, inhibiting the stable development of both individual urban communities and the entire anthropogenic environment of the city.

For instance, on March 1, 2022, the Russian military carried out a missile attack on the center of Kharkiv, the second-largest city in Ukraine.<sup>3</sup> As a result of this attack, the building of the Kharkiv Regional State Administration was partially destroyed. Before the war, the building had primarily been seen as a hub of state power and an artifact of Soviet architectural heritage. But it had also played an important role in the symbolic space of Kharkiv as a component of the architectural complex of Freedom Square — one of the largest urban squares in Eastern Europe and firmly perceived as the “central part of the city.”<sup>4</sup> Videos and images of the missile strike and its aftermath spread widely across the media and caused a significant public outcry.<sup>5</sup> Thereafter, the partially destroyed building of the Kharkiv Regional State Administration became one of the symbols of the Russo-Ukrainian War.

Shortly after the missile attack, the regional authorities announced that reconstruction was impossible, citing the verdict of a special commission that visually assessed the condition of the building.<sup>6</sup> However, many architects, restorers, historians, and other experts disagreed with this conclusion and put forward proposals for restoring the building. In the media and on social networks, a lively discussion has arisen about its future fate, taking into account various

zin Kharkiv National University. Series: History 62, 2022, 12–48.

<sup>3</sup> Cf. Mariia Timonina (ed.), *Number of Present Population of Ukraine, as of January 1, 2022*. Statistical Publication, Kyiv 2022, 41.

<sup>4</sup> Natal'ia Pozdniakova et. al., *Khar'kov: Putevoditel'*, Khar'kov 2004, 59; Volodymyr Tsaran et. al., *Kharkiv, 350. Fotoal'bom*, Kharkiv 2003, 68 u. 70.

<sup>5</sup> Cf. Kharkiv. Aviaudar. Okupanty bombyly ploschu Svobody, vluchyly v ODA, YouTube. *Ukrains'ka pravda*, March 1, 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=2g6nUezFcwE> [October 23, 2024]; Natalia Zinets, *Kharkiv Official Says Russian Missiles Hit Administration Building, Residential Areas*, Reuters, March 1, 2022, <https://www.reuters.com/world/europe/kharkiv-official-russian-missiles-hit-city-administration-residential-areas-2022-03-01/> [October 23, 2024]; *Building Hit by Missile in Kharkiv's Freedom Square*, BBC, March 1, 2022, <https://www.bbc.com/news/av/world-europe-60568298> [October 23, 2024]; *Destruction in Kharkiv after Russia Steps up its Assault on the City*, CNN, March 1, 2022, [https://edition.cnn.com/europe/live-news/ukraine-russia-putin-news-03-01-22#h\\_3e5614f33a411141ab0fa350d871df57](https://edition.cnn.com/europe/live-news/ukraine-russia-putin-news-03-01-22#h_3e5614f33a411141ab0fa350d871df57) [October 23, 2024].

<sup>6</sup> Cf. Olena Pavlenko, *Zberehty chy znesty: scho bude z kharkivs'kym Budynkom rad? KharkivToday*, June 6, 2022, <https://2day.kh.ua/ua/kharkow/zberehty-chy-znesty-shcho-bude-z-kharkivskym-budynkom-rad> [October 23, 2024].

aspects, including the significance of the building as an object of urban heritage.<sup>7</sup> This discussion vividly illustrates the process of rethinking cultural heritage in Ukraine today, underscores the need to develop new approaches to dealing with problematic heritage, and showcases possible strategies for the post-war reconstruction of Kharkiv — which has suffered significant destruction as a result of Russian bombing and shelling<sup>8</sup> — alongside other Ukrainian cities.

Unexpectedly, the Kharkiv Regional State Administration building has become a case study in the construction and representation of the new discourse of heritage in Ukraine, which is provoked and shaped by the Russo-Ukrainian War. Discursive representations constitute only one dimension of heritage; any heritage discourse is based on the principles of historicization, culturalization, and localization, and therefore serves as a kind of mediator between heritage and local communities.<sup>9</sup> The discussion around demolishing, reconstructing, or modernizing the building of the Kharkiv Regional State Administration confirms this thesis, showing the interconnection between the transformation of urban communal identities and the rethinking of urban heritage. Given that Kharkiv is located just 40 kilometers from the Russian border, the borderland nature of the city is one of its defining features.<sup>10</sup> However, the Ukrainian-Russian borderland has been the zone of both contact and division, in which competing and even mutually exclusive discourses and identities coexist and interact.<sup>11</sup> Since 2014, Russian military aggression against Ukraine has triggered a critical rethinking of Russia's influence on the city's development, a transformation of Kharkiv's urban identity, and ultimately a reinterpretation of its Russian imperial and Soviet heritage.<sup>12</sup>

<sup>7</sup> Cf. Sofiia Panasiuk, “‘Avariine’ ne dorivniuiie ‘vidnovlenniu ne pidliahaie’”. Arkhitektorky vvazhaiut’, scho budivliu KhODA mozna vriatuvaty, Liuk, June 7, 2022, <https://lyuk.media/city/kharkivoda-comments/> [October 23, 2024], Larysa Salimonovych, Vidnovliuvaty chy ni: u Kharkovi nazrivaie protystoiannia cherez doliu istorychnoi budivli KhODA, Ukraïna Moloda, 09.06.2022, <https://umoloda.kyiv.ua/number/3807/196/166965/> [October 23, 2024].

<sup>8</sup> Kharkiv is considered one of the Ukrainian cities most affected by the war. According to Kharkiv's mayor, Ihor Terekhov, over 4,500 apartment buildings were destroyed or damaged in the city in just under a year of war. Sviatoslav Khomenko, Mer Ihor Terekhov: kharkiv'iiany teper radykal'nishi do rosiian, nizh zakhid Ukrainy, BBC, February 8, 2023, <https://www.bbc.com/ukrainian/features-64551514> [October 23, 2024].

<sup>9</sup> Cf. Zongjie Wu/Song Hou, Heritage and Discourse, in Emma Waterton and Steve Watson (eds.), *The Palgrave Handbook of Contemporary Heritage Research*, London 2015, 37-51.

<sup>10</sup> Cf. Tatiana Zhurzhenko, “The fifth Kharkiv,” *New Eastern Europe XVII*, H. 3-4/2015, 30-37.

<sup>11</sup> Cf. Vladimir Kravchenko, *Khar'kov/Kharkiv: stolitsa Pogranich'ia*, Vil'nus 2010; Volodymyr Kravchenko, *Kharkov/Kharkiv: A Borderland Capital*, New York 2023.

<sup>12</sup> Cf. Yevhen Rachkov, *Urban Cultural Heritage Endangered by the Russo-Ukrainian War*,

Using the Kharkiv Regional State Administration building as a case study, this paper will attempt to identify the specifics of the destruction, preservation, and rethinking of the cultural heritage of Ukraine during the Russo-Ukrainian War, and consider several issues: 1) the place of this building in the symbolic structure of Kharkiv; 2) contemporary processes of critically rethinking Russian imperial and Soviet heritage; and 3) potential strategies for the post-war reconstruction of Ukraine's urban heritage.

Methodologically, this paper employs a case study approach that relies on field observation, expert interviews, and policy and media analysis. First, the theoretical framework of this study on urban dissonant heritage was identified, and the historical and sociopolitical contexts of the selected case for investigation were described. Second, in-depth interviews (36 so far) were conducted with experts in the field of cultural heritage, gathered in 2022–2023 as part of the research project “CITY AND WAR: Destruction, Preservation, and Rethinking of the Cultural Heritage of Large Cities in Eastern and Southern Ukraine during the Russo-Ukrainian War.”<sup>13</sup> The core of this study involves analyzing challenges related to the preservation and rethinking of dissonant heritage, as well as possible strategies for addressing the selected case. Third, policy and media analysis were utilized to document the different conceptual directions outlined in the discussion surrounding the building of the Kharkiv Regional State Administration's future.

## *2. Destruction and Rethinking of Ukraine's Cultural Heritage during the War*

Since 2022, the full-scale Russian invasion of Ukraine has caused vast human casualties and destruction. Historic neighborhoods of many Ukrainian cities along with religious buildings, memorials, monuments, and other heritage objects have suffered.<sup>14</sup> In addition, various cultural institutions — primarily museums, archives, and libraries — have endured significant losses. It is difficult to determine the exact number of damaged or destroyed cultural heritage sites and cultural institutions in Ukraine as a result of the Russo-Ukrainian War. This is due primarily to the dynamics of combat operations, as well as nume-

Forum for Ukrainian Studies, January 12, 2023, <https://ukrainian-studies.ca/2023/01/12/urban-cultural-heritage-endangered-by-the-russo-ukrainian-war/> [October 23, 2024].

<sup>13</sup> Cf. the series of interviews “Expert Opinion” of the “City and War” Project, CityFace, <https://cityface.org.ua/interviews> [October 23, 2024] and [https://www.youtube.com/@CityFace\\_CityWar](https://www.youtube.com/@CityFace_CityWar) [October 23, 2024].

<sup>14</sup> Cf. Damaged Cultural Sites in Ukraine Verified by UNESCO, UNESCO, December 22, 2023, <https://www.unesco.org/en/articles/damaged-cultural-sites-ukraine-verified-unesco> [October 23, 2024].

rous accounting issues and the lack of a unified system of state management for the protection of cultural heritage in Ukraine.<sup>15</sup> Nevertheless, the expert community currently defines the present losses to Ukraine's cultural heritage as the most severe since World War II.<sup>16</sup>

According to the Ministry of Culture and Information Policy of Ukraine, 945 cases of damage and destruction of cultural heritage were officially recorded between February 2022 and February 2024. That number includes 128 sites of national significance, 742 of local importance, and 75 recently discovered ones. The most affected regions are the oblasts of Kharkiv (235), Donetsk (128), Odesa (119), Kherson (116), and Chernihiv (70).<sup>17</sup> In addition, 1,946 objects of cultural infrastructure were damaged by the full-scale Russian invasion in February 2022; this includes 933 culture clubs, 695 libraries, 151 art education institutions, 113 museums and galleries, 38 theaters, cinemas, and philharmonic halls, 13 parks, zoos, and reserves, and 3 circuses. The Kharkiv region ranks second in terms of the number of losses and damages to cultural infrastructure due to the war.<sup>18</sup>

Various international organizations have joined in documenting the crimes of the Russian military against Ukraine's cultural heritage. For example, the list of damaged Ukrainian cultural heritage sites is available on the UNESCO website. As of March 13, 2024, UNESCO confirmed damage to 346 sites since February 24, 2022, including 127 religious sites, 154 buildings of historical and/or artistic interest, 31 museums, 19 monuments, 14 libraries, and 1 archive.<sup>19</sup> At the

<sup>15</sup> Cf. Instytutsiini ta pravovi problemy zberezhenia kul'turnoi spadschyny, Natsional'nyi instytut stratehichnykh doslidzhen', April 19, 2019, <https://niss.gov.ua/doslidzhennya/gumanitarniy-rozvitok/instituciyni-ta-pravovi-problemi-zberezheniya-kulturnoi> [October 23, 2024].

<sup>16</sup> Cf. MKIP prodovzhuie fiksuvaty voenni zlochyny rosiian proty kul'turnoi spadschyny Ukrainy, Uriadovyi portal, July 3, 2022, <https://www.kmu.gov.ua/news/mkip-prodovzhuie-fiksuvaty-voyenni-zlochiny-rosiyan-proti-kulturnoyi-spadshchiny-ukrayini> [October 23, 2024]; Ukraïna z chasiv Druhoï svitovoi viiny ne stykalasia z takym masshtabom zlochniv proty kul'turnoi spadschyny, – Kateryna Chuiieva, Uriadovyi portal, August 26, 2022, <https://www.kmu.gov.ua/news/ukraina-z-chasiv-druhoi-svitovoi-viiny-ne-stykalasia-z-takym-masshtabom-zlochniv-proty-kulturnoi-spadshchyny-kateryna-chuiieva> [October 23, 2024].

<sup>17</sup> Cf. Cherez rosiis'ku ahresiiu v Ukraïni postrazhdaly 945 pam'iatky kul'turnoi spadschyny, Ministerstvo kul'tury ta informatsiinoï polityky Ukraïny, March 5, 2024, <https://mcip.gov.ua/news/cherez-rosijsku-agresiyu-v-ukrayini-postrazhdaly-945-pamyatok-kulturnoyi-spadshchyny/> [October 23, 2024].

<sup>18</sup> Cf. 1946 ob'ektiv kul'turnoi infrastruktury zaznaly poshkodzen' chy ruinuvan' cherez rosiis'ku ahresiiu, Ministerstvo kul'tury ta informatsiinoï polityky Ukraïny, March 7, 2024, <https://mcip.gov.ua/news/1946-obyektiv-kulturnoyi-infrastruktury-zaznaly-poshkodzen-chy-ruinuvan-cherez-rosijsku-agresiyu/> [October 23, 2024].

<sup>19</sup> Cf. Damaged Cultural Sites in Ukraine Verified by UNESCO.

same time, numerous experts stress that the war has inflicted significantly greater losses on Ukraine's cultural heritage.<sup>20</sup> Moreover, cultural heritage continues to be under assault, particularly in territories that remain under Russian occupation, where armed conflicts have taken place and are ongoing.<sup>21</sup>

The destruction of various elements of Ukraine's cultural heritage inevitably opens up gaps, particularly in the narratives of memory and collective identity, which in turn gives rise to the formation of demarcation lines across the cultural and symbolic urban environment and a growing separation between urban communities. One of the most important consequences of the destruction of the built environment is the homogenization of urban spatiality (primarily shared and public urban spaces).<sup>22</sup> Researchers observe that war significantly affects the structure of urban space, because in the place of its destroyed components, others may appear — with new means and techniques of control, political regime, and values.<sup>23</sup> Thus, war leads not only to the physical devastation of a city, but also to the complete or partial destruction of ideological, moral, symbolic, and other aspects of urban life — the values, ideas, and identities associated with material space, along with urban cultural landscapes, images, *genius loci*, et cetera.

At the same time, the Russo-Ukrainian war has triggered a rethinking of the content and significance of cultural heritage in Ukrainian society, leading to a certain “turn” in its understanding of, and attitude toward, culture in general. On the one hand, there is heightened societal interest in traditional cultural patterns, which are perceived as the foundation of Ukrainian national identity.<sup>24</sup> One example is Ukraine's intangible cultural heritage. According to the Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage adopted by UNESCO in 2003, such heritages comprises: oral traditions and expressions, including the vehicle of language; performing arts; social practices, rituals, and festive events; knowledge and practices concerning nature and the universe; and traditional craftsmanship.<sup>25</sup> It is noteworthy that during the period 2012–2021, only 26 elements were included in the National List of Intangible Cultural Heritage of Ukraine; however, since the beginning of the full-scale Russian mi-

<sup>20</sup> Cf. “Expert Opinion” of the “City and War” Project.

<sup>21</sup> Cf. *Damaged Cultural Sites in Ukraine Verified by UNESCO*.

<sup>22</sup> Cf. Martin Coward, *Urbicide: The Politics of Urban Destruction*, London 2009, 97-100.

<sup>23</sup> Cf. Roman Slyvka/Iryna Zakutyns'ka/Bohdan Hlukhaniuk, *Prostorovi transformatsii mis'koho seredovyscha Donbasu pid vplyvom voiennoho urbitsydu*, *Naukovyi visnyk Khersons'koho derzhavnogo universytetu. Serii: Heohrafichni nauky* 8, 2018, 122.

<sup>24</sup> Cf. Rachkov, *Urban Cultural Heritage*.

<sup>25</sup> Cf. Text of the Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage, UNESCO Intangible Cultural Heritage, <https://ich.unesco.org/en/convention> [October 23, 2024].

linary invasion of Ukraine, 66 elements have been added. The years 2022 and 2023 were record-breaking in terms of the number of elements added to the list – 31 for each year.<sup>26</sup> On the other hand, heritage associated with Russian imperial history and Soviet history has undergone critical reassessment. Integral components of this rethinking or shift include active discussions around cultural heritage, particularly regarding the issue of which heritage merits preservation and/or restoration and which, conversely, warrants destruction and oblivion. Other components of the “turn” involve initiatives aimed at transforming the cultural and symbolic space of cities and settlements. It has been observed that after the full-scale Russian invasion of Ukraine, a new wave of toponym changes has been initiated, certain urban monuments have been dismantled, museum exhibitions have been redesigned, and library collections have been revised.<sup>27</sup>

On the one hand, the Kharkiv Regional State Administration building serves as an illustrative example of the deliberate destruction of Ukraine’s cultural heritage by Russia during the war. On the other hand, it represents an example of the contemporary reevaluation of Ukraine’s cultural heritage in the direction of decolonization. This is facilitated, in particular, by the multi-faceted history of the building, the significance of which has repeatedly changed in Kharkiv’s symbolic space.

### *3. The Building as a Center and Symbol of Soviet Power*

The contemporary building of the Kharkiv Regional State Administration, destroyed as a result of a missile attack carried out by the Russian military on March 1, 2022, is the third iteration of the governmental building since the late 19th century.<sup>28</sup> It has undergone a complex evolution in architectural style, from Neo-Renaissance through Constructivism to, ultimately, Soviet Neoclassical.

In 1898–1900, a Neo-Renaissance building for the provincial zemstvo (an elected body of local self-government), designed by the architect Adolf Minkus (1870–1948), was constructed on the site of the present-day building of the Kharkiv Regional State Administration. The architect Viktor Velychko (1864–1923) designed a three-story addition, which was built in 1914. In 1925, the Cen-

<sup>26</sup> Cf. *Natsional’nyi perelik elementiv nematerial’noi kul’turnoi spadshchyny Ukraïny, Ministerstvo kul’tury ta informatsiinoi polityky Ukraïny*, <https://mcip.gov.ua/kulturna-spadshchyna/natsionalnyy-perelik-elementiv-nematerialnoi-kulturnoi-spadshchyny-ukrainy/> [October 23, 2024].

<sup>27</sup> Cf. Rachkov, *Urban Cultural Heritage*.

<sup>28</sup> Cf. *Kharkivs’ka oblasna rada, Alluring Kharkiv*, <https://moniacs.kh.ua/uk/harkivska-oblasna-rada/> [October 23, 2024].

tral Committee of the Communist Party (Bolsheviks) of Ukraine occupied the building. In the following years (until 1932), the architect Yakov Shteinberg (1896–1982) supervised the remodeling of the old building in the Constructivist style. During World War II, the new building was heavily damaged.<sup>29</sup>

The construction of the current building lasted from 1951 to 1954 and its architectural style can be defined as post-war Soviet Neoclassicism (the terms “Stalin Empire”,<sup>30</sup> “Stalin Art Deco”,<sup>31</sup> and “Stalin Neo-Renaissance”<sup>32</sup> also appear in the literature). The designers of the project were the architects Volodymyr Orekhov (1904–1979) and Veniamin Kostenko (1903–1969). Practically all Soviet guidebooks to Kharkiv took special note of the building, with one guidebook giving the following description of its architectural features: “The facade of the building with columns to its full height is lined with ceramic tile and red polished granite. The building is crowned with a granite high-relief of [Soviet – author] banners.”<sup>33</sup>

The new building became part of the architectural ensemble of Dzerzhinsky Square (Freedom Square since 1991), which added to its importance in the symbolic space of the city. Since the 1930s, Dzerzhinsky Square has been Kharkiv’s focal spatial object and the expression of the city’s “genius loci.” The two principal architectural symbols of Soviet Kharkiv were located here: the House of State Industry (Derzhprom, the first high-rise building in Ukraine and a prominent example of the Constructivist style),<sup>34</sup> and the 20-meter-high Lenin monument, which was unveiled in November 1963 and toppled in September 2014. The square has been the city’s main venue for official national and municipal celebrations as well as for important political and cultural events.

In addition, in the aftermath of World War II, the new building became a symbol of Kharkiv’s reconstruction. The city was considered to be one of the most affected by bombing and shelling, and the fact that a new building was constructed to replace one destroyed in the war was part of the official historical narrative, reproduced in (among other publications) Soviet guidebooks to

<sup>29</sup> Cf. Aleksandr Lejbfrejd/Yuliana Poliakova, *Khar’kov: ot kreposti do stolitsi: zametki o starom gorode*, Khar’kov 1998, 100–101.

<sup>30</sup> Znyshchena краса. Istoriia Budynku rad u Kharkovi, Slobids’kyi krai, April 21, 2022, <https://www.slk.kh.ua/news/khronograf/znisena-krasa-istoria-budynku-rad-u-kharkovi.html> [October 23, 2024].

<sup>31</sup> Ol’ha Shvydenko, *Arkhitekturnyi proekt, scho ne buv zakinchenyi. Ploscha Dzerzhyns’koho u Kharkovi, Constructivism-Kharkiv*, <https://constructivism-kharkiv.com/obiekty/36-21-45-ploscha-svobody> [October 23, 2024].

<sup>32</sup> Maidan Svobody, Ukrainian Institute, <https://ui.org.ua/postcard/majdan-svobody/> [October 23, 2024].

<sup>33</sup> Cf. Nikolai D’iachenko/Mikhail Umanskii/Vitalii Oleinik, *Khar’kov. Putevoditel’ = Kharkov. Guide-book, 2-e izd*, Khar’kov 1967, 26.

<sup>34</sup> Cf. Mykola Chekhunov (ed.), *Derzhprom: Kroky v istorii*, Kharkiv 2018.

Kharkiv.<sup>35</sup> Moreover, the new building took on an important place in the city's mythology as a prominent symbol of Soviet rule. It is no accident that on post-cards, it was often placed together with other monumental sites of memory glorifying Soviet power.

#### *4. The Building as a Symbol of the Struggle for an Independent Ukraine*

After Ukraine declared independence, the administrative function of the building was preserved; it now housed the Kharkiv Regional State Administration and the Regional Council. Soviet symbols continued to decorate the main façade for a long time. Eventually, the five-pointed star on the cartouche that crowns the façade was replaced by the Small State Coat of Arms of Ukraine; however, some Soviet elements (for example, the high-relief of Soviet banners and the five-pointed stars on the capitals of the columns) can be seen to this day.

The Kharkiv Regional State Administration building became the site of important events in the modern history of Ukraine — most prominently the clashes during the Eurorevolution (2013–2014). One of the events leading up to the revolution was the signing of the so-called Kharkiv Pact in 2010 by the presidents of Ukraine and Russia, according to which the lease of the Russian Navy in Crimea and Sevastopol was extended for an additional 25 years;<sup>36</sup> this pact was signed in the building of the Kharkiv Regional State Administration.<sup>37</sup>

Without exaggeration, the events of the Eurorevolution in Kharkiv have determined the historical trajectories of the city's and the region's subsequent development. One of the focal points of the confrontation between the pro-European Maidan and the pro-Russian anti-Maidan was Freedom Square, on which the Kharkiv Regional State Administration building is located. It was in Freedom Square that, on November 19, 2013, the first rally in support of European integration was held, which became the forerunner of larger-scale demonstrations in the following months.<sup>38</sup> Another venue for pro-European rallies

<sup>35</sup> Cf. Nikolai D'iachenko, *Ulitsy i ploshchadi Khar'kova*, 3-e izd, Khar'kov 1974, 162; Galina Andreeva/Vitalii Oleinik, *Znakom'tes' – Khar'kov. Putevoditel'*, Khar'kov 1976, 48–49.

<sup>36</sup> Cf. 21 lystopada – Den' Hidnosti ta Svobody: informatsiino-metodychni materialy, Natsional'nyi memorial'nyi kompleks Heroiv Nebesnoi Sotni – Muzei Revoliutsii Hidnosti, <https://www.maidanmuseum.org/uk/node/1734> [October 23, 2024].

<sup>37</sup> Cf. Tryvaiut' perehovory Prezydentiv Ukraïny ta Rosiis'koi Federatsii, Kharkivs'ka oblasna viis'kova administratsiia, April 21, 2010, <https://kharkivoda.gov.ua/news/48599> [October 23, 2024]; Predstavnyky ukraïns'koi presy slukhaiut' vystupy Prezydentiv, UNIAN. Fotobank, <https://photo.unian.ua/photo/274567-predstaviteli-ukraïnskoy-presy-slushayut-vystupleniya-prezidentov> [October 23, 2024].

<sup>38</sup> Cf. “Nam – v Evropu! Kremliu – dului”. V Khar'kove pryzivali k evrointegratsii, Media-

was the section of the Taras Shevchenko Garden around the Shevchenko monument;<sup>39</sup> on November 24 and December 1, 2013, supporters of European integration held their first mass rallies there, under the flags of Ukraine and the European Union.<sup>40</sup> In turn, on November 30, 2013, Freedom Square witnessed a multi-thousand-strong rally against European integration and for closer ties with Russia.<sup>41</sup>

On February 22, 2014, representatives of Euromaidan entered the building of the Kharkiv Regional State Administration and resolved not to leave it until a new head of the region was appointed.<sup>42</sup> On the same day, clashes took place between anti-Maidan and Euromaidan activists. The significant numerical superiority of the attackers forced the Euromaidan activists to barricade themselves in the building, which for some time served as the headquarters of their movement. The building was fenced off with metal blocks, which the authorities had previously installed in Freedom Square.<sup>43</sup> On March 1, the Kharkiv Regional State Administration building was successfully stormed by anti-Maidan forces; shots were heard during the assault. A so-called “corridor of shame” was set up for the Euromaidan activists — beaten and bloodied activists were brought out of the building under the insults and shouts of the mob, pushed,

Port, November 19, 2013, <https://www.mediaport.ua/nam-v-evropu-kremlyu-dulyu-v-harkove-prizyvali-k-evrointegracii> [October 23, 2024].

<sup>39</sup> Cf. Oleksii Musiezdov, Yevromaidan u Kharkovi: kil'ka dumok pro podii dvorichnoi davnyzny, *Ukraina Moderna*, February 21, 2016, <https://uamoderna.com/blogy/oleksi-musiezdov/jevromaydan-u-kharkovi> [October 23, 2024].

<sup>40</sup> Cf. Yuliia Davydova/Dmytro Hrebinnyk/Mariia Solodovnik, “Krapel'ka stae okeanom”: spohady kharkiv'ian do vos'moi richnytsi Revoliutsii Hidnosti, *Suspil'ne Novyny*, November 21, 2021, <https://suspilne.media/182284-krapelka-stae-okeanom-spogadi-harkivan-do-vosmoi-ricnici-revolucii-gidnosti/> [October 23, 2024]; “Yevromaidany” po vsii Ukraïni: vid dvokhsot do 30 000 uchasykyv, *BBC*, November 24, 2013, [https://www.bbc.com/ukrainian/politics/2013/11/131124\\_euromaidan\\_regions\\_nk](https://www.bbc.com/ukrainian/politics/2013/11/131124_euromaidan_regions_nk) [October 23, 2024]; U Kharkovi bilia pam'iatnyka Shevchenku mitynhuiut' protyvnyky rozghonu Maidanu, *UKRINFORM*, December 1, 2013, <https://www.ukrinform.ua/rubric-polytics/1584156-u-harkovi-bilya-pamyatnika-shevchenku-mitinguyut-protivniki-rozgonu-maydanu-1887880.html> [October 23, 2024].

<sup>41</sup> U Kharkovi provely masshtabnyi provladnyi mitynh, *BBC*, November 30, 2013, [https://www.bbc.com/ukrainian/news\\_in\\_brief/2013/11/131129\\_rl\\_kharkiv\\_meeting](https://www.bbc.com/ukrainian/news_in_brief/2013/11/131129_rl_kharkiv_meeting) [October 23, 2024]; U Kharkovi rehionaly i biudzhetyky vlashtuiut' anty-Yevromaidan, *Ukrains'ka pravda*, November 29, 2013, <https://www.pravda.com.ua/news/2013/11/29/7003511/> [October 23, 2024].

<sup>42</sup> Cf. Sviatoslav Khomenko, “KhNR”: Kharkivs'ka nevдалa respublika, *BBC*, April 8, 2015, [https://www.bbc.com/ukrainian/politics/2015/04/150406\\_kharkiv\\_sx](https://www.bbc.com/ukrainian/politics/2015/04/150406_kharkiv_sx) [October 23, 2024].

<sup>43</sup> Cf. Nochnaia ataka, *MediaPort*, February 23, 2014, <https://www.mediaport.ua/nochnaya-ataka> [October 23, 2024].

abused, and forced to their knees. After the seizure of the regional administration, the Ukrainian flag was torn down and the Russian flag was raised on the roof. In the evening, the anti-Maidan protesters left the building and the Russian flag was taken down (it stayed up for 45 minutes<sup>44</sup>). According to official reports, 97 people were injured in the assault.<sup>45</sup>

On April 6, 2014, anti-Maidan activists seized the building for the second time, and the next day a pro-Russian rally proclaimed a sovereign “Kharkiv People’s Republic,” which lasted less than a day;<sup>46</sup> on the evening of April 7, the police cleared the building, after which the separatists then attempted to regain control by burning tires, throwing stones, and shooting with non-lethal weapons.<sup>47</sup> At night, pro-Russian activists broke into the building again, but on the morning of April 8, the forces of the Ministry of Internal Affairs ousted them for good.<sup>48</sup>

The total damage to the Kharkiv Regional State Administration building as a result of these events was estimated at more than 10 million hryvnias (approximately 1 million US dollars at that time).<sup>49</sup> Nevertheless, the struggles of the Eurorevolution conferred new symbolic meanings on it. It ceased to be perceived merely as an administrative hub and a piece of Soviet architectural heritage: The events occurring there became an important part of the mythology of the Eurorevolution, and the building itself turned into a “site of memory” – a symbol of the struggle for independence, democracy, and development along European lines. An illustrative example is the story of Euromaidan activists’ rescue of the Ukrainian flag from the building and its subsequent ceremonial return in

<sup>44</sup> Cf. Andrii Portnov, How ‘Eastern Ukraine’ Was Lost, openDemocracy, January 14, 2016, <https://www.opendemocracy.net/en/odr/how-eastern-ukraine-was-lost/> [October 23, 2024].

<sup>45</sup> Cf. Khomenko, “KhNR”: Kharkivs’ka nevdala respublika; Pid chas shturmu Kharkivs’koï oblderzhadministratsii postrazhdaly 97 osib, zokrema nepovnolitni, Interfaks-Ukraina, March 1, 2014, <https://ua.interfax.com.ua/news/general/193700.html> [October 23, 2024].

<sup>46</sup> Cf. Khomenko, “KhNR”: Kharkivs’ka nevdala respublika.

<sup>47</sup> Cf. U Kharkovi zvil’nyly ODA, ale namahalsia zakhopyty tevezhu, Ukrain’ska Pravda, April 7, 2014, <https://www.pravda.com.ua/news/2014/04/7/7021681/> [October 23, 2024].

<sup>48</sup> Cf. Podrobytsi zakhoplennia budivli Kharkivs’koi oblderzhadministratsii, Kharkivs’ka oblasna viis’kova administratsiia, April 8, 2014, <https://kharkivoda.gov.ua/news/70082> [October 23, 2024].

<sup>49</sup> Cf. Remont kharkivs’koï ODA pislia shturmu obiidet’sia v 2,5 mln hrn., UKRINFORM, March 3, 2014, [https://www.ukrinform.ua/rubric-regions/1626950-remont\\_harkivskoi-oda\\_pislya\\_shturmu\\_obiydetsya\\_v\\_25\\_mln\\_grn\\_1914201.html](https://www.ukrinform.ua/rubric-regions/1626950-remont_harkivskoi-oda_pislya_shturmu_obiydetsya_v_25_mln_grn_1914201.html) [October 23, 2024]; Nichni bezchynstva separatystiv u budivli KhODA obiidut’sia oblasti v 10 mln hrn., UKRINFORM, April 8, 2014, <https://www.ukrinform.ua/rubric-regions/1644920-nichni-bezchynstva-separatistiv-u-budivli-hoda-obiydutsya-oblasti-v-10-mln-grn-1926687.html> [October 23, 2024].

October 2016, an event in which the region's top officials and President of Ukraine Petro Poroshenko also took part.<sup>50</sup>

Furthermore, after the Russian annexation of Crimea (March 2014) and the outbreak of war in eastern Ukraine (April 2014), right across from the Kharkiv Regional State Administration building, activists set up a public memorial in honor of those who died during the Euromaidan and in the zone of the Anti-Terrorist Operation (ATO)<sup>51</sup> in the east of the country.<sup>52</sup> The makeshift collection of the “All for Victory” tent museum included national symbols, portraits of the fallen, flowers, candles, fragments of shells, and military equipment from the ATO, among other things.<sup>53</sup> This memorial opposite the Kharkiv Regional State Administration building has become a sort of reminder to the authorities of the strength of civil society, as well as of the undeniable importance of the struggle for the city's and region's Ukrainian future.

### *5. The Building as a Symbol of the Russo-Ukrainian War*

The building in Freedom Square gained an even deeper symbolic meaning after the start of the full-scale Russian invasion of Ukraine on February 24, 2022. On the morning of March 1, 2022, the Russian military carried out a missile attack

<sup>50</sup> Cf. Maryna Vereschaka/Yuliia Davydova/Oleksandra Novosel, S'oma richnytsia shturmu Kharkivs'koï oblderzhadministratsii: spohady uchasnykiv podii, *Suspil'ne Novyny*, March 1, 2021, <https://suspilne.media/109401-soma-ricnica-sturmu-harkivskoi-oblderzadministracii-spogadi-ucasnykiv-podij/> [October 23, 2024]; Prezydent vidkryv pam'iatnu doshku biitsiam spetspidrozdilu “Yahuar”, yaki zvil'nyly budivliu KhODA v 2014 rotsi, *Kharkivs'ka oblasna viis'kova administratsiia*, 15.10.2016, <https://kharkivoda.gov.ua/news/83054> [October 23, 2024].

<sup>51</sup> The Anti-Terrorist Operation (ATO) in the Donetsk and Luhansk oblasts consisted of a set of military and legal measures conducted by Ukrainian security forces to counter the activities of illegal Russian and pro-Russian armed formations after the onset of the Russo-Ukrainian War. The ATO ran from April 14, 2014, to April 30, 2018. On April 30, 2018, Ukrainian President Petro Poroshenko signed a decree to implement the decision of the National Security and Defense Council of Ukraine, concluding the ATO and initiating the Joint Forces Operation under the leadership of the Armed Forces of Ukraine. This operation aims to ensure the protection of the territorial integrity, sovereignty, and independence of Ukraine. Cf. 2014 – ofitsiino oholosheno pro pochatok Antyterorystychnoi operatsii na skhodi Ukraïny, *Ukraïns'kyi instytut natsional'noi pam'iaty*, <https://uin.gov.ua/istorychnyy-kalendar/kviten/14/2014-oficiyno-ogolosheno-pro-pochatok-antyterorystychnoyi-operaciyi-na-shodi-ukrayiny> [October 23, 2024].

<sup>52</sup> Cf. Yevhen Rachkov, Symbolic and Ritual Practices in the Post-Soviet Urban World: Symbolic Space and Festivity in the Cities of Eastern and Southern Ukraine, 1990s–2010s, *Colloquia Humanistica* 10, 2021, Article 2521.

<sup>53</sup> Cf. Heorhii Kas'ianov (Hrsg.), *Polityka i pam'iat'. Dnipro – Zaporizhzhia – Odesa – Kharkiv. Vid 1990-kh do s'ohodni*, L'viv 2018, 135–142.

on Kharkiv's city center, in which the building of the Kharkiv Regional State Administration (since February 24, 2022, the Kharkiv Regional Military Administration) was partially destroyed.<sup>54</sup> The public memorial across the road from the main façade was also damaged.<sup>55</sup> According to the regional prosecutor's office, 44 people died and 15 were injured in the missile strike.<sup>56</sup>

On the evening of August 28, yet another missile attack on the central part of Kharkiv left a crater in the front of the building measuring 10 x 9.5 meters and almost 5 meters deep.<sup>57</sup> Furthermore, due to shelling, a monument (specifically, a bust on a low pedestal) to Yevdokim Sherbinin — a statesman of the Russian Empire who served as the first governor of the Sloboda Ukraine Governorate and the general governor of the Kharkiv Viceroyalty in the second half of the 18th century — was demolished. Erected on August 20, 2004, the monument was located near the Kharkiv Regional State Administration building.<sup>58</sup> It is symbolically significant that Russian missiles are targeting monuments to the Russian Empire in the city. Overall, the monument was perceived ambivalently by the urban community; for instance, in May 2022, unidentified persons vandalized it with an unknown substance, and civic activists called for the removal of the monument as a Russian imperial symbol.<sup>59</sup>

<sup>54</sup> Cf. Cherez udar krylatoi raketoiu po tsentru Kharkova schonaimenshe 10 liudei zahynuly, ponad 20 travmovani – DSNS, Radio Svoboda, March 1, 2022, <https://www.radiosvoboda.org/a/news-kharkiv-vybukh-dsns/31730133.html> [October 23, 2024].

<sup>55</sup> Cf. Hanna Ts'omyk, U Kharkovi popry raketni obstrily tsentru planuiut' vidnovyty namet "Vse dlia peremohy", Suspil'ne Novyny, September 6, 2022, <https://suspilne.media/279004-u-harkovi-popri-raketni-obstrili-centru-planuut-vidnoviti-namet-vse-dlia-peremogi/> [October 23, 2024].

<sup>56</sup> Cf. Hanna Ts'omyk/Dmytro Hrebinnyk, 44 liudyny zahynuly vnaslidok udariv 1 berezna 2022 roku po tsentru Kharkova – dani prokuratury, Suspil'ne Novyny, November 13, 2023, <https://suspilne.media/615909-44-ludini-zaginuli-vnaslidok-udariv-1-berezna-2022-roku-po-centru-harkova-dani-prokuratury/> [October 23, 2024].

<sup>57</sup> Cf. Mariia Solodovnik/V'iacheslav Mavrychev, Naslidky udaru RF poblyzu budivli Kharkivs'koï ODA 28 serpnia: fotoreportazh, Suspil'ne Novyny, September 29, 2022, <https://suspilne.media/275893-naslidki-udaru-rf-poblizu-budivli-harkivskoi-oda-28-serpna-fotoreportazh/> [October 23, 2024]; Yurii Larin, Synehubov vyslovivsya z pytannia demontazhu pam'iatnyka heneral-hubernatoru Scherbininu v tsentri Kharkova, Dumka, August 4, 2022, <https://dumka.media/ukr/kultura/1659595190-sinehubov-vislovivsvya-z-pitannya-demontazhu-pam-yatnika-general-gubernatoru-shcherbininu-v-tsentri-harkova> [October 23, 2024].

<sup>58</sup> Cf. V tsentre Khar'kova rossiiane "demontirovali" pamiatnik heneral-hubernatoru Ekateriny II, KharkivToday, August 30, 2022, <https://2day.kh.ua/ru/kharkow/v-centre-kharkova-rossiyane-demontirovali-pamyatnik-general-gubernatoru-ekateriny-ii> [October 23, 2024].

<sup>59</sup> Cf. Sofiia Krasnikova, Vozle Khar'kovskoi OGA neizvestnym veschestvom oblili biust Shcherbininu (foto), Media gruppa "Ob'ektiv", May 28, 2022,

On March 1, 2023, one year after the first missile strike on the Kharkiv Regional State Administration building, Kharkiv residents commemorated the servicemen and volunteers who had died in the strike. The main façade of the building was adorned with a public memorial: flowers and a poster with the names and photographs of the fallen soldiers and volunteers.<sup>60</sup>

#### *6. Dissonant Urban Heritage: Between Decolonization, Renovation, and Revalorization*

As already noted, the destruction of the Kharkiv Regional State Administration building as a result of a Russian missile attack spurred a lively discussion in the media and on social networks about the building's future fate. However, in this discussion, it serves primarily as a context for the main disputes, which revolve around the conceptual and material implications of critically rethinking cultural heritage (above all, Russian imperial and Soviet) that was provoked by the Russo-Ukrainian War. One such consequence is the emergence of a new discourse that presupposes new ways of creating, identifying, interpreting, evaluating, preserving, managing, and using cultural heritage. This new discourse is based on a critique of earlier heritage discourse, which explains certain similarities between them; at the same time, it pays more attention to determining how the past is understood, conceptualized, and used in various local contexts. It is difficult to agree with the postulate or statement that the current reinterpretation of cultural heritage in Ukraine is limited to the idea of overcoming the Russian influence on Ukrainian culture or a "return to tradition": this process is clearly more complex and involves different ways of speaking about, seeing, and thus constructing heritage. The discussions surrounding the Kharkiv Regional State Administration building are a vivid example of this complexity. The views of their participants represent several conceptual directions for the future, which can be tentatively defined as decolonization, renovation, and revalorization.

Decolonization. The prevailing view among the supporters of this approach is that restoring the Kharkiv Regional State Administration building is unnecessary and inadvisable, primarily because it is an example of Soviet (Stalinist) architecture and a reminder of Ukraine's colonial dependence on Russia. This view finds support in the current official politics of memory, based on the prin-

<https://www.objectiv.tv/objectively/2022/05/28/vozle-harkovskoj-oga-neizvestnom-veshhestvom-oblily-byust-shherbininu-foto/> [October 23, 2024].

<sup>60</sup> Cf. Sofiia Tsvietkova/Marharita Dezhkina, "Nache zovsim neshchodavno, a vzhe rik mynuv": u Kharkovi vshanuvaly zabyblykh vnaslidok raketnoho udaru po ODA 1 bereznia, Suspil'ne Novyny, March 1, 2023, <https://suspilne.media/400460-nace-zovsim-nesodavno-a-vze-rik-minuv-u-harkovi-vsanuvali-zagiblih-vnaslidok-raketnogo-udaru-poda-1-berezna/> [October 23, 2024].

principles of “derussification, decommunization, and decolonization.”<sup>61</sup> It is argued that a new administrative building with modern infrastructure should be built on the site of the one destroyed in the missile strike; this construction should mark a symbolic victory over the Soviet heritage and mythology of Kharkiv, which is still often called “the first capital” because the city was the capital of the Ukrainian Socialist Soviet Republic from 1919 to 1934.

The decolonization approach is popular among the state and local establishment as well as the general public. It should be noted that issues of Ukraine’s colonial past currently occupy an important place in the national politics of memory and in media discourse. In a sociological survey of adult residents of Ukraine conducted by the Kyiv International Institute of Sociology in January 2023, 64 % of the respondents agreed with the statement that Ukraine had been a colony of the Russian Empire, 31 % disagreed, and 5 % were undecided.<sup>62</sup>

Renovation. Many participants in the discussion favor the idea of restoring the Kharkiv Regional State Administration building, despite its status as part of Ukraine’s Soviet heritage.<sup>63</sup> This view is supported especially by the local authorities, even though, in the aftermath of the missile attack, many officials stated that it would be impossible to reconstruct the building. For example, Oleh Synhubov, head of the Kharkiv Regional Military Administration, declared shortly after the attack that the building was not subject to restoration,<sup>64</sup> but he soon changed his position. In a May 2022 interview, he said the following: “The hostilities continue. We are currently unable to carry out quality expert studies of the building, although we are already negotiating with international specialists. After that, we will know how exactly it should be restored. It is definitive that we will be restoring it.”<sup>65</sup> In January 2023, in another interview, he stated that emergency and conservation work in the building was ongoing and that a

<sup>61</sup> The content of these terms is by no means fixed; they are interpreted in many and varied ways depending on context.

<sup>62</sup> Cf. *Istorychna pam’iat’: rezul’taty sotsiologichnoho opytuvannia doroslykh zhyteliv Ukrainy. Analitychnyi zvit, Kyiv’s’kyi mizhnarodnyi instytut sotsiologii*, Kyiv 2023, [https://kiis.com.ua/materials/news/20230320\\_d2/UCBI\\_History2023\\_rpt-UA\\_fin.pdf](https://kiis.com.ua/materials/news/20230320_d2/UCBI_History2023_rpt-UA_fin.pdf) [October 23, 2024].

<sup>63</sup> Cf. Pavlenko, *Zberehty chy znesty*.

<sup>64</sup> Cf. Violetta Orlova, *Budivliu Kharkivs’koi ODA nemozhlyvo vidnovyty – Syniehubov, UNIAN*, June 3, 2022, <https://www.unian.ua/war/budivlyu-harkivskoji-oda-nemozhlyvo-vidnovyti-sinyegubov-novini-harkova-11853291.html> [October 23, 2024]; *Budivlia Kharkivs’koi ODA ne pidliahaie vidnovlenniu – Syniehubov, Ukrinform*, June 4, 2022, <https://www.ukrinform.ua/rubric-regions/3499377-budivlia-harkivskoi-oda-ne-pidla-gae-vidnovlennu-sinegubov.html> [October 23, 2024].

<sup>65</sup> *Budivli muzeiu Hryhoriia Skovorody ta Kharkivs’koi ODA bude vidnovleno pislia hlybokykh ekspertnykh doslidzhen’ ikhn’oho stanu, Kharkivs’ka oblasna viis’kova administratsiia*, May 11, 2022, <https://kharkivoda.gov.ua/news/115700?sv> [October 23, 2024].

plan for its reconstruction would be produced at a later date.<sup>66</sup>

The renovation approach is also supported by many experts in the field of cultural heritage (including architects, historians, local historians, and others). An illustrative example is the project “Ghosts of KhODA,” developed by the “Constructivism-Kharkiv” team. The project intends to “advocate” for the building by reconstructing its history from the late 19th century to the present day. The description of the project states that such an approach “will help to talk through the complex issues of the memory of the totalitarian past and promote public discussion regarding the architectural legacy of the Soviet period.”<sup>67</sup>

The renovation approach is free of nostalgic sentiments toward the Soviet past—on the contrary, its proponents stress the importance of preserving the building as a component of the Soviet heritage, which primarily represents the negative historical experiences and values associated with the legacy of violence, the memory of the victims of the communist totalitarian regime, and the Russo-Ukrainian War.

In general, the subject of heritage plays a significant role in discussions about the future of the Kharkiv Regional State Administration building. The building is officially recognized as a landmark of urban planning and architecture of local significance. It is featured in the State Register of Immovable Artifacts of History and Monumental Art of Ukraine under the name “Building of the Regional Committee of the Communist Party of Ukraine” (1951, 64 Sumska St.).<sup>68</sup> In addition, the building is part of the architectural ensemble of Freedom Square, opposite the Derzhprom, which was placed on a UNESCO tentative list of World Heritage sites in 2017.<sup>69</sup> Thus, its reconstruction would, among other things, ensure the preservation of the architectural complex of Freedom Square.

Revalorization. Revalorization is defined as a set of measures aimed at increa-

<sup>66</sup> Cf. Borys Breslavets’, *Holova Kharkivs’koï oblasnoï viis’kovoï administratsii Oleh Syniehubov: “Persnyi vyklyk pislia deokupatsii – vidnovlennia roboty orhaniv derzhavnoi vldy”*, *Uriadovyj kur’ier*, January 7, 2023, <https://ukurier.gov.ua/uk/articles/golova-harkivskoyi-oblasnoyi-vijskovoyi-administra/> [October 23, 2024].

<sup>67</sup> Cf. *Proiekt “Pryvydy KhODA”*, Constructivism-Kharkiv, <https://constructivism-kharkiv.com/personalii/pryvydy-khoda-filter> [October 23, 2024]; *Chomu pid chas viiny treba hovoryty pro kul’turu abo nezruchna spadschyna: KhODA, Hromads’kyi Prostir*, December 5, 2022, <https://www.prostir.ua/?news=chomu-pid-chas-viiny-treba-hovoryty-pro-kulturu-abo-nezruchna-spadschyna-hoda> [October 23, 2024].

<sup>68</sup> Cf. Order of the Ministry of Culture and Information Policy of Ukraine, June 4, 2020, №1883 (Preservation № 7414-Xa).

<sup>69</sup> Cf. *Derzhprom uviishov do poperedn’oho spysku Vsesvitn’oi spadschyny YuNESKO, Kharkivs’ka oblasna viis’kova administratsiia*, May 31, 2017, <https://kharkivoda.gov.ua/news/86844> [October 23, 2024].

sing the architectural and artistic value of individual buildings, complexes, ensembles, and so forth. Such measures may include, for example, the museumification and restoration of monuments, or the reconstruction and modernization of historic neighborhoods. Given that the destruction of the Kharkiv Regional State Administration building made it a symbol of the Russo-Ukrainian War, experts have put forward various ideas for its reconstruction that are designed to boost its significance within the symbolic space of the city.

One of the best-known of these ideas is the modernization of the building as proposed by the British architect Norman Foster. Since April 2022, the architect's team has been working for free, together with Ukrainian specialists, on the master plan for the reconstruction of Kharkiv. The collaboration was proposed by the mayor, Ihor Terekhov.<sup>70</sup> The plan consists of five projects — including the Heritage Project, which provides for the restoration of architectural monuments and the improvement of the city's historic center.<sup>71</sup> Special attention is given to the reconstruction of the Kharkiv Regional State Administration building, which is to be reaffirmed in its role as a symbol of the Russo-Ukrainian War. Foster proposes to preserve the historic façade but to completely revamp the interior of the building. The plan resembles the architect's earlier work on the reconstruction of the Berlin Reichstag, which is a point stressed by both himself and the mayor.<sup>72</sup>

Norman Foster's plan for the post-war reconstruction of Kharkiv has both supporters and critics. For an example of the latter, after some parts of the plan were made public, fears arose that the proposed ideas were too complex and expensive for the city<sup>73</sup> and that the underlying principles of dealing with

<sup>70</sup> Cf. Norman Foster prybuv do Ukraïny ta rozpoviv pro final'ni napratsiuвання shchodo Henplanu Kharkova, Pragmatika-Ukraine, December 20, 2022, <https://pragmatika.media/news/norman-foster-prybuy-do-ukrainy-ta-rozpoviv-pro-finalni-napratsiuвання-shchodo-vidbudovy-kharkova/> [October 23, 2024].

<sup>71</sup> Cf. Stefan Dege, Ukraine: How Architect Norman Foster Aims to Rebuild Kharkiv, Deutsche Welle, December 23, 2022, <https://www.dw.com/en/ukraine-how-architect-norman-foster-aims-to-rebuild-kharkiv/a-64195981> [October 23, 2024].

<sup>72</sup> Cf. Sophie Jung, Historikerin über Architektur im Krieg: „Boom an patriotischen Tattoos,“ taz, October 12, 2022, <https://taz.de/Historikerin-ueber-Architektur-im-Krieg!/5884249/> [October 23, 2024]; Tetiana Fedorkova, “Misto maibutn'oho»: u Kharkovi predstavly kontseptsiu novoho henplanu, MediaPort, February 4, 2023, <https://www.mediaport.ua/misto-maibutnogo-u-harkovi-predstavili-koncepciyu-novogo-genplanu> [October 23, 2024].

<sup>73</sup> Cf. Mar'iana Matveichuk, Zirkova arhitektura – doroha zabahanka dlia dyktatoriv ta naibahatshykh mist. Chy ni? Khmarochos, April 25, 2022, <https://hmarochos.kiev.ua/2022/04/25/zirkovi-arhitektory-z-usogo-svitu-hochut-vidbudovuvaty-ukrayinu-chy-potribna-nam/> [October 23, 2024].

cultural heritage were insufficiently clear.<sup>74</sup> Architect Oleh Drozdov observed that the strategic plan for reconstruction should first and foremost be resident-oriented and that hasty decisions could harm the city, arguing that the reconstruction process should be better thought through.<sup>75</sup>

The expert opinions collected within the framework of the research project “CITY AND WAR: Destruction, Preservation, and Rethinking of the Cultural Heritage of Large Cities in Eastern and Southern Ukraine during the Russo-Ukrainian War” indicate a mixed reception of Norman Foster’s plan for Kharkiv’s post-war reconstruction. While the experts acknowledged the importance of the proposed ideas, they found them premature and lacking in careful consideration. For instance, Viktor Dvornikov, a restoration architect and member of the “Save Kharkiv” initiative group, emphasized that the proposed plan overlooks local traditions and social contexts. According to this expert, it is crucial to establish a vision for Kharkiv’s post-war development from the outset, as this influences the determination of strategies for the city’s recovery. Undoubtedly, urban cultural heritage is a priority, and it is important to consider both Ukrainian and global experiences and standards in this field.<sup>76</sup>

Architect and public figure Ievgeniia Gubkina expressed a similar opinion in an interview. According to this expert, Norman Foster’s plan was presented prematurely, while the destructive, economic, and social consequences of the war remain unclear. The plan is characterized by general deliberations and must be correlated with the actual post-war situation and challenges in the city. Furthermore, adopting the reconstruction concept of the Berlin Reichstag for the renovation of the Kharkiv Regional State Administration building is not expedient; such a proposal amounts to recycling another renovation and is not suitable for the city owing to its specific history.<sup>77</sup>

<sup>74</sup> Cf. Ievgeniia Gubkina/Hannah Su, Rebuilding Kharkiv: Ukrainian Architect and Architectural Historian Ievgeniia Gubkina Weighs in on What is at Stake When Reconstructing the Country, *The Architect’s Newspaper*, February 24, 2023, <https://www.archpaper.com/2023/02/ukrainian-architect-and-architectural-historian-ievgeniia-gubkina-weighs-in-on-what-is-at-stake-when-reconstructing-the-country/> [October 23, 2024].

<sup>75</sup> Cf. “Dia vidbudovy Kharkova treba 10 rokov”. Drozdov pro povoiennie vidnovlennia, spilkuvannia z Fosterom i henplan mista, *Pragmatika–Ukraine*, May 24, 2022, <https://pragmatika.media/news/dlja-vidbudovi-harkova-treba-10-rokiv-drozdov-pro-povoienne-vidnovlennja-spilkuvannja-z-fosterom-i-genplan-mista/> [October 23, 2024].

<sup>76</sup> Cf. Interv’iu z Viktorom Dvornikovym, *Podkast, Chastyna 2*, Interv’iuer: Yevhen Rachkov, *Data zapysu interv’iu*: August 8, 2023, YouTube, CityFace, <https://www.youtube.com/watch?v=-QcqxF3HP3I> [October 23, 2024].

<sup>77</sup> Cf. Interv’iu z Yevheniieiu Hubkinoiu, *Podkast, Interv’iuer: Yevhen Rachkov, Data zapysu interv’iu*: September 18, 2023, YouTube, CityFace, <https://www.youtube.com/watch?v=hr4JnLLO9U4> [October 23, 2024].

## 7. *Urban Heritage as an Instrument of the Politics of Memory*

Discussions surrounding the reconstruction of the Kharkiv Regional State Administration building should be contextualized within a broader framework, one which considers the connection to the management of dissonant urban heritage, specifically the Russian imperial heritage and the Soviet totalitarian heritage. Key participants in the overall process of rethinking Ukraine's cultural heritage during this war are various "mnemonic actors" who exert significant influence over the formulation and execution of historical policies. These actors predominantly consist of governmental entities (such as the President, Parliament, Cabinet of Ministers, judiciary, Security Service of Ukraine, Ukrainian Institute of National Memory, local authorities, and state cultural institutions) and non-governmental organizations (including political parties, civil organizations, media outlets, virtual communities, et cetera).<sup>78</sup> While the list of mnemonic actors is provisional, it is noteworthy that all participants in Ukraine's historical politics — to varying degrees, and in various capacities — actively seek to influence the shaping of the field of cultural heritage, turning it into an integral component and instrument of the politics of memory. This largely explains the significant diversity of opinions regarding the future of the Kharkiv Regional State Administration building that can be found in the media and socio-political discourse. The legal foundation for these efforts has been established, notably, through the "decommunization package" of laws since 2015<sup>79</sup> and the law "On the Condemnation and Prohibition of Propaganda of Russian Imperial Policy in Ukraine and the Decolonization of Toponymy," which was approved by the Verkhovna Rada of Ukraine on March 21, 2023.

Among the state institutions influencing the current strategy for rethinking cultural heritage, the Ministry of Culture and Information Policy and the Ukrainian Institute of National Memory hold significant sway. In particular, the ministry hosts an expert council, which focuses on addressing the repercussions of Russification and totalitarianism and formulating recommendations for cleansing public spaces of Russian imperial and Soviet totalitarian heritage. Nevertheless, local and urban authorities as well as civic activists exert the prima-

<sup>78</sup> A similar list of mnemonic actors is contained in numerous publications focused on the historical politics of Ukraine. Cf. Heorhii Kas'ianov, *Past continuous: istorychna polityka 1980-kh – 2000-kh. Ukraïna ta susydy*, Kyiv 2018.

<sup>79</sup> Cf. The Laws of Ukraine: "On the Legal Status and Honoring the Memory of Fighters for Ukraine's Independence in the Twentieth Century," "On Perpetuation of the Victory over Nazism in World War II of 1939–1945," "On Access to Archives of Repressive Agencies of Totalitarian Communist Regime of 1917–1991," and "On the Condemnation of the Communist and National Socialist (Nazi) Regimes, and Prohibition of Propaganda of Their Symbols".

ry impact on the ongoing process of reshaping public space and cultural heritage in Ukraine.

Experts interviewed as part of the project “CITY AND WAR” express divergent opinions on the prospects of dealing with urban heritage associated with Russian imperial and Soviet totalitarian histories. Regarding architecture, the vast majority of experts caution against hasty dismantling and instead recommend a focus on rethinking dissonant heritage. For instance, Yaroslav Likholyetov, head of the Kharkiv City Center for the Protection of Historical and Cultural Heritage of the Public Organization “Ukrainian Society for the Protection of Historical and Cultural Monuments,” highlights the importance of adhering to existing legislation; this is especially crucial considering that the exceptional characteristic of Ukraine’s urban cultural heritage lies in its diversity.<sup>80</sup> Similarly, Viktor Dvornikov emphasizes that Ukrainian cities have a diverse architectural heritage and advises against rushing to physically cleanse various sites from urban spaces; instead, careful consideration should be given to rethinking the narratives of historical collective memory represented in the heritage that arose during the Russian Empire and the USSR.<sup>81</sup> Ievgeniia Gubkina also stresses that Soviet architectural heritage is an integral part of Ukrainian history and should be preserved — in contrast to Soviet monuments, which ought to be removed from urban spaces.<sup>82</sup>

## 8. Conclusion

As demonstrated above, the Kharkiv Regional State Administration building serves as an illustrative case study for the discursive representation of urban heritage. In different historical periods, it took on different interpretations, entrenching it in the changing symbolic space of Kharkiv. The building underwent three significant transformations due to its remodeling, and consequently, its symbolic significance changed: after initially serving as a center of local self-government during the Russian Empire, it evolved into a center of Communist Party and Soviet state power and, after World War II, became a symbol of post-war reconstruction. After Ukraine gained independence in 1991, the building continued to serve as the seat of the regional government. However, during the Eurorevolution (2013–2014), it became a focal point of the confrontation between the pro-European Maidan and the pro-Russian anti-Maidan move-

<sup>80</sup> Cf. Interv’iu z Yaroslavom Likholyetovym, Interv’iuer: Yevhen Rachkov, Data zapysu interv’iu: November 4, 2022, YouTube. CityFace, [https://www.youtube.com/watch?v=u\\_An18g9-wg](https://www.youtube.com/watch?v=u_An18g9-wg) [October 23, 2024].

<sup>81</sup> Cf. Interv’iu z Viktorom Dvornikovym, Podkast, Chastyna 2.

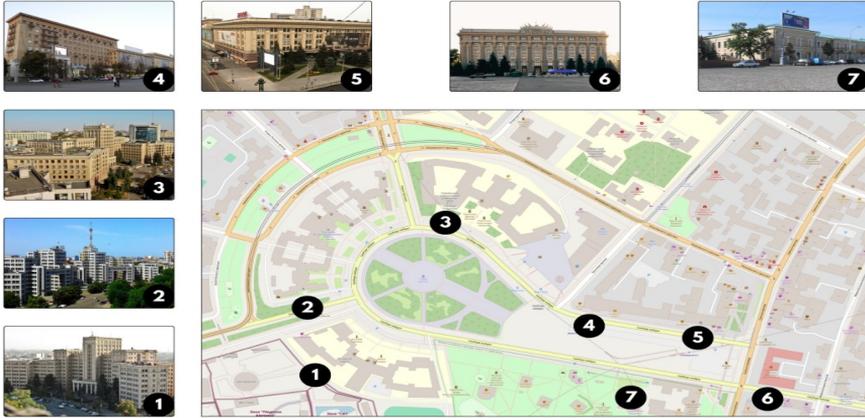
<sup>82</sup> Cf. Interv’iu z Yevheniieiu Hubkinoiu, Podkast.

ments, ultimately leading to a new understanding of the building as a symbol of Ukraine's struggle for independence. Finally, the devastating destruction as the result of a Russian missile strike on March 1, 2022, transformed the building into a recognizable symbol of the Russo-Ukrainian War.

The destruction of the building of the Kharkiv Regional State Administration has sparked a lively discussion in the media and on social networks, particularly on the issue of rethinking cultural heritage. The building has witnessed the formation of a new discourse, provoked and shaped by the Russo-Ukrainian war, which involves a critical reconsideration of dissonant heritage and the revitalization of original Ukrainian heritage. What happens to this building may affect the choice between demolition, restoration, and modernization for other heritage sites destroyed or damaged during the Russo-Ukrainian War.

In addition, the current discussion suggests that the search for new strategies for tackling problematic heritage (primarily that invoking Russian imperial history or Soviet history) remains incomplete. It also provides insight into the process of rethinking cultural heritage more generally. The case of the Kharkiv Regional State Administration building can either become an example of the search for civic dialogue and political consensus or, conversely, attest to the intensification of "memory wars." These conflicts have been a significant component of Ukraine's sociopolitical life over the past 30 years. During this time, various forms of the legacies of the Russian Empire and Soviet totalitarianism (architecture, monuments, memorials, components of ritual practices, and so on) were not entirely eradicated in Eastern Ukraine; instead, a significant portion of them were adapted to new political and cultural contexts. This reassessment has not been properly implemented in practice and has ultimately contributed to sociopolitical tensions.

Set in the context of working out strategies for the post-war reconstruction of Ukraine and rethinking the country's cultural heritage, the decision regarding the future fate of the building of the Kharkiv Regional State Administration acquires special significance. Discussions surrounding the building primarily focus on dissonant heritage and historical collective memory, rather than delving into the practical aspects of its use. Presumably, this approach will underpin future decisions regarding the restoration or preservation of Ukrainian cultural heritage sites damaged by the current war.



**Fig. 1:** Map of the architectural ensemble of Freedom Square: 1) Main building of V.N. Karazin Kharkiv National University (Andreeva Aliona01, October 7, 2020); 2) Derzhprom (Viktor O. Ledenyov, June 21, 2016); 3) North building of V.N. Karazin Kharkiv National University (Sergiy Bobok, August 24, 2021); 4) hotel “Kharkiv” (Serhii Lypko, October 4, 2014), 5) office building (Andreeva Aliona01, October 12, 2020); 6) Kharkiv Regional State Administration building (Star61, October 13, 2019) (marked in red on the right) (all are local architectural and urban heritage sites); 7) Kharkiv Regional Palace of Children’s and Youth Creativity (Vladimir Khalev, September 15, 2012) (local historical heritage site). OpenStreetMap. Photos via Wikimedia Commons.



**Fig. 2:** City view postcard “Kharkiv. Monument to V. I. Lenin. Administrative building. Monument in honor of the proclamation of Soviet power in Ukraine,” 1980 (V. H. Korolenko Kharkiv State Science Library).



**Fig. 3:** Consequences of the Russian missile strike on the Kharkiv Regional State Administration building on March 1, 2022 (Andreeva Aliona01, August 11, 2022). Photo via Wikimedia Commons.



**Fig. 4:** Preservation of the Kharkiv Regional State Administration Building after the Russian missile strike (Sergiy Bobok, August 23, 2023). Photo via Wikimedia Commons.

**Yevhen Rachkov** holds a PhD in History and serves as an Associate Professor at V. N. Karazin Kharkiv National University in Ukraine. Since 2022, he has been the coordinator of the project “CITY AND WAR: Destruction, Preservation, and Rethinking of the Cultural Heritage of Large Cities in Eastern and Southern Ukraine during the Russo-Ukrainian War,” sponsored by the Canadian Institute of Ukrainian Studies (CIUS).  
[yevhen.rachkov@gmail.com](mailto:yevhen.rachkov@gmail.com)

**Martin Kohlrausch**

## **Der „Power Broker“. 50 Jahre Robert Caros Studie über Robert Moses, New York, Infrastruktur und Macht**

*50 years after the publication of Robert Caro's seminal work *The Power Broker. Robert Moses and the Fall of New York*, this essay assesses what the book still has to offer to urban historians. It particularly highlights the often neglected public dimension of the planner Moses's rise and Caro's insightful treatment of media dynamics in urban politics. Caro's attention to the role of the media, the essay argues, helps us to better understand how an expert like Moses could exert almost uncontested power despite the complexity of the New York's urban context. While discussing Caro's important analysis of power in city politics and its relation to the logics of modern infrastructures and the mega-trend of motorization, the essay also points to themes of present-day urban studies that remain underexplored in Caro's treatment. The essay concludes with an outlook on the tension between democracy, infrastructure and planning as a still pressing theme for urban studies, which points beyond the case of New York and the period studied by Caro.*

### *1. Einleitung*

Vor 50 Jahren erschien das vielleicht einflussreichste in den USA publizierte Buch, das niemals ins Deutsche übersetzt wurde. Robert Caros „*The Power Broker. Robert Moses and the Fall of New York*“, eine 1246 kleinbedruckte Seiten umfassende Studie, porträtiert den Mann, der wie kein anderer das bauliche Gesicht des modernen New York geprägt hat.<sup>1</sup> Wie der im Deutschen nur unvollständig als „Makler der Macht“ wiederzugebene Titel suggeriert, geht es Caro um mehr als eine Biografie: „*The whole life of Robert Moses*“, so Caro apodiktisch, „in fact, has been a drama of the interplay of power and personality“ (4).

Was reißerisch klingt, wird Caro-esque, wie es im Amerikanischen heißt, umgesetzt. Gemeint ist hiermit eine extreme Rigorosität der Recherche.<sup>2</sup> Aber

<sup>1</sup> Robert Caro, *The Power Broker. Robert Moses and the Fall of New York*, New York 1974, im Folgenden im Text zitiert nach der „Vintage Books Edition“ von 1975.

<sup>2</sup> Neben dem ‚Power Broker‘ beruht diese Einschätzung auf Caros auf fünf Bände (vier

dies allein würde kaum den bis heute anhaltenden Einfluss des Buches erklären.<sup>3</sup> Caro kombiniert die Recherchetechniken des Reporters, der er qua Ausbildung ist, mit der Frage nach der Genese und Ausübung von Macht in der Stadt des 20. Jahrhunderts – und vor allem nach deren Auswirkungen auf die Bewohner\*innen. Caro geht es also nicht in erster Linie um Moses als Mensch. Über den Aufstieg von Moses erschließt er die Entwicklung New Yorks von den frühen 1920er- bis in die späten 1960er-Jahre, also in der Hochphase der globalen Bedeutung der Stadt.<sup>4</sup> Der Power Broker ist eine Geschichte über New York, den Staat und vor allem die Stadt, und insofern notwendigerweise auch eine der westlichen Moderne des 20. Jahrhunderts an ihrem prominentesten Ort. Ein ungemein erhellendes Extrem – aber eben auch spezifisch, mit unzähligen Namen von Politikern, Planern, Pressemagnaten und Wirtschaftsgrößen sowie Ortsmarken, die auch Kenner\*innen der Stadt New York oft nicht geläufig sein werden und ein nichtamerikanisches Publikum auf den ersten Blick außen vor lassen.

Dies kann die nie erfolgte deutsche Übersetzung und die begrenzte Rezeption des Buches in Europa erklären, vielleicht aber kam das Buch für ein europäisches Publikum auch zu früh. Dies weniger aufgrund der Erzählweise, die bei aller Brillanz und Virtuosität im Kern konventionell ist, sondern aufgrund der verhandelten Themen. Caro schreibt eine frühe Geschichte rassistischer Segregation, kapitalistischer Überformung städtischer Politik und des Verkehrskollapses als Folge komplexer vested interests, die nicht zuletzt die Presse umfassen. In dieser Gemengelage ist Caros Geschichte dem heutigen Europa näher, als dies Mitte der 1970er-Jahre, trotz damaliger Zeitgenossenschaft, der Fall war.<sup>5</sup>

davon erschienen) angelegter Biographie ‚The Years of Lyndon B. Johnson‘. Siehe auch die Selbstauskunft Caros: Robert Caro, Working. Researching, Interviewing, Writing, New York 2019.

<sup>3</sup> In eher anekdotischer Evidenz: „Lights. Camera. Makeup. And a Carefully Placed 1,246-Page Book. ‘The Power Broker,’ a biography by Robert Caro, has become a must-have prop for numerous politicians and reporters appearing on camera from home”, in: The New York Times vom 28. Mai 2020. Caros andauernder Einfluss lässt sich etwa sehen im Film „Motherless Brooklyn“ von 2019, der direkt auf den Power Broker Bezug nimmt, in der Ausstellung „Turn Every Page“, der New-York Historical Society von 2022, außerdem in einer weiteren Ausstellung zum Power Broker ebenda 2024 sowie der Netflix Dokumentation unter demselben Titel von 2022 und der Serie in zwölf Folgen „The Power Broker“ des Podcasts 99% Invisible aus dem Jahre 2024.

<sup>4</sup> Hilary Ballon/Kenneth T. Jackson (Hrsg), Robert Moses and the Modern City: The Transformation of New York, New York 2007.

<sup>5</sup> Zur konzeptionellen Erfassung der Dimension Ungleichheit in der Nachkriegsstadt siehe Christiane Reinecke, Auf dem Weg zu einer neuen sozialen Frage? Ghettoisierung und Segregation als Teil einer Krisensemantik der 1970er Jahre, in: IMS H. 2/2012, S. 110-131.

Die folgenden Überlegungen streben einerseits an, die Essenz des ‚Power Broker‘ für die Stadtgeschichte herauszuarbeiten und andererseits zu fragen, welche Inspirationen das Buch auch 50 Jahre nach dem Erscheinen noch bieten kann.

Caro sieht in Moses den „shaper of the greatest city in the New World“, vergleichbar nur einer Naturgewalt (19, 830). Bereits der Auftakt des Buches setzt den Ton und schwingt sich mit der Schilderung des enormen Ausmaßes von Moses‘ Bauprogramms in die erhebliche Höhe, die das Buch dann nicht mehr verlässt. Caro erläutert, was „shape“ im Falle von Moses hieß: die Veränderung der Geografie New Yorks, der Stadt und in erheblichem Maße auch des Staates. Caro evoziert äußerts suggestiv die kaum fassbaren Zahlen, die Moses zu „unquestionably America’s most prolific physical creator“ (2) machten.

Parks enormen Ausmaßes, die später über die ganzen USA kopiert werden sollten, und riesige Strände, zum Teil infrastrukturell erschlossen, zum Teil erst geschaffen, hunderte Kilometer Schnellstraßen, die das Prinzip der Parkways, Expressways und Highways durchsetzten und nach dem Zweiten Weltkrieg im System der Interstates mündeten – all dies wurde nicht von Moses erfunden, aber zum ersten Mal im großen Stil konzipiert und umgesetzt und damit ein breit rezipiertes Modell der automobilen Moderne geschaffen. Visuell noch viel spektakulärer: Die zahlreichen Brücken, die im 20. Jahrhundert aus den verschiedenen Teilen New Yorks überhaupt erst eine einheitliche, für den Autoverkehr erschlossene Stadt machten, gingen auf Moses zurück, angefangen mit der enormen Triborough Bridge (heute Robert F. Kennedy Bridge), tatsächlich ein Ensemble von Brücken und Zubringern, das Manhattan, die Bronx und Queens verband.

Hinzu kamen hunderttausende neue Wohnungen – errichtet oftmals auf dem Territorium zuvor geräumter bestehender Viertel –, hunderte neue Spielplätze und Erholungsorte, aber auch Wasserkraftwerke und Dämme an den Niagara-Fällen sowie zahlreiche ikonische Gebäude, in deren Planung Moses an entscheidender Stelle involviert war: das Lincoln Center, das UN-Hauptquartier, das Shea-Stadium, um nur wenige zu nennen. Aber nicht nur räumlich veränderte Moses New York tiefgreifend, auch der Zeitraum ist bemerkenswert: Er übte das, was Caro „shaping power“ (828) nennt, über 44 Jahre aus. Lewis Mumford veranlasste dies zu dem Urteil: „[I]n the twentieth century, the influence of Robert Moses on the cities in America was greater than that of any other person“ (12).

Aber die Relevanz des Falles Moses geht weit über die Manifestationen seines Schaffens hinaus. Caro beschreibt und analysiert eine Reihe von Spannungsfeldern, die seine Studie auch über jene Passagen hinweg tragen, die auf den ersten Blick vor allem technisch sind: Wie kann es sein, dass im 20. Jahr-

hundert, im Zeitalter anonymisierter Expertise und in Gremien nach rationalen Kriterien gezähmten Einflusses, ein Mann eine nahezu diktatoriale Entscheidungsmacht im Städtebau erlangen konnte und auch öffentlich als Personifizierung des gebauten Fortschritts überhaupt galt? Wie konnte dies im ungemein dynamischen und ausdifferenzierten Zentrum einer globalen, immer komplexeren Moderne und im Herzen der größten und mobilsten Demokratie der westlichen Welt geschehen? Was vermittelt der Fall Moses, der niemals in ein politisches Amt gewählt wurde, über Einfluss und Durchsetzungschancen in städtischer Politik über New York hinaus?

Antworten auf diese Fragen sagen notwendigerweise nicht nur, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, etwas über Moses als Person aus, wiewohl dessen Prägung und Eigenschaften über 1.200 Seiten hinweg die Erzählung mitbestimmen. Caro findet seine Antworten in dem, was er als „System Moses“ beschreibt.

## 2. System Moses

Geprägt durch seine elitäre deutsch-jüdische Herkunft und Studien in Yale, Oxford und Berlin war Moses in vielerlei Hinsicht ein Kind der Reformbewegung der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. Ein zentraler Punkt dieser Bewegung, und Moses' Steckbrief, war die Reform des öffentlichen Dienstes und hier speziell die Organisation des Zugangs auf meritokratischer Basis beziehungsweise, für ihn mindestens ebenso wichtig, aufgrund von „breeding and culture“ (73). Dies sollte den Hebel bieten, um die notorisch korrupte New Yorker Stadtverwaltung (für die Tammany Hall, Tagungsort einer Organisation innerhalb der Demokratischen Partei, als Synonym stand) von innen heraus zu heilen und effiziente Stadtverwaltung personell und organisatorisch überhaupt erst möglich zu machen.

Biografisch lässt sich der Aufstieg von Moses auch als Konsequenz aus seinem frühen Scheitern fassen. Moses' ursprüngliche Reformagenda stieß auf massiven Widerstand in der New Yorker Verwaltung. Am Ende des Ersten Weltkrieges war er bereits 30 Jahre alt und noch immer ohne feste Anstellung und ohne jeglichen Einfluss – trotz seines elitären Hintergrundes, entsprechender Netzwerke und einer exzellenten Ausbildung. Dies änderte sich erst mit dem Aufstieg des demokratischen Politikers Al Smith, der 1922 als Gouverneur des Staates New York wiedergewählt wurde. Smith gab Moses Spielraum für dessen Verwaltungsreformagenda, auch um sich selbst von den Seilschaften der Demokratischen Partei zu lösen. Moses' Einfluss wuchs mit dem von Smith – zum einen, weil er besser als jeder andere im Staat New York lernte, Gesetze und Verordnungen zu formulieren, und zwar so, dass seine eigentlichen Intentio-

nen erst später deutlich wurden, zum anderen, weil er sich von Smith abschauen konnte, wie sich ein politisches Programm durchsetzen ließ.

Caro gelingt es durch eigene Kapitel, die extremen biografischen Gegensätze zwischen Moses und dem letztlich auf den Straßen New Yorks ausgebildeten Smith plastisch werden zu lassen. Smith und Moses hatten allerdings beide großes Interesse an einer populären Agenda für großflächige Parks als Antwort auf die enorme Verdichtung des Siedlungsraumes in und um New York. Während Zugang zur Natur und andere gewöhnlich mit Parks assoziierte Attribute für Moses bereits früh wichtig waren, wurden die Parks mit seinem Aufstieg für ihn als Hebel für Einfluss zentral: „As long as you’re on the side of the parks, you’re on the side of the angels. You can’t lose“, so sollte Moses sein instrumentelles Credo später zusammenfassen (219). Während Parks zunächst nicht als evidentes Machtinstrument erscheinen, spielten sie für die Karriere von Moses eine herausragende Rolle. Das eine war die enorme Popularität der Parks und die mediale Unterstützung, die sich mit dem Thema mobilisieren ließ. Das andere waren die Strukturen, die Moses entwickelte, um die Parks zu realisieren, und die er später in Variationen immer weiter perpetuieren und ausbauen sollte. Hinzu kam, dass die wenigen Parks, die es in New York zu Beginn der 1930er-Jahre gab, eines der stärksten Symbole für den Verfall des städtischen Raums geworden waren – letztlich dysfunktional und für die stark wachsende Bevölkerung kaum zu gebrauchen.

Parks in dem Ausmaß, wie sie Moses als Vorsitzender einer mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Kommission schuf, waren zuvor nahezu inexistent gewesen. Das galt auch für Long Island, das ihm zum erfolgreichen Demonstrationslabor wurde. Die Manier, wie Moses über Enteignungen und gegen massiven Widerstand der auf Long Island grundbesitzenden Ostküstenelite (robber barons) zwischen 1923 und 1929 die Grundlagen für ausgreifende Grünflächen, Strände und diese erschließende Verkehrsverbindungen schuf, half ihm einerseits, juristisch-politische Strategien zu entwickeln, die er später perfektionieren sollte. Andererseits wurde hier der Mythos des selbstlosen, nur von Sachinteressen getriebenen Kämpfers für die öffentliche Sache gegen Partikularinteressen geformt. Moses erschloss damit das Umland der Stadt für die motorisierte und sowohl finanziell als auch zeitlich „freizeitfähige“ Mittelschicht.

Die Kombination von kilometerlangen Stränden – und dies hieß für Moses Strände mit öffentlichen Anlagen, die in ihren Dimensionen an die Visionen totalitärer Regime in Europa erinnern – mit große Teile Long Islands umfassenden Parks und Parkways waren das ungemein populäre Versprechen, das Moses als erster so formulierte und dann auch realisierte.

Moses' „getting things done“ funktionierte, wie Caro detailreich rekonstruiert, über Strukturen jenseits der etablierten Verwaltung: Kommissionen, denen er vorsaß und die bald enorme Infrastrukturvorhaben in der Stadt New York zu planen begannen. Diese erlaubten es ihm, den Nimbus des Unpolitischen zu wahren und, wenn nicht anders nötig, jenseits der Öffentlichkeit zu agieren. Hier entstand eine „power structure all his own“ (297), kaum verantwortlich gegenüber der regulären Verwaltung und in all ihren Teilentitäten über die Ämterkumulation in Moses' Person verbunden.

Mit den Einsichten aus seiner Zeit mit Smith hatte Moses die Kommissionen so konstruiert, dass vertragliche Regelungen es nahezu unmöglich machten, ihn zu entlassen. Da die neuen Brücken und Verkehrsinfrastrukturen, anders als die Parks, Mautgebühren einspielten, lagen hier die Grundlagen für den zukünftig erheblichen finanziellen Spielraum in seinen Händen – im starken Kontrast zur eigentlichen Stadtverwaltung New Yorks. Diese Erträge öffentlich finanzierter Infrastruktur dienten Moses zunehmend dazu, verschiedenste Teilnehmer – von Banken zu den Betreibern von Parkrestaurants – profitieren zu lassen und von sich abhängig zu machen.

Mehr noch: Die immer wieder neu vergebenen und nie vollständig abgelösten Anleihen machten Moses' Triborough Authority zu einem „covenant“ eigenen Rechts, unabhängig von politischer Konsensbildung – die angesichts der generationenübergreifenden Bedeutung der Bauwerke angemessen gewesen wäre – und verantwortlich nur den Zeichnern der Anleihen. Caro beschreibt das, was hier entstand, als eine mächtige vierte Gewalt (624, 631). Diese vierte Gewalt habe wie ein eigener Staat funktioniert, mit eigener Flagge, eigenen uniformierten Ordnungskräften, einem Verwaltungssitz auf dem eigenen Territorium Randalls Island und weitgehender Autonomie. Die Beschreibung eines in all seinen Erscheinungsformen monarchischen Systems mit Audienzen und zahlreichen Einrichtungen – einschließlich eines ganzen Orchesters –, die letztlich Moses' Prärogative unterstanden, gehört zu den eindrucklichsten Passagen des Buches. Es spricht für sich, dass hier Loyalitäten und Abhängigkeiten kreiert wurden, die mit den direkten Infrastrukturmaßnahmen kaum mehr zusammenhingen.

Allerdings funktionierte dieses Reich nur unter der Voraussetzung, dass immer weiter gebaut wurde. Die Fertigstellung einer Brücke konnte nur der Auftakt sein zum nächsten Straßenprojekt und damit einhergehend zu neuen Anleihen, basierend auf zukünftigen Mauteinnahmen (und wachsendem Verkehrsaufkommen), die die herausgebende public authority „unsterblich“ machten. Auf dem Höhepunkt seines Einflusses vereinigte Moses zwölf verschiedene herausgehobene Positionen, die es ihm ermöglichten, in einer Kommission Projekte politisch entschließen zu lassen, die er in einer anderen Position entwi-

ckelt hatte. Diese Machtfülle machte es faktisch nahezu unmöglich, ihn aus einer dieser Positionen zu verdrängen oder zu entlassen, da Moses immer noch eine mehr als ausreichende Machtbasis blieb, um jeden, der dies versuchte hätte, einen enormen Preis zahlen zu lassen. Moses selbst war im engeren finanziellen Sinne nicht korrupt: „But in terms of power“, urteilt Caro, „Robert Moses was corrupt“ (722).

Die neuen, von Moses geschaffenen Strukturen konnten freilich nur aufgrund der Schwäche der boroughs funktionieren, also der fünf Entitäten, aus denen New York bestand, die finanziell ausgezehrt waren und deren „presidents“ in der Praxis nur sehr limitierte Entscheidungsbefugnisse besaßen (748). Wollten diese gewählten Politiker größere Projekte umsetzen und überhaupt Einfluss auf die Stadtstruktur haben, mussten sie auf Moses zurückkommen. Durch ihn konnten sie sich öffentlich als Ermöglicher zeigen, aber immer zu dem Preis, dass auf lokale Befindlichkeiten, Gewohnheiten und gewachsene Gemeinschaften keine Rücksicht genommen wurde, da diese in der Infrastrukturlogik von Moses schlicht nicht existierten. Überhaupt, und dies ist ein roter Faden der Erzählung Caros, beruhte das System Moses darauf, sich in jeder Hinsicht abzuschotten – von neuen Ideen, aber auch von all den individuellen Schicksalen und Vorstellungen, die seinen Visionen entgegenstanden.

Dieser Mechanismus galt im Prinzip auch für die New Yorker Bürgermeister. Vor allem während der zwölf Jahre des Mandats von Fiorello La Guardia ab 1934 funktionierte weitgehend die Aufgabenteilung zwischen Moses, der gigantische Projekte umsetzte, unzählige Parks realisierte und mit stetig wachsendem Einfluss abgegolten wurde, und dem Bürgermeister, der hierfür öffentlich Kredit erhielt. La Guardia war fasziniert von Ingenieuren – unter die er Moses nicht ganz zurecht subsumierte – und forcierte seine Vision, die Stadtverwaltung durch überparteiliche, unpolitische Experten leiten zu lassen: „To the public, Robert Moses epitomized the nonpolitical, nonpartisan expert“ (359), für La Guardia war er schlicht „the greatest engineer in the world“ (454).

Diese Beziehung zum wechselseitigen Nutzen funktionierte auch, weil Moses die Jahre der Great Depression genutzt hatte, um massenhaft Ingenieure und Architekten (von denen die Hälfte beziehungsweise sechs von sieben ohne Arbeit waren) jenseits bestehender Strukturen für sein Park Departement zu gewinnen, wo er dann über 600 Experten – und entsprechende Umsetzungsmacht – verfügte. Diese „Moses men“ (711) formten eine neue technische Elite, die von seinem System profitierte, aber auch von ihm abhängig war. Hinzu kam die schiere Dauer, über die Moses Macht ausübte. Beinahe gesetzmäßig musste die Verwaltung sich an ihm orientieren, der auch da sein würde, wenn die Zeit eines Bürgermeisters oder eines anderen gewählten Politikers wieder abgelaufen war.

Moses konnte ein dysfunktionales System städtischer Verwaltung so umbauen, dass es in Teilbereichen, gemessen an gebauter Infrastruktur, funktionierte, da er das System wie kaum ein anderer verstand. Mehr als jeder seiner Mitstreiter und Gegenspieler dachte Moses, wie Caro argumentiert, in Möglichkeiten und war in der Lage, verschiedene Stränge und Felder in Politik, Verwaltung und Ökonomie auf teils radikal neue Weise zusammenzudenken. Aber er agierte selbstredend auch vor dem Hintergrund tiefgreifender Entwicklungen, die er durchaus visionär erkannte, aber nur bedingt beeinflussen konnte.

### 3. Zeitalter der Motorisierung

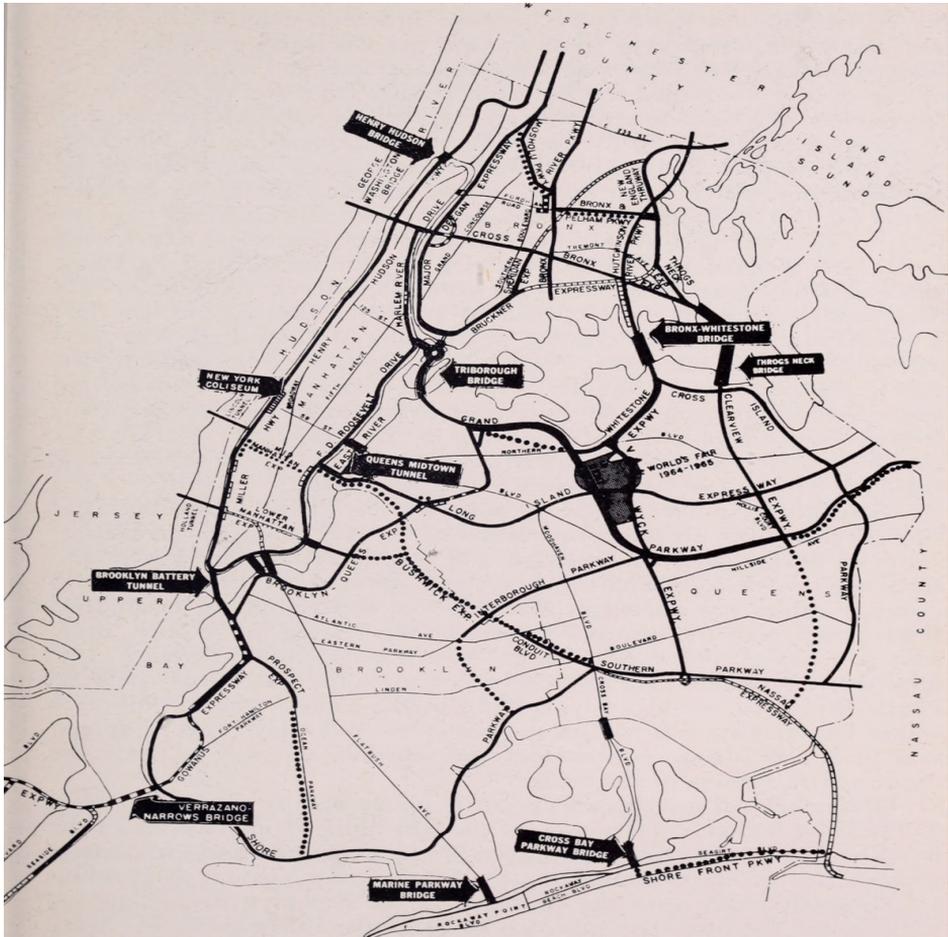
Die Motorisierung der Mobilität war eine solche Basisveränderung und die Vorstellung, dass das neue Verkehrsmittel Auto Raum in den Städten brauche, war weit verbreitet. Moses war aber radikal in der Weise, wie er Entscheidungen immer zugunsten des individuellen Verkehrs traf – gewissermaßen die autogerechte Stadt *avant la lettre* umsetzte.<sup>6</sup> Er war an entscheidender Stelle dafür verantwortlich, dass enorme öffentliche Mittel in den Bau von Highways geleitet wurden (759). Demgegenüber stand eine von ihm maßgeblich beeinflusste finanzielle Austrocknung des öffentlichen Transports, vor allem der New Yorker Metro. Dies hatte unmittelbar Einfluss auf Moses' Reich, denn exorbitante Steigerungen des Individualverkehrs wirkten sich direkt auf die Mautgebühren der Triborough Authority aus.

Eine der faszinierendsten Einsichten aus der Lektüre Caros ist, wie bereits in den 1930er-Jahren erste Stimmen darauf hinwiesen, dass das Hinzubauen immer weiterer Spuren und neuer Straßen das Verkehrsproblem nicht lösen beziehungsweise es sogar verschlimmern würde (897). Die „traffic generation“, also die Schaffung von Verkehr durch Ausweitung der Straßen, war in der Praxis nachgewiesen. Schon Mitte der dreißiger Jahre wurde sehr klar auf die fatalen ökologischen und menschlichen Kosten der Mosesschen Planungsparadigmen hingewiesen. Ein Kritiker wie Lewis Mumford, der auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Preis des Highwaybaus ohne übergreifende Planung hinwies, war sich allerdings selbst der Aussichtslosigkeit seiner Interventionen bewusst. Caro zeigt, dass junge Kritiker, geschult an den transatlantischen Inspirationen Werner Hegemanns,<sup>7</sup> noch nicht auf Begriffe wie „ecolo-

<sup>6</sup> Das Konzept wurde im deutschsprachigen Raum geprägt von Hans Bernhard Reichow, *Die autogerechte Stadt – Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos*, Ravensburg 1959. Zur Wirkungsgeschichte siehe auch Christoph Bernhardt, *Längst beerdigt und doch quicklebendig. Zur widersprüchlichen Geschichte der ‚autogerechten Stadt‘*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 14:3, 2017, <https://zeithistorische-forschungen.de/3-2017/5527> [17.12.2024].

<sup>7</sup> Zu Hegemanns prägender Rolle im transatlantischen Urbanismuskurs vgl. Caroline

gy“, „environment“ und „human scale“ zurückgreifen konnten beziehungsweise diese erst schwach im öffentlichen Diskurs verankert waren. Daher vertrauten sie letztlich Außenseiteranliegen (548): „because a nation that worshipped the engineer was not yet ready to be told that the engineer’s values might not be the last word in highway design“ (543).



**Abb. 1:** „30 years of progress, 1934-1964“. Veröffentlichung einer Leistungsbilanz des von Robert Moses geleiteten Department of Parks anlässlich des 300-jährigen Bestehens der Stadt New York. ©Flickr Commons

Flick, Werner Hegemann (1881-1936). Stadtplanung, Architektur, Politik - ein Arbeitsleben in Europa und den USA, München 2006.

Moses ließ derartige Einsichten nicht an sich heran – auch und gerade nicht die seines Bruders Paul Moses, eines fähigen Planers und in mancher Hinsicht prophetischen Kritikers der autogerechten Stadt. Das Kapitel, in dem Caro beschreibt, wie Paul von Robert auf systematische und nicht anders als niederträchtig zu nennende Weise ruiniert wurde, ist eines der wenigen, in denen der Mensch Moses im Zentrum steht.

Die Medien hingegen standen nahezu geschlossen hinter Moses' radikaler Bevorzugung des Individualverkehrs, die auf den ersten Blick nur Vorteile zu versprechen schien, politische Aktivität signalisierte und auch visuell viel hermachte. Zum Lobbying der „highwaymen“, das heißt der enormen Machtkonzentration der Auto-, Stahl- und Aluminiumproduzenten sowie von Big Oil, der Bauwirtschaft, Ingenieursvereinigungen und Gewerkschaften, gab es kaum ein Gegengewicht (927). Mit dem Nachkriegsboom, der sich nicht zuletzt in einer extrem gesteigerten Motorisierung äußerte, verstärkten die sich von Caro bereits für die Vorkriegszeit beschriebenen Dynamiken noch weiter. Der Autor bietet tiefgreifende Einsichten in die Bedingungsfaktoren einer Entwicklung, die in ihren langfristigen Festlegungen überaus tragisch war, weil früh und akkurat auf die fatalen Folgen des Beton- und Autobooms hingewiesen wurde. Insofern liefert Caro auch einen wesentlichen Beitrag zu einer Geschichte der Infrastruktur – sowohl konzeptionell als auch in spezifischen Zugängen.<sup>8</sup>

Dieses Urteil wird noch unterstrichen durch seine anschauliche Beschreibungen der frühen Bewältigungsstrategien eines institutionalisierten Verkehrskollapses. Nach einer ersten negativen „Wahrnehmungswelle“ Mitte der 1920er-Jahre begann eine Gewöhnung an die Frustration des Lebens im Stau, an die Verschmutzung und den Lärm. In den Worten der New York Times: „we learn to tolerate intolerable conditions“ (912 f.). Caro beschreibt das immer wieder gleiche Schema der hohen Erwartungen an neue Autoinfrastrukturen, auf die dann die Gewöhnung folgte, nachdem auch diese die extremen Staus nicht abgestellt beziehungsweise sie noch verschlimmert hatten. Im eindringlichen Kapitel 40 („Point of No Return“) schildert Caro die Tortur, die eine Fahrt mit dem systematisch vernachlässigten öffentlichen Nahverkehr von Long Island nach New York mit sich brachte. Er stellt der Grenzerfahrung der Zugnutzenden das „commuter syndrome“ (938) der immer zahlreicher und länger im Stau stehenden Autofahrenden gegenüber.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde schnell deutlich, dass gar nicht der Anstieg der Pendlerzahlen an sich für Staus sorgte, sondern vielmehr die Individualisierung des Verkehrs. Anfang der 1950er-Jahre hatte die Einsicht, dass die

<sup>8</sup> Zu Infrastruktur als ertragreicher Kategorie für die Geschichtswissenschaft: Dirk van Laak, Infrastrukturen, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 01.12.2020, [http://docupedia.de/zg/laak\\_infrastrukturen\\_v1\\_de\\_2020](http://docupedia.de/zg/laak_infrastrukturen_v1_de_2020) [17.12.2024].

Planungen von Moses nicht sinnvoll waren, solange sie nicht durch den Ausbau des öffentlichen Transportes ergänzt würden, unter Stadtplanern die Oberhand, aber auch dies reichte nicht gegen dessen Machtfülle und autozentrierte Ideologie. Moses war, so Caro, in Amerika und vielleicht weltweit der „most vocal, effective and prestigious apologist for the automobile“ (927). Aber er konnte es eben auch werden, weil er verschiedene übergreifende Tendenzen in seinen Projekten zusammenführte.

Ein wesentlicher Faktor waren die enormen Mittel, die der New Deal mobilisierte. Während Moses von den politischen Zielen des New Deal, vorsichtig gesagt, wenig hielt, schaffte er es, die verschiedenen föderalen Programme ingenieus zu instrumentalisieren, um jenseits der etablierten Administration seine eigenen Strukturen aufzubauen und zu verstärken und unter Verweis auf nicht zuständige städtische Akteure seine Immunisierung weiter voranzutreiben. Moses profitierte von der „engineering mentality“, die auf beiden Seiten, der des Bundesstaates und der seiner authorities, geteilt wurde (705). Hinzu kam der extreme Informationsvorsprung, den er sich in den vorangegangenen Jahren verschafft hatte. Dadurch konnte er Strukturen aufbauen und so für die Bundesregierung sicherstellen, dass die enormen Summen des New Deal überhaupt abflossen. Damit wurde er zum Vorbild für die Planer in anderen amerikanischen Städten.

#### *4. Umbau der Stadt*

Am deutlichsten werden die negativen Konsequenzen einer mechanisch gedachten städtischen Verbesserung in der Beseitigung von – in der Sprache der Zeit – „Ghettos“. Caro beschreibt in eindringlichen Details, was die Veränderung ganzer Viertel durch Schnellstraßen und Viadukte beziehungsweise, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, groß angelegte öffentliche Wohnbauprogramme bedeutete. Insgesamt führten, so Caro, die durch Moses veranlassten Maßnahmen zur Umsiedlung von 500.000 Menschen im Großraum New York – für Friedenszeiten kaum vorstellbare Dimensionen. Betroffen waren keineswegs nur – wie auch immer gemessen – slumartige Viertel, sondern auch, nach allen verfügbaren Maßstäben, „funktionierende“ Wohnviertel. Das Chapter 37 („One Mile“) beschreibt den Fall von East Tremont als Geschichte eines ohne Notwendigkeit – eine andere Trassenführung wäre ohne Abstriche möglich gewesen – zerstörten Wohnviertels und die dramatischen Folgen für die nun entwurzelten Bewohner\*innen.

Ganz generell gesprochen, dies zeigt Caro systematisch, mochte Moses einzelnen Menschen und Nachbarschaftsinitiativen nicht zuhören, aber er konnte es eben auch nicht, wollte er den Mechanismen seiner Stadtentwicklung treu

bleiben. „Getting things done“ hieß in letzter Konsequenz, dass Widerstand verdächtig war (480). Moses war gut im Erfassen der Bedürfnisse des städtischen Organismus als Ganzes, reduziert auf automobiler Verkehrsströme, aber nicht des menschlichen Faktors eines Stadtviertels. Wenn es ihm um Menschen ging, dann um die Mitglieder der gehobenen Mittelklasse, der er selbst entstammte. Jenseits dessen traten Menschen in seinem Denken als Masse auf, auch ganz bildlich in „mass calisthenics“, die Caro qua Dimension mit dem Dritten Reich vergleicht und für die Moses neue Sportstätten entwickeln ließ (482).

Was die Lektüre der Mikrostudien zu den Auswirkungen von Highwaybauten und Brücken für einzelne Viertel besonders ertragreich macht, ist, dass die Langzeitfolgen von Infrastrukturen ins Bild kommen. Infrastrukturen weichen beinahe per se ab vom Rhythmus gesellschaftlicher Veränderung und demokratischer Entscheidungsfindung; gerade die gigantischen Projekte Mosescher Prägung ließen sich später kaum mehr anpassen. Die unter Moses getroffene Festlegung von New York als Autostadt für Generationen könnte selbst bei einem weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Konsens kaum mehr rückgängig gemacht werden. Oftmals waren dies bewusst „ewige“ Entscheidungen wie die, gegen vielstimmigen Rat auf den Vorratsgrunderwerb entlang neuer Autostrecken zu verzichten. Dieser hätte später das Hinzufügen öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht.

Zudem wird bei Caro deutlich, wie die Ingenieurlogik unter Moses eine Eigendynamik entfaltete. Moses selbst hatte keine Ausbildung als Ingenieur, wurde aber als solcher wahrgenommen und öffentlich gepriesen. Vor allem aber war sein Credo des „getting things done“ unter Ingenieuren unmittelbar anschlussfähig. Die Erfolgslogik eines Projekts reduzierte sich auf dessen zeitgerechte Fertigstellung – und auf Kilometer, verbauten Beton und diverse technische Leistungsparameter. In einer der verstörenderen Passagen beschreibt Caro, wie vormalige hohe Weltkriegsoffiziere, die für die Infrastrukturen der D-Day-Landung und des Pazifikkrieges verantwortlich waren, das Kommando für Sprengungen im Rahmen der „Bereinigung“ von East Tremont führten (887).

### *5. Medienlogik und Expertise*

Während Moses generell eine aufgrund eines unreflektierten Planungsenthusiasmus fehlgeleiteten Baupolitik personifiziert, bietet Caro eine Reihe weiterer Perspektiven, die sein Buch bis heute relevant machen. Was bisher kaum beachtet wurde, obwohl für die heutigen Verhältnisse extrem aufschlussreich, zieht sich wie ein roter Faden durch Caros Analyse: Moses' Verhältnis zu den

Medien.<sup>9</sup> Hier liegt der eigentliche Schlüssel für das Paradox des nicht gewählten Experten, der die Fäden der Macht für beinahe ein halbes Jahrhundert in den Händen hielt und Kräfte mobilisieren konnte, die es erlaubten, einen komplexen Organismus wie New York derart tiefgreifend umzugestalten. Moses' Machtstruktur verschiedener authorities scheint auf den ersten Blick schwach, war aber, wie Caro mit unzähligen Beispielen ausführt, „shored up with buttresses of the strongest material available in the world of politics: public opinion“ (297).

Moses nutzte – siehe das Parkthema – die Presse früh und konnte hier mit einem generellen Wohlwollen gegenüber städtischen Reformen rechnen, auch angesichts dramatischer realer Missstände. Insbesondere bei der New York Times gab es auch personelle Verflechtungen zwischen Reformbewegung und Journalismus. Jenseits thematischer Überschneidungen profitierte Moses von seinem Image als chairman, der, so die durch ihn aktiv beförderte Wahrnehmung, seine vielen Funktionen ehrenamtlich oder doch zumindest ohne finanzielle Interessen ausübte und so in scharfem Kontrast zur regelmäßigen Aufdeckung städtischer Korruptionsskandale durch die Medien stand (632 f.).

Die Aufmerksamkeit, die diese Kombination produzierte, ist beachtlich – immerhin war Moses kein gewählter Politiker, sondern qua Funktion ein nachgeordneter Experte für als solche nicht besonders aufregende technische Probleme. Nach dem Charles Lindbergh-Jahr 1927 sieht Caro bereits 1928 als Moses-Jahr. Im Jahr 1934 war er öfter in den Zeitungen als Edgar J. Hoover mit seinen spektakulären FBI-Aktionen und beinahe so oft wie Bürgermeister Fiorello La Guardia, selbst ein begnadeter Dirigent der öffentlichen Meinung (379). 29 Editorials der New York Times widmeten sich in diesem Jahr dem Lob von Moses und eine der Ausgaben der Zeitung enthielt, als extremer Fall, fünf verschiedene Artikel über ihn. Die New York Times entwickelte sich zum Hauptorgan des Moses-Kultes, aber dessen Präsenz in anderen Zeitungen war nicht weniger beachtlich. Unkritische Interviews, in denen Moses seine eigenen talking points den Leser\*innen direkt vermitteln konnte, waren weit verbreitet – ebenso wie Artikel, die er selbst verfasst hatte (811).

Hinter diesen Artikeln stand eine signifikante Nachfrage, aber auch ein im Detail gesteuertes Angebot. Moses investierte erheblich in PR-Arbeit und konnte dies innerhalb seines Reiches der authorities mit ihren unzähligen kaum kontrollierten Nebenhaushalten und von ihm abhängigen Apparaten auch schlagkräftig tun (623). Wie in einem Brennglas wird seine Medienmacht in einer von Caro beschriebenen Extremsituation deutlich, in der er meinte, über das Radio seine Pläne zur „slum clearance“ der New Yorker Bevölkerung vor-

<sup>9</sup> Siehe lediglich den knappen BLOG von David Perell, <https://perell.com/essay/robert-moses/> [17.12.2024].

stellen zu müssen, um sich anschließend direkt auf die öffentliche Meinung berufen zu können, während der um seinen politischen Einfluss fürchtende La Guardia den übertragenden Radiosender abschalten ließ (612 f.).

Dies war gewissermaßen die logische Kehrseite der unzähligen Situationen, in denen Gouverneure des Staates New York oder Bürgermeister der Stadt New York versuchten, den Stadtplaner in die Schranken seines Amtes zu weisen, nur um dann spätestens durch das überwältigende pro-Moses Medienecho sich ihrer eigenen politischen Grenzen schmerzhaft bewusst zu werden. Moses, durchweg als Vertreter des Guten und vor allem über der Politik stehend gepriesen, konnte die wenigen potenziell erfolgreichen Angriffe leicht als kleinliche politische Intrigen abtun und notfalls mit seinem Rücktritt drohen. Dessen Annahme war für Politiker aufgrund des befürchteten öffentlichen Echos, beziehungsweise der Macht, die Moses noch in allerhand anderen Funktionen verblieben wäre, keine Option.

In den ersten sechs Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen mehr als 1400 Editorials in den Zeitungen der Metropolregion New York, die Moses' Leibthema vom positiven Nutzen der authorities (als unpolitisch, unbürokratisch und überparteilich) durchdeklinierten. Abweichende Meinungen und Versuche, mehr Transparenz – oder überhaupt Transparenz – zu erreichen, endeten vor Gerichten (716). In der öffentlichen Vernichtung von Gegnern über die Presse kannte Moses kaum Hemmungen (469). In der Atmosphäre der 1950er-Jahre reichte es für ihn, seine Gegner als „Commie“ oder „Bolshie“ zu markieren. Für Frank Lloyd Wright fiel ihm ein „regarded in Russia as our greatest builder“ ein und Walter Gropius wolle das amerikanische System durch eine „philosophy which doesn't belong here“ verändern (471). Lewis Mumford und Gleichgesinnte denunzierte Moses als „long-haired planner“ und Regionalplanung war in seinem Sprachgebrauch ohnehin ein Schimpfwort (917).

Die Medienaufmerksamkeit für Moses nahm Bezug auf und beförderte zahllose öffentliche Anerkennungen durch die New Yorker Elite und stadtbürgerliche Vereinigungen. Plaketten ehrten ihn als „Dreamer-Planner-Doer“ (Pennsylvania Avenue) oder „Master Builder“ (Fordham University). Öffentliche Beifallsbekundungen anlässlich von Parkeinweihungen erfolgten in eng getaktetem Rhythmus mit immer ähnlichen Gruppen von Schulkindern, die den unangefochtenen Charakter des Parkprogrammes verkörperten. Die sorgfältig choreografierte Einweihung des zentralen Teils der Triborough Bridge sieht Caro als „one of the greatest engineering shows in the history of civilization“ (454).

Bereits seit den späten 1930er-Jahren zeigte sich die extreme Personalisierung von stadtbezogenen Themen: Moses wurde zur nahezu mythischen Figur, abgehoben durch seine Schaffenskraft, galt aber doch auch als ein Mann des Volkes, der Probleme „aus der Sache heraus“ löse und vor allem kein Politiker

war. Die Geschichte, die Caro erzählt und analysiert, ist also viel mehr als die eines Medienkultes. Kapitel 35 ist schlicht „RM“ betitelt. Caro beschreibt hier und an vielen anderen Stellen, wie Moses' öffentliche Persona das Ergebnis eines branding war, das aber nur funktionieren konnte, weil er auf so viele Tendenzen und Bedürfnisse der Zeit einzugehen vermochte. Moses bezeichnete sich selbst als „city builder“ und schrieb sich, offenbar für viele überzeugend, ein grandioses Set an Eigenschaften zu. Er selbst vereine die Welten des Ingenieurs, Architekten und Kaufmanns, der sich dadurch auszeichne, Ideen auch umsetzen zu können – ein Mann der Vision und Praxis zusammenbringe (832). Dies bedeutete aber auch „an instinctive dislike of things which are built or run wrong“, „a healthy contempt for the parasite“ und Verachtung für den „itinerant expert“ und nicht zuletzt den „ivory tower planner“.

Caro erkennt in den verschiedenen Posen, mit denen Moses auf die riesigen von ihm geschaffenen Infrastrukturen verwies, die Haltung eines römischen Imperators (833). Was wir heute wohl einen postdemokratischen Politiker nennen würden, funktionierte in den 1950er-Jahren, in denen die USA weitgehend unangefochten als Modell der demokratischen Welt galten, weil Moses eine Version der Moderne verkörperte, deren inhärenter Widerspruch zu einer partizipativen Demokratie erst in Ansätzen sichtbar war.

Dabei reichte seine öffentliche Wirkung weit über New York hinaus. In den von ihm geschaffenen Anlagen auf Long Island hielt er regelrecht Hof und empfing Botschafter und andere ausländische Gäste, die zuvor die Moses-Moderne besichtigt hatten (817). Auch eine westdeutsche Delegation ließ sich durch ihn für den heimischen Wiederaufbau inspirieren (820). Die wohl eindrucksvollsten Schauspiele boten sich bei den Einweihungen der ebenfalls durch Moses verantworteten Energiegewinnungsstrukturen an den Niagara-Fällen im Staat New York. Die entsprechenden Einweihungsfeiern besaßen, so Caro, eine „scale seldom witnessed in a democracy“ (825). Moses, so zeigt Caro, war ein Held der Öffentlichkeit, obwohl oder gerade weil er in keiner einzigen Kapazität der Öffentlichkeit verantwortlich war (753).

## *6. Ende einer Epoche*

In Interaktion mit der Öffentlichkeit schuf Moses sich die Machtbasis für seine durchgreifende Stadtplanung. Das Zusammenspiel mit den Medien macht aber auch deutlich, warum Moses eine so signifikante Figur war und für welche Suchbewegungen und Bedürfnisse er Ziel und Antwort bot. Insofern kann es auch nicht erstaunen, dass sein Machtverlust genau dann einsetzte, als er zunehmend öffentlich herausgefordert wurde. Interessanterweise hatte sich der Mechanismus bereits früh angedeutet. Moses' „long love affair with the press“

(409) endete, zumindest vorübergehend, als er sich 1934 entschied, als Gouverneur des Staates New York zu kandidieren – mit dem Resultat einer in jeder Hinsicht scheiternden Kampagne. Moses provozierte nahezu alle relevanten Gruppen und politischen Akteure, aber eben auch die Presse, da er zum ersten Mal nicht seinem eigenen Drehbuch folgen konnte, sondern sich kritische Fragen zu seinen Positionen gefallen lassen musste (408).

Caros Interpretation ist vielsagend für das Phänomen Moses: Letztlich habe seine PR bis dahin darin bestanden, sich mit einem einzigen „popular cause“ – den Parks – zu identifizieren. Diese Identifikation überdeckte den Kern seines Antriebs – „getting things done“ –, wobei der Zweck die Mittel heiligte und persönlicher Machtgewinn mehr und mehr vom Mittel zum Zweck wurde (423). Indem die Augen der Öffentlichkeit auf die gute Sache konzentriert waren, blieben die Methoden, mit denen diese erreicht wurde, im Schatten und „kept his personality safely blurred“ (64).

Moses sollte seinen Ausflug in die Parteipolitik nie wiederholen. Die Liebesbeziehung zu den Medien war schnell wieder hergestellt und funktionierte bis in die 1960er-Jahre. Gleichwohl begannen sich bereits in den 1950er-Jahren die Parameter zu verändern, unter denen Stadtplanung erfolgte – und die Erfolgsformel von Moses stieß an ihre Grenzen. Wie und warum sie dies tat, sagt viel über Moses' Aufstieg und jahrzehntelange Machtausübung sowie über Stadtpolitik und Stadtplanung aus. In den 1950er-Jahren wurden die kritischen Stimmen akademisch ausgebildeter Planer angesichts der nicht mehr zu übersehenden Kollateralschäden seines Vorgehens lauter. Es ist nur auf den ersten Blick paradox, dass sowohl Moses als auch die Vertreter umfassender Planungen einander als Antagonisten begriffen. Für Moses bedeutete Planung das Umsetzen enormer Infrastrukturprojekte ohne viel über deren Implikationen jenseits des Verkehrs nachzudenken. Ideen wie Masterpläne und Zoning – keineswegs mehr neu – griffen demgegenüber Raum, auch weil ihre New Yorker Vertreter auf inzwischen etablierte Planungen in anderen Städten der USA verweisen konnten. Die Planungsbewegung und die Citizens Union schafften es immer besser, sich zu koordinieren und auch die öffentliche Meinung hinter sich zu bringen (781). Dies gelang auch, weil die Vorstellung einer Nachbarschaft als Organismus, den es zu schützen gelte, und die Forderung, dass hierfür auch auf die Bewohner\*innen gehört werden müsse, mehr und mehr an Plausibilität gewannen. 1961 war Jane Jacobs extrem wirkmächtiges *The Death and Life of Great American Cities* erschienen.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Jane Jacobs, *The Death and Life of Great American Cities*, New York 1961. Zum Einfluss des Buches vgl. Anthony Flint, *Wrestling with Moses: How Jane Jacobs Took On New York's Master Builder and Transformed the American City*, New York 2009 und Johannes Novy, [Die Entdeckung der 'Mannigfaltigkeit'. Wie Jane Jacobs' 'Tod und Leben großer](#)

Selbstredend steht Caro in seiner Kritik an Moses auf den Schultern dieser in den 1960er-Jahren bereits deutlich und tiefgreifend formulierten Abrechnung. Aber sein Ansatz geht viel weiter und ist in der Lage, die Bedingungen zu erklären, unter denen Moses überhaupt in die Position kommen konnte, die von Jacobs beklagten verlustreichen Quartiersanierungen umzusetzen.

Die Episode, die den Anfang vom Ende von Moses' Nimbus markiert, ist vielsagend – auch, weil wiederum die zentrale Rolle der Öffentlichkeit und Medien für sein System aufscheint. Der Anlass war, für die Maßstäbe, die Moses gewohnt war, trivial beziehungsweise Routine – ein neuer Parkplatz für die im Central Park gelegene Tavern on the Green 1956. Eher zufällig war der durch die Maßnahme betroffene Spielplatz beliebt unter Müttern der Upper West Side, die, wiederum eher zufällig, von den geplanten Maßnahmen erfuhren. Was folgte, war eine Dynamik, in der Moses' Gewinnerkombination von öffentlicher Meinung, progressiven Eliten und einem unbestrittenen „cause“ sich diametral umkehrte. Die betroffenen Mütter waren in der Lage, erhebliches kulturelles, ökonomisches und auch juristisches Potenzial zu mobilisieren. Für die Presse ging es hier schnell nicht mehr um Verbesserung, sondern um den Verlust öffentlicher Güter, und die robuste „Doer“-Logik, die Moses bisher immer positiv ausgelegt worden war, erschien auf einmal als brutale Willkür. Die „expert opinion“, auf die sich Moses bislang als Allzweckwaffe berufen konnte, war in diesem Fall ein stumpfes Schwert. Schließlich ging es um einen äußerst klaren Fall, für dessen Verständnis kein tieferes Wissen, wie etwa für die Platzierung von Brückenpfeilern in Wohngebieten, nötig war. Zudem war evident, dass Moses die Verantwortung für die negativen Effekte trug, was zuvor in der Umsetzung komplexer föderaler Programme viel weniger eindeutig gewesen war.

Vor allem aber unterschied sich die Szenerie: Der Central Park hatte eine vollkommen andere Bedeutung als die vielen Orte, in denen Moses in die Stadtstruktur – mit viel einschneidenderen Folgen – eingegriffen hatte. Die, sozial im Vergleich zu den zuvor von Moses' Projekten Betroffenen deutlich besser gestellten, Protestierenden nutzten dies ingeniös. Der Protest von Müttern mit Kindern auf dem Arm gegenüber einem Bulldozer und Polizisten wurde nun – ganz anders als frühere Proteste – von zahllosen, auch nationalen, Zeitungen und Fernsehsendern übertragen und resultierte in Bildern, die Moses nicht mit seinen üblichen Methoden aus der Welt schaffen konnte. Die Macht der Bilder, der fertigen imposanten Infrastrukturen, die er bisher so effektiv einsetzen konnte, kehrte sich im „Battle of Central Park“ um (991).

[amerikanischer Städte' die Stadtforschung veränderte](#), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 4, 2007, S. 456-460.

Caro kommt zu dem Schluss, dass der „Moses boom“, der 30 Jahre angehalten hatte, am 24. April 1956, als er seine „Truppen“, die Polizei, in den Park sandte, um Mütter zu bekämpfen, an ein Ende kam. Nun war Moses' Image verbunden mit dem Bulldozer und den damit einhergehenden Ambivalenzen. Es war einerseits eine zufällige Episode, die aber andererseits auch strukturelle Gründe hatte – die gewandelte, viel diversere Medienlandschaft mit der neuen Kraft des Visuellen (TV), eine wachsende Skepsis gegenüber einer simplen, in Beton gemessenen „Verbesserung“ sowie Lernprozesse in der Selbstorganisation von Bürgerprotesten.

Die Episode zeigt wie in einem Negativ die Mechanismen des Systems Moses. Insofern war es auch, wie Caro zeigt, folgerichtig, dass sein neues Image als „villain“ (1038) ganz ähnlichen Simplifizierungen folgte wie die Vereinfachungen, die seinen Aufstieg befördert hatten. Während zuvor nahezu alle positiven Assoziationen seiner Projekte in seinem Image personalisiert worden waren, geschah dies nun umgekehrt – mit immer mehr Fragen zu den Geldströmen innerhalb des Reiches von Moses, zu dessen Machtkonzentration und Ämterhäufung (1002), aber auch zu dem menschlichen Preis der enormen Umsiedlungsprojekte. Diese waren unter dem föderalen „Title I“-Programm realisiert und in New York zunächst in größerem Maßstab als im gesamten Rest der USA zusammengefasst umgesetzt worden. Negativ konnotierte Informationen, die jahrelang systematisch und erfolgreich unterdrückt worden waren, kamen nun ans Licht.

Caro gebraucht eine zweite, strukturell noch aussagekräftigere Episode, um Moses' endgültigen Fall zu illustrieren: die Weltausstellung von 1964/65. Eigentlich gedacht, um seinen Namen nach der Kritik seit Mitte der 1950er-Jahre wieder glänzen zu lassen und seinen nationalen Ruhm auf eine globale Ebene zu heben (1062), endete die Ausstellung in einem Imagedesaster. Moses hatte sich bereits früher mit Georges-Eugène Haussmann verglichen; „dessen“ Weltausstellung in Paris 1867 war ihm eine wichtige Referenz. Zudem erschien ihm die Weltausstellung als logische Kulmination seiner Karriere und nur möglich, weil er so lange gewirkt hatte. Nun, so meinte er, konnte er seine über Jahrzehnte kumulierten Ressourcen und Erfahrungen, aber auch konkrete, lange zuvor begonnene Landerschließungsprojekte in Flushing Meadows, wo bereits die Weltausstellung von 1939 stattgefunden hatte, zusammenbringen.

Moses war allerdings nicht imstande zu begreifen, dass eine Weltausstellung viel mehr erforderte, als ein Stück Land zu organisieren. Zwar gelang es Moses noch einmal, seinen Namen positiv mit großflächiger Infrastruktur zu verbinden. Zeitschriften erschienen mit ihm und dem fair auf dem Cover. CBS-TV produzierte eine Show unter dem Titel „The Man Who Built New York“ (1095 f.). Aber die Realität war eine andere. Das Bureau International des Expositions

weigerte sich, die Ausstellung offiziell als Weltausstellung anzuerkennen. Ihr Charakter glich dann auch viel eher einem kapitalistischen Themenpark als den hehren Zielen, die ihre Vorläufer zumindest an der Oberfläche kommuniziert hatten. Weil der Event zudem finanziell scheiterte, konnte keines von Moses' Versprechen gehalten werden.

Er erschien nun nicht mehr als Organisationsgenie, sondern als Lügner und, ganz anders als bisher, gierig (1091). Von nun an ging es mit Moses' Einfluss, öffentlich und planerisch, steil bergab. Nach und nach verlor er seine verschiedenen Mandate, deren Kombination seine Macht so lange zementiert hatte, und verschwand aus der Öffentlichkeit. Konsequenterweise endet Caros Buch, nicht ohne Empathie, mit Moses' öffentlichem Tod, der nun, taub und vereinsamt, vor allem über die Undankbarkeit der Welt klagte. Moses starb 1981, sieben Jahre nach dem Erscheinen von Caros Power Broker.

### *7. Nachleben – demokratisches Bauen?*

Die großen Themen von Caros Moses-Biografie sind allerdings durchgehend noch aktuell – städtische Mobilität, Segregation von Stadtquartieren durch Wohnungspolitik, Planung und Umsetzung von Infrastruktur. Will man einen Schritt weitergehen und fragen, warum die Lektüre dieses Buches auch heute noch so lohnend ist, kommt ein bisher nur cursorisch behandeltes Problem in den Blick: das Verhältnis von städtischer Planung und Demokratie.

Als Caro sein Buch verfasste, existierte nur eine, äußerst wohlwollende Biografie unter dem Titel „Robert Moses. Builder of Democracy“ (1952).<sup>11</sup> Viele Zeitgenoss\*innen hätten in den 1950er-Jahren wohl diese Deutung von Moses in zweierlei Hinsicht unterschrieben – als amerikanischer Planer in der Logik der „freien Welt“ des Kalten Kriegs, aber auch in einem breiteren Sinn dessen, was wir heute wohl Teilhabe nennen würden. Gemeint ist die Ermöglichung von Massenerholung in den neuen Parks und an den riesigen Stränden sowie des Individualverkehrs für große Gruppen einer vornehmlich weißen, aber ständig sich ausweitenden Mittelklasse. Caro beschreibt, wie die unzähligen ausländischen Expert\*innen, die nach New York pilgerten, um Moses' Infrastrukturen zu erleben, diese als herausragende Beispiele demokratischen Städtebaus und dessen, was Planung im Westen heißen konnte, studierten.

Caros Urteil ist in beiden Punkten sehr viel skeptischer. Vor allem aber ist seine Analyse komplexer. Er ist weit davon entfernt, Moses als autoritären Antidemokraten abzustempeln. Caro beschreibt klar die Zerrüttung städtischer Verwaltung und Infrastruktur, die seine Agenda überhaupt erst attraktiv machte und erkennt das Mandat, auf das er sich, auch ohne gewählt worden zu

<sup>11</sup> Cleveland Rodgers, Robert Moses. Builder of Democracy, New York 1952.

sein, zurecht berufen konnte. Caro zeigt aber auch über Moses' Aufstieg zum Power Broker den Aufbau von genuin undemokratischen und intransparenten Strukturen in einer formal funktionierenden Demokratie. Was sagt dies über Demokratie im städtischen Raum aus – generell und spezifisch für die USA und New York?

Caro vergleicht Moses' Handeln explizit mit dem Bauen in autoritären oder semi-autoritären Staaten, dem Paris Haussmanns oder dem St. Petersburg Peters des Großen. In der Demokratie hingegen sollten vergleichbare Eingriffe und Umsiedlungen eigentlich kaum möglich sein. Unter Moses waren sie es, inklusive der Zerstörung ganzer Quartiere: „Democracy“, so Caro, „had not solved the problem of building large-scale urban public works, so Moses solved it by ignoring democracy“ (848).

Caro beschreibt, wie verschiedene Kräfte der demokratischen Stadtverwaltung in New York abträglich waren. Aber Moses sieht er als bedeutendste dieser Kräfte (753). Dieser zentrierte in seiner Person die vielen Strömungen, die in der Theorie wenig mit den politischen Entscheidungsprozessen innerhalb einer Stadt zu tun haben, diese aber in der Praxis bestimmen. Moses kombinierte die Mobilisierung enormer finanzieller Ressourcen über die von ihm geschaffenen authorities mit auf seine eigenen Interessen zugeschnittenen gesetzgeberischen Initiativen. Vor allem das Wegerecht („right of way“) bot ihm einen Hebel, der ihm erlaubte, in erheblichem Maße in bestehende Eigentumsstrukturen einzugreifen. Über die zahlreichen Kommissionen, denen er vorsah, konnte Moses seine Machtchancen in komplexen finanziell-administrativen Arrangements bündeln. Diese Arrangements bleiben gewöhnlich unter dem Radar der Geschichtswissenschaft, da sie nur teilweise in geschriebenen Quellen sichtbar beziehungsweise schwer zu entschlüsseln sind. Caro hat zahllose Interviews geführt, zunächst auch mit Moses selbst, um „zwischen die Zeilen“ zu kommen, um die DNA eines Systems zu entschlüsseln. Dies erlaubt ihm die Rekonstruktion sehr lebhafter Szenen, in denen Moses' Machtausübung plastisch wird, die sich aber mit klassischen historischen Quellen, beziehungsweise einer vorsichtigeren Haltung zur Aussagekraft von Interviews so nicht schreiben ließen.

In der Essenz zeigte das System Moses diktatoriale Züge. Und auf den ersten Blick scheint die Geschichte, die Caro schreibt, denen recht zu geben, die die Demokratie vor allem für Fassade und die Unterschiede zwischen einem freiheitlich-pluralistischen System und einem autoritären System für überbewertet halten. Das wäre jedoch eine stark überzogene Interpretation. Der Abstieg und schließlich tiefe Fall von Moses muss auch als Erfolg demokratischer Strukturen gesehen werden, für die er selbst wenig Respekt und Verständnis hatte. Dabei spart Caro nicht mit Kritik an den im amerikanischen Duktus als liberals bezeichneten Gruppen, die erst als es zu spät war, in der Lage waren,

Moses' Methoden zu durchschauen und adäquat zu reagieren. Selbstregulierungsmechanismen griffen zwar spät, aber sie griffen. So fatal sein Einfluss auf die Stadtgesellschaft war, blieb Moses jenseits der Bautätigkeit letztlich Systemen unterworfen, denen er sich nicht vollständig entziehen und die er auch nicht übergehen konnte. Eines seiner ehrgeizigsten Projekte, eine Brückenquerung ausgehend vom Battery Park im Süden Manhattans, scheiterte aufgrund der Opposition von Präsident Franklin D. Roosevelt. Mit der Wahl Nelson Rockefellers zum Gouverneur des Staates New York im Jahr 1959 kollabierten dort sukzessive die Mechanismen, auf denen das System Moses ruhte. Rockefeller politischer, finanzieller und in Netzwerken gemessener Einfluss und seine daraus resultierende Unabhängigkeit waren schlichtweg so groß, dass Moses' übliche Kombination von öffentlicher Meinung, Mobilisierung finanzieller Mittel, in Kommissionen abgesicherter Macht, akkumulierter Expertise und Rücktrittsdrohungen nicht mehr verfiel. Selbstredend ist es wiederum vielsagend, dass es des Kalibers von Rockefeller bedurfte, um diesen Punkt zu erreichen.

Aus heutiger Sicht vielleicht noch auffallender als 50 Jahre zuvor ist die zentrale Rolle, die der Autor den Medien und der Öffentlichkeit zuweist. Die extreme Personalisierung städtischer Politik in der Figur Moses, medial, aber auch im Sinne von Entscheidungen, zerstörte das zuvor bestehende System der Entscheidungsfindung, ohne, jenseits von Moses und den authorities, etwas Neues zu schaffen.

Caro zeigt dabei auch, wie ambivalent die Rolle der Öffentlichkeit war, die lange nicht notwendigerweise Transparenz schuf, – trotz der in New York außergewöhnlich hohen Dichte verschiedener Medien. Es bleibt bemerkenswert, dass es, auch wegen mangelnden Zugangs zu den Medien, nicht die sozial benachteiligten Gruppen waren, die den höchsten Preis für Moses' Projekte bezahlten, die den Abstieg von Moses herbeiführen konnten.

Einer der heute umstrittensten Punkte im Bild von Moses ist dessen Rassismus. Es ist unklar, inwieweit er tatsächlich das Wasser der unter seiner Planung errichteten Schwimmbäder in der Nähe „schwarzer“ Viertel absichtlich nicht heizen ließ, weil er glaubte, so Afroamerikaner\*innen abzuschrecken. Die Affenfiguren, die, anders als bei allen anderen Spielplätzen, die Umzäunung eines Spielplatzes in Harlem „zierten“, ließen sich jedoch nur mit sehr viel Anstrengung als Zufall wegdiskutieren (560). Am bekanntesten ist wohl das Beispiel der Brücken über Parkways zu den neuen Long Island Stränden (vor allem Jones Beach). Caro zufolge, der sich auf einen Mitarbeiter von Moses beruft, wurden die Brücken bewusst niedrig konstruiert, um es Bussen, und somit ökonomisch schwächerer Bevölkerung, unmöglich zu machen, zu den Stränden zu gelangen – und auf diese Weise Schwarze weitgehend vom Strandbesuch auszu-

schließen.<sup>12</sup> Unbestritten ist, dass die „weißen“ Viertel extrem überproportional von den neu errichteten Parks und Schwimmbädern profitierten, dass Moses' riesige Erholungslandschaften, die auf Long Island entstanden, in wenig subtiler Weise an den Idealen einer weißen Mittelklasse ausgerichtet waren und die afroamerikanische Bevölkerung weit überproportional negativ von Moses' ‚Stadtsanierung‘ betroffen war.

Während Caro dies herausarbeitet und durchweg auch empathisch beschreibt, würden bestimmte Charakterisierungen, als Begriff, aber auch der interpretatorischen Tendenz nach, heute so nicht oder deutlich vorsichtiger verwendet werden. „Slums“ sind für Caro, so scheint es, gescheiterte Viertel und die Komplexität der Herausforderungen und Dynamiken in derartigen Vierteln, sofern sie nicht direkt von Moses' Wirken betroffen waren, bleiben unterbelichtet. Bei Erscheinen des Buches, und so ist wohl auch der Untertitel „Fall of New York“ zu verstehen, befand sich die Stadt in einer tiefen Krise – aber eben nicht nur konfrontiert mit dem problematischen Erbe von Moses, sondern mit vielfältigeren Herausforderungen.<sup>13</sup> Caro ist bis heute – und vielleicht sogar verstärkt – eine Referenz in der Szene New Yorker Stadtaktivist\*innen, nicht zuletzt durch seinen bottom-up Ansatz, der so deutlich mit dem top-down Wirken von Moses kontrastiert. Aber die Begriffe städtischer Veränderung und der „agency“ verschiedener Gruppen in der Stadt lassen sich nur bedingt mit Caros auf Infrastrukturen gerichteten Blick erfassen.

In der Dramatik von Aufstieg und Fall, der schieren Größenordnung der Maßnahmen, die auf Moses zurückgingen und der auch symbolischen Bedeutung New Yorks im globalen Maßstab ist Caros Geschichte einmalig. Es ist wahrscheinlich der spektakulärste Fall städtisch-administrativer Machtakkumulation in der westlichen Welt im 20. Jahrhundert. Aber es ist auch in vielen seiner Dimensionen kein ungewöhnlicher Fall. Opposition gegen eine Stadtentwicklung, die den Kontakt mit den Bewohner\*innen der Städte verloren hat, hatte sich nicht zuletzt in Deutschland aus dem konservativen Spektrum – Wolf Jobst Siedler – und zunehmend auch aus dem progressiven Spektrum – Alexander Mitscherlich – in den 1960er-Jahren artikuliert<sup>14</sup> und dann in den 1970er-

<sup>12</sup> Stellvertretend für eine breite Debatte über die tatsächlichen Motive siehe Glenn Kessler, Robert Moses and the saga of the racist parkway bridges, in: The Washington Post vom 10. November 2021.

<sup>13</sup> Kim Phillips-Fein, Fear City. New York's Fiscal Crisis and the Rise of Austerity Politics, New York 2017.

<sup>14</sup> Wolf Jobst Siedler/Elisabeth Niggemeyer/Gina Angress, Die gemordete Stadt: Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum, München 1964. Vgl. hierzu Stephanie Warnke, Zur Kontextualisierung eines ‚Klassikers‘. Wolf Jobst Siedlers und Elisabeth Niggemeyers Essay-Foto-Buch ‚Die gemordete Stadt‘, in: Vittorio Magnago Lampugnani/Katia Frey/Elia-na Perotti (Hrsg.), Zur Ideengeschichte des Städtebaus im Spiegel theoretischer Schriften

Jahren zu wirkmächtigen Bürger- und Protestbewegungen geführt.<sup>15</sup> Auch die westeuropäische Moderne kannte noch um 1970, als Moses bereits gescheitert war, die Verquickung extrem skalierten Verkehrsinfrastrukturen, intransparenter ökonomischer Interessen und problematischer politischer Selbstermächtigung wie beim Brüsseler Manhattanplan oder, weniger spektakulär, bei der Bremer Mozarttrasse.

Siedlers und Mitscherlichs Anklage erscheinen allerdings im Vergleich viel weniger vielschichtig als Caros Studie – und vor allem ist bei beiden die politische Logik dessen, was in der infrastrukturell überformten Stadt passierte, stark unterbelichtet. Wie Caro die Komplexität städtischer Entwicklungen erzählerisch plastisch macht, ist wohl einzigartig und äußerst inspirierend für die heutige Stadtgeschichte und deren gesellschaftliche Rolle.

Bei allem Lob, das dem Power Broker und seinem Autor über 50 Jahre hinweg zuteilwurde, blieb Kritik nicht aus – an einzelnen Beispielen, die man auch anders hätte erzählen und bewerten können, oder an Details, die sich nicht wie von Caro behauptet rekonstruieren ließen.<sup>16</sup> Wichtiger ist, dass sich auch die Bewertung eines der Hauptargumente von Caro verschob. Während es lange einleuchtete, dass der Kombination aus Machtfülle und des schieren Umfangs und der Dauerhaftigkeit von Infrastruktur etwas Undemokratisches und Unmenschliches anhaftete, geriet in den letzten zwei Jahrzehnten stärker und positiver in den Blick, dass Moses überhaupt zum großflächigen Bauen im Stande war und sich über Partikularinteressen hinwegsetzen konnte.

Was sich im deutschen Kontext an Beispielen wie dem notorischen BER-Projekt beziehungsweise Stuttgart 21 festmachen lässt, kennt auch in den USA viele Äquivalente. Die Diagnose einer verfallenden Infrastruktur geht einher mit der Diagnose einer aus Planungskomplexität, Geldmangel und politischer Richtungs- und Ambitionslosigkeit resultierenden Unmöglichkeit, selbst allgemein für notwendig befundene Projekte umzusetzen.<sup>17</sup> Ohne konkret messbar zu

seit dem 18. Jahrhundert, Berlin 2011, S. 139-152. Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965. Vgl. hierzu außerdem Adelheid von Saldern, Gegen Entmischung und Monotonie der Städte. Alexander Mitscherlichs ‚Anstiftung zum Unfrieden‘, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 12, 2015, S. 152-160. Relevant ist hier insbesondere die sowohl als Analyse als auch als Quelle zu lesende frühe Studie von Heide Berndt, Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, Stuttgart 1968 (insbesondere der Exkurs „Über verschiedene Aspekte des Grüns in der Stadtplanung“, S. 75-82).

<sup>15</sup> Vgl. den Überblick von Moritz Föllmer/Mark B. Smith, Urban Societies in Europe since 1945: Toward a Historical Interpretation, in: Contemporary European History 24:4, 2015, S. 475-491.

<sup>16</sup> Vgl. Jameson W. Doig, Regional Conflict in the New York Metropolis: The Legend of Robert Moses and the Power of the Port Authority, in: Urban Studies 27:2, 1990, S. 201-32.

<sup>17</sup> Stellvertretend für diese Debatte siehe Michael B. Shavelson, Bob the Builder. A series of

sein, sind die negativen Effekte für die Legitimität demokratischer Staaten erheblich. In dieser Perspektive erscheint Moses' Leistung dann wieder beachtlicher und wirken seine Fehler mehr als notwendiges Übel, denn als überragendes Kennzeichen seines Schaffens. Dies ist relevant, weil hier auch ein Grundproblem demokratisch verfasster Gemeinschaften an ihrem symbolträchtigsten und komplexesten Ort, der Stadt, berührt wird.

Caro vollzieht nach, wie Moses in einer Situation an Einfluss gewann, in der zwar zahlreiche Pläne für Schnellstraßen neuen Typs auf dem Tisch lagen, diese aber kaum umgesetzt werden konnten. Einerseits mangelte es an den notwendigen finanziellen Mitteln und andererseits formte Landeigentum eine extreme Hürde. Moses gelang es, beide Probleme zu überwinden.

Caro erkennt die hiermit einhergehenden Leistungen und den ursprünglichen Idealismus von Moses, dessen kaum fassbare Energie und Schaffenskraft an. Er würdigt auch das, was der Begriff Power Broker fasst, also das Ermöglichen weitreichender Entscheidungen. Caro sieht hier eine Art Genialität am Werk, die bereits für die Welt der Kunst, aber in ihrer konzeptionell-schöpferischen Dimension bis dahin nicht für die Politik beschrieben wurde. Aber er erkennt auch den Preis, der in der Welt der Kunst kaum, in der der Politik aber in enormem Ausmaß bezahlt werden musste. Moses modellierte gewissermaßen mit Menschen und deren Zukunft. Caro zeigt, wie problematisch eine Situation werden kann, in der Rückkopplungsmechanismen praktisch ausgeschaltet waren. Ohne dass dieser Begriff für Caro eine große Rolle spielte, liefert er doch eine ungemein einsichtsreiche Studie zur Idee und Praxis der Technokratie. Diese musste umso mehr zu Problemen führen, je mehr sich Moses' Einfluss vom Schaffen von Parks zur Umgestaltung der komplexen Stadtstruktur von New York weiterentwickelte. In der Essenz hing dieser dem suburbanen Ideal an, mit dem er aufgewachsen war, und hatte kaum Verständnis für das, was die Stadt des 20. Jahrhunderts ausmachte.

Die Erkenntnischancen, die Caros Ansatz für die Stadtgeschichte bietet, sind immens. Dies gilt vor allem für die Frage, was Stadtpolitik eigentlich heißt, wie diese sich zwischen der Periode vor dem Ersten Weltkrieg und der Epochenchwelle 1973 ausbildete, aber auch, wie das Nachleben dieser Politik auch 50 Jahre später die Räume prägt, in denen sich ein Großteil der westlichen Moderne – und nicht nur dieser – abspielt. Caro liefert keine einfachen Lektionen, eher eine Warnung, sich Stadtentwicklung als öffentliche Angelegenheit nicht zu schematisch vorzustellen. Seine Beschreibung politischen Handelns im urbanen Raum als Mischung finanzieller Ressourcen (die authorities), medialer Ermöglichung (der Moseskult) und (von Moses perfektioniert) Techniken der

exhibitions and symposia offers new perspectives on the city that Robert Moses built, in: Columbia Magazine, <https://magazine.columbia.edu/article/bob-builder> [17.12.2024].

Regelsetzung koppelt er mit einer ungemein plastischen Beschreibung der enormen Langzeitwirkungen infrastruktureller Maßnahmen für konkrete Menschen. Infrastruktur und demokratische Politik, so zeigt Caro eindrücklich, stehen in einem genuinen Spannungsverhältnis, das verstehen muss, wer die moderne Stadt begreifen will. Auch in dieser Hinsicht hat der Power Broker eine hohe aktuelle Relevanz.

**Martin Kohlrausch**, Prof. Dr., lehrt europäische politische Geschichte an der KU Leuven. Er forscht zum Verhältnis von Architekten und Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert. Publikationen u.a. zur Geschichte der Architekten und Stadtplaner im 20. Jahrhundert und zur Stadtgeschichte Ostmitteleuropas. 2019 erschien seine Studie „Brokers of Modernity. East Central Europe and the Rise of Modernist Architects. 1910-1950“.  
[Martin.kohlrausch@kuleuven.be](mailto:Martin.kohlrausch@kuleuven.be)

**Christoph Bernhardt / Christoph Strupp u. a.**

**Tagungsbericht: 16. EAUH-Konferenz „Cities at the Boundaries“ in Ostrava, Tschechische Republik, vom 04.09. bis 07.09.2024**

Die 16. European Conference on Urban History fand vom 4. bis 7. September 2024 im tschechischen Ostrava und damit nach den Konferenzen in Budapest 1996 und Prag 2012 zum dritten Mal in einem mittel- beziehungsweise osteuropäischen Land statt. Die Tagung war von dem lokalen Organisationskomitee unter der Leitung von Andrea Pokludová an der Faculty of Arts der seit 1991 bestehenden University of Ostrava hervorragend organisiert, auch im Sinne einer ressourcenschonenden Durchführung mittels einer durchgehend vegetarischen Verpflegung. Die Konferenz bot über 300 Teilnehmer\*innen aus der Stadtgeschichte und den Urban Studies erneut ein attraktives Forum zu intensivem wissenschaftlichem Austausch und Networking über Disziplinen- und Ländergrenzen hinweg. Nach deren einhelliger Meinung erwies sich die Entscheidung, als Austragungsort der EAUH-Konferenz nach zuletzt Rom und Antwerpen dieses Mal eine stark (post-)industriell geprägte Stadt abseits der großen Metropolräume zu wählen, als ausgesprochen gelungen.

An den vier Konferenztagen fanden 29 meist längere Main Sessions, 16 kürzere Specialist Sessions sowie 6 Round Tables statt. Hinzu kamen drei Keynote Lectures bei der Eröffnungsveranstaltung am Mittwochabend und im Verlauf der Konferenz. Die Mitgliederversammlung der EAUH und ein festlicher Abschluss am Freitagabend sowie stadtgeschichtliche Führungen und Exkursionen im Begleitprogramm rundeten den Kongress ab. Das vollständige Programm mit Abstracts der Sektionen und Vorträge ist auf der Webseite der Konferenz unter <https://eauh2024ostrava.osu.eu/> einsehbar.

Bei der Eröffnungsveranstaltung führte Catherine Horel (Paris) auf der Grundlage ihres preisgekrönten Buches „Multicultural Cities of the Habsburg Empire 1880-1914: Imagined Communities and Conflictual Encounters“ in die multikulturell geprägte und zugleich konfliktbehaftete Stadtgeschichte der Habsburgermonarchie im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert ein. Einerseits

waren die Städte auch in den Randregionen des Reiches durch das Vorbild der Hauptstadt Wien und kaiserliche und dynastische Symbolik geprägt, andererseits boten sie eine Bühne für nationalistische Gruppierungen mit jeweils eigenen kulturellen Ausdrucksformen. „Grenzen“, das Generalthema der Konferenz, waren sowohl zwischen den Städten in den verschiedenen Landesteilen der k. u. k.-Monarchie vorhanden – obwohl zum Beispiel auf Reisen leicht zu überwinden – als auch zwischen Städten und ihrem jeweiligen Hinterland sowie innerhalb der Städte präsent, durch wirtschaftliche, soziale und national-sprachliche Unterschiede. Horel interpretierte ihre Fallbeispiele (12 mittelgroße Städte von Brünn über Temesvár bis Zagreb und Triest) als „urban assemblages“, geprägt durch räumliche ebenso wie soziale Strukturen und vielfältige Formen der Interaktion, in einer Zeit beschleunigter Modernisierung und vermehrter politischer Partizipationsansprüche auf lokaler Ebene.

Im Anschluss gab Martin Jemelka (Prag) einen kenntnisreichen Überblick über „Ostrava: Jules Verne’s Steel City or Nosov’s Dunno’s City on the Moon?“ und stellte damit den Tagungsort in seiner historischen Entwicklung vor. Ostrava, an der Nordostgrenze Tschechiens gelegen und mit rund 280.000 Einwohner\*innen drittgrößte Stadt des Landes, befindet sich im postindustriellen Umbruch: Bereits zu k. u. k.-Zeiten im 19. Jahrhundert und über die politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts hinweg bis in die frühen 1990er-Jahre galt die Stadt als das Zentrum der Kohle- und Stahlindustrie der Tschechoslowakei; heute setzt sie stark auf Kultur und Wissenschaft. Geografisch zerfällt Ostrava in sehr unterschiedliche Stadtbezirke, beiderseits der Flüsse Ostrawitzka und Oder, die zudem die Spuren unterschiedlich umfangreicher, teils utopischer Planungen erkennen lassen. Jemelka machte für Ostrava deutlich, dass „Grenzen“ auch hier auf mehreren Ebenen relevant waren und sind – geographisch ebenso wie sozial und wirtschaftlich.

Die dritte Keynote Lecture bot Carl H. Nightingale (Buffalo) zu dem Thema „Urban History in Earth Time: Cities and the Anthropocene“. Nightingale entwarf den Umriss einer neu konfigurierten Globalgeschichte der Stadt seit ihren Anfängen, als deren konzeptionellen Ausgangspunkt er ein erweitertes Konzept von „polis“ unter Einschluss grundlegender erdgeschichtlicher Umweltdimensionen wie Biosphäre, Hydrosphäre und Energie vorschlug. In einer solchen globalen Langzeitperspektive auf die Stadt wären unter anderem etablierte Skalen der Historiografie – im Sinne begrenzter Räume und Epochen – kritisch zu reflektieren und manche bekannten Ansätze, zum Beispiel zum Zusammenhang von „Stadt und Hinterland“, gewannen neue Bedeutung. Nach einer Skizzierung großer, umwelthistorisch definierter Etappen der Stadtgeschichte bis hin zu den „Kohlenstoff-basierten“ Städten der Neuzeit und unter Adressierung von weiteren Ansätzen, wie zum Beispiel dem des „Metabolis-

mus“ von Städten, thematisierte Nightingale das aktuelle stadtsoziologische Paradigma des „planetary urbanism“ als wichtigen Theorieentwurf. Gegen Ende seines Vortrags diskutierte er jüngere Probleme einer Klimageschichte von Städten sowie das in der Erdsystemforschung entwickelte Konzept des „Anthropozän“, das nach der Keynote Lecture in einem gesonderten Round Table „Urban History and the Anthropocene“ weiter diskutiert wurde (siehe dazu unten).

In vielen Sektionen waren Beiträge zu mittel- und osteuropäischen Städten stark vertreten und luden zu Vergleichen und Perspektiverweiterungen jenseits angloamerikanisch-westeuropäischer Fallbeispiele ein. Ansonsten fanden sich im Programm viele neue Beiträge zu Themenkomplexen, die seit längerem in der Stadtgeschichtsforschung eine wichtige Rolle spielen: Soziale Ungleichheit; Wohnen und Migration; Freizeit und Konsum in der Stadt; Infrastruktur und Stadtplanung; Natur und Umwelt in der Stadt; Stadtkatastrophen und die Chancen für Neuanfänge und Modernisierungen; unterschiedliche Perspektiven auf städtisches bauliches und kulturelles Erbe und seine Bewahrung beziehungsweise Inszenierung im öffentlichen Raum und in städtischen Museen. Aus methodischer Perspektive waren Sektionen zu Interdisziplinarität, zur Nutzung von Historical Geographical Information Systems (HGIS) und zu Fragen von Citizen Science hervorzuheben.

Die folgenden Kurzberichte stellen in numerischer Reihenfolge einige ausgewählte Sektionen vor, die von Sektionsleiter\*innen aus dem deutschsprachigen Raum (mit-)organisiert wurden.

#### *Session M13: Between Unity and Diversity: Writing the History of the Late-Modern City*

Ausgangspunkt des Panels waren durch Thesen des Soziologen Andreas Reckwitz angeregte Überlegungen zur nachmodernen Stadt seit den 1970er Jahren, die sich durch Vielfalt und Differenz, wenn nicht gar durch Fragmentierung auszeichnet. Dies betrifft die Materialität der Stadt in ihrer architektonischen und räumlichen Strukturierung, soziale Praktiken der Urbanität ebenso wie kulturelle Repräsentationen der Stadt.

Die drei Präsentationen fokussierten sich auf Fragen der Stadtplanung und der politischen Steuerung städtischer Entwicklungen unter den Bedingungen der wirtschaftlichen und – im Falle Berlins und Budapests – politischen Umbrüche von den 1970er-Jahren bis in die Gegenwart. Matti O. Hannikainen (Helsinki) stellte die 1974 gegründete Stadt Vantaa am Rande Helsinkis vor, zu der er eine Monografie vorbereitet. Er skizzierte über verschiedene Phasen der Stadtplanungspolitik und ihrer Hauptakteure den räumlichen Wandel Vantaas von einer ländlichen Gemeinde zu einer vernetzten polyzentrischen modernen

Stadt, die mehrfach neu geplant und verändert wurde. Damit mussten interne Grenzen und lokale Identitäten immer wieder neu justiert werden.

Anschließend gab Liselore Dourousset (Erkner) mit einem Vortrag über „Berlin's Industrial and Commercial Areas between Combines, Brownfields and Business Parks (1980s-2000s)“ Einblicke in einen Aspekt ihres Dissertationsprojekts. Sie beleuchtete am Fallbeispiel der Stadt Ludwigsfelde, wie Industriegebiete im Großraum Berlin von der Berliner Stadtverwaltung wahrgenommen wurden und wie sich metropolitane Strukturen und Grenzen dieser Gebiete im Systemwandel von den 1980er bis zu den 2000er Jahren veränderten. Der Vortrag historisierte Konzepte der spätmodernen postindustriellen Stadtplanung und Flächennutzung.

Im dritten Vortrag des Panels stellte Erika Szívós (Budapest), Ko-Autorin eines neuen Buchprojekts zur Stadtgeschichte Budapests, die Erneuerung der Budapester Innenstadt im Postsozialismus nach 1990 vor. Nach einem Überblick über die baupolitischen Erblasten des Sozialismus in Ungarn, die Rolle von Kommunalregierungen, privaten Investoren und Immobilienentwicklern in der Stadterneuerung und die physischen wie sozialen Folgen ihrer marktgesteuerten Modelle konkretisierte sie das hochgradig konfliktbehaftete Wechselspiel systemischer und vielfältiger lokaler Faktoren und Akteure am Beispiel des historischen 7. Bezirks Elisabethstadt.

Alle drei Vorträge regten zu intensiven Diskussionen über die Beziehungen zwischen Stadtplanungskonzepten, lokalen und übergeordneten Ideen und Akteursgruppen, Fragen städtischer Identität sowie die verwendeten Terminologien an.

Christoph Strupp (Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg) / Paul van de Laar (Erasmus Universität, Rotterdam)

*Session M38: Where the Land Meets the Sea: Coastal Towns and Cities as Nodes of Mediation in a Global Era*

The session, organised by ANTJE KEMPE (Greifswald) and FRANK ROCHOW (Cottbus), on harbour cities as sites of perpetual change encompassed social, economic, cultural, and ecological urban transformations. It took an in-depth and interdisciplinary approach to examine the multiple shifting borders in the connections between land and sea, their regional and global characteristics, the use of fresh and saltwater as resources and elements of identity, as well as the impact of sea accessibility on urban design. Papers by STEPHANIE HANKE (Florence) and SASCHA ROESLER (Mendrisio) provided a conceptual framework for demonstrating the enduring influence of urban spaces on the built environ-

ment.

Hanke examined the role of harbour piers in Italian cities as specific spaces of social and economic interaction during the early modern period. Roesler highlighted contemporary design approaches to harbour cities in response to climate crises. Exemplary studies from European and global historical perspectives followed these discussions. MICHAEL DUDZIK (Prague) focused on the role of civil engineers in the expansion of the port of Bordeaux in the 18th century and on harbours as experimental spaces of technology and knowledge production. ESIN BÖLÜKBAŞ DAYI (Antalya) discussed the ambivalent development of Antalya as a port and tourist destination, elaborating on the architectural and hydrological characteristics of urban space.

KEHAO CHEN (Tongji) addressed the complex development of the Chinese region of Sha Tau Kok along a political border and the implications of coastline changes due to land reclamation. BRIGITTE LE NORMAND (Maastricht) explored the different spaces of identification and reference in the harbour city of Rijeka within Yugoslavia and as a global hub. Finally, VASSILIS KITSOS (Greifswald) analysed waterfronts as a municipal strategy from a social science and economic angle, focusing on Polish harbour cities.

Antje Kempe (Universität Greifswald) / Frank Rochow (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg)

#### *Session S10: Urban Experience, Military Institutions, and War in Central Europe*

The session, organised by Jiří Hutečka (Hradec Králové) and Michael Viktořík (Olomouc), had been merged with another session on “Border Towns and Cities in Times of Rising Military Threat in Central and Eastern Europe”, submitted by Heidi Hein-Kircher (Bochum), Frank Rochow (Cottbus-Senftenberg) and Alksander Łupienko (Warschau). The presentations by Rochow and Anda-Lucia Spânu (Hermannstadt) stated that border cities are seismographs of international relations. Spânu discussed Habsburg’s military presence in Sibiu and its impact on the urban landscape, with a particular focus on the early modern period. She concluded that because of these imperial representations a “new” urban landscape emerged and shaped citizens’ attitudes.

Focusing on situations of (perceived) military threat from the neighbouring country, Frank Rochow’s presentation on the fortifications in Lviv and Cracow in Habsburg’s Crownland Galicia shed light on the various implications that modes of international politics had for urban societies and local communities in Central and Eastern Europe since the 19th century. The final two presentations by Petra Svoljsak (Ljubljana) on Gorizia (Görz) and by Jiří

Hutečka and Michael Viktořík on Olomouc (Olmütz) discussed the impact of the First World War on everyday urban life, for example through destruction, shortages, and refugees.

Szilveszter Csernus-Lukacs (Herder-Institut, Marburg)

*Session S13: Nationalizing Cities? Industrial Cities in Multi-Ethnic Central and Eastern European Regions and Their Impact on the Emergence of National Conflicts*

The special session, organised by Heidi Hein-Kircher (Bochum), Jaroslav Ira (Prag) and Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen), was dedicated to providing further case studies on Late Habsburg cities. Kajetan Stobiecki (Marburg) examined the agenda of nationalist activists in an industrial city from the angle of critical security studies. A nationally contested city such as Pilsen/Plzeň is a fine “research playground” to study how local industrial interest – economical security – could overcome or “hijack” societal (cultural) security. Aaron Bluem’s (Marburg) analysis of a Galician mining town shows how nationalism and industry could lead to a labour market split by ethnic differences.

The case study opened further opportunities for inductive reasoning on how the Galician-Polish “proto nation-state building” was practised and on how threat perception could become a group-identifying factor, especially with regard to antisemitism. Furthermore, Andrea Pokludová (Ostrava) presented a case study on conflicts in multi-ethnic towns in Moravia in the early 20th century, and Lukas Pohl (Gießen) analysed the precarious status of the Jewish population in the city of Lodz during the same period.

Szilveszter Csernus-Lukacs (Herder-Institut, Marburg)

*Session S22: Tange transnational: Japanese Futures for European Cities*

The session, convened by KATJA SCHMIDTPOTT (Bochum) and BEATE LÖFFLER (Dortmund), was dedicated to the Japanese architect Tange Kenzō (1913-2005), the first non-Western architect whose concepts of modernist architecture and urban design became influential on a global scale. Focusing on the question “Why Tange?”, it aimed to explain when, how, why and by whom Japanese urban theory and architectural design concepts were finally accepted in the West.

Three panelists with backgrounds in architecture and Japanese studies explored Tange’s influence on architecture and urban design in Europe in the 1960s and 1970s. INES TOLIC (Bologna) analysed Tange’s urban designs for

Skopje (1965) and Bologna (1967). To explain why his plan was chosen for the reconstruction of Skopje, she pointed to Tange's detailed study of local patterns of daily life, as well as his use of symbolic references to historical features of the European city, such as "wall" or "gate". JASNA MARIOTTI (Belfast) considered Tange's Librino project (1972) for the expansion of the city of Catania (Sicily). She focused on his organisation of the large-scale project, which consists of separate neighbourhoods arranged around a green corridor. Social research has shown that today's Librino, which is more a new city than an extension of Catania, offers its residents a high degree of identification. FLORIAN PURKARTHOFER (Vienna) read Vienna – where the Japanese architect did not have any projects – through Tange and vice versa. He reflected more broadly on the actors, ideas and issues that play a role in the global exchange of concepts in architecture and urbanism.

The lively discussion touched on the role of politics in international competitions and commissions. It also became clear that it would be useful to have more case studies from Europe, but also from other regions of the world such as Africa or Southeast Asia, to better understand the global appeal of Tange's designs.

Beate Löffler (Technische Universität Dortmund) / Katja Schmidpott (Ruhr-Universität Bochum)

#### *Session S26: Visual Representations as a Path to Participatory Urban History*

Ziel der von Kathrin Meißner (Weimar) und Sebastian Haumann (Salzburg) organisierten Sektion war es, eine kritische Diskussion über Visualisierungen als Mittel zur Beteiligung von Akteuren außerhalb der akademischen Stadtgeschichtsforschung zu initiieren. In ihrem Einführungsstatement argumentierten sie, dass sich Karten, Fotografien oder Zeichnungen als Katalysator für eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Stadtgeschichte eigneten. Die Arbeit an und mit Visualisierungen könne analytische Methoden der professionellen Geschichtsschreibung und das populäre Interesse an Bildern als Repräsentation der Vergangenheit zusammenbringen. In diesem Sinne könnten visuelle Quellen sowie Methoden der Visualisierung in Forschungspraktiken eingesetzt werden, die sich an den Idealen der „Citizen Science“ orientieren.

Die drei Vorträge der Sektion bildeten ein breites Spektrum an Visualisierungen ab, sowohl im Hinblick auf deren Medialität als auch auf deren Rolle im Forschungsprozess. Vincent Baptist (Delft) zeigte, wie digitale Mapping-Techniken mit mentalen Karten verknüpft werden können, die von Bewohner\*innen des Rotterdamer Stadtteils Katendrecht handgezeichnet wurden. Justin

Colson (London), der das beeindruckende Projekt „Layers of London“ vorstellte, lenkte die Aufmerksamkeit auf historische Karten als Anker für das Crowdsourcing von zusätzlichem (meist) visuellem Material wie historischen Fotos und anderen Ephemera. Anda Lucia Spânu (Hermannstadt) beschäftigte sich mit gedruckten Ansichten rumänischer Städte, die für das heutige Verständnis der vormodernen Stadt von entscheidender Bedeutung sind, und warf die Frage nach der Authentizität solcher Visualisierungen auf. In allen Präsentationen wurde deutlich, dass es auch im Zeitalter der Digitalisierung unabdingbar ist, sich auf soziale Interaktion und auf die Materialität der visuellen Quellen einzulassen, die im digitalen Bereich nicht reproduziert werden können.

Visualisierungen scheinen besonders hilfreich zu sein, wenn es darum geht, Orte und Themen der Stadtgeschichte zu identifizieren, die für Bürger\*innen von spezieller Bedeutung sind. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, Forschungsprozesse ausgehend von lokalen Erfahrungen zu gestalten. Visualisierungen können auch zum Nachdenken über das Image eines bestimmten Ortes anregen, insbesondere wenn dieses Image mit Stereotypen oder Ambivalenzen behaftet ist, wie im Fall von Katendrecht, das lange Zeit als Rotlichtviertel bekannt war. Bei solchen partizipativen Verfahren stellt sich allerdings verstärkt die Frage, welche Bürger\*innen sich tatsächlich daran beteiligen. Citizen Science zielt im Allgemeinen darauf ab, auch unterrepräsentierte Gruppen aktiv einzubeziehen, aber oft sind es „Enthusiasten“, die sich kontinuierlich beteiligen. Sollen trotzdem unterrepräsentierte Gruppen erreicht werden, erfordert das in der Regel weitere Ressourcen, wie zum Beispiel die Pädagog\*innen, die im Rahmen des Layers of London-Projekts eingestellt werden konnten. Dass in einem historischen Projekt solche Ressourcen zur Verfügung stehen, ist aber eher die Ausnahme. In der daran anschließenden Diskussion stellte sich aber heraus, dass es sich auch lohnen könnte, sich auf „Enthusiasten“ zu konzentrieren. Denn diese sind oft Multiplikatoren, die eine reflexivere Sicht auf die lokale Geschichte weitergeben und mit ihrem Engagement helfen können, die Fragmentierung der städtischen Geschichtsschreibung zu überwinden.

Dies führte zu der Frage nach der Rolle von Wissenschaftler\*innen in solchen Projektzusammenhängen, die in der Sektion intensiv diskutiert wurde. Denn geht es bei solchen partizipativen Projekten nicht primär um persönliche Eindrücke und Interessen der beteiligten Bürger\*innen? Baptist machte deutlich, dass er in Katendrecht darum bemüht war, einen, wie er es nannte, „subjektiven“ und einen „objektiven“ Ansatz zu verbinden. Colson erklärte in ähnlicher Weise, dass es bei dem Projekt „Layers of London“ um einen Dialog zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart gehe. Hierzu boten Spânus Erfahrungen mit vormodernen Visualisierungen insofern einen wichtigen Hinweis, als sie die Bedeutung von Kontextualisierung und gründlicher Quellenkritik

hervorhob. Kompetenzen wie diese können helfen, die Schwelle zwischen subjektiven und objektiven Ansätzen in partizipativen Projekten zu überwinden. Akademische Historiker\*innen wissen, dass weder visuelle Quellen noch Visualisierungen, wie zum Beispiel aus dem Gedächtnis gezeichnete Karten, die Vergangenheit so abbilden, „wie sie wirklich war“. In der Diskussion wurde aber angemerkt, dass gerade dies für nicht-akademische Teilnehmer\*innen nicht immer offensichtlich sei. Daher sollten akademische Historiker\*innen in partizipativen Projekten vor allem deutlich machen, dass sie Kompetenzen einbringen und vermitteln können, die für die Generierung von Visualisierungen und die Interpretation visueller Quellen erforderlich sind.

Kathrin Meißner (Center for Metropolitan Studies, Technische Universität Berlin) / Sebastian Haumann (Paris Lodron Universität Salzburg)

#### *Round Table 5: Urban History and the Anthropocene*

Der von CHRISTOPH BERNHARDT (Erkner) konzipierte Round Table sollte, anschließend an die Keynote Lecture von Carl Nightingale (siehe oben), praktische Herausforderungen und Ansatzpunkte stadthistorischer Forschung mit Bezug zum „Anthropozän“-Konzept diskutieren. Einleitend benannte Bernhardt einige Eckpunkte dieses aus der jüngeren Erdsystemforschung stammenden Konzeptes, wie die Diagnosen eines seit den 1950er-Jahren explodierenden globalen Ressourcenverbrauchs und „globaler Leitplanken“ für die Belastungsfähigkeit des Planeten. Des Weiteren sprach er einige wesentliche Herausforderungen, Blindstellen (wie zum Beispiel die latente Ausblendung sozialer Ungleichheiten) und Brückenkonzepte aus Sicht der Stadtgeschichtsforschung an. SABINE BARLES (Paris) erläuterte die von ihr wesentlich mitbegründete stadthistorische Metabolismusforschung und verdeutlichte deren Potenziale anhand der Stickstoffzyklen im ökologischen Haushalt von Paris.

CARL NIGHTINGALE (Buffalo) unterstrich unter anderem die Bedeutung einer neuen, umwelthistorisch interessierten Lektüre stadthistorischer Quellenbestände im Zeichen der Anthropozänforschung. VIKTOR PAL (Ostrava) insistierte auf dem Wert einer kleinräumig-regional ausgerichteten historischen Umweltforschung, benannte einige Schwächen globalhistorischer Ansätze und betonte die Bedeutung einer kulturhistorisch differenzierenden Analyse, so zum Beispiel mit Bezug auf die Umweltgeschichte des Sozialismus. In der Diskussion wurden unter anderem die noch sehr begrenzten Vorarbeiten in der stadthistorischen Forschung und die daraus resultierende Kluft zum transdisziplinären Diskurs über das Anthropozän hervorgehoben.

Christoph Bernhardt (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, Erkner)

**Christoph Bernhardt** ist Senior Fellow am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die europäische Stadt- und Umweltgeschichte seit 1800. Neuere Veröffentlichungen u.a.: Christoph Bernhardt/Harald Bodenschatz et. al., Städtebau und Politik: Altstadterneuerung und Bau neuer Städte, in: Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ (Hrsg.), Planen und Bauen im Nationalsozialismus: Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen, Bd. 2, Nürnberg 2023, S. 532-651; Christoph Bernhardt/Andreas Butter/Monika Motylińska (Hrsg.), Between Solidarity and Economic Constraints: Global Entanglements in Socialist Architecture and Planning in the Cold War Period, Berlin/New York 2023.  
[christoph.bernhardt@leibniz-irs.de](mailto:christoph.bernhardt@leibniz-irs.de)

**Christoph Strupp**, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Stadt- und Zeitgeschichte sowie der deutschen und niederländischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Neueste Veröffentlichungen: Eine Großstadt auf den Begriff bringen? Überlegungen zu einer neuen Stadtgeschichte Hamburgs, in: Moderne Stadtgeschichte Nr. 1 (2024), S. 158-171 (<https://difu.de/publikationen/2024/citizen-science>); “Ships, Shipyards, People, Energy!” Images of Hamburg and its Port in the German Television Series “Port Police” (1963-1966), in: Carola Hein / Robert Bartłomiejski / Maciej Kowalewski (Hrsg.), Hustle and Bustle: The Vibrant Cultures of Port Cities, Leiden / Boston 2025, S. 192-213.  
[strupp@zeitgeschichte-hamburg.de](mailto:strupp@zeitgeschichte-hamburg.de)